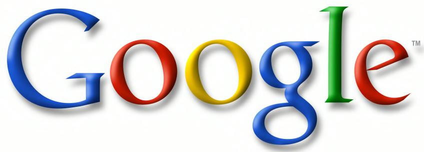
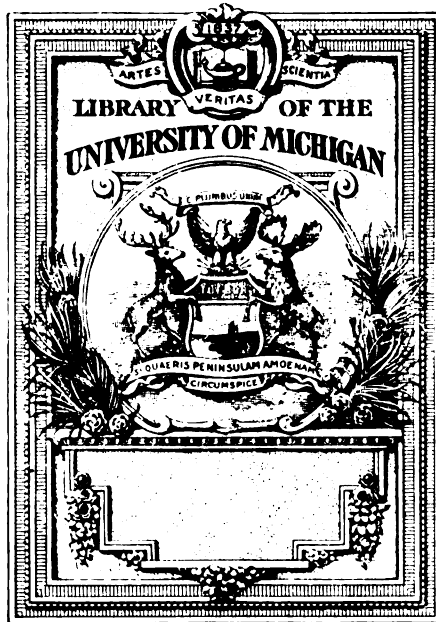



1837
ARTES
SCIENTIA
VERITAS
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
E PLURIBUS UNUM
TUEBOR
SI QUAERIS PENINSULAM AMOENAM
CIRCUMSPICE



Ritter von Schmerling





Anton Ritter von Schmerling.

Episoden aus seinem Leben.

1835.

1848—1849.

Von

Alfred Ritter von Arneth.

Mit zwei Heliogravuren.

Prag. Wien. Leipzig.
F. Tempsky. F. Tempsky, G. Freytag.
Buchhändler der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften in Wien.
1895.

Druck von Adolf Holzhausen in Wien,
k. und k. Hof- und Universitäts-Buchdrucker.

Am 23. Mai 1893 starb in seiner Geburtsstadt Wien, fast achtundachtzigjährig, Anton Ritter von Schmerling. Seit nahezu sechs Decennien hatte ich ihn persönlich gekannt, und auch die Erinnerung an seine in jeder Beziehung ausgezeichnete Frau ist trotz der vierundfünfzig Jahre, welche seit ihrem allzu frühen Tode verflossen sind, heute noch lebendig in mir. Im Jahre 1848 saß ich gemeinsam mit Schmerling in der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt, in der er, ein Staatsmann unter Gelehrten, eine überaus wichtige Rolle spielte, während meine eigene nur eine recht wenig bedeutende genannt werden konnte. Aber nicht allein neidlos, mit wahrer Bewunderung, welche durch meinen landsmannschaftlichen Stolz auf ihn an Wärme und Innigkeit nur noch gewann, sah ich ihn dort am Werke. Fast mehr noch als durch seine so vielfache Begabung, seinen scharfen und klaren Verstand, sein rasches Sichzurechtfinden in jeder, auch der verwickeltsten Lage, seine rednerische Gewandtheit endlich wurde diese Bewunderung in mir durch die kraftvolle Persönlichkeit Schmerling's, seinen unerschrockenen Muth, seine tapfere Haltung inmitten der tobendsten Stürme, endlich durch die Selbstlosigkeit seiner Gesinnung und

durch die Standhaftigkeit erweckt, mit der er an seinen Ueberzeugungen festhielt. Er war eben, was man so selten in einem und demselben Manne vereinigt findet, nicht nur ein großes Talent, sondern auch durch und durch ein Charakter.

In welch' hohem Maße dies der Fall war, trat mir in Frankfurt zu zwei verschiedenen Malen ganz besonders vor die Augen. Zuerst während des Aufstandes, welcher am 18. September dort losbrach und dessen schließliche Besiegung der Umsicht, mit welcher Schmerling seine Gegenmaßregeln traf, der starren Unnachgiebigkeit, mit der er auf ihnen beharrte, und der kaltblütigen, durch nichts aus der Fassung zu bringenden Ruhe, mit der er sie durchführte, einzig und allein zu verdanken war. Und ein zweites Mal in dem Augenblicke, in welchem er als österreichischer Bevollmächtigter bei der deutschen Centralgewalt diese hochangesehene und glänzend dotirte Stellung unverzüglich aufgab und freiwillig in sehr bescheidene Lebensverhältnisse zurücktrat, als die Haltung seiner Regierung sich mit seinen eigenen politischen Anschauungen nicht im Einklange befand.

Anfangs Mai 1849 nach Oesterreich zurückgekehrt, wurde Schmerling nicht lang in der anspruchslosen Stellung eines ständischen Verordneten belassen, welche er vor seiner Abreise nach Frankfurt eingenommen hatte. Schon nach drei Monaten erhielt er das Portefeuille der Justiz, aber auch dieses legte er nach etwa anderthalb Jahren freiwillig zurück, weil er

seine Collegen Schwarzenberg und Bach nicht auf den zu immer entschiedenerer Reaction führenden Bahnen begleiten wollte, welche sie trotz seiner Warnungen einschlugen. Darum stand er auch während des traurigen Jahrzehntes, welches nun folgte, den Staatsangelegenheiten vollkommen fern, und es ist bezeichnend für den Geist, in dem sie geleitet wurden, daß sogar im Jahre 1860, in welchem man allmälig andere Wege zu betreten begann, Schmerling sich nicht unter den Männern befand, aus denen die damalige Regierung den verstärkten Reichsrath zu bilden für gut hielt. Weder er noch irgend eine andere hervorragende Persönlichkeit, sondern ein politisch ganz unbedeutender Banquier war es, welchen sie als Vertreter der Stadt Wien in denselben berief.

Dabei blieb es freilich nicht lang, denn allzulaut machte die allgemeine Stimme sich vernehmbar, welche gerade Schmerling und nur ihn allein als den geeigneten Mann bezeichnete, um unter den Rathgebern des Kaisers in vorderster Reihe zu stehen. Am 13. December 1860 wurde Schmerling zum Staatsminister ernannt. Bei dem Antritte dieses Amtes machte er sein politisches Programm kund, welchem er auch während seiner Geschäftsführung treu blieb. Freie Religionsübung, Freiheit der Presse, Schutz der Nationalitäten sowie der bürgerlichen Rechte der Einzelnen, Trennung der Justiz von der Verwaltung, Autonomie der Gemeinden wurden darin als die Zielpunkte der neuen politischen Richtung und der

in der Vorbereitung befindlichen Verfassung bezeichnet. Schon am 26. Februar 1861 wurde dieselbe verkündigt, und durch sie trat Oesterreich definitiv ein in die Reihe der constitutionellen Staaten Europa's.

Was Schmerling als Staatsminister für Oesterreich geleistet, lebt ebenso wie das, was er als solcher nicht durchzuführen vermochte, noch so frisch im Gedächtnisse der Mitwelt, daß es hier nicht besonders aufgezählt zu werden braucht. Aber wenngleich ihm, der so Vieles und so Hohes erstrebte, auch gar Manches mißlang, er selbst blieb doch immer sich gleich. Die festgewurzelte Treue für den Kaiser, die begeisterte Liebe zu Oesterreich, der sehnsüchtige Wunsch, es als ein großes und mächtiges Staatsgebäude in einheitlicher Kraft dauernd in dem Besitze gesetzlich geregelter Freiheit fortbestehen und innerhalb desselben den sittigenden und civilisatorischen Einfluß des deutschen Elementes ungeschwächt aufrecht erhalten zu sehen, das waren wohl die Angelpunkte der politischen Gesinnung, zu der er sich stets gleichmäßig bekannte. Auch nach seinem im Juli 1865 erfolgten Rücktritte vom Staatsministerium und seit seiner im April 1867 geschehenen Berufung in das Herrenhaus des österreichischen Reichsrathes hielt er hieran unerschütterlich fest, und darum trat er wie von selbst an die Spitze der gleichgesinnten Männer, welche sich als die Verfassungspartei des Herrenhauses um ihn schaarten, ja man sagt wohl nicht zu viel, wenn man ihn als das eigentliche Haupt dieser Partei

in ganz Oesterreich bezeichnet. Deshalb schien mir auch die Vermuthung eine wohlbegründete zu sein, daß wenn schon nicht dieses ganze, leider in so viele politische Feldlager zerklüftete Reich, so doch die in demselben mit Recht so hochangesehene Verfassungspartei, gewiß einer der kräftigsten Stützpfeiler des Staates, sich alsbald nach Schmerling's Tode beeilen werde, ihm durch ein zu seinen Ehren in seiner Vaterstadt auf öffentlichem Platze zu errichtendes Standbild bei der in solchen Dingen nur allzu vergeßlichen Nachwelt ein dauerndes Andenken zu sichern.

Aber meine Vermuthung, so berechtigt sie mir auch zu sein scheint, hat sich doch bis jetzt nicht verwirklicht, und ebensowenig tritt ein Anzeichen davon zu Tage, daß dies in absehbarer Zeit geschehen werde. Das Bedauern hierüber war es zunächst, das den Gedanken in mir wachrief, die Erfüllung der Pflicht, welcher die Gesammtheit der Partei, der auch ich angehöre, sich noch nicht unterzog, wenigstens insofern auf mich zu nehmen, als ein Einzelner dies vermag, und Schmerling durch eine von mir verfaßte Beschreibung seines Lebens zum Mindesten in der deutschen Literatur ein seiner nicht ganz unwürdiges Denkmal zu setzen. Aber dieser Gedanke, kaum in mir aufgetaucht, wurde rasch wieder fallen gelassen, denn nur allzubald sah ich die Unthunlichkeit seiner Ausführung ein. Scheint es mir einerseits kaum möglich zu sein, schon jetzt, wo die Ansichten über die politischen Ereignisse der jüngstvergangenen Jahrzehnte noch so wenig

geklärt sind und sich so viel Leidenschaftlichkeit in deren Beurtheilung mengt, Schmerling's staatsmännisches Wirken in Oesterreich wahrheitsgetreu und in einer Weise zu schildern, welche man als eine unparteiische anzuerkennen nicht anstehen würde, so fehlen mir andererseits auch völlig die Hilfsmittel, ohne die eine solche Schilderung nun einmal nicht entworfen werden kann. Durch persönliche Erinnerungen, so lebhaft dieselben auch sein mögen, durch Zeitungsberichte und stenographische Protokolle lassen sie sich niemals auch nur annähernd ersetzen.

Um aber doch wenigstens Einiges zu thun, das Andenken an Schmerling in Oesterreich und in Deutschland fortzuerhalten, beschränkte ich meinen ursprünglichen Plan auf den Gedanken, das Fundament zu einer künftigen Biographie Schmerling's durch eine nicht allzu breit ausgesponnene Schilderung seiner Thätigkeit als Mitglied der niederösterreichischen Landstände, sowie seines politischen Wirkens in Frankfurt zu liefern, wo er bekanntlich die wichtigsten Stellungen der Reihe nach einnahm. Da diese letztere Partie meines ihm gewidmeten Buches natürlicher Weise auch dessen weitaus größten Theil bildet, so hätte es vielleicht passender als seinen gegenwärtigen Titel einen anderen, etwa den führen sollen: „Schmerling in Frankfurt". Aber von Personen, welche dem Verewigten im Leben am nächsten standen, wurde Werth darauf gelegt, daß mit der Erinnerung an ihn auch die an seine von ihm so sehr geliebte und auch nach

ihrem Tode noch so hochgehaltene Gattin verknüpft werde. Diesem Wunsche konnte nur durch die Reproduction eines von mir schon im vergangenen Jahre geschriebenen Aufsatzes Rechnung getragen werden, in welchem ich das erste Zusammenleben Schmerling's mit seiner so früh dahingeschiedenen Frau darzustellen versuchte. Die Aufnahme dieses Aufsatzes in das vorliegende Buch hat aber auch eine entsprechende Aenderung seines Titels nothwendig gemacht.

Möge meine Arbeit trotz der so eng gezogenen Grenze, in der sie sich bewegt, doch Einiges dazu beitragen, dem Namen Schmerling's in Oesterreich, wo Staat und Bevölkerung ihm so Vieles und so Großes verdanken, und wohl auch in Deutschland, wo sein Wirken in Frankfurt fast immer nur eine voreingenommene und kaum jemals eine gerechte Würdigung fand, jene ihn hochehrende Erinnerung bleibend zu sichern, auf die er so unbestreitbaren Anspruch besitzt!

Wien, im October 1894.

A. v. Arneth.

Inhalt.

1835.

Anton und Pauline von Schmerling.

1848—1849.

Ständische Wirksamkeit.

Der dreizehnte März.

Abreise nach Frankfurt.

Das Collegium der Vertrauensmänner.

Der Bundestag.

Das Reichsministerium.

Die Septembertage.

Der Aufstand in Wien.

Rücktritt vom Ministerium.

Bevollmächtigung bei der Centralgewalt.

Rückkehr nach Wien.



Pauline



1835.

Anton und Pauline von Schmerling.

Wenn man von den aristokratischen Kreisen Wiens absieht, welche damals gerade so wie jetzt in fast vollständiger Abgeschlossenheit von den übrigen Classen der Bevölkerung lebten, durfte im Beginne der Dreißigerjahre des gegenwärtigen Jahrhunderts das Haus des Feldmarschall-Lieutenants Freiherrn Joseph von Koudelka als eines der angesehensten und am liebsten besuchten in der ganzen Hauptstadt betrachtet werden. Koudelka bewohnte ein stattliches Gebäude, zwischen Hof und Garten gelegen, wie man sie in den älteren Stadttheilen von Paris so häufig sieht, in der Josephstadt am Ende der Langengasse, dort, wo dieselbe in die Florianigasse ausmündet. Es war später durch lange Zeit der Sitz einer Heilanstalt und ist auch noch heutzutage so ziemlich in seiner früheren Gestalt erhalten.

Wenn Freiherr von Koudelka sich nicht gerade in glänzenden, aber doch immerhin in so günstigen Vermögensverhältnissen befand, daß er im Stande war, ein Haus zu machen, so verdankte er dies zunächst seiner Frau, einer gebornen Freiin Wetzlar von Plankenstern, welche, wir wissen nicht ob allein oder mit ihrer Familie, das den älteren Leuten in Wien noch in lebhafter Erinnerung stehende, sehr weitläufige Gebäude in der Teinfaltstraße, den „Klepperstall“, besaß, an dessen Stelle sich jetzt der an die florentinischen

Paläste gemahnende Prachtbau der Bodencredit-Anstalt erhebt. Aber nicht so sehr die liebenswürdige Aufnahme, welche man bei der Baronin Koudelka fand, bildete den Hauptanziehungspunkt für ihr Haus; als dessen eigentliche Magnete müssen der Hausherr selbst und vor Allem seine älteste Tochter Pauline angesehen werden, welche, am 8. September 1806 in Wien geboren, damals ungefähr in ihrem fünfundzwanzigsten Lebensjahre stand. Ihr Vater, Freiherr Joseph von Koudelka, befand sich zu jener Zeit schon etwa in seinem sechzigsten Jahre. Er hatte von unten auf gedient, eine ungemein ehrenvolle militärische Laufbahn zurückgelegt und war zum Lohne dafür im Jahre 1826 in den Freiherrnstand erhoben, im Jahre 1831 zum Feldmarschall-Lieutenant ernannt worden. Aber nicht so sehr seine kriegerische Tüchtigkeit als seine seltene Bildung, seine humane Gesinnung und der Eifer, mit welchem er seinen künstlerischen Neigungen sich hingab, waren es, welche die Menschen antrieben, den genußreichen Verkehr mit ihm zu suchen.

Eine noch stärkere Anziehungskraft als er selbst mochten insbesondere auf die jüngere Generation seine beiden älteren Töchter Pauline und Stephanie üben. Die Letztere war eigentlich schöner und lebhafter als ihre ältere Schwester, aber sie besaß nicht die so unwiderstehlichen Eigenschaften derselben, insbesondere nicht jene echte Weiblichkeit, in welcher Sanftmuth und Nachgiebigkeit mit Festigkeit des Charakters so wundersam gepaart sind. Hiezu kam noch eine nie versiegende Heiterkeit des Gemüthes und doch auch wieder ein ausgeprägter Sinn für den Ernst des Lebens, welcher nicht nur in unablässiger Beschäftigung mit den vorzüglichsten Erscheinungen der Literatur, sondern auch in wissenschaftlichen Studien, die sogar heutzutage bei Mädchen nur selten

angetroffen werden, damals aber einzig in ihrer Art genannt werden mußten, ihren Ausdruck fanden. Denn wissenschaftliche Studien waren es doch wohl, welche sie unter der Leitung ihres Lehrers, des biederen Vorarlbergers Joseph Bergmann trieb, welcher damals als Custos des kaiserlichen Münz- und Antikencabinets in Wien angestellt war. So weit brachte sie es darin, daß sie mit ihm nicht nur lateinische Autoren, sondern auch, und ihre Hauptstärke bestand im Griechischen, Herodot und Xenophon, hierauf Homer und endlich sämmtliche Tragödien des Sophokles mit Verständniß und Genuß las.

Alles dies aber trat unendlich weit hinter ihre wahrhaft bewunderungswürdigen Leistungen auf einem andern, dem künstlerischen Gebiete zurück. Wohl zunächst angeregt durch ihren Vater, der selbst ein ganz tüchtiger Zeichner und Maler war und noch im letzten Jahrzehnt seines Lebens ein Heft mit landschaftlichen Radirungen herausgab, widmete Pauline sich frühzeitig der Malerei und insbesondere der Blumenmalerei. Der tüchtigste Blumenmaler seiner Zeit — in Oesterreich wenigstens — Franz Petter, war ihr Lehrer, und er erlebte an seiner hochbegabten Schülerin wahrhafte Freude, denn ihre Leistungen auf diesem Gebiete gingen weit über die einer Dilettantin hinaus, und sie durfte mit Recht auf den Rang einer Meisterin Anspruch erheben.

So wohlunterrichtet, so talentvoll als Künstlerin aber Pauline auch sein mochte, ihre bezeichnendste Eigenschaft blieb doch die echteste Weiblichkeit. Eine gewiß competente Beurtheilerin, die damals schon hochbetagte Caroline Pichler sagt, indem sie von der seltenen geistigen Ausbildung Paulinens spricht: „Aber Niemand wußte dies; sie verbarg diese wie alle ihre übrigen Kenntnisse mit eben der Sorgfalt, mit

welcher Andere sie zur Schau tragen. Sie hörte lieber zu, als daß sie selbst sprach, sie maßte sich in Gesellschaften nie das große Wort an, machte nie ihre Verdienste oder Talente geltend, ja sie schien sich derselben beinahe nicht bewußt zu sein. Alles, was sie wußte, was sie gelernt oder selbst gedacht hatte, war so ganz in ihr innerstes Wesen aufgenommen und in dasselbe verwandelt, daß nirgends ein einzelnes Fragment, eine einseitige Tendenz wie bei manchem Gelehrten und noch mehr bei mancher gelehrten Frau zu bemerken, sondern das Ganze in ein treffliches, die Eigenthümerin und ihre Umgebung beglückendes Dasein verschmolzen war."

Das Urtheil der Pichler wird um so höher anzuschlagen sein, als sie die mit ihrem Alter zunehmende allmälige Verödung ihres eigenen, dereinst so besuchten Salons manchmal recht bitter empfand und eine Art eifersüchtiger Regung gegen das unfern von ihrer Wohnung gelegene, immer mehr zum Mittelpunkte einer anziehenden Geselligkeit werdende Haus Koudelka wenigstens nicht unerklärlich gewesen wäre. Zu denjenigen, welche sich am liebsten und häufigsten daselbst einfanden, gehörte ein junger Justizbeamter, Anton Ritter von Schmerling.

Derselbe war in Wien am 23. August 1805 als der älteste Sohn des Appellationsrathes Joseph von Schmerling geboren. Seine Mutter war eine Tochter des berühmten Rechtsgelehrten Franz Alois von Zeiller, und so kam es gleichsam von selbst, daß der Erstgeborene des Schmerlingschen Ehepaares fast gegen seine Neigung der juristischen Laufbahn zugeführt wurde, denn seine eigentliche Vorliebe galt schon von Jugend auf dem militärischen Dienste, und bis in sein spätestes Alter hat er dieselbe stets gleichmäßig bewahrt.

Und in der That, militärisch genug sah der hochgewachsene und kräftig gebaute junge Mann aus, der sich nicht ohne gesellige Gewandtheit, aber doch in etwas steiferer Haltung, als sie sonst dem Civilstande angehörige Personen besitzen, so gern und so oft im Koudelka'schen Hause einfand. Und da zu jener Zeit, in Oesterreich wenigstens, die Officiere außer Dienst nicht ihre Uniform, sondern Civilkleidung trugen, so mag es wohl häufig vorgekommen sein, daß Personen, welche ihn nicht kannten, den jungen Schmerling für einen Officier hielten.

Es ist wohl nur natürlich, daß ein so ungewöhnlich veranlagter Mensch wie Schmerling sich zu einem Mädchen von so seltener Begabung, wie Pauline Koudelka sie nebst einem, wenn auch nicht gerade bezaubernd schönen, aber doch ungewöhnlich lieblichen und einnehmenden Aeußern besaß, ganz besonders hingezogen fühlte. Im Juli 1832 werden wir die ersten Anzeichen hievon gewahr, denn in einem kurzen Billet an Pauline bittet sie Schmerling, einen Abend zu bestimmen, an welchem er mit ihr bei seiner Mutter in Weinhaus zusammentreffen könne.

Der verhältnißmäßig lange Zeitraum von acht Monaten verging, bis Schmerling — es war dies in den letzten Tagen des Februar 1833 — sich bei Paulinen für ein „wunderhübsches Geschenk“ von ihrer Hand, wahrscheinlich ein Hauskäppchen, wie man sie damals trug, zu bedanken vermochte. „Ihrer Hände Werk,“ schrieb er ihr etwas emphatisch, „wird nun mein Haupt beschützen, das wie mein All für Sie stets kräftig sich erhebt.“

Von dieser kräftigen „Erhebung des Hauptes“ bis zu wirklicher Schließung des Herzensbundes war aber noch recht weit, und erst am Ende des Jahres 1833 scheint sich

dieselbe vollzogen zu haben. In der Christnacht wenigstens schrieb Schmerling an Pauline den folgenden Brief:

„Es ist ruhig um mich geworden, recht stille; nur von ferne tönt das Glockengeläute feierlich zu mir durch die Nacht und versetzt mich in eine recht innige Rührung. Ich bewege mich kaum, um mich ihr ungestört hinzugeben, und lasse die Vergangenheit in ihren Bildern vorüberziehen. So lange ich denke, war ich glücklich an dem heutigen Feste, glücklich als Kind, als Knabe, als Jüngling und als Mann. Und doch sagt mir die lebendigste Empfindung meines Gemüthes, so glücklich wie heute war ich nie.

„Oft, recht oft hat mich mein geliebter Vater an diesem Abende an seine Brust gedrückt und vielleicht den Segen auf das Haupt seines Erstgeborenen erfleht. Er kann aus dem Jenseits sich seines erfüllten Wunsches freuen, denn der Sohn ist eben so glücklich, als es der unvergeßliche Vater in seinem schönsten Momente war.

„Sie, geliebte Pauline, sind es, welche diese beseligenden Empfindungen in mir erweckt und belebt, die so tief, so bleibend und so treu sind, daß sie auch dann mich beseelen würden, wenn das schönste Ziel meines Lebens nicht erreicht würde, wenn ich mir nicht dereinst aus froher Brust zurufen könnte: ‚Durch mich ist das geliebteste, herrlichste Mädchen zum glücklichsten Weibe geworden!‘“

Daß diese so tief empfundene Herzensergießung bei Paulinen auf empfänglichen Boden gefallen war, beweist Schmerling's folgender, um zwei Wochen jüngerer Brief:

„Es ist schon gegen Morgen, und noch immer suche ich nicht die Ruhe. Ich bin zu bewegt, ich kann mich nicht trennen von dem Gedanken, dem ich nachsinne und der mich so unendlich glücklich macht. Ich darf Sie lieben, meine

theure Pauline, darf hoffen, von Ihnen geliebt zu werden, und ich fasse kaum das Glück, das in diesem Bewußtsein liegt. Womit habe ich aber auch das verdient?

„Tief durchtönt es meine Brust, daß meine Zukunft, daß mein Leben nur Ihnen gehört, daß es nur die einzige Bestimmung, die schönste hat, die es jemals gab, Sie, geliebte Pauline, zu beglücken, daß dieses Streben nur mit meinem Leben endigen wird."

Die späteren, in dem gleichen Sinne geschriebenen Briefe Schmerling's an Pauline, in welchem zuletzt das trauliche „Du" an die Stelle des förmlichen „Sie" tritt, sollen hier nicht angeführt werden. Aber das läßt sich nicht verschweigen, daß auch jetzt noch das von ihr kaum minder als von ihm ersehnte Ziel nichts weniger als rasch erreicht wurde. Erst am 21. April 1835 trat Schmerling mit Paulinen zum Altar. „Eine schlanke Gestalt" — berichtet ein Augenzeuge — „das Haupt sanft geneigt, so stand sie da im weißen Schleier; frische Blumen dufteten, ihr dankbar huldigend, an der Brust. Sie sprach ein leises Ja, und die zahlreichen sie verehrenden Freunde, welche sie rings umgaben, freuten sich, daß die bescheidene, gemüthsinnige, geistvolle Pauline, die ausgezeichnete Darstellerin der Blumen, die Kennerin jeder Kunst, ein Glück gefunden hatte, das ihre Seele sich ersehnte, Sieben Dichter sangen ihr Hochzeitslieder, und die Herzen der übrigen Freunde stimmten harmonisch ein."

Bei dem neugetrauten Paare war nicht nur von der heutzutage fast unerläßlich gewordenen Hochzeitsreise mit keinem Worte die Rede, sondern es durfte sich überhaupt nur sehr kurze Zeit eines ungestörten Zusammenseins erfreuen. Schon zwölf Tage nach seiner Trauung mußte

Schmerling, welcher damals die geringste Stelle bei dem niederösterreichischen Landrechte, die eines Auscultanten bekleidete, zu seinem tiefsten Bedauern eine Dienstreise antreten, welche ihn durch Monate von Wien und seiner jungen Frau fernhalten sollte.

Der Appellationsrath Wilhelm Gustav von Webenau war beauftragt worden, sich nach Oberösterreich und Salzburg zu begeben und dort die Gerichte erster Instanz, als welche damals auch eine Unzahl von Patrimonialgerichten fungirte, einer strengen und gewissenhaften Untersuchung zu unterziehen. Schmerling hatte ihn als sein Hilfsarbeiter zu begleiten.

Wie unendlich schwer es ihm wurde, sich so bald schon von Paulinen trennen zu müssen, diesem bitteren Gefühle gibt Schmerling in der langen Reihe von Briefen, die er während seiner Reise an sie richtete, stets einen innigen, ja manchmal wirklich rührenden Ausdruck. Obwohl es nahe an Mitternacht und er von ununterbrochenem Fahren äußerst ermüdet ist, schreibt er ihr doch schon aus der ersten Nachtstation Kemmelbach am 4. Mai und versichert sie seines unablässigen Gedenkens an sie und seines wahren Schmerzes, für so lange Zeit von ihr getrennt sein zu müssen. „Ich habe Dich so lieb," sagt er ihr, „so unendlich lieb und soll nun fern von Dir sein. Es scheint mir kaum möglich, so lange Zeit ohne Dich zu leben, und doch wird es sein müssen." Paulinens Bildniß führt er mit sich, und jeden Abend erfreut er sich neuerdings an dessen Anblick. „Dann erst," schreibt er ihr, „wird mir heimisch, wenn Dein Bildniß aufgestellt ist und Deine herrlichen Augen liebreich auf mich schauen."

Ein Glück für Schmerling war es, daß er an Webenau einen Vorgesetzten besaß, wie man solchen nicht allzu häufig begegnet. „An Webenau hänge ich," heißt es in Schmer-

ling's Briefe an Pauline vom 11. Mai, „mit aller Herzlichkeit." „Er ist voll Verstand und Bildung, hat mit vielen Leuten gelebt und weiß sehr angenehm zu reden. Neulich saßen wir bis gegen Mitternacht, um über Goethe, Byron und Bulwer zu sprechen. Wir harmoniren in allen Ansichten und, was mir das Liebste ist, reden viel von Dir. Er hängt ungemein an seiner verstorbenen Frau und hat so sehr jenes Glück empfunden, welches ich jetzt in Dir besitze. Wenn er des Abends rauchend auf und ab geht, den Kopf etwas seitwärts gebeugt, dann vor mir stehen bleibt und herzlich spricht, so ist es mir oft, als stünde Dein Vater vor mir, und ich müßte ihn mit jener Liebe Vater nennen, welche ich für den Deinigen hege. Dann will ich fort, um über den Gang in Dein Zimmer zu eilen, bei Dir zu sein und immer zu bleiben. Aber wie kurz dauert dann auch allzeit wieder diese frohe Täuschung!"

Pauline, welche für die Zeit der Abwesenheit Schmerling's in das Haus ihrer Mutter zurückgekehrt war, blieb an sehnsuchtsvollen Gedanken hinter ihrem Gatten in keiner Weise zurück. „Es ist doch wahr," schreibt sie ihm am 13. Mai, „was in der Bibel steht: Du sollst Vater und Mutter verlassen, um dem Manne zu folgen. Es geht mir doch so gut wie früher, ja viel besser bei der Mutter, und doch fühle ich mich nicht an meinem Platze und sehne mich nach der Stelle, die mir jetzt zugewiesen ist. Es ist ja nichts so Außerordentliches vorgefallen, und doch, ich weiß selbst nicht wie es kommt, liebe ich Dich so unendlich mehr, seit es nicht mehr blos Willkür, sondern meine Pflicht ist." Und fünf Tage später schreibt sie: „Schon wieder kostete mich Dein lieber Brief viele Thränen; mit ihnen begrüße ich jeden. Glaub' aber nicht, daß es Kummer ist, man kann

auch aus Freude und Rührung weinen. Endlich habe ich wieder einen freien Abend, an welchem ich recht viel mit Dir sein und Dir berichten kann, denn es freut mich sehr, daß Du Alles, was ich thue, wissen willst; es bekommt dadurch auch Bedeutung für mich."

So erzählt sie denn auch Alles, was um sie und mit ihr vorgeht, insbesondere insofern es ihre beiden Hauptbeschäftigungen, die Lectüre und das Malen betrifft. Bewunderungswürdig sind die Vielseitigkeit, mit welcher sie der ersteren, und der freudige Eifer, mit dem sie dem zweiten sich widmet. So schreibt sie am 21. Mai: „Vorgestern hätte ich Dich recht herbeigewünscht; Frankl kam Vormittags, um mir Lenau's ‚Faust' vorzulesen, der Dich gewiß recht interessirt hätte. Mein Urtheil ist, daß er schöne Einzelheiten hat, daß Goethe's ‚Faust' aber doch ein unerreichtes Werk bleibt. Man hat nämlich zu viel Lärmens mit diesem ‚Faust' gemacht, der nicht werth ist, daß sich die Hölle mit ihm befaßt. Jeder liederliche Student trifft auch für sich allein das Gleiche. Das Mädchen, das er unglücklich macht, verdient kein besseres Los; es hätte keinen Faust gebraucht, sie zu verführen, Jeder hätte ein Gleiches bei ihr vermocht. An mein Ideal von Poesie, Goethe's ‚Faust', erinnert dieses Gedicht nur, um Einem recht den Abstand und Goethe's Größe zu zeigen. Mit Frankl habe ich recht viel darüber gestritten, endlich mußte er mir Recht geben, was er gleich Anfangs gerne gethan haben würde, wenn er sich nicht gescheut hätte, über Lenau etwas zu sagen. Einzelne Stellen sind aber sehr schön, sowie überhaupt die Verse äußerst melodisch sind."

Wie fern abliegend von Lenau's „Faust" ist doch das gewiß verdienstvolle, aber auch etwas trockene Werk des

Florianer Chorherrn Franz Kurz: „Oesterreich unter König Albrecht II.", über welches Pauline in denselben Tagen gleichfalls an ihren Gatten berichtet. „Heute habe ich," schreibt sie ihm am 18. Mai, „den ersten Theil dieses Buches beendet. Er ist recht gut erzählt, so daß er mir gefiel. Erheiternd ist es, einen katholischen Geistlichen über diese Sachen reden zu hören. Als gescheiter Mann kann er die Verbrennung des Huß nicht loben und darf ihm als Geistlicher doch auch in nichts Anerkennung oder Mitleid zollen, kurz, es ist recht merkwürdig. Ich lerne bei dieser Gelegenheit alle jene Vorfälle im Zusammenhange kennen, die ich früher nur einzeln wußte."

Eine Woche später berichtet Pauline ihrem Gatten, daß sie soeben mit der Durchlesung eines dicken, aber sehr merkwürdigen und gut geschriebenen Buches, der „Geschichte der Juden" von Depping, zu Ende gekommen sei. „Welche Masse von Grausamkeiten," sagt sie hierüber, „und von Unterdrückung, welcher Aberglaube auf beiden Seiten; es hätte gewiß auch Deinen Antheil erregt. Eine jüdische Sage gefiel mir, die von Adams erster Frau, welche Gott aus dem gleichen Stoffe wie ihn schuf und die ihm deshalb nicht gehorsam sein wollte, so daß Gott sich genöthigt sah, sie zu den gefallenen Engeln zu verstoßen und aus Adams Rippe eine neue Frau zu erschaffen. Seitdem irrt sie in der Luft umher und erwürgt aus Menschenhaß die Säuglinge; die Jüdinnen fürchten sich sehr vor ihr. Erinnerst Du Dich im ‚Faust', in der Blocksbergscene, an den Vers:

Lilith ist das, Adams erste Frau —

Ich verstand es nie, bis ich diesen Aufschluß fand, daß Eva nicht Adams erste Gattin war. Siehst Du, so wird

man immer gelehrter, und so trägt die Gelehrsamkeit dazu bei, mich immer unterwürfiger und gehorsamer gegen meinen Herrn und Meister zu machen. Caroline erstaunte neulich, als ich ihr sagte, daß in meinem Hause eine Republik sei; sie hatte sich mich nur als ganz willenlos vorstellen können. Daß ich nicht mehr so bin und größeres Selbstvertrauen besitze, verdanke ich ja nur Dir, mein Liebster!"

Bei ihrer Vorliebe für Goethe und ihrer genauen Kenntniß seiner Werke hatte Pauline auch Schmerling wohl noch während ihres bräutlichen Verkehres mit den gleichen Sympathien für den Dichter zu erfüllen gewußt. Auch er widmete die wenigen Stunden, welche während seiner Reise die rastlos betriebenen amtlichen Arbeiten und das eifrige Briefschreiben an seine Gattin ihm übrig ließen, der Beschäftigung mit Goethe. So schreibt er ihr am 22. Mai, daß er die „Wahlverwandtschaften" wieder einmal vorgenommen habe. „Mit frischem Interesse las ich mich wieder," sagt er ihr, „in dieses ewig Schöne und Wahre hinein, wie denn meine Neigung für Goethe mit meiner Liebe zu Dir immer zunahm. Aber es ist mir klar, daß uns erst ein gereifterer Geist und einige Erfahrung recht empfänglich für Goethe machen, weil wir erst dann die Wahrheit seiner Ansichten und Schilderungen begreifen und mitempfinden, weil uns dasjenige doppelt ergreift, von dem wir an uns selbst erfahren, daß das Leben es wirklich so mit sich bringt, wie die Dichtung es schildert. Ich wenigstens las im vergangenen Sommer die „Lehrjahre", welche ich doch genau kannte, mit bei Weitem mehr Interesse als früher, da mich noch die Neugierde stachelte, die Entwicklung kennen zu lernen. So geht es mir jetzt mit den ‚Wahlverwandtschaften'; man genießt doppelt, wenn man sich nicht zur Eile getrieben fühlt,

ans Ende zu gelangen." Und am 6. Juni fügt er hinzu: „Erst vor zwei Tagen habe ich die ‚Wahlverwandtschaften' weggelegt und das, lächle nicht, weil ich mich von ihnen nicht trennen konnte. Habe ich doch fast jede der Empfindungen selbst erfahren, welche darin so unwiderstehlich schön geschildert sind. Ich möchte nicht ganz Eduard sein, aber ich kann es auch nie werden, weil ich besitze, was er besaß und wonach er strebte, Charlotte und Ottilie in Dir vereinigt, liebe Pauline, den zartesten Sinn, das höchste Gefühl für Kunst, tiefe Empfindung und treueste Liebe ebenso wie ruhige Haltung und verständiges Wesen. Und dies seltene Weib ist mein Weib, für sie darf ich leben und ihr der treueste Freund und Gatte sein in noch grünender Liebe."

So endeten auch die nicht allzu selten vorkommenden literarischen Erörterungen zwischen den beiden Gatten zumeist wieder in Versicherungen gegenseitiger Liebe und Treue. Ihnen gesellen sich sehr häufig Kundgebungen der hohen Achtung, welche sie für einander empfanden. So beglückt es Schmerling, als er erfährt, die Direction der kaiserlichen Gemäldegalerie bemühe sich, für diese Sammlung ein Werk Paulinens zu erhalten, wie ihr ein solches denn auch wirklich einverleibt wurde. „Auch in dieser Beziehung ist meine Vorhersagung eingetreten," schreibt er ihr am 30. Mai, „und Du mußt es Dir jetzt doch selbst gestehen, welch' hohe Stufe Du erreicht hast. Glaub' mir, daß dieses seltene Talent mir die größte Verehrung für Dich einflößt und zugleich in mir allen Sinn für Kunst erweckt, regelt und erhöht. Ich muß Dich als Künstlerin ebenso verehren wie als eine der auserlesensten Frauen, und der Gedanke, diese seltene, liebenswürdige, geistreiche Frau mein nennen zu dürfen, veredelt ebenso mein Wesen, als es mich beglückt.

„Wenn manche nicht ganz verwerfliche Anlage in mir schlummerte, so wurde sie nur durch Dich geweckt, und die Milde Deines liebenswürdigen Geistes hat mich einsehen gelehrt, wie thöricht es sei, sich mit einigem Verstande zu brüsten, der kein Verdienst, sondern nur eine Gabe des Zufalls ist. Nur deshalb danke ich ihm für dieses Geschenk, weil ich Dich dadurch ganz begreifen, Deinen Ideen folgen kann, und weil Dein Geist, Dein Gemüth und Deine Kunst den innigsten Anklang in mir finden. Eine kleine und doch so reine Freude ist mir in diesen letzten einsamen Wochen gleichfalls durch Dich geworden, durch die in mir erweckte Liebe zu den Blumen. Mit den schönsten und frischesten derselben sind alle Wiesen rings umher bedeckt, und nie verließ ich während des Fahrens den Wagen, ohne welche zu pflücken und Deiner liebend zu gedenken. Sind sie ja doch Schwestern derer, die Du schaffst, welche aber keine Sonne verwelkt und kein Winter begräbt!“

Auch Pauline läßt es an ähnlichen liebevollen Aeußerungen ihrem Gatten gegenüber nicht fehlen. „Unter allen Frauen,“ schreibt sie ihm am 11. Juni, „sehe ich keine so glückliche wie mich, aber auch keine, die ihrem Manne so von ganzer Seele ergeben ist wie ich Dir. Mein Vater hatte wohl Recht, als er sagte, daß die Liebe, welche aus Freundschaft entsteht, die beste sei. In der ersten Jugend verlieben wir uns sehr leicht, wir dichten die Eigenschaften, welche wir lieben möchten, einem Wesen an, das oft das gerade Gegentheil davon ist, wir lieben unsere Ideen und nicht den Menschen, dem wir sie verleihen. Später wird es ganz anders; mit zunehmender Erfahrung trachten wir das wirklich zu finden, was uns sonst blos in Gedanken entzückte, und wie froh muß ich sein, daß ich die einstigen Träume

und die jetzige schöne Wirklichkeit nun vereinigt in Dir lieben kann."

Einen sehr großen Trost in dem Schmerze, mit welchem ihre Trennung sie erfüllte, fanden Schmerling und Pauline in einem Projecte, welches gleich anfangs aufgetaucht war und im Laufe der Zeit immer greifbarere Formen annahm. Es bestand der Plan, daß Webenau und Schmerling den längeren und beschwerlicheren Theil ihrer amtlichen Reise, welche sie vorerst in die entlegensten Gegenden des oberösterreichischen Mühlkreises geführt hatte, allein zurücklegen sollten, daß aber zu einem geeigneten Zeitpunkte Pauline zu ihnen stoße und sie auf ihren Fahrten begleite. Und es war wirklich ein Glück für Beide, daß die entscheidende Persönlichkeit, daß Webenau mit der ihm eigenen Liebenswürdigkeit sich mit ganz besonderem Eifer die Verwirklichung dieses Planes angelegen sein ließ.

Derselbe wurde denn auch in jedem Briefe Schmerling's, in jeder Antwort Paulinens ausführlich besprochen. Auch um die Frage drehte sich diese Erörterung, ob es zweckmäßiger wäre, wenn Pauline allein käme oder eine weibliche Begleitung mitnähme. Webenau, der in dieser Sache theilnahmsvoll mitsprach, und Schmerling waren für die letztere Modalität, denn sie fürchteten, daß während sie den größten Theil des Tages hindurch den ihnen obliegenden Arbeiten nachgehen müßten, Pauline allein sein und sich sehr verlassen vorkommen würde. Darum wünschte auch Schmerling, daß die zu erwählende Reisegefährtin nicht eben eine Dienerin, sondern eine Freundin Paulinens wäre. Aber freilich fügte er gleichzeitig gewisse Andeutungen bei, welche die Wahl nur noch erschwerten. „Nur ein wirklich anspruchsloses Mädchen," meinte er einmal, „könnte Dich begleiten,

andere sind unerträglich, und wir dürfen nicht vergessen, daß Webenau, der nur immer bemüht sein wird, uns Alles angenehm zu machen, zum Dank dafür nicht am Ende noch Störungen erfahre."

Allzeit bereit, die Wünsche ihres Gatten zu erfüllen, ging nun auch Pauline ernstlich daran, sich nach einer Begleiterin umzusehen, obgleich sie von Anfang an kein Verlangen nach einer solchen trug. Aber sie wolle auch in diesem wie in jedem andern Punkte, schrieb sie ihrem Gatten, seinem Willen pünktlich gehorchen. Dennoch mochte es ihr vielleicht nicht unwillkommen sein, daß sich die Wahl weit schwieriger erwies, als Schmerling sie sich vorgestellt haben mochte. Die Wenigen, welche die entsprechenden Eigenschaften besessen hätten, zeigten keine Lust oder waren sonst nicht zur Verfügung, und die sehr Vielen, denen jene Eigenschaften abgingen, kamen ja ohnedies nicht in Betracht. So ward denn schließlich verabredet, Pauline solle allein kommen und statt einer Begleiterin Webenau's Sohn Victor, einen Knaben mitbringen, der an einem der Wiener Gymnasien studirte.

Bevor es zu ihrer langersehnten Abreise kam, erlebte Pauline noch die Freude, ihren von ihr so sehr geliebten Vater wiederzusehen, der nach längerer, durch seinen Beruf verursachter Abwesenheit wieder nach Wien kam, um nun hier dauernd zu bleiben. War sie schon durch die lebhafte Theilnahme, die er ihren künstlerischen Arbeiten widmete, und durch die warmen Lobpreisungen, die er ihnen spendete, innig erfreut, so wurde sie durch seine liebevollen Aeußerungen über Schmerling noch mehr beglückt. Triumphirend meldet sie es ihm, als ihr Vater ihr sagt, ihr sei ein seltenes Los zu Theil geworden, und er habe von jeher gewünscht, daß es so kommen möge, wie es wirklich geschah.

Auch Schmerling war durch diese Mittheilungen Paulinens in hohem Grade beglückt. „Alles, was Du mir über Deinen Vater," antwortete er ihr, „über das, was Du mit ihm sprachst, und seine gütigen Aeußerungen über mich schreibst, hat mich mit innigster Freude erfüllt. Du bist so gut, so lieb, so nachsichtsvoll, wenn Du Dich als mein Weib glücklich nennst, während ich dies im höchsten Grade durch Dich bin, wie ich es ja erst dann verdienen werde, wenn ich das erreiche, was mein schönstes und einziges Streben ist, Dich recht vergnügt und zufrieden zu machen. Gewiß, liebe Pauline, Du allein erfüllst mein ganzes Wesen, in der Liebe zu Dir bin ich selig, und ich wüßte nichts, wonach ich nicht eifrigst streben und es auch gewiß erreichen würde, wenn es Dir Freude macht.

„Wenn Dein lieber Vater auch mir freundlich gewogen ist, so erwiedere ich seine Liebe gewiß auf das lebhafteste. Ich war meinem trefflichen Vater nicht herzlicher zugethan, als ich es dem Deinigen bin, und er wird von mir allzeit den Eindruck erhalten, daß ich ebenso glücklich bin, Dein Gatte als sein Sohn zu sein."

Auch dadurch gab sich Koudelka's Liebenswürdigkeit für seine Tochter und seinen Schwiegersohn kund, daß er der Ersteren seinen bequemen Reisewagen, in welchem er selbst nach Wien gekommen war, für die ganze Dauer ihrer Fahrt zur Verfügung stellte. Um so freudiger begrüßte Schmerling diesen Entschluß, als ihm hiedurch die Aussicht eröffnet wurde, welche ihm trotz seiner innigen Zuneigung zu Webenau doch eine äußerst willkommene war, mit Paulinen in ihrem Wagen allein sein zu können, während Webenau und sein Sohn den anderen benützen würden. „Hat mir doch," schreibt aus diesem Anlasse Schmerling, „Webenau das Versprechen

abgenommen, ganz zu leben wie wir wollen, obgleich es ihn jederzeit freuen würde, wenn wir uns Alle vereinigen, was ohnedies sehr oft der Fall sein wird."

So geschah es denn auch in der That. Am Morgen des 30. Juli, also nach fast dreimonatlicher Trennung von Schmerling verließ Pauline mit ihrem jugendlichen Begleiter Wien, um in Linz mit ihrem lange entbehrten Gatten zusammenzutreffen. „Ob er sich freute, mich wiederzusehen," schrieb sie, nachdem dieses Zusammentreffen am Abend des letzten Juli erfolgt war, an ihre Mutter, „und wie mir zu Muthe war, brauche ich Dir, die den Vater so sehr liebt und so oft von ihm getrennt war, nicht erst zu sagen."

Ein Beweis des praktischen Verstandes, welcher Paulinen eigen war, wird auch darin zu erblicken sein, daß sie ihre Mutter bat, ihre Briefe sorgfältig aufzubewahren und sie nicht zu verstreuen oder gar zu vernichten; sie hoffe, dieselben würden ihr dereinst die Stelle eines Tagebuches vertreten, welches zu führen sie nicht Zeit habe. Dieser Bitte Paulinens verdanken wir es, wenn wir über diese frühe Episode im Leben ihres Gatten ziemlich erschöpfenden Aufschluß besitzen. Und es ist wirklich zu bedauern, daß ein so vernünftiges Verfahren so selten beobachtet wird, daß es vielmehr aus Gedankenlosigkeit und Fahrlässigkeit so oft unbefolgt bleibt.

Webenau, der auch Paulinen als ein sehr angenehmer und verständiger Mann erschien, an welchem ihr besonders seine Zärtlichkeit für seinen Sohn gefiel, und Schmerling hatten in ihrem dreimonatlichen Zusammensein nicht nur den ganzen Mühlkreis, sondern auch den größeren Theil des Hausruckkreises, das Innviertel und das ganze Herzogthum Salzburg bereist; Schlägl an der böhmischen und Tamsweg

nahe der steiermärkischen und der kärntnerischen Grenze mochten wohl die äußersten Punkte sein, an denen sie ihre Thätigkeit entfalteten. Vielleicht nicht gerade die schöneren, aber doch die wirthlicheren Gegenden, den Traunkreis und nur so viel vom Hausruckkreise, als sie zur Rückkehr nach Linz zu durchreisen brauchten, hatten sie für die gemeinschaftliche Fahrt mit Paulinen verspart. Von Linz, das ihr ausnehmend wohl gefiel, verfügten sie sich nach Steyr, wo sie durch acht Tage blieben, weil von dort aus fünf Gerichte inspicirt werden mußten. Während Webenau, welchen Pauline täglich lieber gewann, und Schmerling ihren Amtspflichten nachgingen, strich die junge Frau mit ihrem ehemaligen Lehrer Bergmann, welcher bei Verwandten in Steyr verweilte, in der schönen Umgebung des Städtchens umher, oder sie suchte die Merkwürdigkeiten desselben auf, welche zumeist in alterthümlichen Bauwerken bestanden; auch die Fabriken wurden besucht und eingehend besichtigt.

Nach einem Abstecher nach Weyer begab sich die kleine, vier Köpfe zählende Gesellschaft über Leonstein, Spital am Pyhrn und Kirchdorf, wobei manchmal ziemlich lange Aufenthalte in den einzelnen Orten genommen wurden, nach Gmunden und Ischl. Ueber Alles und Jedes, über die Schönheit der Gegenden, die kleinen Leiden der Nachtquartiere und ihre sonstigen Erlebnisse berichtete Pauline ausführlich an ihre Mutter, während von Schmerling, der mit Arbeit überhäuft war, nur hie und da ein vereinzelter Brief vorhanden ist, in dem er sich aber stets mit gleich innigen Worten über die Glückseligkeit ausspricht, wieder mit seiner geliebten Gattin vereinigt zu sein. „Ich kann es Dir nicht oft genug sagen, liebe Mutter,“ heißt es in einem Briefe Schmerling's aus Kirchdorf vom 17. August an die Baronin

Koudelka, „wie selig ich durch meine theure Frau bin, wie lebhaft ich es empfinde, in ihr mein Lebensglück gefunden zu haben, und wie glücklich es mich macht, zu sehen, wie freundlich und liebevoll sie mir zugethan ist. Diese Stimmung für mich wird sie gewiß nie verlieren, denn ich lebe nur für sie, denke nur daran, sie vergnügt zu sehen, und habe nicht umsonst gelebt, wenn ich mein theures Weib zufrieden gemacht habe. Und nie wird meine Dankbarkeit für die gütigen Eltern erlöschen, die mein Glück so wohlwollend begründeten."

Durch den Anblick des Traunsees wurden Paulinens Erwartungen fast noch übertroffen, und insbesondere fand sie Traunkirchen und den oberen Theil des Sees geradezu entzückend. Der Aufenthalt in Ischl aber wurde wie gewöhnlich fast ganz verregnet und hiedurch auch der Ausflug nach Hallstatt vereitelt, auf den sie sich so sehr gefreut hatte. In fortwährendem Regen kehrte sie nach Gmunden zurück, doch war das Gute dabei, daß der Traunfall in Folge der andauernden Regengüsse ganz besonders imposant aussah. In Lambach regnete es noch ununterbrochen; dort brachte Pauline einen ganzen Vormittag im Stifte zu und war entzückt über dessen reichen Besitz an Kupferstichen, insbesondere an Blättern von Dürer und Rembrandt.

In Kremsmünster waren unsere Reisenden, was sie in Lambach nicht gewesen, Gäste des Stiftes. Dankbar, aber nicht ohne Anflug von Humor beschreibt Pauline ihrer Mutter die Art und Weise, in welcher diese Gastfreundschaft dargeboten wurde. Da Webenau und Schmerling zu arbeiten hatten, theilte ihr der alte und ehrwürdige Prälat Joseph Altwirth einen jüngeren Geistlichen, Pater Basilius, als Gesellschafter zu, welcher seine Pflicht so gewissenhaft auffaßte,

daß er Pauline auch nicht einen Augenblick allein ließ. Zum Glück war er ein kenntnißreicher Botaniker und Mineralog; so gab es auf den häufigen Spaziergängen durch die schöne Umgebung vielfache Belehrung, welche Pauline begierig in sich aufnahm. Auch bei dem Besuche des „astronomischen Thurmes" fand sie solche; der Director der Sternwarte, Pater Marian Koller, fiel ihr als ein ungewöhnlich unterrichteter und geistvoller Mann auf, und sie scheidet von Kremsmünster mit der Versicherung, daß sie die drei Tage ihres dortigen Aufenthaltes sehr angenehm zugebracht und vieles Neue und ihr bisher Unbekannte daselbst gelernt habe.

Behaglicher noch als in Kremsmünster fühlte Pauline sich in St. Florian, wozu freilich auch der Umstand beitragen mochte, daß sie nun des Verkehrs mit so vielen Geistlichen nicht mehr so ungewohnt war. „St. Florian nimmt sich," schreibt sie am 7. September an ihre Mutter, „von Außen sehr stattlich aus. Das ganze Stift ist in italienischem Style gebaut. Der Prälat, Arneth's Bruder, ein Mann in den Sechzigern, dem man es aber nicht im Entferntesten ansieht, empfing uns sehr artig. Als wir eine Weile bei ihm saßen, füllte sich das ganze Zimmer mit Geistlichen und anderen Herren, welche kamen, um ihn zu Tische zu geleiten. Der Zug durch die langen Gänge wurde mit zwei Fackeln eröffnet. Der Saal, durch welchen wir gingen, ist prächtig, er ist zweimal so groß als der in Kremsmünster und noch viel höher. Bei Tische herrschte ein sehr angenehmer Ton; insbesondere aber macht mir mein hiesiges Zimmer viel Freude; es ist ein Salon, der selbst in Wien elegant wäre, spalirt und die Möbel mit Seide überzogen. Nach den verschiedenen Abenteuern in Wirths-

und Bauernstuben ist mir das ein sehr angenehmer, mich schon stark an Wien erinnernder Eindruck."

Nur schwer kann man der Versuchung widerstehen, der anschaulichen Beschreibung noch weiterhin zu folgen, welche Pauline auch in ihren nächsten Briefen von St. Florian, seiner prächtigen Kirche, seinen schönen Sammlungen, seiner reichen Bibliothek und nicht zuletzt von den Männern entwirft, deren Umgang den Aufenthalt in ihrem Stifte zu einem so anziehenden machte. Nächst dem Prälaten sind es der Kanzleidirector Mayer und der Geschichtschreiber Stülz, mit denen sie am meisten verkehrt. Frappant findet sie die Aehnlichkeit des Letzteren mit seinem vorarlbergischen Landsmanne Bergmann. „Sie haben," sagt sie, „ganz das gleiche Gesicht, nur bei Bergmann mit etwas mehr Blatternarben, ganz dieselben Manieren und Bewegungen; auch hat Stülz die gleiche Freude am Schulmeistern wie Bergmann. So täuschend ist dies, daß ich wirklich öfters glaubte, Bergmann sehe mich an und spreche mit mir." Wiederholt kommt sie darauf zurück, ihrer Mutter das Anregende des Umganges mit den so hochgebildeten Geistlichen anzupreisen, mit denen sie sich so prächtig unterhielt. Und nachdem sie St. Florian verlassen, schrieb sie von Enns aus wenige Stunden später: „Ich nahm dort wirklich einen schwereren Abschied als irgendwo anders."

Dieser Brief war auch der letzte, welchen sie von dieser Reise an ihre Mutter schrieb, denn nachdem sie durch sechs Wochen, ihr Gatte aber fast fünfthalb Monate von Wien abwesend war, kehrten sie Beide mit Wonne dorthin und in ihre gemeinsame Behausung zurück.

Es ist befremdend, daß es auch diesmal Schmerling nicht gegönnt war, durch längere Zeit daselbst zu verweilen,

sondern daß er sich schon nach kaum sechs Wochen, am 24. October von Paulinen neuerdings trennen mußte. Wieder rief ihn ein amtlicher Auftrag, und zwar nochmals als Begleiter Webenau's nach Linz.

Diesmal währte aber Schmerling's Abwesenheit nur wenige Tage länger als zwei Wochen. Wieder entspann sich der gleiche Briefwechsel mit seiner in Wien zurückgebliebenen Frau, wieder war er mit den früheren Versicherungen gegenseitiger Liebe und Sehnsucht, aber doch in Anbetracht des baldigen Wiedersehens nicht mehr mit so bitteren Klagen über die Trennung erfüllt, wie es das erste Mal der Fall war. Aber sehr unbehaglich fühlte sich Schmerling während des kalten und regnerischen Spätherbstes in seiner Vereinsamung zu Linz, welches als echte Kleinstadt an geselligem Verkehr Alles zu wünschen übrig ließ. Der einzige Lichtblick für ihn war der Besuch, den er am 1. November in St. Florian machte, wo er, wie er an Pauline schrieb, auf das Freundlichste, ja herzlich empfangen wurde. „Alle fragten nach Dir, und da konnte ich recht viel von Dir sprechen. Bei Tisch war ich der einzige Weltmann; man sprach heiter und angenehm. Nach Tisch gab es kirchliche Feierlichkeiten, als am Vorabende von Allerseelen; die ganze Geistlichkeit zog in die Gruft. Weil ich das gerne sehen wollte und mit dem Zuge nicht hinab konnte, führte mich Mayer früher dorthin. Da befand ich mich nun eine Viertelstunde ganz allein in der Gruft, welche nur schwach vom einfallenden Tageslicht beleuchtet war. Anfangs kam es mir schauerlich vor, der einzige Lebende unter der Erde und unter den Todten zu sein; allein ich gewöhnte mich bald und drang endlich bis in die dunkelsten Theile vor; Todesstille herrschte, und jeder Tritt hallte wieder in den Gewölben. Endlich vernahm

ich die Orgel sowie Posaune und Gesang; unter diesen Klängen, sonst aber still bewegte der Zug sich herab und die Gruft wurde von Fackeln erhellt; es war sehr feierlich, aber ich war doch wieder froh, als ich ans Tageslicht kam. Wärest Du bei mir gewesen, so hätte ich es recht heimlich und schön gefunden, denn ich könnte wie Enzio auch unter der Erde selig sein, wenn ich nur mein liebes theures Weib bei mir hätte."

Am 8. November war Schmerling in Wien zurück mit dem besten Vorsatze, sich nicht so bald wieder von seiner geliebten Gattin zu trennen. Wir wissen nicht, ob ihm die Verwirklichung dieser Absicht gelang, aber es scheint so, wenigstens ist kein ähnlicher Briefwechsel mit Paulinen mehr vorhanden, wie er im Sommer und im Herbste des Jahres 1835 zwischen ihnen gepflogen wurde. Erst jetzt begann ja das eigentliche Familienleben für sie, welches zwei Jahre später noch dadurch unendlich an Reiz gewann, daß ihm seine Frau am 26. September 1837 ein Töchterchen zur Welt brachte, welchem vierzehn Monate später ein zweites folgte. Aber kaum war dadurch sein häusliches Glück auf seinem Höhepunkte angelangt, als es durch den schwersten Schlag des Schicksals, der ihn nur immer zu treffen vermochte, vollständig vernichtet wurde. Schon am 31. Juli 1840 starb Pauline von Schmerling, erst 34 Jahre alt, zu Ober-St. Veit bei Wien.

Dieses ganz unerwartete Hinscheiden einer noch so jungen und in so vieler Beziehung ganz ausgezeichneten Frau erfüllte nicht nur ihren Gatten, ihre Eltern und Geschwister mit unsäglichem Schmerze, es rief auch in weiteren Kreisen innige Theilnahme hervor. Was man in denselben empfand, hat eine viel ältere Freundin, Caroline Pichler,

in schlichten und einfachen, aber tief empfundenen Worten am wahrsten geschildert.

„Ich habe die uns so früh Entrissene," sagt sie, „recht wohl gekannt. Ich habe ihr stilles und doch innerlich so reiches Leben im Hause ihrer verehrungswürdigen Eltern beobachten können, ihre Liebe zu ihrem Gemahl, den ihr Herz gewählt; ich war bei ihrer Trauung zugegen und habe sie dann sehr oft in ihrem einfachen, aber höchst zusagenden Haushalte schalten und walten und die gefeierte Künstlerin die Staffelei verlassen sehen, um Kleidchen für ihre Kinder zu nähen oder sich freundlich ihren Spielen hinzugeben. Ich habe oft Gelegenheit gehabt, mit ihr über Kunst und Literatur, über häusliche Vorfälle oder öffentliche Ereignisse zu sprechen. Stets hat sich ein tiefes Gemüth, ein richtig empfundenes Urtheil und eine einfache Wahrheit der Ansicht bei so vieler Geistesbildung gezeigt, daß ich sie ebenso verehren als lieben mußte. Und diese Frau mußte ihrer tiefbetrübten Familie, dem geliebten Gemahl, den unmündigen Kindern in der Blüthe ihres Lebens entrissen werden! Hier bleibt nichts übrig, als tief die Stirne zu beugen und Gottes unerforschliche Rathschläge in Demuth anzubeten.

„Man deute mir, was ich jetzt noch sagen will, als keine Uebertreibung oder als Paradoxie. Ich spreche nur mein eigenes Gefühl aus, wenn ich mir der Verklärten Wesen und Walten und ihre Liebe zu den Blumen sowie ihr ganz unbegreifliches Talent, deren eigenste Natur aufzufassen und darzustellen, ins Gedächtniß zurückrufe. Ich möchte sagen: Pauline war selbst eine Blumennatur. Wie diese durch ihren bloßen Anblick, ohne Absicht oder Zweck erfreut, so erfreute Paulinens Erscheinung blos dadurch, daß sie da war, jedes Herz; wie eine Blume durch Duft und

Farbenspiel Andere erquickt, ohne selbst etwas davon zu haben, so herzlich und hingebend war Paulinens Gesinnung, und mild und weich wie der Schmelz und der Sammt der von ihr gemalten Blumen war ihr Umgang für Alle, die sich ihr nähern konnten. Aber auch wie die Blumen war sie sich all' dieser Vorzüge nicht bewußt, und wenn sie in Gesellschaft von Vielen gesucht, umringt, gefeiert war, schien sie allein dies nicht zu bemerken. Vielleicht war es diese Uebereinstimmung ihres Innersten mit der Natur der lieblichen Kinder des Frühlings, was ihre Seele zu ihnen zog und in ihr die Gabe entwickelte, die Schwesterwesen so treu und so schön darzustellen. Genug, sie besaß dieses Talent in ungewöhnlichem Grade, und wenn einst Niemand von ihren Zeitgenossen mehr am Leben sein wird, welcher ein Zeugniß für ihre bewunderungswürdigen Eigenschaften ablegen könnte, so werden ihre Blumenschöpfungen noch leben und ihr ein herrliches Denkmal sein."

Nur sehr langsam und allmälig schloß sich die tiefe Wunde, welche der allzu frühe Verlust der heißgeliebten Gattin dem Herzen Schmerling's geschlagen. War er sich ja doch stets bewußt, welch' veredelnde Wirkung das leider nur zu kurze Zusammenleben mit der angebeteten Frau auf sein ganzes Wesen, sein Fühlen und Denken hervorgebracht hatte. Darum war ihm nicht nur ihr Andenken allezeit heilig, und Alles, was sie ihm hinterlassen, insbesondere ihre Bilder, und was ihm noch weit kostbarer war als diese, ihre und seine Töchter waren seine theuersten Schätze. Als er am 13. März 1848 noch das niederösterreichische Landhaus in der Herrengasse bewohnte, welches an diesem Tage der Schauplatz tumultuarischer Scenen war, da bangte Schmerling, dessen Kinder inzwischen zu ihrer Großmutter

gebracht worden waren, für nichts so sehr als für die von seiner Frau herrührenden Gemälde. Wie ein Stein fiel es ihm vom Herzen, als er dieselben nach seiner Rückkehr aus der Hofburg unverletzt fand. Wie innig er während seines Aufenthaltes in Frankfurt seiner anfangs in Wien zurückgebliebenen Kinder gedachte, geht aus einem an eine befreundete Dame geschriebenen Briefe hervor, in welchem es heißt: „In Heidelberg sah ich zwei Mädchen ganz in der Größe meiner Töchter, Beide gleich gekleidet, nett, sich etwas verlegen nebeneinander stellend, freundliche, hübsche Gestalten, welche so mächtig mich anzogen, daß ich Thränen vergoß." Und an dieselbe Dame schreibt er etwa einen Monat später gleichfalls aus Frankfurt: „Eine Bitte hätte ich noch an Sie: die um einen Besuch an Paulinens Grab. Mir ist, als wäre es dies Jahr völlig vergessen."

So dachte er stets in zärtlicher Liebe der theuren Entschlafenen, der er auch, obgleich er bei ihrem Hinscheiden kaum 35 Jahre zählte, niemals eine Nachfolgerin gab.

1848—1849.

Ständische Wirksamkeit.

Es kann nicht gesagt werden, daß die Anfänge der dienstlichen Laufbahn, in welche Schmerling 1829, somit in seinem vierundzwanzigsten Lebensjahre eintrat, gerade vielverheißende gewesen wären. Als er sich im Jahre 1835 verheiratete, hatte er es im Staatsdienste noch nicht weiter als bis zum Auscultanten beim niederösterreichischen Landrechte gebracht. Erst 1839 wurde er Rathsprotokollist, von da an setzte er jedoch seine Laufbahn etwas rascher fort, indem er 1842 zum Landrathe, 1846 aber zum Appellationsrathe ernannt wurde. Und im December desselben Jahres wurde ihm, da seine Familie den niederösterreichischen Landständen, und zwar dem Ritterstande angehörte, die durch die Resignation des Herrn Philipp von Mannagetta erledigte vierte Stelle eines ständischen Ausschußrathes verliehen.

Es war eigentlich, und zwar bis gegen die Mitte der Vierzigerjahre des gegenwärtigen Jahrhunderts Niemand besonders erwünscht, ständischer Ausschußrath zu werden. Denn diese Stelle war mit keinerlei Einkünften verbunden, und ebenso besaß die Wirksamkeit, welche aus ihr hervorgehen konnte, nur sehr geringe Bedeutung. Lebhafter war

das Begehren nach dem Amte eines ständischen Verordneten, denn eine Besoldung von dreitausend Gulden und der Genuß einer schönen und geräumigen Wohnung im ständischen Palaste, dem sogenannten Landhause in der Herrengasse waren damit verknüpft. Aber auch die Geschäftsthätigkeit der Verordneten konnte kaum eine bedeutungsvollere als die der Ausschußräthe genannt werden. Denn diejenige der Stände überhaupt erstreckte sich ja auf nicht viel Anderes als auf die Umlage und die Einhebung der stumm bewilligten Steuern, auf die Führung des Gültbuches und die Ueberwachung des Schuldenwesens der Stände. Die Arbeiten, welche sich hierauf bezogen, wurden von den ständischen Beamten geliefert, von den Verordneten aber, von denen die Mehrzahl der Geschäfte ziemlich unkundig war, und von dem Landmarschall, dessen Posten die Regierung gewöhnlich einem Manne aus einer der höheren Adelsfamilien verlieh, dem sie einen ansehnlichen Gehaltsbezug zuschanzen wollte, einfach unterschrieben. Am liebsten wurde dieses einträgliche Amt demjenigen verliehen, von welchem die Regierung mit der meisten Bestimmtheit voraussetzen durfte, er werde, selbst in eine Art behäbigen Schlummers versunken, auch seine Verordneten und Ausschußräthe in dem gleichen Schlummer zu erhalten bestrebt sein. So zutreffend war diese Voraussetzung, daß in dem früher angegebenen Zeitpunkte unter den achtzehn Personen, welche zusammen die Collegien der Verordneten und der Ausschußräthe bildeten, nur drei, der Abt Wilhelm Eder zu Melk, Graf Ferdinand Colloredo und Anton Freiherr von Doblhoff den Muth und die Befähigung besaßen, in den Sitzungen das Wort zu ergreifen und die zur Verhandlung kommenden Gegenstände einsichtsvoll und mit Geschäftskenntniß zu besprechen.

Diese Erbärmlichkeit des Zustandes, in welchem sich sowie wohl in allen Theilen des Kaiserstaates, so auch in Niederösterreich das Ständewesen befand, wurde wenigstens von einigen Mitgliedern der Stände recht bitter empfunden. So geschah es, daß Mehrere aus ihnen etwa im Jahre 1844 oder 1845, als sie nach einer Landtagssitzung zu einem gemeinschaftlichen Mittagessen zusammengetroffen waren, zu dem Gedanken sich aufrafften, der unwürdigen Rolle, welche sie spielten, womöglich ein Ende zu bereiten. Den ersten Schritt hiezu erblickten sie in der Anbahnung einer größeren Annäherung der Ständemitglieder, welche sich bisher so ziemlich fremd geblieben waren, aneinander. Man beschloß, einmal in jeder Woche an einem bestimmten Abende zusammenzukommen, hiezu alle Mitglieder einzuladen, um sich vorerst besser kennen zu lernen, und dann vielleicht zu besprechen, ob irgend etwas und was sich thun ließe, um wenigstens hinsichtlich der eigenen Angelegenheiten zu entscheidenderer Geltung zu gelangen.

Vor Allem bemühte man sich, die lang schon in Vergessenheit gerathenen ständischen Rechte zu studiren, denn nur auf legalem Rechtsboden wollte man sich bewegen. Alle wichtigeren Angelegenheiten, welche in den ständischen Sitzungen zur Verhandlung gelangen sollten, wurden eingehend erörtert und hiebei die gegenseitigen Meinungen freimüthig ausgetauscht. Man lernte klar, bündig und logisch sprechen, legte die Empfindlichkeit ab, welche so leicht durch Kritik und Widerspruch erweckt wird, und eignete sich ohne Zwang jene Disciplin an, welche in keiner Versammlung fehlen darf, wenn sie mit Würde und Erfolg berathen soll.

Die Wirkungen dieses Zusammenseins offenbarten sich gar bald, und sie mochten diejenigen unangenehm über-

raschen, welche, an das bisherige Scheinleben der Stände gewöhnt, mit Grund besorgten, daß dieselben in geradem Gegensatze zu ihrem bisherigen Verhalten sich allmälig auch dazu aufraffen könnten, gegen ihnen unzweckmäßig, unbillig oder ungerecht erscheinende Maßregeln Einsprache zu erheben. So sehr scheuten das die Personen, welche sich bis dahin mit einer gewissen Omnipotenz an der Spitze der Geschäfte befanden, daß sie selbst einen Ausdruck des Lobes oder des Dankes zurückzudrängen bemüht waren. So geschah es, daß, als die Stände beschlossen, Seiner Majestät dem Kaiser Ferdinand den Dank des Landes für die Herabsetzung der militärischen Dienstzeit durch eine Deputation darzubringen, ihr der Zutritt zum Monarchen verweigert wurde.

Wo man jede freiere Bewegung der Stände mit so feindseligem Auge betrachtete, war es nicht zu verwundern, daß man die Quelle derselben zu verstopfen sich bemühte, und dies dachte man durch die Schließung des ständischen Lesezimmers zu erreichen. Eine hierauf abzielende Verordnung wurde auch wirklich erlassen, aber schon nach wenigen Tagen wieder zurückgezogen, indem man vor dem allgemeinen Unwillen zurückschrak, welchen diese willkürliche Maßregel auch in höheren Kreisen erregte.

Während die Gegner der Stände sich bemühten, deren Bestrebungen zu paralysiren, waren diejenigen, von welchen sie vorzugsweise ausgingen, auf ihre Ausdehnung und Kräftigung und daher vor Allem auf Anwerbung von Mitwirkenden bedacht, welche hiezu aus dem Grunde besonders befähigt erschienen, weil sie neben einer mehr als gewöhnlichen Geschäftskenntniß auch den politischen Muth, ihre Meinung ungescheut zu sagen und zu vertreten, und die erforderliche Selbstverleugnung besaßen, sich hievon nicht

durch die Ungunst der Machthaber und hieraus etwa hervorgehende nachtheilige Folgen abhalten zu lassen. So war schon im Jahr 1844 Anton Freiherr von Doblhoff zum Mitgliede des Collegiums der Verordneten erwählt worden, und drei Jahre später wurde Schmerling in die gleiche Stellung berufen.

Man würde Doblhoff Unrecht thun, wenn man sein Wirken im ständischen Collegium nach der Thätigkeit beurtheilen wollte, die er in der Sturmzeit des Jahres 1848 als Minister des Innern entfaltete. Denn es fehlte ihm kaum eine der Eigenschaften, welche für ihn als Verordneten wünschenswerth waren, während ihm gar manche abgingen, deren er als Minister dringend bedurft hätte. Ein Mann von tadellosem Charakter, von jeder Selbstsucht frei, war er mit den Verhältnissen und den Interessen des Landes, in dessen Vertretung er saß, innig vertraut. Ein unermüdlicher Arbeiter, besaß er auch den unerschrockenen Freimuth, der erforderlich war, dort einzutreten für seine Ueberzeugung, wo deren Geltendmachung nichts weniger als willkommen erschien.

Im Juli 1847 trat auch Schmerling in das Collegium der ständischen Verordneten ein. Sein Vorgänger Freiherr von Mayenberg hatte, den Anforderungen der Neuzeit in gar keiner Weise mehr gewachsen, seinen Austritt erklärt, und Schmerling wurde, ohne daß er sich darum beworben hätte, von dem niederösterreichischen Ritterstande zu seinem Nachfolger erkoren. Bereitwillig nahm er dieses Amt an, nachdem ihm von Seite der Regierung seine zeitweise Entlassung aus dem Staatsdienste, in welchem er seit Kurzem die Stelle eines Appellationsrathes bekleidete, und der Vorbehalt des Rücktrittes in dieselbe bewilligt worden war.

Hatte Schmerling schon als Ausschußrath eine eifrige Thätigkeit in den Angelegenheiten der Stände entwickelt, so wurde dieselbe durch seinen Eintritt in das Collegium der Verordneten, da er sich ihr nun ausschließlich widmen konnte, noch mächtig gesteigert. An allen Berathungen und Ausarbeitungen nahm er lebhaften Antheil, und eine beträchtliche Anzahl der letzteren rührt von ihm selbst her. Ein Blick auf dieselben und auf das, was damals die ständischen Collegien überhaupt beschäftigte, wird darthun, daß es von nicht geringer Bedeutung und der Art war, daß das, was die Stände anstrebten, wenn es wirklich zur Durchführung gelangt wäre, dem Lande zu mannigfaltigem Nutzen gereicht hätte. So darf man es ungescheut aussprechen, daß die Bestrebungen der niederösterreichischen Stände wenigstens in den letzten Jahren, welche ihrer plötzlichen Beendigung vorhergingen, weit größerer Anerkennung würdig gewesen wären, als ihnen eine schon zur Gewohnheit gewordene oberflächliche Beurtheilung zu Theil werden läßt. Und ebenso wird hiedurch die noch manchmal auftauchende irrige Anschauung gründlich widerlegt, als ob die Stände durch die reformatorischen Bestrebungen, denen sie in einer Weise sich hingaben, welcher man eher allzu große Mäßigung als thörichte Ueberstürzung zum Vorwurfe machen könnte, zur Herbeiführung der Revolution irgendwie beigetragen hätten. Es zeigt sich vielmehr, daß die Stände eigentlich nichts Anderes thaten, als gar Manches vollkommen haltlos Gewordene zu friedlicher Umgestaltung zu empfehlen. Nach ihren Anträgen vorgenommen, wäre eine solche Reform vielleicht in einer für alle Theile ersprießlichen Weise bewerkstelligt worden, während die ziemlich gewaltsame Lösung, welche durch die Revolution herbei-

geführt wurde, viele wohlberechtigte Interessen schmerzlichst verletzte.

Schon im Jahre 1845 waren die Stände zur Theilnahme an einer Berathung über die Reform der Criminalgerichte unterster Instanz eingeladen worden. Sie verfochten hiebei das Princip, dieselben als collegiale und durchaus landesfürstliche Gerichte zu organisiren. Ein ausführliches, von Schmerling ausgearbeitetes Project fand allgemeinen Beifall, wurde der Staatsverwaltung vorgelegt und auch im Wesentlichen von ihr angenommen. Jedoch erst das Jahr 1848 brachte die Sache zur Erledigung, welche denn auch in dem von den Ständen vorgeschlagenen Sinne ausfiel.

Gleichfalls dem Jahre 1845 gehört die Berathung an, welche über die Reorganisirung des Schubwesens gepflogen wurde. Auch hierüber lieferten die Stände ein umfassendes Elaborat, kraft dessen man das Land Niederösterreich in bestimmte Bezirke theilte und eigene Routen festsetzte, auf denen die Abschiebung stattfinden sollte. Die Ausgaben, welche hieraus erwuchsen, hätten als eine das ganze Land treffende Last zu gelten. Aber die Sache blieb beim Alten, und erst nach dem Jahre 1848 wurde von der Regierung zur Beseitigung des Uebels der Weg eingeschlagen, der von den Ständen als der richtige bezeichnet worden war.

Wichtiger noch waren die Anträge, welche im Jahre 1846 in einer sehr zahlreich besuchten Ständeversammlung auf Aufhebung von Zehent und Robot gestellt und angenommen wurden. Die Erwiederung der Regierung schloß wie gewöhnlich nur eine halbe Maßregel in sich; das Patent vom 14. December 1846 setzte einige Erleichterungen für freiwillige Ablösungen fest. Eine hiegegen von den Ständen

eingebrachte Vorstellung that das Ungenügende dieser Verfügung dar, aber es blieb bei derselben, bis auch hierin das Jahr 1848 eine gewaltsamere, insbesondere den Staat in hohem Maße belastende Entscheidung herbeiführte.

Als die Stände den Antrag auf Aufhebung des Zehents und der Robot stellten, erkannten sie das Bedürfniß, für eine Anstalt zu sorgen, welche es den Verpflichteten möglich mache, die zur Ablösung erforderlichen Summen leicht und ohne empfindliche Opfer zu erlangen. Dies sollte durch eine ständische Creditanstalt geschehen. Mit den hierauf abzielenden Arbeiten beschäftigte sich mehrere Monate hindurch ein Comité, in welchem Schmerling als Berichterstatter fungirte. Als sein Werk müssen daher die Statuten und das Reglement für das projectirte Geldinstitut angesehen werden. Trotz ihrer einstimmigen Annahme von Seite der Stände erhielten sie die Genehmigung der Regierung nicht. Denn diese gab sich der Besorgniß hin, der Cours der neu auszugebenden Obligationen der ständischen Creditanstalt könnte den der Staatspapiere herabdrücken.

Dem gleichen Schicksale verfiel das ebenfalls von Schmerling herrührende Project einer ständischen Immobilien-Versicherungsanstalt. Auch ihm wurde die Genehmigung der Regierung, und zwar unter dem Vorwande versagt, daß dem Bedürfnisse schon durch die bestehenden Versicherungsanstalten entsprochen sei. Man übersah dabei oder wollte es übersehen, daß eine ständische Anstalt nur sehr mäßige Regiekosten verursacht und deshalb nur geringer Assecuranzprämien bedurft hätte. Aber so schlagend dies auch nachgewiesen worden war, so fand es doch nur die gleiche mißgünstige Beurtheilung wie Alles, was von den Ständen ausging.

Hierin trat auch dann keine Aenderung ein, als die Regierung, nicht ohne einen gewissen Widerspruch mit ihrem sonstigen Verfahren, statt des in hohem Alter verstorbenen Landmarschalls Grafen Peter Goëß im Jahre 1847 eine weit jüngere und tüchtigere Kraft an dessen Stelle berief. Es war dies Graf Albert Montecuccoli, welcher, damals erst 42 Jahre alt, schon in verschiedenen Zweigen der inneren Verwaltung, zuletzt als Vicepräsident beim lombardischen Landesgubernium gedient hatte. Nicht nur tüchtige Kenntnisse in den verschiedenen Zweigen der Administration hatte er sich in diesen Stellungen erworben, sondern auch seinen Blick für die in so überreichem Maße vorhandenen Gebrechen geschärft und seinen Willen wie seinen Muth gestärkt, thatkräftigen Antheil an ihrer Beseitigung zu nehmen. An den hierauf gerichteten Bestrebungen der niederösterreichischen Stände betheiligte daher auch er sich in eifriger Weise.

Wo von den Arbeiten derselben die Rede ist, welche dem Jahre 1848 vorhergingen, dürfen auch die, welche sich auf ihr Schuldenwesen bezogen, nicht ganz außer Acht gelassen werden. In den Kriegsjahren 1797, 1800, 1805 und 1809 hatten die Stände höchst beträchtliche Schulden, zum Theile für Staatszwecke contrahirt. Jahrzehnte waren seither verstrichen und noch keine Liquidirung erfolgt. Im Collegium der Verordneten wußte am Ende Niemand mehr, was man denn an den Staat zu fordern habe, bis endlich Freiherr Andreas von Stifft die Herkulesarbeit unternahm, welche ihm auch schließlich gelang, volle Klarheit in das ständische Schuldenwesen zu bringen.

Stifft war der Angehörige einer Familie, welche insbesondere deshalb merkwürdig erscheint, weil in ihr Vater, Sohn und Enkel eine vielleicht gleich hervorragende, aber

doch auch wieder so ganz verschiedene Begabung besaßen, daß dieselbe nur in völlig heterogener Richtung zum Ausdrucke und zur Geltung gelangte. War doch der Vater Stifft jener so berühmt gewordene Leibarzt des Kaisers Franz, der sich nicht blos als Arzt, sondern auch als Mensch und als Staatsdiener ein so unbegrenztes Vertrauen des Kaisers zu erwerben gewußt hatte, daß er von ihm nicht nur mit glanzvollen Beweisen persönlichen Wohlwollens überhäuft, sondern beständig in seiner nächsten Umgebung festgehalten und in den wichtigsten Staatsgeschäften gebraucht wurde.

Gegen alle Voraussetzung widmete der Sohn Stifft sich nicht gleich seinem Vater der Wissenschaft oder dem Staatsdienste, in welch' letzterem er es Dank seiner ungewöhnlichen Befähigung und seiner einflußreichen Verbindungen gewiß sehr weit gebracht haben würde, sondern zunächst Geldgeschäften, die er für eigene Rechnung betrieb, und dann der Landwirthschaft, in welcher er sich den Ruf eines ganz ausgezeichneten Oekonomen erwarb. Aber nicht nur als solcher, auch als eine Finanzcapacität ersten Ranges galt er, und mit Vorliebe beschäftigte er sich mit diesen Fragen nicht allein, wo es seinen eigenen Vortheil, sondern auch dort, wo es den des Landes galt, dem er durch seine Geburt und als Mitglied der Stände angehörte.

Nur der Vollständigkeit wegen wollen wir, da wir des Vaters und des Sohnes Stifft gedachten, hier auch den Enkel erwähnen, welcher genau so, wie es bei dem Banquier Stifft der Fall gewesen war, sich in so grellem Gegensatze zu den Anlagen, der Denkweise und den Bestrebungen seines Vaters befand wie seinerzeit dieser dem Leibarzte des Kaisers gegenüber. War der Banquier Stifft ein Mann der nüchternsten

Praxis, der sich nur mit finanziellen und landwirthschaftlichen Angelegenheiten befaßte, so war hingegen sein Sohn ein träumerischer Idealist, der sich in seiner Jugendzeit nur durch seine Sonderbarkeiten und durch eine Unbeholfenheit im Verkehre mit der Außenwelt bemerkbar machte, welche bei der sorgfältigen Erziehung, die er genossen, und bei der in angenehmen geselligen Formen sich bewegenden Umgebung, in welcher er aufgewachsen war, wirklich in Verwunderung versetzte. Seine ebenfalls ganz ungewöhnliche Begabung trat jedoch erst im Jahre 1848 hervor, in welchem er sich gleichsam kopfüber in den wildesten Strudel des politischen Lebens warf und als Vorkämpfer der radicalsten Partei durch die manchmal wirklich dämonische Kraft seiner journalistischen Kundgebungen einen der bemerkenswerthesten Plätze in derselben einnahm. Sein Name und seine Familienverbindungen mögen es gewesen sein, welche ihn nach der Einnahme Wiens vor einer harten Behandlung durch die damals eingesetzten Militärgerichte schützten. Nachdem ihm aber durch die nun die Oberhand gewinnende Zeitströmung das publicistische Gebiet so ziemlich verschlossen war, wandte er sich der belletristischen Literatur zu, in der er es jedoch nie zu sehr hervorragender Bedeutung brachte. Er starb schon 1872, wenig über 50 Jahre alt, und mit ihm erlosch sein Geschlecht.

Kehren wir neuerdings für einen Augenblick zu seinem Vater zurück, so möchten wir sagen, daß die mühevolle Arbeit, welche dieser über die Schuldforderungen der niederösterreichischen Stände an den Staat lieferte, eine vollkommen fruchtlose blieb. Aber man wird es wenigstens begreiflich finden, daß von Seite der Regierung auf die Begehren der Stände keine Antwort erfolgte, wenn man vernimmt, daß

die Höhe ihrer Forderungen an den Staatsschatz sich auf ungefähr anderthalb Millionen belief.

Eine Angelegenheit von großer Bedeutung war auch die Einführung des vierten Standes, der Abgeordneten der Städte und Märkte in die allgemeinen Versammlungen der Stände, aus welchen sie allmälig ganz herausgedrängt worden waren. In Folge dessen war der vierte Stand nur zu den Landtagsversammlungen berufen worden, auf denen die sogenannten Postulate, das heißt die auf die Entrichtung der Steuern bezüglichen Anforderungen der Regierung die Zustimmung der Stände erhielten; man begnügte sich damit, wenn der vierte Stand sie schriftlich ertheilte. Erst bei dem Landtage des Jahres 1847 wurde auch er aufgefordert, über seine Zustimmung zu berathen und an der Debatte über die Landtagserklärung, sowie an der mündlichen Abstimmung theilzunehmen. Dies geschah, und so trat wenigstens bei diesem Acte der Steuerbewilligung der vierte Stand in seine früheren Rechte.

Ein umfassenderer Antrag, ihn auch allen anderen Berathungen beizuziehen und so förmlich als das, was er eigentlich sein sollte, zu constituiren, war für das Jahr 1848 ausgearbeitet worden, kam aber nicht mehr zur Debatte. Auch noch für andere Gegenstände von kaum geringerer Bedeutung wurden einstweilen die Vorarbeiten geliefert, um sodann im Jahre 1848 den Ständen zur Berathung vorgelegt werden zu können. Sie bezogen sich auf die Nothwendigkeit der Erlassung eines Preßgesetzes, worüber Doblhoff eine interessante Ausarbeitung verfaßte, sowie einer Gemeindeordnung, auf die Verbesserung des Volksunterrichtes, wofür sich Fürst Lamberg besonders interessirte, und der Lage der Volksschullehrer, endlich auf die Her-

stellung der Verbindungsstraßen auf dem flachen Lande, lauter Angelegenheiten, welche nach der Einführung constitutioneller Einrichtungen in Oesterreich von den Vertretungskörpern mit Begierde wieder aufgegriffen und in einer mehr oder minder ersprießlichen Weise geregelt wurden.

Der Geist, welcher damals die weitaus größte Mehrheit der niederösterreichischen Ständeversammlung beseelte und den wir nicht anders als einen von patriotischem Freimuth getragenen bezeichnen können, ist vielleicht am besten aus der Landtagserklärung zu ersehen, deren Entwurf den Ständen in ihrer Sitzung am 10. Juni 1847 von dem Collegium der Verordneten zur Annahme vorgeschlagen wurde. Ihm zufolge sollten die Stände zwar ihre Bereitwilligkeit zur Bewilligung des von ihnen geforderten Steuerpostulates kundgeben, aber es dabei doch nicht unterlassen, auf den im Lande herrschenden Nothstand und auf die Schwierigkeit der Eintreibung so großer, trotz der verflossenen zweiunddreißig Friedensjahre nicht allein unvermindert gebliebener, sondern sogar noch beträchtlich gesteigerter Abgaben hinzuweisen. Sie sollten hieran eine Erneuerung des schon im Landtage des Jahres 1846 vorgebrachten Ansuchens um Herabsetzung der Verzehrungssteuer und der Stempeltaxe, sowie um Einführung einer gleichen Belastung alles Einkommens knüpfen. Endlich schloß der Erklärungsentwurf mit der Bitte, das bisherige System der Geheimthuerei in Steuer- und Finanzsachen fallen lassen und künftighin den Staatshaushalt publiciren zu wollen.

„Die Oeffentlichkeit," so lautet dieser Abschnitt der vorgeschlagenen Erklärung, „ist eine Stütze des Vertrauens; sie gibt dem Landesfürsten die Beruhigung, seinen Unterthanen die Unerläßlichkeit seiner Anforderungen gezeigt zu

haben; sie gibt dem Unterthan die Kraft und stärkt seinen Willen, diesen Anforderungen zu genügen. Selbst die Schrecken eines offen dargelegten Ausfalles finden ihre Grenzen in der Veröffentlichung, und nur in ihr liegt die Möglichkeit des gemeinsamen Zusammenwirkens von Fürst und Unterthan, welches allein die Mittel und Wege aufzufinden vermag, selbst vermeintlich unheilbare Uebel unschädlich zu machen."

Wem es heutzutage vergönnt ist, einen Blick auf das niemals veröffentlichte stenographische Protokoll über die damaligen Sitzungen des niederösterreichischen Landtages zu werfen, der wird daraus nicht ohne Verwunderung ersehen, wie mitten in der Hauptstadt, ohne daß die übergroße Mehrzahl ihrer Bevölkerung Näheres hierüber erfuhr, ein kleines, aus 60 bis 70 Mitgliedern bestehendes Parlament tagte, in welchem mit einem Ernst und einer Tüchtigkeit nicht nur der Gesinnung, sondern auch der Rede gesprochen wurde, die selbst der constitutionellen Vertretung eines größeren Staates nicht zur Unehre gereicht haben würde. Und bemerkenswerth ist es, daß auch die Sprecher der conservativeren Richtung, unter denen insbesondere der Chef des Hauses Liechtenstein, Fürst Alois, hervortrat, nicht so sehr an dem Inhalte des vorgelegten Entwurfes der Landtagserklärung, als an dem ihrer Meinung nach hie und da allzu schroffen Tone Anstoß nahmen, in welchem dieselbe abgefaßt war.

Trotz anfänglicher Einsprache gaben sich schließlich auch die freisinnigeren Mitglieder der Ständeversammlung, unter ihnen auch Schmerling damit zufrieden, daß nicht so sehr gegen die gestellten Anträge selbst, als gegen die Form ihrer Darlegung Einwendungen erhoben worden waren. Sie

fügten sich also darein, daß der Erklärungsentwurf dem Collegium der Verordneten mit dem Auftrage zurückgegeben wurde, ihn einer Umarbeitung zu unterziehen, bei welcher unter Festhaltung seines wesentlichen Inhaltes doch jeder irgendwie verletzende Ausdruck sorgfältig beseitigt erscheine.

Trotz der eifrigen Bemühung des Collegiums der Verordneten, dieser Weisung zu entsprechen, wurde doch der von ihnen umgearbeitete Entwurf in der Ständesitzung des nächstfolgenden Tages neuerdings, und zwar in einer Weise angegriffen, welche sich diesmal mehr, als es in der ersten Sitzung geschehen war, auf den Kern und nicht blos auf die Form der gestellten Begehren bezog. Insbesondere war die Veröffentlichung des Staatshaushaltes der Punkt, hinsichtlich dessen sich eine scharfe Meinungsverschiedenheit zeigte. Während sich der Landuntermarschall Freiherr von Aichen gegen die Aufnahme dieser Bitte in die Landtagserklärung aussprach und hiebei von dem Grafen Franz Kuefstein lebhaft unterstützt wurde, traten von den Wortführern der liberalen Partei insbesonders Karl von Kleyle, Graf August Breuner und Anton von Schmerling mit Eifer für sie ein. In längerer und gewandter Rede setzte der Letztere Alles auseinander, was gerade vom Standpunkte des Staates für die Veröffentlichung seines Haushaltes sprach, indem hiedurch das Vertrauen zu seiner Finanzverwaltung wesentlich gekräftigt werden würde. Nachdem sich auch einer der angesehensten Redner in der Versammlung, Graf Ferdinand Colloredo, welchem zu Beginn der Sitzung aus Anlaß seines Ausscheidens aus dem Collegium der Verordneten eine für ihn höchst ehrenvolle Ovation dargebracht worden war, in diesem Sinne ausgesprochen hatte, wurde das auf Veröffentlichung des Staatshaushaltes gerichtete Begehren der Stände

und somit die gesammte Landtagserklärung mit einer so großen Majorität zum Beschlusse erhoben, daß sie fast an Einstimmigkeit grenzte.

Dennoch blieb selbstverständlich auch diese Erklärung ohne allen Erfolg, denn die Regierung ließ sich auch durch sie nicht bewegen, aus jener apathischen Haltung des Schweigens und der Thatlosigkeit herauszutreten, welche sie einem der Altersschwäche verfallenen Manne gleich einmal angenommen hatte und stumpfsinnig weiter beobachtete. Aber ebenso selbstverständlich war es, daß die Stände sich hiedurch nicht entmuthigen ließen, auszuharren in ihren Bestrebungen, bei denen sie von dem Bewußtsein durchdrungen waren, daß sie auf nichts als auf das Beste ihres österreichischen Vaterlandes abzielten. Insbesondere waren es die wenig erfreulichen Finanzzustände, welchen sie fortan ihre Aufmerksamkeit zuwendeten, und der ständische Ausschuß beschäftigte sich mit einer Eingabe an die Regierung, in der sie gebeten werden sollte, Deputirte der Stände aller österreichischen Länder um sich zu versammeln, um mit ihnen hierüber zu berathen.

Wenn nun auch über diese im Schooße der Stände herrschende Thätigkeit nichts durch die Zeitungen oder sonst wie veröffentlicht werden durfte und sie daher dem großen Publicum unbekannt blieb, so wußten doch alle diejenigen darum, welche sich überhaupt für die öffentlichen Angelegenheiten interessirten. Unter ihnen aber war wohl fast Niemand, der nicht eine gründliche Reform in der Leitung der Staatsgeschäfte herbeigewünscht hätte. Und da es damals keinen einzigen Mann in Wien gab, von dem man annehmen durfte, daß er das Ansehen und die Kraft, die Begabung und auch den Willen besaß, dasjenige durchzusetzen, was

in den Kreisen sehnlichst verlangt wurde, in denen Vaterlandsliebe und Intelligenz am stärksten vertreten waren, so war es nur natürlich, daß die Augen Aller einer Körperschaft, und zwar derjenigen der niederösterreichischen Stände sich zuwandten. Denn in ihrer Mehrheit von den gleichen Gesichtspunkten ausgehend, zählte sie nicht wenige Männer in ihrer Mitte, welche außer jener Vaterlandsliebe und jener Intelligenz auch noch die bei den in Oesterreich nun einmal herrschenden Zuständen wirklich unschätzbare Eigenschaft besaßen, daß sie den vornehmsten Familien des Landes angehörten und man daher mit einiger Wahrscheinlichkeit darauf hoffen durfte, ihre Stimmen würden nicht auch jetzt wieder, wie es so oft schon der Fall gewesen, fruchtlos erhoben werden und ungehört verhallen.

Der dreizehnte März.

Durch die Ereignisse, welche gegen Ende des Monates Februar 1848 in Frankreich sich zutrugen, wurde die Erwartung gar sehr gesteigert, daß die Regierung nicht auch diesmal wieder in ihrem bisherigen Winterschlafe verharren werde, denn dafür schien die allgemeine Aufregung, welche sich seit dem Obsiegen der Revolution in Paris und der Flucht König Ludwig Philipps nach England ganz Europa's bemächtigt hatte, eine gewisse Bürgschaft zu gewähren. Auch nach Oesterreich und speciell nach Wien hatte sich diese Aufregung verbreitet und zuerst in einer von Tausenden unterschriebenen Petition Ausdruck gefunden, welche eigenthümlicher Weise nicht an den Kaiser oder die Regierung, sondern an die niederösterreichischen Stände gerichtet und in der die Bitte enthalten war, die darin vorgebrachten Begehren in ihrer nächsten Landtagsversammlung in Berathung zu ziehen und sie zu baldiger Verwirklichung an den Thron gelangen zu lassen.

Diese Begehren erstreckten sich auf unverweilte Veröffentlichung des Staatshaushaltes, auf periodische Berufung eines alle Länder der Monarchie und alle Classen der Bevölkerung vertretenden ständischen Körpers mit dem

Rechte der Steuerbewilligung und der Controle der Finanzgebahrung sowie der Theilnahme an der Gesetzgebung, auf die Herstellung eines Rechtszustandes in der Presse durch Einführung eines Repressivgesetzes, auf Durchführung des Grundsatzes der Oeffentlichkeit in der Rechtspflege und der gesammten Verwaltung, endlich auf Verleihung einer zeitgemäßen Gemeindeverfassung, welche auch die Grundlage darbieten sollte, um die in den bisherigen ständischen Einrichtungen gar nicht oder nur unvollkommen begriffenen Elemente des Ackerbaues, der Industrie, des Handels und der Intelligenz zu entsprechender Vertretung gelangen zu lassen.

Bei der damals herrschenden Aufregung war es nicht zu verwundern, daß diese in Form und Inhalt einer gewissen Mäßigung nicht entbehrende Kundgebung, gleich nachdem sie in Scene gesetzt worden war, binnen kürzester Frist von einer anderen überholt wurde, welche aus einem Kreise hervorging, dem man wohl Vaterlandsliebe, aber alles Andere eher als ruhige Ueberlegung, verständiges Urtheil und ernste Besonnenheit zutrauen durfte, dessen vordringliches Auftreten während der Wiener Ereignisse des Jahres 1848 daher die verderblichsten Folgen und schließlich das schmähliche Scheitern der anfangs so vielversprechenden freiheitlichen Bewegung nach sich zog.

Allerdings war nicht so sehr das, was die Studenten begehrten, tadelnswerth, denn es unterschied sich nicht allzusehr von dem, was die große Wiener Petition enthielt. Aber der Umstand wurde verhängnißvoll, daß gerade sie es verlangten, und daß sie sich hiedurch als eine Corporation hinstellten, der es gebühre, in Staatssachen ein großes, ja das eigentlich maßgebende Wort mitzusprechen. Was sie begehrten, war Preß- und Redefreiheit zur Herstellung eines

gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens zwischen Fürst und Volk, Hebung des Volksunterrichtes und insbesondere Einführung der Lehr- und Lernfreiheit, Gleichstellung der verschiedenen Glaubensgenossen im staatsbürgerlichen Rechte, endlich Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des gerichtlichen Verfahrens.

Diese nicht mehr an die niederösterreichischen Stände, sondern an den Kaiser selbst gerichtete Petition, deren Entwurf von einer kleinen Anzahl Studirender herrührte, wurde am 12. März in einer überaus zahlreich besuchten Versammlung derselben verlesen und Absatz für Absatz von dem lebhaften Beifall der jugendlichen Zuhörer begleitet. Um die Letzteren von einer ihnen vielleicht verderblich werdenden Unbesonnenheit abzuhalten, blieb kaum Anderes übrig, als daß die Professoren Hye und Endlicher sich anheischig machten, die Petition in die Hände des Kaisers gelangen zu lassen, was auch noch am selben Abende geschah.

Ohne jegliche Verbindung mit diesem Vorgange in der Universität war das, was sich Tags darauf im niederösterreichischen Landhause zutrug. Die früher für den 22. März festgesetzte Eröffnung der Sitzungen des Landtages war, um der in Wien herrschenden Ungeduld Rechnung zu tragen, schon für den 13. März, ohne daß wohl irgend Jemand daran dachte, daß dies der Geburtstag Kaiser Josephs II. war, anberaumt worden. Unter den zahlreichen Ausarbeitungen, welche die ständischen Collegien für den Landtag vorbereitet hatten, trat insbesondere eine durch ihre ganz besondere Wichtigkeit hervor, ein Antrag auf Reactivirung des vierten Standes, ein zweiter auf Zusammenberufung eines Centralausschusses der Stände sämmtlicher Länder und Provinzen, ein dritter auf eine Preßgesetz-

gebung. Ein vierter endlich betraf die bereits erwähnte, den Ständen von der Bevölkerung Wiens zugekommene Petition, in der sie um ihre Intervention zur Herbeiführung einer vollständigen Aenderung des bisherigen Regierungssystems angegangen wurden. Die Berichterstattung über die beiden ersteren Gegenstände war dem Freiherrn von Doblhoff, die über die zwei letzteren aber Schmerling übertragen worden. Ihre Ausarbeitungen bestanden in vollständigen Entwürfen der Adressen, wie sie dem Kaiser vorgelegt werden sollten. Sie waren nur nach zahlreichen Vorbesprechungen mit den intelligentesten Mitgliedern der Stände, nach reiflichster Erwägung aller hiebei in Betracht zu ziehenden Umstände entworfen und von den Ausschüssen ohne Aenderung zur Vorlage an die Ständeversammlung gutgeheißen worden.

Am 12. März, dem Tage jenes geräuschvollen Vorganges in der Wiener Universität, fanden sich auch die Mitglieder der Stände zahlreich im Landhause ein. Ihre Collegien beschäftigten sich mit den letzten Vorbereitungen zu der Eröffnungssitzung des Landtages, welche am nächsten Morgen stattfinden sollte. Mit unsäglicher Spannung sah Alles derselben entgegen, und mit einigem Bedauern wurde bemerkt, daß Doblhoff, dessen überaus reizbares Nervensystem keine Gemüthsbewegung vertrug, schon an diesem Tage recht leidend war. Er vermochte sich kaum aufrecht zu halten, und schon machten sich Symptome der Krankheit bemerkbar, welche ihn kurz darauf befiel. Schmerling hingegen zeigte sich damals zum ersten Male als der Mann voll geistiger und körperlicher Kraft, von jener unbeugsamen Entschlossenheit beseelt, die er späterhin noch vielfach so glänzend bewährte.

Noch ehe am Morgen des 13. März die Mitglieder der Stände sich zu der für zehn Uhr anberaumten Sitzung vollzählig eingefunden hatten, füllten zahlreiche Neugierige den Hof des Landhauses und die dasselbe umgebenden Straßen und Plätze. Insbesondere waren die Studenten, und zwar in viel erhitzterer Stimmung als am Vortage, in dichtgedrängten Haufen herbeigeströmt, in denen sie das von allen Seiten freistehende ständische Gebäude umwogten.

Oben im Saale fand inzwischen die eigentliche Eröffnung der Sitzung noch immer nicht statt. Der Landmarschall Graf Albert Montecuccoli, ein besonnener und wohlwollender Mann, welcher sich während der letzten Tage eifrigst, aber fruchtlos bemüht hatte, von der Regierung Concessionen zu erlangen, durch deren Gewährung dem Umsichgreifen der Bewegung vielleicht hätte vorgebeugt werden können, wollte mit den Berathungen nicht beginnen, bevor Aussicht vorhanden war, daß sie nicht durch das immer turbulenter werdende Treiben der Menge im Hofe fortwährend gestört würden. Aber von Seite der Behörden war, und vielleicht, wie wenigstens Einige meinten, nicht ganz ohne die Absicht, die ihnen mißliebigen Stände nun auch einmal in Bedrängnis gerathen zu lassen, nicht die geringste Vorkehrung zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung getroffen worden. Deshalb bat Montecuccoli die nicht dem Prälatenstande angehörigen Mitglieder des Collegiums der Verordneten, die Grafen Anton Pergen und Heinrich Hoyos, den Freiherrn von Doblhoff und Schmerling, sich hinunter zu begeben und den Versuch zu machen, die aufgeregte Menge zu beruhigen und sie zum Verlassen des Hofes zu bewegen. Denn von rasch nacheinander auftretenden Rednern, welche, um besser vernehmbar zu werden,

auf den im Hofe befindlichen Brunnen stiegen, wurden von dort aus mehr oder minder aufreizende Ansprachen an sie gehalten. Die den Mitgliedern der Stände am nächsten Stehenden nahmen zwar deren Worte höflich und mit Zeichen der Zustimmung auf, dennoch gelang es ihnen nicht, sich auch denen verständlich zu machen, welche sich in den rückwärtigen Reihen befanden. Dieselben fuhren vielmehr fort, ihrer leidenschaftlichen Aufregung Luft zu machen, und wenngleich Viele, vielleicht die Meisten sich wirklich für das, was vorging, begeisterten, so gab es doch auch wieder nicht Wenige, die sich nicht schämten, allerlei Dinge zu treiben, zu denen in derlei Lagen der Muthwille die Müßigen anreizt.

In Folge des ungestümen Drängens gegen den Haupteingang wurden auch die in dessen Nähe befindlichen Mitglieder des Collegiums der Verordneten zu allmäligem Zurücktreten in die Stiegenhalle genöthigt. Mit ihnen kamen noch etwa zwanzig bis dreißig Leute in dieselbe, drängten über die Stiege nach und gelangten in den sogenannten Rittersaal, nach der eigentlichen Landstube die größte Localität im Landhause. Nun begab sich der Landmarschall, von den Grafen Breuner und Ferdinand Colloredo begleitet, unter diese Leute, größtentheils Studenten, und zwar meistens Mediciner. Alle drei Herren unternahmen den gleichen Versuch wie früher Schmerling und seine Genossen, aber nicht mit glücklicherem Erfolge. Breuner und Colloredo sprachen sogar vom Fenster herab an die im Hofe Versammelten und suchten sie zum Weggehen zu bewegen. Seinem Temperament nach begann Colloredo hiebei etwas heftig zu werden, während Montecuccoli mit großer Kaltblütigkeit und vieler Geduld die aufgeregte Menge zur Ruhe ermahnte und sie

bat, sich zu entfernen. Schmerling trachtete ihn hiebei nach Kräften zu unterstützen.

In lebhafter Rede und Gegenrede wurde nun zwischen Montecuccoli und den Sprechern der Eindringlinge verhandelt. Mit Ungestüm verlangten die Letzteren, die Stände sollten Etwas thun, worauf ihnen Montecuccoli mit Recht entgegnete, die Stände könnten nichts Anderes thun als Berathungen pflegen; das wollten sie auch, aber sie bedürften hiezu vor Allem ungestörter Ruhe. Und als nun der Ruf nach Zugeständnissen sich immer heftiger erhob, mußte Montecuccoli erklären, die Stände besäßen keine Regierungsgewalt, sie vermöchten daher auch keine Zugeständnisse zu machen. Nachdem dieser Wortwechsel durch mehr als eine halbe Stunde fortgedauert hatte und Montecuccoli durch das viele und laute Reden schon ganz heiser geworden war, wich der Landmarschall endlich dem Andrängen mehrerer Mitglieder der Stände. Er ließ die Leute im Rittersaale stehen, begab sich in die Landstube, in welcher es, da ihre Fenster sämmtlich nach dem etwas vereinsamten Minoritenplatze gehen, ziemlich ruhig geworden war, und eröffnete beiläufig um elf Uhr die Sitzung. Sie war zahlreicher als je, und zwar von hundertfünfundzwanzig Mitgliedern besucht. Wer den Collegien der Ausschußräthe und der Verordneten angehörte, war natürlich pünktlich auf seinem Platze. Außerdem mögen hier von den Herren, welche stets lebhafte Theilnahme für die landständischen Angelegenheiten zeigten, der regierende Fürst Alois Liechtenstein, Graf Ernst Hoyos, später Obercommandant der Nationalgarde, Fürst Gustav Lamberg, die Grafen Ferdinand und Joseph Colloredo, August Breuner und Moriz Fries, die Freiherren von Sardagna, Pereira und Stifft,

die Ritter Georg von Mitis und Karl von Kleyle genannt werden.

Aber auch nicht wenige Mitglieder der Stände, Herren, welche theils Hofämter innehatten, theils im Staatsrathe oder in der Staatskanzlei dienten und sich sonst niemals in der Landstube blicken ließen, erschienen. Man glaubte hieraus den Schluß ableiten zu dürfen, daß die sonst naheliegende Vermuthung, die Regierung habe durch die Unterlassung aller Vorsichtsmaßregeln die Stände absichtlich in Bedrängniß, ja vielleicht in Gefahr gerathen lassen wollen, eine unbegründete sei. Denn es ließ sich doch nicht annehmen, daß die Regierung zugleich mit ihren Gegnern auch ihre unbedingten Anhänger irgendwelcher Unbill preisgeben werde. Es konnte also bei der Absendung solcher Mitglieder in die Ständeversammlung doch wohl nur darauf abgesehen sein, auch eine Opposition gegen die Anträge zu schaffen, von denen man vorher wußte, daß sie aus der Mitte der Stände hervorgehen würden.

Einsichtsvolleren mußte es freilich bedauerlich erscheinen, daß die Herren, welche sich jetzt dazu brauchen ließen, von vorneherein eine unbedingte Regierungspartei zu bilden, dies nur in einem so vereinzelten Falle thaten, und daß sie nicht schon früher und mit größerer Ausdauer an den Berathungen und den Versammlungen der Stände Antheil genommen hatten. Würden sie dies, wenngleich Anfangs in oppositionellem Sinne gethan haben, so würden sie sich wohl von der Lauterkeit der Bestrebungen der Stände, von der Reinheit und Selbstlosigkeit ihrer Absichten überzeugt und vielleicht eine Brücke von denselben zur Regierung geschlagen, die letztere aus ihrer Unthätigkeit erweckt und dazu vermocht haben, sich dem gegenüber nicht länger abwehrend zu ver-

halten, was durch das Wohl des Vaterlandes dringend gefordert wurde.

Die Eröffnungsrede des Landmarschalls war kurz. Er wies auf den Ernst der Ereignisse sowie auf die Pflicht der Landstände hin, die Regierung mit ihrem Rathe zu unterstützen. Er gedachte der patriotischen Gefühle, von denen Jeder in der Versammlung beseelt sei, und forderte schließlich den Freiherrn von Doblhoff auf, den von den ständischen Collegien ausgearbeiteten Entwurf einer an den Kaiser zu richtenden Adresse zu verlesen.

Nachdem dies geschehen war, nahm Baron Stifft das Wort zu einer Rede, welche um der Ruhe und Festigkeit willen, mit der sie gehalten wurde, sowie wegen der überzeugenden Klarheit, mit welcher der Sprecher seine Gedanken entwickelte, Bewunderung verdiente. In eindringlicher Weise schilderte er die peinliche Lage der Stände, deren Beruf sie eigentlich dazu anweise, die Vermittler zwischen der Regierung und dem Volke zu sein. Aber die Regierung höre sie nicht und lasse alle ihre Anträge und Bitten ohne Berücksichtigung, während das Volk anfange, Rechte, welche bisher niemals bestanden, und Veränderungen zu fordern, denen sich die Regierung nicht ganz werde entziehen können. Es handle sich um Fundamentalreformen im Staate; diese aber könnten nur von einer aus allen Theilen des Reiches zu beschickenden Versammlung erörtert werden. Um eine solche bitte die Adresse der Stände, sie möge daher so bald als möglich an ihre Bestimmung geleitet werden.

In gleichem Sinne sprachen auch die Grafen Breuner und Ferdinand Colloredo sich aus. Aber während ihrer Reden wurde der Lärm von Außen her, welcher schon während der Verlesung des Adreßentwurfes durch Doblhoff

neuerdings begonnen hatte, wieder stärker und er drang immer näher und näher. Bald hörte man schon im Vorzimmer heftigen Wortwechsel, und es wurde gemeldet, die Leute draußen begehrten eine Aenderung und Verschärfung der Adresse, deren Wortlaut ihnen inzwischen bekannt geworden sei und sie durchaus nicht befriedige. Während der Landmarschall sich bemühte, die unter den Ständen sich bemerkbar machende Aufregung zu beschwichtigen und die Berathung weiterzuführen, steigerte sich von Außen her das Getöse, und mehrere Fremde drangen in den Saal. Einer derselben trat vor und stellte die Frage, ob der im Hofe bekanntgewordene Wortlaut der Adresse Alles oder nur ein Theil dessen sei, was die Ständeversammlung zu beschließen gedenke. Im letzteren Falle werde es vielleicht möglich sein, die so sehr aufgeregten Gemüther zu beruhigen, im ersteren aber nicht, denn sich mit nichts Halbem zu begnügen, sei die Losung, welche die allgemeinste Zustimmung finde.

Der Landmarschall bemühte sich, dem Sprecher und seinen Begleitern begreiflich zu machen, daß ein Beschluß noch nicht gefaßt und es daher unmöglich sei, einen solchen mitzutheilen; man möge nur die Weiterführung der Berathung nicht fortwährend hindern. In ähnlicher Weise, nur viel energischer als Montecuccoli ließ sich nun Graf Ferdinand Colloredo vernehmen. Er wies darauf hin, daß die Stände sich stets mit dem Wohle des Volkes befaßt hätten; bedauerlich sei es daher, wenn man ihnen nicht Zutrauen schenke und ihre Berathungen beeinflussen wolle. Ja selbst ihre Anträge würden von der Regierung kaum günstig aufgenommen werden, wenn es hieße, sie seien vom Volke hiezu durch Einschüchterung gedrängt worden.

Aber wie es bei derlei Anlässen schon zu gehen pflegt, bei der herrschenden Aufregung rief jede noch so besonnene Rede nur eine noch erbittertere Erwiederung hervor. Während man so im Ständesaal selbst hin und her stritt, wurde der Tumult im Hofe immer ärger und ärger, so daß der Landmarschall, um den wüsten Scenen ein Ende zu bereiten, den Vorschlag machte, es möge sich eine Deputation zum Kaiser begeben, um ihn von den Wünschen der Bevölkerung in Kenntniß zu setzen.

Nachdem diesem Antrage von den verschiedensten Seiten zugestimmt und von Niemand Widerspruch gegen denselben erhoben worden war, löste die ständische Versammlung sich von selbst auf, und Montecuccoli lud die Verordneten und alle sonstigen Mitglieder der Stände, welche sich ihm anzuschließen gesonnen wären, ein, ihn nach der Hofburg zu begleiten. Fast die Hälfte der Versammlung, etwa fünfzig Herren, schickten sich hiezu an. Während sie sich zum Aufbruche vorbereiteten, fand Schmerling, der als Verordneter im Landhause wohnte, einen Augenblick Zeit, nach seiner im zweiten Stockwerke befindlichen Wohnung zu eilen. Dort traf er seine beiden, noch im Kindesalter befindlichen Töchter, von denen die Eine krank war, sammt ihrer Umgebung in großer Bestürzung über den Tumult auf der Straße und im Landhause selbst. Denn schon waren alle Treppen von Menschen überfluthet; man begann Fenster zu zerschmettern, Stühle und Bänke zu zertrümmern, vor den Thüren zu lärmen und drohte sie einzuschlagen. Schmerling konnte nur seinen Kindern einige Worte der Beruhigung zurufen und das Anerbieten eines Landesbeamten annehmen, bis zu seiner Rückkehr in der Wohnung zu verbleiben und darüber zu wachen, daß sich daselbst nichts Widriges ereigne.

Er selbst mußte fort, um den Anschluß an die Deputation nicht zu versäumen.

Dieselbe begab sich nun, sich eng aneinander schließend, um durch das Getümmel auf der Straße nicht getrennt zu werden, durch die Herrengasse nach der Burg. An ihrer Spitze schritt neben dem Landmarschall die ehrfurchtgebietende Gestalt des vor wenig Tagen in sein siebzigstes Lebensjahr getretenen Grafen Ernst Hoyos. Da er die Würden eines Geheimen Rathes, eines Feldmarschall-Lieutenants, eines Oberstjägermeisters bekleidete und außerdem allbekannt war als ein Mann des edelsten und lautersten Charakters, so bot seine Anwesenheit inmitten der Stände allein schon die beste Bürgschaft dafür, daß sie nichts Illoyales beabsichtigen konnten. Das goldene Vließ um den Hals, den Leopoldsorden auf der Brust, so schritt er, in ernster und aufrechter, echt soldatischer und doch durchaus nicht herausfordernder Haltung Allen voran. „Platz den Ständen", hieß es in der vor ihm achtungsvoll zurückweichenden Menge, und ungehindert gelangten sie bis zur Burg. Als sie dort eintrafen, eilte eben eine Abtheilung von Grenadieren herbei, den Zugang vom Michaelerplatze her abzusperren. Zwar rief der sie commandirende Officier unter der lauten Frage: „Wo ist denn die ständische Deputation?" seinen Leuten zu, sie passiren zu lassen. Sie öffneten auch ihre Reihen und ein Theil der Ständemitglieder vermochte sich nun zur Burg zu begeben. Nicht Wenige aus ihnen aber waren durch die hin- und herwogende Menge von ihren Genossen abgedrängt worden und konnten, da die Grenadiere sich rasch wieder aneinanderschlossen, nicht mehr zur Burg kommen.

Aber auch für diejenigen Ständemitglieder, welche, etwa dreißig an der Zahl, freilich auch mit anderen Leuten

vermengt, bis zur Burg gelangten, war damit die Reihe der zu überwindenden Hindernisse noch nicht erschöpft. Andere, näher an der Burg aufgestellte Grenadiere traten ihnen mit gefälltem Bajonnett entgegen, aber der Anblick des mit Ordensdecorationen geschmückten Grafen Hoyos, der Prälaten in geistlicher Kleidung und so vieler Herren in schwarzem Galagewande imponirte den Officieren und sie machten der drohenden Haltung ihrer Leute ein Ende. Die Ständemitglieder sammelten sich in der Nähe der Burgwache von Neuem. Vereint gingen sie nun über die dort befindliche kleine Stiege in den sogenannten Controlorgang und diesen entlang zu den Gemächern des Erzherzogs Ludwig, des Oheims des Kaisers Ferdinand, in dessen Händen eigentlich, da der Kaiser selbst nicht im Stande war, allen Aufgaben seiner hohen Stellung gerecht zu werden, die oberste Regierungsgewalt concentrirt war.

Erzherzog Ludwig muß ohne Zweifel eine der eigenthümlichsten Gestalten im damaligen österreichischen Staatsleben genannt werden. 1784 in Florenz geboren und als sechsjähriger Knabe mit seinen Eltern nach Wien gekommen, hatte er schon in der letzten Zeit der Regierung seines ältesten Bruders, des Kaisers Franz, als dessen eigentlicher Vertrauensmann gegolten. Ein Theil der Regierungsgeschäfte war ihm übertragen worden; wenn der Kaiser sich auf Reisen begab, vertrat ihn der Erzherzog, und nicht selten unterzeichnete derselbe sogar während der Anwesenheit seines Bruders in Wien an seiner Stelle die aus dem kaiserlichen Cabinete hervorgehenden Erlässe.

Noch viel größeren Einfluß gewann er nach dem Tode des Kaisers Franz, welcher ihn sterbend seinem Sohne und Nachfolger Ferdinand als die verläßlichste Stütze des

Thrones bezeichnet haben soll. Als solche bewährte sich denn auch der Erzherzog, indem er mit einem Eifer und einer Selbstlosigkeit ohne Gleichen der Geschäftslast sich unterzog, welche ihm hiedurch auferlegt wurde. Aber freilich entging er auch der gewiß berechtigten Anklage nicht, sich, dem Stabilitätssysteme des Kaisers Franz bis zum Uebermaß treu bleibend, jedem Neuerungsgedanken gegenüber abwehrend zu verhalten und dadurch, auch sonst vor entscheidenden Entschlüssen zurückschreckend, eine der Hauptursachen jener an Marasmus grenzenden Unthätigkeit zu sein, welche man der damaligen österreichischen Regierung zum Vorwurfe machte.

Diese Unbeweglichkeit des Regierungssystems, welches der Erzherzog befolgte, machte sich in gewissem Sinne auch in seinem Aeußeren bemerkbar. Er war ein kleiner hagerer Mann von einer unendlichen Langsamkeit und Steifheit in seinen Bewegungen, so daß er insbesondere während seiner letzten Lebensjahre wirklich wie ein aus längstvergangener Zeit herrührendes Ueberbleibsel erschien. Darum brachte er auf die, welche ihn zum ersten Male sahen, keinen gewinnenden Eindruck hervor, während er von den Mitgliedern seiner Familie und den Personen seines näheren Umganges wegen seines charaktervollen Wesens und der Güte seines Herzens aufrichtig verehrt, ja geliebt wurde.

Bei der damaligen politischen Stellung des Erzherzogs Ludwig erschien es den Ständemitgliedern als selbstverständlich, daß sie ihr Anliegen keinem Anderen als gerade ihm vorzutragen hatten. In dem Zimmer, welches sie zunächst betraten, kam ihnen der Staats- und Conferenzminister Graf Hartig in großer Aufregung entgegen. Mit leidenschaftlichem Ungestüm rief er ihnen zu: „Da haben Sie es

nun, das ist Ihr Werk; die Stände wollten die Revolution, nun ist sie da."

In dieser wie in den darauf folgenden Stunden bewies es Montecuccoli deutlich, daß er doch aus ganz anderem Stoffe als die Mehrzahl der früheren Landmarschälle geformt war. Ruhig entgegnete er dem Grafen Hartig, die Stände seien nicht gekommen, mit ihm zu verhandeln oder gar zu streiten; dem Erzherzoge allein wollten sie ihre Bitten vortragen. Nach einigem Hin- und Herreden wurden sie bei ihm, der sie in der Generalsuniform erwartete, zur Audienz vorgelassen. Montecuccoli berichtete kurz über die Vorfälle in der ständischen Sitzung und wie man die Mitglieder der Versammlung genöthigt habe, die Anliegen der Bevölkerung vor den Thron zu bringen. Unter lebhaften Versicherungen der Treue und Anhänglichkeit der Stände schilderte er die düstere Gestaltung der Verhältnisse, die drohende Gefahr für das Kaiserhaus und die unabweisliche Nothwendigkeit, daß die Regierung endlich zu Entschlüssen gelange, welche zu fassen sie lang schon dringendst gebeten worden sei. Die mit Wärme und Gefühl vorgetragene Ansprache Montecuccoli's wurde vom Erzherzoge schweigend hingenommen und nur am Schlusse mit der ganz kurzen Bemerkung erwiedert, die Stände mögen die Entscheidung erwarten.

Nachdem sie das Empfangszimmer des Erzherzogs verlassen hatten, wurden die Ständemitglieder neuerdings ersucht, noch etwas zu verziehen, indem die für den heutigen Tag angesagte Conferenz binnen Kurzem beginnen werde. Und wirklich erschienen bald darauf der Minister Graf Kolowrat und der Staatsrath Freiherr von Pilgram; sie wurden Beide von den Ständemitgliedern mit Vorstellungen

bestürmt. Wie es schon in seiner Art lag, antwortete Kolowrat mit Versicherungen seiner Bereitwilligkeit, Zugeständnisse zu befürworten, und sich in Versprechungen erschöpfend. Pilgram aber, an welchen Schmerling sich wandte, entgegnete halb unwillig und halb scherzend: „Nun ja, Ihr wollt eben die Republik haben, und sie wird auch daraus werden.“

Endlich kam auch Fürst Metternich, sich zur Conferenz zu begeben. Ernst und würdig schritt er, von Allen begrüßt, aber von Niemand angeredet, durch die Reihen der Stände und begab sich in das Empfangszimmer des Erzherzogs, wohin die übrigen Mitglieder der Conferenz ihm folgten. Nun begann die Berathung, und sie war von keiner längeren als etwa einer halbstündigen Dauer. Während die Stände der Entscheidung harrten, bemerkten sie die Vertheidigungsmaßregeln, welche durch Aufführung von Kanonen nach den verschiedensten Richtungen hin zum Schutze der Burg getroffen wurden. Inzwischen trat auch der Präsident der Hofkammer, Freiherr von Kübeck ein, und da die Mitglieder der Stände den bedeutenden Einfluß kannten, den er besaß, drangen sie in ihn, dahin zu wirken, daß die Regierung sich zu entscheidenden Maßregeln entschließe. Aber Kübeck entgegnete, er sei nur für Fragen seines Ressorts zur Conferenz geladen und über sonstige Absichten der Regierung ganz ununterrichtet, daher auch ohne allen Einfluß auf sie, weshalb er jede Vermittlung ablehnen müsse. In der ihm eigenen stillen Weise wich er jeder weiteren Erörterung aus und verhielt sich schweigsam und passiv. Er scheint auch bald darauf die Burg verlassen zu haben, blieb während der Ereignisse des Jahres 1848 größtentheils von Wien entfernt und kehrte erst bei ruhigerer Zeit dorthin zurück.

Nach Beendigung der Berathung wurden die Stände wieder zum Erzherzog gerufen, der sie mit Metternich, Kolowrat und Hartig erwartete. Pilgram las eine kurze Erklärung vor, welche besagte: „Seine Majestät ermächtigen die Stände, die von ihnen vorgebrachten Wünsche der Bevölkerung in Berathung zu ziehen und hierüber Anträge zu stellen."

Ehrfurchtsvoll, aber mit Festigkeit entgegneten Montecuccoli und ihn unterstützend mehrere andere Mitglieder der Stände, das, was man ihnen zumuthe, erweise sich schon aus dem Grunde als unausführbar, weil die Stände aus ihrem Hause verdrängt seien. Außerdem komme es nur der Regierung zu, eine Entscheidung zu fällen, für bloße Berathungen sei es zu spät. Nun traten die Mitglieder der Conferenz neuerdings zu einer kurzen Besprechung zusammen, und die Erklärung wurde folgendermaßen geändert: „Seine Majestät hätten befohlen, daß die von den Ständen vorgelegten Bitten der Bevölkerung durch ein eigenes Comité geprüft werden sollen, welches die geeigneten Anträge zu stellen habe, worüber Seine Majestät die zum allgemeinen Wohle Ihrer geliebten Unterthanen dienlichen Entschlüsse mit Beschleunigung fassen werde. Der Kaiser erwarte aber auch, daß die öffentliche Ruhe wieder hergestellt und nicht weiter gestört werden würde."

In der Absicht, diese Resolution durch öffentlichen Anschlag allgemein kundzumachen, wurde dem Präsidenten der niederösterreichischen Landesregierung, Freiherrn von Talatzko, der Auftrag zugesendet, sich schleunigst in der Burg einzufinden, aber sein langes Ausbleiben setzte ebenso in Verwunderung, als es allgemein mißbilligt wurde. Als er endlich erschien, entschuldigte er sich damit, in seinem Amts-

local, in dem er sich befunden, keinen schwarzen Frack zur Hand gehabt zu haben, und ohne einen solchen habe er doch unmöglich in der Conferenz erscheinen können. Das war Einer der Männer, welche man im Vormärz an die Spitze der Regierungsgeschäfte gestellt hatte!

Auch sonst erwies Talatzko sich vollständig rathlos, wie die beabsichtigte Kundmachung zu verfassen und wie sie nach der Staatsdruckerei zu bringen sei. Als dies aber endlich geschehen und die Veröffentlichung erfolgt war, blieb sie ganz ohne Wirkung. Talatzko erhielt nun den Befehl, die geeigneten Maßregeln zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in der Stadt zu treffen, eine Aufgabe, an welcher freilich auch eine viel energischere Kraft hätte scheitern müssen. Es war vielmehr nirgends ein Erfolg der Vorkehrungen zu verspüren, zu denen sich Talatzko etwa ermannt haben mochte. Die Aufregung dauerte nicht nur unvermindert fort, sondern sie steigerte sich noch, und zwar war dies ebensowohl in den Straßen der Stadt, wie auch in den Räumlichkeiten der Burg der Fall. Der Erzherzog hatte sich in sein Cabinet zurückgezogen, die Minister aber waren in dessen Empfangszimmer geblieben, von den Mitgliedern der Stände umringt, welche sich vergeblich bemühten, sie davon zu überzeugen, daß mit dem bisher Geschehenen nichts gewonnen und es zur Beruhigung der aufgeregten Menge ganz unzulänglich sei.

In einer Fensterbrüstung stand Fürst Metternich, einfach gekleidet, in grünem Morgenrocke und hellfarbigem Beinkleid, einen Spazierstock in der Hand. Mit einer Ruhe ohne Gleichen, in welcher Schmerling in seiner Erregung ein gänzliches Verkennen der drohenden Gefahr erblickte, suchte er die Besorgnisse derer, welche um ihn her standen,

zu beschwichtigen. Pflicht der Regierung sei es, sagte er zu ihnen, auf ihrem Standpunkte zu beharren und keine Zugeständnisse zu machen; das System der Concessionen habe Ludwig Philipp um den Thron Frankreichs gebracht. Binnen sechs Monaten werde Deutschland eine Republik sein, da sich dessen Fürsten vor dem sogenannten Volkswillen gebeugt hätten. Auch sei der Kaiser gar nicht berechtigt, den an ihn gerichteten Begehren zu entsprechen. Die Regierungsgewalt sei ohne irgendwelche Beschränkung von seinen Vorfahren auf ihn gelangt, so müsse auch er sie bewahren und unverkürzt wieder auf seine Nachfolger vererben.

Auf die Erwiederung Einiger der Umstehenden, wie man aber die Ruhe wieder herstellen könne, wenn von Seite der Regierung gar nichts geschehe, entgegnete Metternich, sie werde binnen Kurzem wiederkehren, man müsse nur das Landhaus von den eingedrungenen Massen säubern und es den Ständen dadurch möglich machen, ihre unterbrochenen Berathungen wieder aufzunehmen und sie zum Abschlusse zu bringen.

Uebrigens seien ja, fuhr Metternich fort, derlei Ruhestörungen in Wien gar nichts Neues. Der bekannte Bäckerkrawall habe durch zwei Tage gedauert, aber man sei dessen Herr geworden, und so werde es auch diesmal wieder geschehen; nöthigen Falles müsse man den Pöbel mit Gewalt zur Ruhe bringen. Lebhaft erwiederte Schmerling, vom Pöbel sei nicht die Rede, sondern gutgekleidete, den besseren Ständen angehörige Leute seien es, welche die Begehren der Bevölkerung vorbrächten. Aber Metternich ließ sich hiedurch nicht aus seiner Gelassenheit bringen. „Mein Freund," sagte er wörtlich zu Schmerling, „und wenn Sie selbst, ja

wenn mein Sohn sich unter Leuten befänden, welche so auftreten, so bleiben sie Pöbel."

Vielleicht niemals ist ein an und für sich unhaltbares Princip inmitten allgemeinen Andrängens mit imponirenderer Ruhe vertreten worden, als dies damals von Seite Metternich's geschah. Empfänglicher als er zeigte sich Kolowrat für die Bitten und die Vorstellungen der Mitglieder der Stände. Er übernahm es, den Erzherzog zu bestimmen, die ständische Deputation noch einmal zu hören, und wirklich erschien derselbe alsbald wieder im Saale. Nochmals versuchte es Montecuccoli, dem Erzherzog das Drohende der Lage, die Gefahr für das Kaiserhaus und die Regierung eindringlich zu schildern, nochmals that er dar, daß mit der beschlossenen Resolution dem Andrängen der Ereignisse nicht Halt geboten werden würde, nochmals bat er, endlich einen entscheidenden Entschluß zu fassen. Der Erzherzog schwieg. Da wendete sich Metternich mit der scharf hingestellten Frage an ihn: „Besitzen Eure kaiserliche Hoheit Vollmacht von Seiner Majestät, Zugeständnisse zu machen?" worauf der Erzherzog hastig erwiederte: „Nein!" „Hier, meine Herren," sagte hierauf Metternich zu den Mitgliedern der Stände, „haben Sie nun Ihren Bescheid."

Den Letzteren blieb nichts mehr übrig, als sich zu verbeugen und das Empfangszimmer des Erzherzogs zu verlassen. Ernst und stumm trennten sie sich im Vorsaale, und sie schickten sich an, nach Hause zurückzukehren. Als aber Schmerling durch den Controlorgang ging, eilte Doblhoff ihm nach und bat ihn, noch zu bleiben. Beide gesellten sich zum Landmarschall, bei welchem auch zwei andere Mitglieder des Collegiums der Verordneten, die Grafen Heinrich Hoyos, der älteste Sohn des Oberstjägermeisters, und Anton

Pergen zurückgeblieben waren. Mit Bitterkeit sprach sich Montecuccoli über die herrschende Verblendung und über die Rathlosigkeit aus, in welcher die Männer der Regierung, statt sich zu entscheidenden Entschlüssen aufzuraffen, eher Alles zu Grunde gehen ließen. Unter so trostlosen Verhältnissen dürfe man sich nicht entfernen, man müsse vielmehr bleiben, um wenigstens guten Rath geben zu können, wenn hiefür vielleicht größere Empfänglichkeit eintreten sollte. Alle stimmten zu, und Graf August Breuner, welcher eben vorüberkam, gesellte sich ihnen bei, so daß diese sechs Personen die einzigen Mitglieder der ständischen Deputation waren, welche noch fernerhin in der Burg blieben. Sie ließen durch den Dienstkämmerer Freiherrn Ladislaus von Reischach dem Erzherzog Ludwig ihren Entschluß melden und erhielten die Antwort, man sei ihnen dafür dankbar und ersuche sie, auch noch fortan in der Nähe zu verweilen.

Zwei der Zurückgebliebenen, dem Grafen Pergen und Schmerling war dieser Entschluß besonders schwer gefallen, denn Beide hatten ihre Familien, darunter Kinder in zartestem Alter, in ihren Wohnungen im Landhause zurückgelassen, welches inzwischen der Schauplatz der wüstesten Scenen geworden war. Bestimmtes konnten sie freilich darüber in der Burg nicht erfahren, aber die Schüsse, die man aus der Gegend des Landhauses vernahm, und die unbestimmten Gerüchte, welche über einen gewaltsamen Zusammenstoß des Militärs mit der aufgeregten Volksmasse nach der Burg gelangt waren, mußten sie mit den quälendsten Besorgnissen erfüllen. Endlich fanden sie einen Hofdiener, der sich anheischig machte, sich in gewöhnlicher Kleidung in die Nähe des Landhauses zu begeben und Nachricht zu bringen, wie es dort stehe.

Je mehr der Tumult in den Straßen der Stadt zunahm, desto stiller und lautloser wurde es nun in der Burg, nachdem die Mitglieder der geheimen Conferenz und die Mehrzahl der Stände sich aus derselben entfernt hatten. Während die dort Zurückgebliebenen in tiefer Betrübniß und von Ungewißheit gefoltert der ferneren Entwicklung der Dinge harrten, trat der Oberstkämmerer Graf Moriz Dietrichstein, einer der liebenswürdigsten Cavaliere des Hofstaates, mit großer Freundlichkeit an sie heran und lud sie ein, sich von den ausgestandenen Mühsalen doch ein klein wenig auszuruhen. Erst jetzt wurde es Montecuccoli und seinen Begleitern recht fühlbar, wie lang schon sie sich in aufreibender Thätigkeit befanden. Graf Dietrichstein hatte so wenig eine Ahnung von dem Ernste der Vorfälle jenes Tages, daß er in einem Zimmer der Reichskanzlei den Ständen ein Mittagessen auftragen ließ, bei dem er in zuvorkommendster Weise den Wirth machte, sich zugleich höchlich darüber verwundernd, daß sie vor Aufregung fast nichts zu sich nehmen konnten. Endlich kam auch der abgesandte Hofdiener zurück, aber was er brachte, mußte die Besorgnisse, insbesondere diejenigen Pergen's und Schmerling's nur noch steigern. Er berichtete, daß er nicht bis zum Landhause habe vordringen können, aber daß gerade in dessen Umgebung von den Truppen gefeuert worden sei, wobei es Todte und Verwundete gegeben habe. Wie es immer geschieht, so wurde das an und für sich schon hinreichend Traurige durch das Gerücht noch vielfach übertrieben.

Schon begann es zu dämmern, als Schmerling und seine übrigen in der Burg befindlichen Collegen, denen sich nunmehr auch der Oberstjägermeister Graf Ernst Hoyos, diesmal in Generalsuniform, neuerdings beigesellt hatte, in

ihrem tiefen Schmerze über die Unthätigkeit der Regierung auf den Gedanken geriethen, sich an den Erzherzog Franz Karl, den Bruder des Kaisers, mit der Bitte zu wenden, diesem so sehr bedenklichen Zustande ein Ende zu machen. Nachdem die Mitglieder der Stände gleich nach ihrer Anmeldung beim Erzherzoge vorgelassen worden waren, schilderte ihm Montecuccoli gerade so lebhaft, wie es bei dem Erzherzoge Ludwig der Fall gewesen war, die drohende Gefahr, wenn die Regierung ihre Aufgabe nicht begreife und in ihrer bisherigen Passivität beharre.

Aufmerksam hörte der Erzherzog den Vortrag Montecuccoli's an, und mit der ihm eigenen Freundlichkeit erwiederte er, daß er die vor ihm Versammelten sämmtlich als dem Throne treu ergebene Ehrenmänner kenne und von der Redlichkeit ihrer Absichten überzeugt sei. Gern und ohne ferneren Aufschub wolle er mit seinem Oheim, dem Erzherzog Ludwig sprechen, aber freilich könne er, fügte er offenherzig hinzu, den Erfolg nicht verbürgen. Und vor Allem müßten die Ständemitglieder ihm sagen, was denn nach ihrer Meinung zunächst zu thun sei.

Die Letzteren erwiederten, die Beantwortung dieser Frage falle jetzt, wo die Sache schon so sehr weit gediehen sei, gewiß ungemein schwer; vor wenigen Tagen noch würden einige Zugeständnisse zur Befriedigung der Bevölkerung hingereicht haben. Aber wenn nur die Regierung die ernstliche Absicht zeige, ihr bisheriges System zu ändern, so würde vielleicht auch schon dies die Gemüther beruhigen. Entscheidende Schritte würde man in der Freigebung der Presse, um eine wahrheitsgetreue Besprechung der öffentlichen Zustände möglich zu machen, und in der Einberufung einer Versammlung zeitgemäß reorganisirter Landstände erblicken,

welche hinreichende Bürgschaft für eine friedliche und allmälige Umgestaltung der Dinge darbieten würde.

Mit Lebhaftigkeit ging der Erzherzog auf diese Erörterung ein. Er begreife vollkommen, sagte er, die Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes der Presse, und er fürchte sich nicht vor der Preßfreiheit, da man ja, wie sich wohl von selbst verstehe, gleichzeitig Gesetze gegen ihren Mißbrauch erlassen würde. Gleichsam fragend richtete er diese Bemerkung an Schmerling, welcher unverzüglich entgegnete, daß überall, wo Preßfreiheit, auch ein Gesetz gegen deren Mißbrauch bestehe. Und auf den Vorschlag wegen Einberufung einer reorganisirten Ständeversammlung erwiederte der Erzherzog, er kenne die Loyalität der Stände und zweifle nicht, daß ihre Mitwirkung nur zum Guten führen würde.

Nach etwa halbstündiger Dauer nahte die Audienz sich ihrem Ende. In den gnädigsten Ausdrücken und mit Versicherungen seines Dankes für ihre an den Tag gelegte Gesinnung entließ der Erzherzog die Mitglieder der Stände, welche im Vorsaale mit der Deputation der Universität zusammentrafen, die aus dem damals schon mehr als siebzigjährigen Rector Jenull und den Professoren Hye und Endlicher bestand. Ungefähr gleichzeitig mit ihnen begaben sich die Stände, welche nun erst genauere Nachricht über die in der Stadt vorgefallenen Schreckensscenen erhielten, neuerdings zum Erzherzog Ludwig, zu welchem inzwischen die Conferenzminister zurückgekehrt waren, und dessen Vorsaal sie nun von einer Menge der verschiedensten Personen, zumeist angesehenen Bürgern angefüllt fanden. Diese schlossen an die Ständemitglieder sich an, um mit ihnen vereint die Regierung zur Nachgiebigkeit zu vermögen. Auch die Depu-

tation der Universität gesellte sich ihnen bei, und sie stellte zuerst das Verlangen nach einer Bewaffnung der Studirenden, um die in hülflosem Zustande befindlichen Vorstädte gegen die zu ihrer Plünderung ausziehenden Pöbelhaufen zu beschützen. Aber noch mehr als um diesen Schutz der Vorstädte war es ihr wohl darum zu thun, den fieberhaft erhitzten Schaaren der Studenten eine immerhin nützliche Thätigkeit anzuweisen und sie dadurch abzuhalten, sich zu einer noch weitergehenden activen Betheiligung an einer Bewegung hinreißen zu lassen, welche allmälig einen ausgesprochen revolutionären Charakter anzunehmen drohte.

Wie sehr dies der Fall war, wurde durch die von Außen her nach der Burg gelangenden Nachrichten deutlich bewiesen. Von allen Seiten, so hieß es, dränge man nach der Burg und bedrohe sie mit einem Angriffe. Die Lage der daselbst befindlichen Deputationen, welche Zeugen der unglaublichen Rathlosigkeit der Regierung waren, wurde immer peinlicher. Mitten unter den erregten Discussionen über das, was geschehen solle, wurde plötzlich, und zwar zuerst von einigen Officieren der uniformirten Bürgergarde der Gedanke mit Lebhaftigkeit ausgesprochen, Fürst Metternich möge zurücktreten. Diese Idee wurde aufgegriffen und festgehalten. Es schien einleuchtend, daß wenn Metternich abdanke, in welchem alle Welt den eigentlichen Träger des bisherigen absolutistischen Regierungssystems erblickte, hiedurch allein schon eine vollständige Aenderung dieses Systems constatirt werden würde. In einer solchen Aenderung aber meinte man das einzige Mittel zur Beschwichtigung der aufständischen Bewegung zu erkennen.

So kam es und mußte es wohl kommen, daß die Stände, welche sich ganz ohne einen solchen Gedanken nach

der Burg begeben hatten, denselben nun gleichfalls zu dem ihrigen machten und dessen Verwirklichung durchzusetzen sich bemühten. Graf Kolowrat, an welchen sie zuerst mit dieser Idee herantraten, erschrak heftig hierüber und weigerte sich entschieden, irgend Jemand und insbesondere dem Fürsten Metternich selbst hievon zu sprechen. Auch Erzherzog Ludwig wies es weit von sich ab, dem Fürsten eine solche Mittheilung zu machen, und er erklärte es für ganz undenkbar, daß man einen Mann, der dem Kaiser und dem Staate so lang und in so ausgezeichneter Weise gedient habe, veranlassen solle, seinem so überaus wichtigen Posten zu entsagen. Gleichwohl erklärte sich der Erzherzog bereit, den Fürsten einzuladen, das Conferenzzimmer zu verlassen und dasjenige anzuhören, was die Mitglieder der Stände ihm vorzutragen wünschten.

Alsbald erschien Metternich unter ihnen, und auf die Frage nach ihrem Begehr richtete Graf Breuner ungefähr die folgenden Worte an ihn:

„Eure Durchlaucht sind ein großer, ein um Oesterreich hochverdienter Staatsmann, den wir als solchen aufs Tiefste verehren. Aber wir können Ihnen nicht verhehlen, daß das System, welches Sie vertreten, allgemein beklagt wird und man dessen Aenderung dringend begehrt. Ein Mann, der das Land so liebt wie Eure Durchlaucht, ist gewiß bereit, für dasselbe ein Opfer zu bringen. Wir bitten Sie, dies dadurch zu thun, daß Sie von Ihrer amtlichen Stellung zurücktreten. Durch einen solchen Entschluß werden Sie die Stadt und die aufgeregten Gemüther wieder beruhigen."

Doblhoff fügte hinzu: „Eurer Durchlaucht Wirken hat Ihnen längst unsterblichen Ruhm gesichert. Das Opfer,

welches Sie heute bringen sollen, wird Ihren Ruhm nur noch erhöhen."

Nach einer ganz kurzen Pause erwiederte Metternich in würdevollster Haltung, mit klarer Stimme und in ruhigstem Tone, ohne auch nur die leiseste innere Bewegung zu verrathen: „Wohl, meine Herren, ich erfahre durch Sie, was man von mir wünscht. Ich hoffe, daß ich durch meine langen Dienste unserem Vaterlande nützlich gewesen bin; kann ich ihm nun gleichfalls nützen, indem ich meine Stelle niederlege, so bin ich dazu bereit. Gut denn, ich erkläre Ihnen hiemit, daß ich meine Demission gebe."

Tief bewegt verbeugten sich die Mitglieder der Stände vor dem Fürsten. In ernsten Worten dankten sie ihm für seinen Entschluß und betheuerten ihm, daß sie dessen Größe wohl zu würdigen wüßten. Schmerling aber bat ihn, seine Erklärung auch den im zweiten Zimmer versammelten Bürgern wiederholen zu wollen, welche ihm hiefür wohl gleichfalls ihre tiefempfundene Huldigung darbringen würden. Etwas frostig antwortete der Fürst: „Lassen wir das, ich liebe keine Ovationen." Dennoch trat er mit den Worten an die Bürger heran: „Ich wiederhole auch Ihnen, meine Herren, was ich soeben erklärt habe, daß ich bereit bin, meine Demission zu geben, wenn dies dazu dienen soll, die Ruhe wieder herzustellen." Lauter als die Erwiederung der Stände und fast tumultuarisch gestaltete sich diejenige der Bürger und insbesondere ihrer Officiere, welche hierauf rasch die Zimmer und die Burg verließen, um das große Ereigniß der Stadt zu verkündigen. Und wirklich brachte es auch die Wirkung hervor, auf welche man gehofft hatte. Durch eine allgemeine Beleuchtung gab die Bevölkerung Wiens ihrer Freude unverkennbaren Ausdruck. All' die Tausende, welche

die Straßen erfüllt und die Burg umtobt hatten, zogen sich allmälig nach ihren Wohnungen zurück, und zur Mitternachtsstunde herrschte vollständige Ruhe in der früher so aufgeregten Stadt.

Mit dem Rücktritte Metternich's waren die Berathungen der Conferenz zu Ende; dieselbe löste sich auf; die Thüren des Zimmers, in welchem sie abgehalten worden war, wurden geöffnet, die Ständemitglieder traten ein, von allen Seiten höflich begrüßt. Man eröffnete ihnen, daß man beschlossen habe, dem Comité, welches sich mit der Prüfung der zu treffenden Einrichtungen zu beschäftigen habe, auch Vertreter aus ihrer Mitte sowie aus der Bürgerschaft beizuziehen, was sie mit Freude begrüßten. Und Staatsrath Pilgram sagte zu Schmerling, auch die Freigebung der Presse sei wenigstens im Principe genehmigt worden, eine Erklärung, welche freilich mit den Ereignissen des folgenden Tages und den Anstrengungen, welche erst gemacht werden mußten, um die Preßfreiheit zu erlangen, in einigem Widerspruche stand, aber gleichwohl ausdrücklich ausgesprochen worden und ganz geeignet war, Vertrauen in die Absichten der Regierung zu begründen.

Nun endlich wurde auch die von der Deputation der Universität so dringend erbetene Bewaffnung der Studirenden bewilligt, ohne daß die Mitglieder der Stände hiebei intervenirt hätten. Eine Aeußerung, welche von irgendwem gethan wurde, es sei dringend nothwendig, über die Ereignisse des Tages und die getroffenen Maßregeln eine officielle Mittheilung in die am nächsten Morgen erscheinende „Wiener Zeitung“ aufnehmen zu lassen, verursachte schließlich noch eine gewisse Verlegenheit, denn Niemand war in der Nähe, dem man die Redigirung eines solchen Artikels zu

übertragen vermocht hätte, so daß sich endlich Schmerling nothgedrungen hiezu herbeiließ. An einem Pfeilertische stehend, schrieb er mit Bleistift auf ein Quartblatt den Entwurf eines Artikels nieder, welchen er den Grafen Kolowrat und Hartig und auf ihr Begehren auch dem Erzherzog Ludwig vorlas, der ihn genehmigte. Freilich machte der gleichfalls anwesende Polizeipräsident Graf Sedlnitzky Schwierigkeiten, ihn noch in die Zeitung aufnehmen zu lassen, da es hiezu schon zu spät sei. Aber auf Schmerling's ernstliche Vorstellungen ließ er diese Bedenken fallen, und die „Wiener Zeitung" vom 14. März brachte wirklich den von Schmerling niedergeschriebenen Artikel. Die Bewaffnung der Studirenden, die Verstärkung des Bürgercorps, die Berufung eines Comité's endlich, welches die einzuführenden Reformen in Erwägung ziehen sollte, wurden darin verkündigt. Hierauf wurde die Erwartung des Kaisers ausgesprochen, die Bevölkerung werde in diesen Maßregeln einen neuen Beweis seiner väterlichen Fürsorge erkennen und die öffentliche Ruhe nicht weiter gestört werden. Den Schluß aber bildete die ernstliche Drohung — und darin trat schon damals die ganze Denkungsweise Schmerling's aufs Deutlichste zu Tage — daß wenn diese Erwartung des Kaisers wider Vermuthen getäuscht werden sollte, er mit Bedauern die volle Strenge der Waffen eintreten lassen müßte.

Kaum war dieser Artikel zu Papier gebracht und vom Erzherzog genehmigt, so fiel es Schmerling ein, wie wichtig es wäre, wenn auch der Rücktritt des Fürsten Metternich officiell kundgemacht würde, denn er war ja unendlich bedeutungsvoller als Alles, was der obige Artikel enthielt. Graf Kolowrat aber meinte, damit habe es Zeit,

und es wäre höchst verletzend für den Fürsten, wenn man sich gar so sehr beeile, seine Abdankung allgemein kundzuthun; auch sei ja dieselbe vom Kaiser noch gar nicht angenommen worden. Schmerling's dringenden Vorstellungen gelang es jedoch, diese Bedenken zu beseitigen, und abermals redigirte er die kurze Notiz, welche gleichfalls in der „Wiener Zeitung" vom 14. März erschien und nichts Anderes besagte, als daß der Staatskanzler Fürst Metternich seine Stelle in die Hände Seiner Majestät des Kaisers zurückgelegt habe.

Damit endete der letzte Act des Drama's, welches am 13. März in den Räumen der Hofburg sich abspielte. Erzherzog Ludwig zog sich in seine Wohnzimmer zurück, die Grafen Kolowrat und Hartig schickten sich, todtmüde, wie sie sein mochten, zur Heimkehr an, Montecuccoli aber gab seinen Begleitern gleichfalls das Zeichen zum Aufbruche, und ihr Abschied von den Ministern vollzog sich in verbindlichster Weise. „Wir sind Ihnen," sagte Hartig zu Schmerling, indem er ihm die Hand reichte, „zu großem Danke dafür verpflichtet, daß Sie uns so freundlich unterstützt und uns in den Redactionsarbeiten so gefällig Hülfe geleistet haben."

An der Stiege trennten sich die ständischen Collegen und nahmen vom Landmarschall die Weisung entgegen, sich am nächsten Morgen wieder in der Burg, und zwar, da sie abgesperrt war und sie sonst kaum eingelassen würden, in Uniform einzufinden. Denn Montecuccoli meinte, daß ihr Rath und ihre Vermittlung auch noch fernerhin nöthig sein dürften. Schmerling aber begab sich mit dem Grafen Pergen nach dem Landhause, wo sie Beide wohnten. Auf dem Wege dorthin fanden sie die Stadt beleuchtet; in den Straßen war es ruhig geworden, in der Landhausgasse

aber war ein Bataillon aufgestellt, und es brachte die Nacht daselbst zu. Im Landhause herrschte die gewohnte Stille, aber der Hof war mit zertrümmerten Möbeln bedeckt, und auf dem Pflaster glitzerten und blinkten die zerschmetterten Scheiben der Fenster. Jene gegen die Landhausgasse waren zum Theile zerschossen, die Mauern aber mit Spuren von Kugeln besäet, welche sogar in die Zimmer Eingang gefunden und Löcher geschlagen hatten in die Plafonds.

Größere Besorgnisse als vor den Kugeln der Soldaten hegten die im Landhause Zurückgebliebenen vor den Ausschreitungen des Pöbels, der in dasselbe eingedrungen war und dort die ärgsten Verheerungen verübte. Auch Schmerling's Töchter verlebten mehrere angstvolle Stunden, und im ersten Augenblicke, als dies überhaupt wieder möglich geworden war, verließen sie ihre Wohnung, um sich zu ihrer Großmutter zu flüchten. Dort fand sie Schmerling, und er wurde von ihnen, welche hocherfreut waren, ihn wohlbehalten wiederzusehen, mit stürmischem Jubel begrüßt. Nach gegenseitiger, in lebhafter Aufregung vorgebrachter Erzählung des den Tag hindurch Erlebten kehrte Schmerling nach seiner fast einsamen Wohnung zurück, die Ruhe suchend, die er trotz seiner Ermüdung nicht fand. Allzu heftig wirkten die Eindrücke der Tagesereignisse bei ihm nach, und auch das Geräusch der unter seinen Fenstern aufgestellten Truppen ließ ihn nicht anhaltend schlafen.

Abreise nach Frankfurt.

War die Nacht vom 13. auf den 14. März für Schmerling keine erquickliche, so war sie für die Vorstädte Wiens und die noch etwas entlegenere Umgebung der Hauptstadt eine schreckensvolle gewesen. Herrschte in der inneren Stadt die Ruhe des Friedens, so ging es in den Vorstädten um so tumultuarischer zu. Zügellose Rotten durchzogen dieselben, und nur mühsam wurden sie von den bewaffneten Bürgern und Studenten etwas im Zaume gehalten. Aber dieselben vermochten es nicht zu hindern, daß die Linienhäuser demolirt und in Brand gesteckt, einige Fabriken gestürmt wurden. Noch ärger hauste der Pöbel in der über die Vororte hinaus sich erstreckenden Umgebung Wiens, denn dort trat ihm kein Widerstand entgegen. Die Eigenthümer der industriellen Etablissements flüchteten nach der Stadt, hier Schutz und Hülfe zu suchen.

Dies waren die trostlosen Nachrichten, welche auf Schmerling einstürmten, als er sich am Morgen des 14. März gegen neun Uhr, und zwar der erhaltenen Weisung zufolge diesmal in der kleidsamen Uniform der Stände, in blauem Frack mit rothem Kragen, nach der Burg begab. In den Zimmern vor den Gemächern des Erzherzogs Ludwig fand er eine Anzahl Herren, und zwar von Mitgliedern der

niederösterreichischen Landstände den Landmarschall Grafen Montecuccoli, die Grafen Hoyos Vater und Sohn, Pergen und Brenner, den Freiherrn von Doblhoff, endlich den Fürsten Lamberg, welcher am vorigen Tage im Landhause zurückgeblieben war. Auch einige angesehene Bürger, wie der Banquier Mayer, Chef des Großhandlungshauses Stametz, der Buchhändler Gerold und der Tuchhändler Hardt, endlich mehrere Generale, unter ihnen der wegen seiner Höflichkeit gegen Jedermann allgemein beliebte Fürst Karl Liechtenstein, der eines Augenleidens wegen eine schwarze Binde um die Stirne trug, waren da. Und nicht ohne Erstaunen bemerkte man auch den Frankfurter Bundes-Präsidialgesandten Grafen Münch, welcher wohl um die Stelle des Fürsten Metternich zu vertreten, zur Conferenz berufen worden war. Daß man dies überhaupt gethan, darin mußten wirklich Eingeweihte ein Anzeichen dafür erblicken, wie gewaltig doch die Anschauungen, welche man bereits für abgethan hielt, in den Regierungskreisen noch vorherrschten. Aber Graf Münch nahm nur noch während dieses Vormittags an den Berathungen Theil; klüger als diejenigen, welche ihn hiezu berufen hatten, zog er sich rasch in die Verborgenheit zurück.

Die Herren aus dem Bürgerstande waren es vor Allem, welche laute Beschwerde über die Schutzlosigkeit der Vorstädte und der dort befindlichen Fabriksgebäude führten; sie verlangten, dem Erzherzoge selbst ihre Klagen vortragen und ihn um Abhilfe bitten zu dürfen. Aber wie groß war ihre Bestürzung, als man ihnen sagte, daß der Erzherzog heute Niemand empfange, und daß sich Jedermann mit seinen Anliegen an den Fürsten Alfred Windischgrätz zu wenden habe, welcher vom Kaiser mit unbeschränkten Vollmachten versehen worden sei.

Man tritt der gewiß außergewöhnlichen Persönlichkeit des Fürsten in gar keiner Weise zu nahe, wenn man sich der aus der Natur der Sache hervorgehenden Erkenntniß nicht verschließt, daß gerade seine Berufung — denn er galt ja als ein Feind aller constitutionellen Einrichtungen — auf Männer, welche nun einmal, sei es mit Recht oder mit Unrecht, aber ohne Zweifel in der besten Absicht in solchen Einrichtungen das Heil der Zukunft erblickten, einen niederschlagenden Eindruck hervorbringen mußte. Derselbe wurde durch das erste Auftreten des Fürsten durchaus nicht gemildert. Als er erschien, gruppirten sich die Anwesenden, etwa zwanzig Personen um ihn, aber er erwiederte ihre Begrüßung mit sichtlicher Kälte und zeigte wenig Geduld, das anzuhören, was sie ihm vortragen wollten.

Zunächst bestand dies in Klagen über die Gefährdung des Eigenthums, über die Fortdauer der Verheerungen in den Vorstädten, aus denen der neu hinzukommende Graf Ferdinand Colloredo die haarsträubendsten Berichte mittheilte, endlich über die apathische Unthätigkeit des Militärs und die Unzulänglichkeit des Eingreifens der Bürger und der Studenten. So lobenswerth auch deren aufopfernde Anstrengung, so sei doch ihre Anzahl viel zu gering, um selbst nur das Nothwendigste zu leisten. Um dieses Ziel zu erreichen, erübrige nichts, als die Zahl der Bewaffneten ausgiebig zu vermehren, und dies könne wohl in keiner Weise besser als durch Errichtung einer Nationalgarde geschehen.

Nichts ist begreiflicher, als daß der Fürst diese Bitte anfangs unbedingt abwies. Eine Nationalgarde sei, erwiederte er, durchaus überflüssig, denn die Wiener Garnison genüge vollständig, jede fernere Bewegung niederzuhalten, und er sei hiezu auch ernstlich entschlossen. Aber diese Er-

klärung, so zuversichtlich sie auch klang, brachte doch nicht den beabsichtigten Eindruck hervor, denn zu groß war der Widerspruch, in welchem sie sich mit den wirklichen Thatsachen befand. Man verwies den Fürsten auf die ganz unthätige Haltung, welche die Truppen bisher beobachtet hatten, sowie auf ihre geringe, für eine solche Aufgabe keineswegs hinreichende Zahl. Während das Gespräch hierüber immer lauter und lebhafter wurde, trat wohl in Folge dessen Graf Kolowrat aus dem Conferenzzimmer, und an ihn wandte man sich nun mit dem von dem Fürsten Windischgrätz zurückgewiesenen Begehren.

Da Kolowrat alle Anwesenden persönlich kannte und eine unbedingte Ablehnung überhaupt nicht in seiner Art lag, hörte er mit Aufmerksamkeit zu und übernahm es, die geäußerten Wünsche vor die Conferenz zu bringen. Mit Windischgrätz gemeinsam begab er sich dorthin, und es dauerte geraume Zeit, bis Beide zurückkehrten. Aber was sie brachten, bestand nicht mehr in einer schroffen Ablehnung des gestellten Begehrens, sondern man begann schon die Bedingungen zu erörtern, unter denen es gewährt werden könnte. Nicht „Nationalgarde", sondern „Sicherheitswache" sollte das neue Institut heißen, und die in dasselbe Eingereihten sollten augenblicklich die Waffen niederlegen, sobald die Gefährdung des Eigenthums wieder vorüber sein würde.

In ruhigeren Zeiten hätte man sich über den Namen, der dem neu zu gründenden Institute zu geben sein würde, wohl leichter verständigen können, damals aber war dies sehr schwer zu erreichen. Das Wort „Nationalgarde" bezeichnete eine allgemein bekannte Sache, und um diese handelte es sich ja, während die Benennung „Sicherheitswache" auf einen bloßen Polizeidienst hinzudeuten schien. Man meinte daher

auf der ersteren bestehen und die letztere verwerfen zu müssen; die Discussion hierüber wurde nicht ohne Gereiztheit geführt. Windischgrätz und Kolowrat begaben sich neuerdings zu den übrigen Mitgliedern der Conferenz; nach längerer und peinlicher Pause erschien endlich Kolowrat wieder und verkündete, der Kaiser habe die Errichtung einer Nationalgarde bewilligt und den Oberstjägermeister Grafen Hoyos zu ihrem Commandanten ernannt.

Tief empfunden war und laut äußerte sich die Freude über diese Errungenschaft, welche, wie man erst später immer klarer erkannte, bei Weitem nicht den Werth besaß, den man ihr damals beimaß, und die sich noch in dem Jahre, in dem sie ins Leben trat, als ein wahres Danaergeschenk erwies. Aber an ihrem Geburtstage, wenn man so sagen darf, ahnte man noch nichts von einer solchen Wendung, aufs Innigste wurde für dieses Zugeständniß gedankt, und freudig erregt umringte man den Grafen Hoyos, ihn in seiner neuen Würde herzlichst zu begrüßen. Mit edler Selbstaufopferung unterzog sich der Graf der Last, die man ihm auferlegte, und er brachte hiemit ein Opfer, von welchem er freilich ebensowenig als irgend ein Anderer vorhersah, daß es ihm nur mit dem grellsten Undanke gelohnt werden würde.

Nachdem Graf Hoyos die Anwesenden ersucht hatte, sich Nachmittags um vier Uhr in der großen Hofreitschule einzufinden, um sich zur Nationalgarde einschreiben zu lassen, ging Alles auseinander, um sich, wie Schmerling gleichfalls that, einige Stunden später in das von Hoyos bezeichnete Versammlungslocal zu begeben. Rasch brachte man dort Tische herbei und legte Listen auf, welche bald mit zahlreichen Namen angefüllt waren. Während dies

geschah, wurde die Aufmerksamkeit der Anwesenden plötzlich auf einen anderen Gegenstand gelenkt.

Die am Vorabende bewaffneten Studirenden waren auf den Michaeler- und den Josephsplatz gerückt und machten hiedurch die erste Demonstration, dem an die Regierung gerichteten Begehren nach neuen Zugeständnissen Nachdruck zu verleihen, ein Mittel, welches so oft und in immer stärkerer Dosis angewendet wurde, bis es zuletzt gar keine Regierung mehr gab. Leidenschaftlich sprach man davon, daß schon wiederholt um Ertheilung der Preßfreiheit gebeten worden und noch immer keine Gewährung erfolgt sei. Und nicht nur in den Straßen erzählte man sich dies, in der Reitschule selbst stieg Herr Joseph Neumann, juridischer Professor am Theresianum, auf einen Tisch und hielt eine donnernde Rede über die unausweichliche Nothwendigkeit, daß die Regierung baldigst Preßfreiheit ertheile, denn sonst wären die gröbsten Ausschreitungen ganz unvermeidlich.

Da kein Mitglied der Regierung in der Reitschule anwesend war, ließ sich nicht recht erkennen, an wen Neumann seine Anrede eigentlich richtete. Aber ganz ohne Wirkung blieb sie darum doch nicht, denn Graf Hoyos, von welchem Jedermann wußte, daß er mit den Ministern so wie mit anderen einflußreichen Personen befreundet war, und den man daher als eine Art Vermittler betrachtete, wurde durch Neumann's Rede und durch die Demonstrationen vor der Burg ängstlich gemacht und veranlaßt, sich nach derselben zu begeben und dort von dem Gehörten Meldung zu machen.

Inzwischen wurden die Demonstrationen auf dem Josephs- und dem Michaelerplatze immer lärmender, und diejenigen, welche sich mit Schmerling in der Reitschule

befanden, wurden hiedurch umsomehr beunruhigt, als sie eigentlich doch nicht recht wußten, was in den Straßen vorging. Eine peinliche halbe Stunde verfloß schleichend, mit fieberhafter Ungeduld erwartete man die Rückkehr des Grafen Hoyos. Mehrere Male wurde sie angekündigt, tumultuarisch stürzte man ihm entgegen, aber es war eine Täuschung. Endlich erschien er und winkte schon von Weitem mit der Hand. Bei seinem Eintritte in die Reitschule rief er mit lauter Stimme, daß die Censur aufgehoben und die Preßfreiheit bewilligt sei. Er stieg dann, von allen Seiten unterstützt, auf einen Tisch und wiederholte diese Verkündigung. Alles jubelte und umarmte sich vor Freude, Hoyos aber wurde dringend gebeten, diese Botschaft auch nach Außen hin kundzuthun, denn seine Persönlichkeit wie sein Erscheinen müßten jeden Zweifel beseitigen. Der biedere Greis ließ sich auch dazu bereit finden, und er forderte Schmerling, welcher gleichfalls in Uniform in seiner Nähe stand, auf, ihn zu begleiten. Sie traten nun auf den mit Menschen überfüllten Josephsplatz, und Hoyos verkündete dort sowie auf dem weiteren Wege über den Michaelerplatz und den Kohlmarkt bis zu dem Platze „Am Hof", mehrmals stillestehend, mit lauter Stimme die Aufhebung der Censur und die Bewilligung der Preßfreiheit. Unbeschreiblicher Jubel durchscholl die Straßen, die Fenster waren von Frauen besetzt, welche Tücher schwenkten und ihre Freude gleichfalls durch lebhafte Zurufe kundgaben. Und als Hoyos einmal ein Lebehoch auf den Kaiser ausbrachte, wurde in dasselbe mit allgemeiner Begeisterung eingestimmt.

Am Spätabende des 14. März begab sich Schmerling zu Hoyos, den er mit seinen Söhnen, seinen zwei

ältesten Enkeln und einigen Freunden beschäftigt fand, die Päcke von Bogen mit Einzeichnungen zur Nationalgarde zu sortiren, welche zu ihm gebracht worden waren. Sie mühten sich ab, aus diesen ungeordneten Einschreibungen eine Zusammenstellung nach den Stadttheilen zu machen, in welchen die Betreffenden wohnten, um so eine Grundlage für die erste Organisation der Nationalgarde zu gewinnen. Denn dieselbe war zwar bewilligt und ihr Obercommandant ernannt, wie sie aber organisirt werden sollte, wußte Niemand, und doch zogen schon Tausende von Bewaffneten in den Straßen umher.

Hoyos mochte sich mit solchen Gedanken beschäftigen, denn er nahm Schmerling bei Seite, klagte ihm seine Verlegenheit, fragte ihn nach seiner Meinung und schloß endlich mit der Bitte, er möge sich ihm als Adjutant zugesellen. „In Ihnen glaube ich," sagte er zu ihm, „meinen Mann gefunden zu haben." Rasch gab Schmerling seine Zustimmung, und es wurde nun verabredet, sich am nächsten Morgen im bürgerlichen Zeughause wieder zusammenzufinden, wo das Hauptquartier der neu errichteten Nationalgarde von nun an seinen Sitz haben sollte. Dort wollte man präcisere Beschlüsse fassen über deren erste Organisation.

Den 15. März brachte Schmerling, und zwar bis fünf Uhr Abends ausschließlich im bürgerlichen Zeughause zu, über und über mit den Arbeiten zur Organisirung der Nationalgarde beschäftigt, er stand daher den politischen Ereignissen dieses Tages, insbesondere der Ertheilung einer Constitution vollkommen fern. Dagegen konnte er mit Fug und Recht das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, daß so ziemlich Alles, was die mit großer Raschheit durch-

geführte Organisation der Nationalgarde anging, eigentlich sein Werk war, denn die von ihm ausgehenden Vorschläge wurden von dem Grafen Hoyos einfach genehmigt und sodann durchgeführt. Hiebei kam Schmerling seine von Jugend auf genährte Vorliebe für den Soldatenstand und seine stete Beschäftigung mit militärischen Studien trefflich zu statten. Erinnert sich ja doch auch noch heutzutage sein damals jugendlicher Reisebegleiter aus dem Jahre 1835 mit Bestimmtheit seiner Aeußerung, der Zielpunkt seines höchsten Ehrgeizes bestände darin, einmal ein Grenadierbataillon commandiren zu können!

Aber andererseits ging doch auch Schmerling wieder nicht so weit, der Nationalgarde eine absolut militärische Einrichtung geben zu wollen. Er dachte eben, jenes Mittelding zu Stande zu bringen, das man unter dem Begriffe einer Bürgerwehr versteht, und von welchem sich damals alle Welt die ersprießlichsten Dienste versprach, während man jetzt wohl ziemlich ausnahmslos von dieser Ansicht gründlich geheilt ist. Uebertreibt man die militärische Einrichtung, so wird aus der Nationalgarde eine Art Landwehr, eine Reserve der Armee. Vernachlässigt man sie aber zu sehr, so wird man nichts als einen bewaffneten politischen Körper ins Leben rufen, welcher nur Verwirrung erzeugt und in dem Augenblicke der Gefahr zu nichts taugt.

Die Hauptursachen, in Anbetracht deren die Wiener Nationalgarde allmälig zu etwas ganz Anderem wurde, als man bei ihrer Errichtung beabsichtigt und gehofft hatte, erblickte Schmerling einerseits in dem überwiegenden Einflusse des Fürsten Windischgrätz, welcher, seinen auch in dieser Beziehung mit strenger Consequenz festgehaltenen politischen Grundsätzen treubleibend, die Nationalgarde schon

von vorneherein zu keiner rechten Erstarkung kommen lassen wollte, andererseits aber in der ganz unglaublichen Schwäche der nach den Märztagen eingesetzten Regierung, welche sich nach den entgegengesetztesten Seiten hin allzu nachgiebig erwies. Denn gerade so wie die hemmenden Einwirkungen des Fürsten Windischgrätz duldete sie es, daß den Vorschlägen Schmerling's entgegen die Umgestaltung der Nationalgarde in einen einzigen Körper unterblieb und deren Theilung in abgesonderte Corps theils aufrecht erhalten, theils neu eingeführt wurde. Daß die früheren Bürgercorps fortbestanden, hätte noch weniger zu sagen gehabt, daß aber die akademische Legion, welche nicht nur die eigentlichen Studirenden in sich begriff, sondern allmälig zum Hauptcentralpunkte und gleichzeitig zum gefügigsten Werkzeuge aller tumultuarischen Elemente wurde, sich nicht so sehr als ein Bestandtheil der Nationalgarde, sondern als ein selbstständiger Körper fühlte und als solcher handelnd auftrat, barg eine Gefahr in sich, an welcher schließlich alle Errungenschaften der Märztage elend zu Grunde gingen.

So wie Schmerling's Vorschlag, die gesammte bewaffnete Civilbevölkerung in einen einzigen Körper zu verschmelzen, nicht der Verwirklichung zugeführt wurde, so gelangte auch ein von ihm mit dem General von Sardagna, welcher als Stellvertreter des Grafen Hoyos fungirte, und dem niederösterreichischen Regierungsrathe Freiherrn von Hipperstthal ausgearbeitetes Statut für die Nationalgarde niemals zur Ausführung. Von dem Grafen Hoyos gebilligt, wurde es dem Ministerium zur Genehmigung vorgelegt, von demselben aber nie einer Entscheidung zugeführt. Auch die der Regierung vorbehaltene definitive Ernennung der Bataillons-Commandanten geschah nicht. So begab sich die

Regierung freiwillig ihres so nothwendigen Einflusses auf die Garde, welche endlich, da die besten Elemente in derselben ihre redlichen Bemühungen immer mehr als fruchtlos erkannten, von denselben verlassen und zuletzt auch nichts Anderes als ein Werkzeug der Umsturzpartei wurde.

So ausschließlich hatte sich Schmerling während des 15. März mit dem beschäftigt, was die Nationalgarde anging, daß er sich auch nicht an einem Beschlusse betheiligte, welcher an diesem Tage von den niederösterreichischen Landständen gefaßt wurde. Er bestand darin, einen aus vierundzwanzig Mitgliedern bestehenden Ausschuß ins Leben zu rufen, der dasjenige vorkehren sollte, was in diesem wichtigen Augenblicke zur Besorgung der den Ständen zukommenden Geschäfte erforderlich war. Zwölf Mitglieder — unter ihnen Schmerling — wurden von den Ständen und ebenso viele von dem Bürgercomité gewählt, welches sich am 15. März gebildet hatte.

Dieser Ausschuß, der sich am 18. März zum ersten Male versammelte, hielt im Ganzen fünfzehn Sitzungen ab, von denen jedoch Schmerling wegen seiner baldigen Abreise von Wien nur an den sieben ersten theilnehmen konnte. Aber auch während dieser trat er, wohl durch seine unabläßige Beschäftigung mit den Angelegenheiten der Nationalgarde etwas abgelenkt, nicht so sehr als eifriger Sprecher hervor, wie solches beispielsweise von Seite seines ständischen Collegen Georg von Mitis, aus den vom Bürgercomité Gewählten aber von dem Advocaten Alexander Bach und dem Universitätsprofessor Anton Hye der Fall war. Namentlich waren es die Berathungen über ein neu auszuarbeitendes Preßgesetz, welches ihnen den reichlich benützten Anlaß hiezu gab. Alle drei erwiesen sich hiebei als kenntniß-

volle Juristen, aber Mitis zeigte sich zugleich als eingefleischter Beamter, welcher Alles nur im sogenannten Dienstesinteresse auffaßte und Jeden für einen Ignoranten hielt, dem die dienstliche Praxis und die dafür maßgebenden Hofdecrete nicht geläufig waren. In entschiedenstem Gegensatze zu ihm konnte sich Bach in dem Begehren nach möglichst unbeschränkter Freiheit der Presse niemals weit genug gehen, während Hye, welcher freilich seine von reicher Sachkenntniß zeugenden Auseinandersetzungen durch deren allzu weit ausgesponnene Breite selbst wieder eines Theiles der Wirkung beraubte, die sie sonst gewiß hervorgebracht hätten, so ziemlich die Mitte zwischen ihnen hielt.

Auch die Reform der Polizei, die Aufhebung des Unterthansverhältnisses der Bauern, die Einrichtung der zukünftigen Landesvertretung und ähnliche überaus wichtige Fragen wurden im Schooße dieses Comité's einer eingehenden Berathung und einer mit sehr großer Lebhaftigkeit geführten Debatte unterzogen. Endlich kamen dort auch die Vorgänge in dem außerösterreichischen Deutschland und insbesondere die Einberufung des sogenannten Vorparlamentes nach Frankfurt am Main zur Sprache.

Es ist dabei nicht zu verwundern, daß dies eigentlich recht verspätet geschah. Denn einerseits war man in Wien mit den nächstliegenden Angelegenheiten so über und über beschäftigt, daß man den nicht so unmittelbar in die Augen fallenden nur schwer die gleiche Aufmerksamkeit hätte zuwenden können. Und außerdem darf man nicht vergessen, daß damals noch keine telegraphische Verbindung zwischen Wien und Frankfurt bestand, daß somit alle schriftlichen Mittheilungen von dort erst am vierten Tage nach Wien kamen und daher bei dem raschen, ja überstürzten Gange

der Ereignisse Alles schon eine vollendete Thatsache war, ehe man in Wien auch nur ernstlich an eine Betheiligung zu denken vermochte. So geschah es, daß, als in Frankfurt das Vorparlament zusammentrat, von Wien aus Niemand mehr zu dessen Eröffnung rechtzeitig hätte eintreffen können. Dennoch wurde in dem verstärkten Landesausschusse dem Gedanken Ausdruck verliehen, Oesterreich möge im Vorparlamente vertreten, und hiezu könne keine geeignetere Persönlichkeit als Schmerling gewählt werden. Aber noch ehe es hierüber zu einem definitiven Entschlusse kam, wurde Schmerling zu dem Nachfolger des Fürsten Metternich, dem Minister des Aeußern Grafen Ficquelmont berufen. Derselbe beabsichtigte, an Schmerling die Aufforderung zu richten, sich als Mitglied des Collegiums der Vertrauensmänner nach Frankfurt zu verfügen. Denn die dortige Bundesversammlung hatte beschlossen, sich mit einem solchen zu umgeben, um bei der Lösung all' der großen und wichtigen Fragen, welche damals in Deutschland angeregt wurden und eine rasche Entscheidung verlangten, seiner Unterstützung theilhaft zu werden.

Ficquelmont hatte in dem Augenblicke, in welchem er sich trotz schwerwiegender Bedenken lediglich durch seine selbstaufopfernde Anhänglichkeit an das Kaiserhaus dazu bewegen ließ, die Leitung des Ministeriums des Aeußern zu übernehmen, das siebzigste Lebensjahr schon überschritten. Einen Mann von einer ehrenhafteren Vergangenheit, als er sie besaß, hätte man wahrhaftig nicht zu finden vermocht, um ihn zu Metternich's Nachfolger zu machen. Während seiner jüngeren Zeit, welche in die der französischen Revolutionskriege fiel, zeichnete er sich durch ruhmwürdige militärische Dienstleistung aus; hatte er ja doch sogar unter

Wellington in Spanien gegen Napoleon gefochten und sich dort den Ruf eines tüchtigen Reiterführers erworben. Seit dem Eintritte der Friedenszeit widmete er sich dem diplomatischen Dienste. Zuerst in Stockholm, hierauf in Florenz, dann in Neapel und endlich in St. Petersburg beglaubigt, war er insbesondere an dem letzteren Hofe der gewandte Vermittler des mächtigen Einflusses, welchen Metternich in den Dreißigerjahren auf Rußland ausübte. 1839 nach Wien berufen und hier dienstlich verwendet, erwarb er sich von nun an auch eine etwas genauere Kenntniß der inneren Zustände Oesterreichs, welche ihm während seiner langen militärischen und diplomatischen Laufbahn bisher allzu fremd geblieben waren. Und daß er schon gar von den so verwickelten deutschen Verhältnissen nicht viel verstand, dessen hatte er in seiner soldatischen Offenheit selbst kein Hehl.

Darum wies auch Ficquelmont, als er mit jener ritterlichen Liebenswürdigkeit, welche ursprünglich dem Militärstande angehörende Diplomaten so häufig besitzen, den Besuch Schmerling's empfing, denselben einzig und allein an den Referenten für die deutschen Angelegenheiten im Ministerium des Aeußern, den Freiherrn von Werner. Dieser, ein hochgebildeter und gründlich unterrichteter, aber ungemein ängstlicher und vor jeder Verantwortlichkeit zurückbebender Mann, ließ Schmerling keinen Augenblick darüber im Zweifel, man vermöge ihm für die ihm zugedachte Mission nach Frankfurt, wenn er sie annähme, keinerlei Instruction zu ertheilen. Man sei selbst über die dortigen Vorgänge nur ganz unzulänglich unterrichtet und gebe sich der Hoffnung hin, es werde Schmerling bei seinem Takte und seiner Gewandtheit schon gelingen, das Richtige zu treffen. Er möge sich nur an den österreichischen Bundes-

Präsidialgesandten, den Grafen Franz Colloredo halten und demselben in seiner bedrängnißvollen Stellung nach Kräften beistehen.

Nicht ohne Interesse ist es, zu erforschen, wie denn die Wahl Ficquelmont's gerade auf Schmerling fiel. Im Ministerium des Aeußern hatte man, als sich zuerst die Nothwendigkeit der Aufstellung eines Gehilfen für Colloredo ergab, zunächst an den Freiherrn Adolf von Pratobevera gedacht, welcher daselbst vortheilhaft bekannt war, weil er mehrere Jahre hindurch als Mitglied und später als Präsident der Bundes-Centralcommission in Frankfurt verwendet worden war. „Er kennt Deutschland und dessen Zustände," hieß es in einem hierauf bezüglichen Schriftstücke, „und ist dort als tüchtiger Geschäftsmann allgemein geschätzt. Endlich genießt er hier in Wien seines redlichen Charakters und seiner uneigennützigen Theilnahme an Werken der öffentlichen Wohlthätigkeit halber eine wohlverdiente Popularität."

Zugleich mit seinem Vorschlage zu Gunsten Pratobevera's hob jedoch das Ministerium des Aeußern hervor, wie wünschenswerth es sei, daß außerdem auch noch ein zweiter Vertrauensmann, und zwar ein Mitglied eines der deutsch-österreichischen Landtage dem Grafen Colloredo beigegeben werde. Durch Charakter und Talent müsse er der öffentlichen Meinung die Bürgschaft gewähren, daß die Richtung des Tages auch jetzt schon von Seite Oesterreichs am Bunde nicht unvertreten sei.

Der Vorschlag, Pratobevera nach Frankfurt abzusenden, scheiterte jedoch gerade an einem der Umstände, welche von Seite des Ministeriums des Aeußern zu seinen Gunsten in die Wagschale geworfen worden waren. Denn die Thätigkeit der Bundes-Centralcommission, bei welcher er

in Frankfurt gearbeitet, hatte ja zumeist in nichts Anderem als in der polizeilichen Ueberwachung und in der strafgerichtlichen Verfolgung derjenigen bestanden, auf die man in der dem Jahre 1848 vorangegangenen Reactionszeit das Augenmerk gelenkt hatte. Daß gerade die Berufung eines Mannes, der hieran betheiligt gewesen, so ehrenhaft und wohlwollend derselbe auch sein mochte, dennoch ein arger Fehlgriff gewesen wäre, liegt auf der Hand, und es scheint fast, daß Pratobevera selbst zuerst hierauf aufmerksam machte und sich die ihm zugedachte Mission verbat.

In seiner Rathlosigkeit und seiner Unbekanntschaft mit den etwa in Betracht kommenden Persönlichkeiten wandte sich nun Ficquelmont am 30. März mit der dringenden Bitte an den Minister des Innern, Freiherrn von Pillersdorff, ihm schleunigst einen Mann zu bezeichnen, welcher nicht minder des Vertrauens des Kaisers als jenes des Publicums würdig, dessen Geist der freieren Richtung, welche der Revision der Bundesverfassung unabweisbar gegeben werden müsse, zugänglich, und der endlich mit der gehörigen Summe staatsrechtlicher Kenntnisse und „äußerer Mittheilungsgabe" ausgerüstet sei, um neben dem Präsidialgesandten die Sache Oesterreichs in der erweiterten Versammlung mit Erfolg zu vertreten.

Da keine schriftliche Antwort Pillersdorff's vorliegt, scheint er sie der Dringlichkeit wegen mündlich gegeben und auf Schmerling als den Geeignetsten hingewiesen zu haben, um mit der Mission nach Frankfurt betraut zu werden. Erst nachdem er sich mit seinen politischen Freunden, insbesondere mit Doblhoff, Stifft und Kleyle berathen hatte und von ihnen eifrig hiezu gedrängt worden war, nahm Schmerling sie an.

Da man aber sein baldiges Erscheinen in Frankfurt für äußerst nothwendig hielt und ihn zur Abreise förmlich trieb, blieb ihm nichts übrig, als die Fahrt dorthin so bald als nur immer möglich anzutreten. Jedoch nicht allein, sondern nur in zahlreicher Begleitung sollte er sie zurücklegen. Denn nachdem es in Wien bekanntgeworden war, daß verschiedene deutsche Regierungen beschlossen hätten, nicht blos einen, sondern mehrere Delegirte in das Collegium der Vertrauensmänner abzuordnen, wollte man hierin nicht zurückbleiben. Der Landrath Freiherr Franz von Sommaruga wurde Schmerling als zweiter Vertrauensmann beigegeben. Und außerdem entschlossen sich die verschiedenen Körperschaften, welche damals, sei es in berechtigter oder in unberechtigter Weise, in Wien das große Wort führten, Abgeordnete zum Frankfurter Vorparlamente zu entsenden. Die niederösterreichischen Stände designirten hiezu den Grafen Anton Auersperg und den Freiherrn Victor von Andrian, das Wiener Bürgercomité aber den Buchhändler Friedrich Gerold und den Fabriksbesitzer Theodor Hornbostel, welch' Letzterer nicht nur gleich Gerold eine hochgeachtete, sondern auch eine ungemein sympathische Persönlichkeit war. Die Universität endlich wählte sogar in zwei Collegien getheilt, und zwar die Professoren und Doctoren den berühmten Botaniker und Sinologen Stephan Endlicher, den Advocaten Eugen von Mühlfeld und den Arzt Dr. Schilling, die Studenten hingegen nicht weniger als vier Repräsentanten, Giskra, Schuselka, Kuranda und Schneider. Und als ob es an dieser an und für sich schon allzu zahlreichen Deputation noch nicht genug wäre, erhielt sie noch sechs Studenten mit einer riesigen deutschen Fahne als Ehrenwache zur Begleitung.

Es waren also nicht weniger als fünfzehn Männer und Jünglinge, welche sich, mit Schleppsäbeln bewaffnet und schwarz-roth-goldene Schärpen um Achsel und Hüfte geschlungen, verabredeter Maßen am Nachmittage des 5. April auf dem Stephansplatze versammelten, denn ohne Aufsehen und Spektakel ging es nun einmal zu jener Zeit nicht ab. Die akademische Legion war der Kirche gegenüber in Parade aufgestellt, der Rector der Universität aber, der greise Jenull begrüßte die Scheidenden mit großem Pompe und gab ihnen seine Segenswünsche mit auf den Weg. Der Männergesangverein unter der Leitung seines damaligen Vorstandes, des Advocaten Dr. Egger, stimmte das deutsche Lied an, und nachdem dasselbe verklungen war, traten die Abreisenden, von der akademischen Legion escortirt, zu Fuß den Weg nach dem Nordbahnhofe an. Die Straßen, durch welche sie kamen, waren dicht von jubelnden Menschen besetzt, von den geöffneten Fenstern herab geschah das Gleiche, und insbesondere waren es die Frauen, welche unter lauten Zurufen ihre Tücher schwenkten und deren Enthusiasmus keine Grenzen zu kennen schien.

Man muß sich die damalige so äußerst mangelhafte Eisenbahnverbindung ins Gedächtniß zurückrufen, um die Reiseroute zu begreifen, welche die österreichische Delegation als nächsten Weg nach Frankfurt einschlug. Nachdem sie am Morgen des 6. April nach Oderberg gekommen war, begab sie sich über Breslau nach Görlitz, wo sie die erste Nacht zubrachte, und von da über Dresden nach Weimar, wo sie zum zweiten Male ihr Nachtquartier aufschlug. Es kann nicht behauptet werden, daß das Auftreten der österreichischen Delegation in Weimar auch nur von fern jener weihevollen Stimmung entsprach, der sich kaum irgend ein

gebildeter Deutscher bei dem ersten Besuche dieser Stadt zu entziehen vermag. Spät Abends dort angekommen, machten die Oesterreicher auf dem Wege nach dem Gasthause mit ihren Schleppsäbeln einen so heillosen Lärm auf dem holperigen Pflaster, daß die Schlafenden beiderlei Geschlechtes erwachten, welche denn auch in den komischesten Nachtcostümen mit rasch angezündeten Lichtern an den Fenstern erschienen, sich die Ruhestörer zu betrachten und ihnen wohl auch ein klein wenig zu fluchen.

In Eisenach, dem letzten mit der Bahn zu erreichenden Orte war es, wo Schmerling während der wenigen Stunden, welche bis zur Abfahrt des Postwagens nach Frankfurt vergingen, auf einem herrlichen Morgenspaziergange zur Wartburg mit dem bei Weitem hervorragendsten unter seinen Reisegenossen, mit Anton Auersperg zum ersten Male in nahe Berührung trat. Während bisher kaum Einer aus ihnen, vielleicht Andrian allein ausgenommen, auf irgendwelchem Gebiete eine wahrhaft ausgezeichnete Leistung für sich aufweisen konnte, war der Dichter des „Letzten Ritter", der „Spaziergänge eines Wiener Poeten" und des „Schutt" eine in ganz Deutschland und über dessen Grenzen hinaus geliebte und verehrte Persönlichkeit geworden. Schrieb doch schon im Jahre 1843 kein Geringerer als Gottfried Keller in Zürich, damals noch jung und nichts als ein ziemlich verunglückter Maler, ohne jede Vorahnung seiner eigenen künftigen Größe in sein Tagebuch, nachdem er seiner Freude Ausdruck gegeben, des „Schutt" endlich habhaft geworden zu sein: „So lang die Sache der Menschheit, die Freiheit solche Sänger besitzt, darf man die Hoffnung nicht verlieren."

Allerdings war die Freiheit, wie Anastasius Grün, wie Schmerling sie verstanden, himmelweit von jener Zügel-

losigkeit entfernt, wie sie damals in Oesterreich wie in Deutschland immer ungestümer begehrt wurde. Waren ja doch beide Männer einer und derselben Meinung, daß man bereits im Begriffe sei, das vernünftig zulässige Maß der Freiheit zu überschreiten, daß daher die Hauptaufgabe eines Jeden, der berufen erscheine, im öffentlichen Leben eine Rolle zu spielen, darin bestehe, auf die Wiederherstellung gesetzlicher Ordnung und geregelter Zustände kräftigst hinzuwirken. Und ebenso waren Beide, Auersperg wie Schmerling, ganz gleicher Meinung in Allem, was Oesterreich anging. Gleich begeisterte Vaterlandsfreunde, wünschten sie Oesterreich mit gleicher Inbrunst den Sieg über seine äußeren und inneren Feinde. Der lebhafte Gedankenaustausch hierüber brachte Jedem von Beiden eine gleich hohe Meinung von dem Werthe des Anderen bei, und insbesondere scheint es der weichere, gefühlvollere Poet Auersperg gewesen zu sein, der an dem schneidigeren und weit schärfer ausgeprägten Wesen Schmerling's nicht nur besonderes Gefallen, sondern gleichsam eine Stütze und einen Anhaltspunkt fand. Auf jenem gemeinsamen Spaziergange nach der Wartburg entspann sich zwischen beiden in ungefähr gleichem Alter befindlichen Männern — Auersperg war um nicht ganz acht Monate jünger als Schmerling — ein Freundschaftsbund, welchen nur der im Jahre 1876 erfolgte Tod Auersperg's löste.

Nächst diesem war wohl Andrian unter den damaligen Reisegenossen Schmerling's ihm am meisten sympathisch. Schon in früheren Jahren hatte sich derselbe in ernste Studien über die inneren Zustände Oesterreichs vertieft, deren Haltlosigkeit eingesehen und das Resultat seiner Wahrnehmungen, sowie Vorschläge zur Abhilfe in einer Schrift niedergelegt, welche unter dem Titel „Oesterreich und seine

Zukunft“ zu Anfang der Vierzigerjahre erschien und verdientes Aufsehen erregte. Die darin ausgesprochenen Ideen stimmten vollständig mit den Anschauungen Schmerling's überein. Und auch die ganze Eigenart Andrian's, sein gewinnendes Aeußere, seine feinen geselligen Umgangsformen, ja sogar seine gewählte Kleidung, welche in jener Zeit fast geflissentlicher Selbstvernachlässigung von derjenigen der Mehrzahl der übrigen Reisegenossen gewaltig abstach, mußten auf Schmerling, gerade weil auch er in dieser Beziehung so viel auf sich hielt, einen für Andrian ungemein günstigen Eindruck hervorbringen.

In Eisenach war es auch, wo die österreichische Reisegesellschaft zuerst die sie überraschende Mittheilung empfing, daß das Vorparlament in Frankfurt aufgehört habe zu tagen. Nicht so sehr Schmerling und Sommaruga, welche ja nicht zum Vorparlamente, sondern zum Collegium der Vertrauensmänner abgeordnet waren, als die übrigen Reisegenossen wurden hievon betroffen. Aber sie trösteten sich wieder, als sie nach ihrer Ankunft in Frankfurt erfuhren, daß an Stelle des Vorparlamentes der Fünfziger-Ausschuß getreten sei, an welchen nun diejenigen sich zu wenden hätten, welche eigentlich zum Vorparlamente abgesendet worden waren. Da dies bei Schmerling und Sommaruga nicht der Fall war, so trennten sich nun ihre Wege von denen der übrigen Reisegefährten, und sie machten nur mehr deren Vorstellung im Fünfziger-Ausschusse mit, ohne sich an den hiebei gehaltenen Begrüßungsreden irgendwie zu betheiligen.

Das Collegium der Vertrauensmänner.

Schmerlings erster Gang in Frankfurt war natürlich zu dem österreichischen Bundes-Präsidialgesandten Grafen Franz Colloredo-Wallsee, zu dessen Unterstützung er dorthin abgesendet worden war, und er fand bei ihm den zuvorkommendsten Empfang. Denn Colloredo athmete ordentlich auf, als er endlich Jemand bei sich eintreten sah, von dem er nicht nur authentische Auskünfte über die Zustände in Wien erwarten, sondern sich auch thatkräftigen Beistand versprechen durfte in seiner peinlichen Stellung.|

Colloredo hatte damals das fünfzigste Lebensjahr noch nicht vollständig erreicht, befand sich also in voller männlicher Kraft. Da sein Vater zuerst der Leiter der Erziehung des Kaisers Franz in Florenz und Wien, dann aber dessen vertrauter Cabinetsminister gewesen, so wird man das trotz seiner gewiß sehr empfehlenswerthen Eigenschaften doch immerhin übertrieben scheinende Maß der Protection, welche dem Sohne von Seite des Hofes zu Theil wurde, leichter begreifen. So ausgiebig war dieselbe, daß Colloredo schon in seinem sechsundzwanzigsten Lebensjahre zum Gesandten in Copenhagen ernannt wurde. Vier Jahre später nach Dresden und 1836 nach München ver-

setzt, lernte er während seines Aufenthaltes in diesen beiden Städten die deutschen Verhältnisse gründlich kennen. Durch seinen klaren, weder durch Vorurtheile noch durch Leidenschaftlichkeit getrübten Verstand, durch seinen wohlwollenden Charakter erwarb er sich sehr viele Freunde. „Er besaß," sagt ein competenter Beurtheiler von ihm, „ein deutsches Herz, echt deutsche Gesinnungen, ein für alles Schöne und Gute empfängliches Gemüth". Es war daher gewiß nur eine ganz gerechtfertigte Wahl, welche ihn, der inzwischen, und zwar von 1843 bis 1847 den Posten eines kaiserlichen Botschafters in St. Petersburg bekleidet hatte, von Seite des Wiener Cabinetes traf, den Grafen Münch, der in Frankfurt eigentlich unmöglich geworden war, zu ersetzen.

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß Colloredo sich am 12. März, also am Vortage des Ausbruches der Bewegung in Wien von dort nach Frankfurt begab, wo nicht minder chaotische Zustände herrschten, so kann man die Verwirrung der Verhältnisse beurtheilen, in denen er seinen neuen Posten daselbst antraf. Und da scheint es wohl, daß er gewiß den allerbesten Willen, aber kaum auch die wünschenswerthe Ruhe und besonnene Thatkraft besaß, um sich in der höchst unerfreulichen Lage, in die er gerathen war, zurechtzufinden und dem die Spitze zu bieten, was von allen Seiten auf ihn einstürmte. Darum begrüßte er auch die Ankunft Schmerling's mit sehr großer Freude und wurde nicht müde, ihn zu versichern, daß er auf seinen Beistand in all' den zahlreichen Fragen, welche über den Horizont eines berufsmäßigen Diplomaten doch eigentlich hinausreichten, mit voller Zuversicht rechne und in ihm den geeigneten Mann erblicke, um Oesterreich in dem Collegium der Vertrauensmänner würdig zu vertreten.

Um sich in dem Letzteren so bald als möglich einzuführen, besuchten Schmerling und Sommaruga den nassauischen Vertrauensmann Freiherrn Max von Gagern, welcher von den übrigen Mitgliedern des Collegiums zu dessen Obmann erwählt worden war, und sie fanden sich auf seine Aufforderung gleich in der nächsten Sitzung ein. Aber der Empfang, den sie daselbst fanden, war ein recht frostiger zu nennen und deshalb durchaus kein freudiger für sie.

Man muß sagen, daß in dem Collegium der Vertrauensmänner Persönlichkeiten beisammen saßen, welche mit Recht zu den am meisten bekannten und geehrten ganz Deutschlands gehörten. Um solches darzuthun, braucht man blos daran zu erinnern, daß Preußen durch Dahlmann und Württemberg durch Uhland vertreten waren. An diese, fast die ältesten und weitaus die berühmtesten unter ihren Collegen reihten der Senior von Allen, Jaup für Darmstadt und der aus Tirol gebürtige Sylvester Jordan, welcher für dasselbe Kurhessen im Collegium der Vertrauensmänner saß, dessen frühere Regierung den wohlmeinenden und überzeugungstreuen Mann um seiner constitutionellen Gesinnung willen zum politischen Märtyrer gemacht hatte, würdig sich an. Die im Kerker erduldeten Leiden hatten jedoch den erst im fünfzigsten Lebensjahre Stehenden frühzeitig gebrochen, und er wurde daher an geistiger Frische von den nicht viel Jüngeren weit übertroffen. Da waren zunächst Albrecht und Gervinus, mit Dahlmann drei von den Göttinger Sieben, welche im Collegium saßen, der grundgelehrte und ebenso grundpedantische Staatsrechtslehrer Zachariä für Hannover, der kleine und leichtbewegliche, schwarzhaarige Hellenist Droysen, welcher erst vor Kurzem den weiten Sprung vom griechischen Alterthume zur neueren

preußischen Geschichte gemacht hatte, und endlich der Jüngste, aber auch einer der besten und am liebsten gehörten Redner von Allen, der Badenser Bassermann, dessen einnehmendes Aeußere und Benehmen von dem so manches seiner Collegen vortheilhaft abstach.

Daß dieses nicht auch ein Gemeingut aller Uebrigen war, konnte Schmerling schon bei seiner ersten Zusammenkunft mit ihnen daraus entnehmen, daß Einige, insbesondere Dahlmann und Gervinus sich fast feindselig gegen die neu eintretenden Oesterreicher stellten. Die Hauptveranlassung hiezu mochte zunächst in der hochmüthigen Geringschätzung liegen, welche diese zwei Männer von vorneherein Oesterreich, obgleich oder weil es ihnen vollkommen fremd war, sowie Allem entgegenbrachten, das von dorther kam. Und außerdem hätten sie es als eifrige Anhänger der Idee, Preußen an die Spitze Deutschlands zu stellen, wahrscheinlich lieber gesehen, wenn gar kein Oesterreicher in dem Collegium der Vertrauensmänner erschienen und daher Oesterreich in demselben ganz unvertreten geblieben wäre.

Endlich mochte sich so mancher ob seiner umfassenden Gelehrsamkeit und seiner erprobten Charakterfestigkeit gewiß hochachtungswerthe, aber steife, eckige und pedantische, des geselligen Lebens ungewohnte Mann durch das sichere Auftreten eines Collegen von weltmännischen Umgangsformen ein klein wenig beengt fühlen. Vielleicht dämmerte in dem Einen oder dem Anderen von ihnen schon damals eine Ahnung auf, daß dieser Fremdling, der in Vielem so weit hinter ihnen zurückstand und dessen Namen die Meisten aus ihnen bisher noch niemals gehört hatten, das Zeug in sich trage, in den schweren Tagen, denen man entgegenging, nicht nur eine Thätigkeit, hinter welcher die ihrige so ziemlich

verschwand, sondern auch eine Thatkraft zu entwickeln, die ihnen vollständig fehlte.

Wie Schmerling über seine neuen Collegen dachte, von denen er Dahlmann und Gervinus, Uhland und Bassermann als die Hervorragendsten bezeichnete, geht aus einer seiner vertraulichen Aeußerungen deutlich hervor. „Dahlmann und Gervinus blieben," sagt er von den zwei Ersteren, „auch dem Charakter nach ihrem Stande als Professoren fortwährend treu. Sie waren über alle Maßen trocken und einsilbig und fielen nie aus der Rolle, alle ihre Reden als Vorträge in echtem Professorentone zu halten. Dabei war insbesondere Gervinus so gallsüchtig, daß ihn jede entgegengesetzte Meinung erbitterte. Uhland hingegen war, obgleich ungemein schweigsam, doch beinahe liebenswürdig zu nennen. In Frankfurt pflog er fast mit Niemandem Umgang, denn er war in Begleitung seiner Frau da und hat dort ein stilles, echt schwäbisches Familienleben geführt. Auch bei den Berathungen der Vertrauensmänner nahm er selten das Wort, wenn es aber geschah, so war es, um mit einer Art dichterischen Schwunges und poetischer Begeisterung für seine Anträge zu sprechen."

Angesichts der Unfreundlichkeit, welche er von Dahlmann und Gervinus erfuhr, mochte es Schmerling erfreulich berühren, daß Andere, unter denen er insbesondere Bassermann und Droysen hervorhebt, ihm verbindlich entgegenkamen, während Beide auch später noch und bis auf lange Zeit hinaus zu seinen treuesten Anhängern zählten. Aber selbst wenn dem nicht so gewesen wäre, so war doch Schmerling gewiß nicht der Mann, um sich durch an und für sich so bedeutungslose Dinge, wie es der mehr oder minder zuvorkommende Empfang von Seite einiger, wenngleich sehr

hervorragender Männer doch eigentlich war, aus einer Stimmung bringen zu lassen, die er selbst in einem vertraulichen Briefe an eine ihm sehr befreundete Persönlichkeit in Wien eine muthige und entschiedene nennt. „Wir können uns nicht verhehlen," fährt er in diesem Briefe vom 12. April weiter fort," daß hier bereits die Revolution ist und der Fünfziger-Ausschuß ganz die Rolle des französischen Wohlfahrtsausschusses spielt. Die zweiten Gesandten, die Vertrauensmänner, wie sie heißen, sind offenbar die ersten Capacitäten, aber sie haben Mühe, nicht von der Masse der Fünfzig überflügelt zu werden, unter welchen zwar die Republikaner die Minderzahl bilden, aber die entschiedensten und trotzigsten sind. Der eigentliche Bundestag — die Gesandten der Fürsten — ist Null; er unternimmt nichts ohne unsere Zustimmung und ist beständig mit uns in Conferenz. Alledem steht für mich die Wahrscheinlichkeit politischer Abnützung zur Seite, welche jetzt jeder der Männer zu gewärtigen hat, die ernst und besonnen zu Werke gehen. Und darin liegt das Opfer, welches gleich mir Diejenigen bringen, welche eine Mission bei der Bundesregierung haben: man will eben keine Regierung. Unterdessen, es wäre Feigheit gewesen, diese Mission nicht anzunehmen, Feigheit, sie nicht mit Muth durchzuführen. Trete ich auch hier vielleicht ruhmlos ab, so werde ich doch in Oesterreich kaum verloren sein."

Wie gut es Schmerling verstand, sich in dem Collegium der Vertrauensmänner — der Siebzehner, wie man sie nach ihrer Anzahl im gewöhnlichen Sprachgebrauche nannte — rasch zu hoher Geltung zu bringen, zeigte sich binnen kürzester Frist. Angewidert von der Schwäche des Bundestages und dem absoluten Mangel an jeder staatlichen

Autorität, überzeugt von der dringenden Nothwendigkeit, daß man sich dazu ermanne, hierin ausgiebige Abhilfe zu treffen, beschäftigte er sich unablässig mit der Auffindigmachung der hiezu geeigneten Mittel. Mit scharfsinniger Klugheit fand er heraus, daß sogar in der alten und verlästerten Bundesacte eine Handhabe hiezu, und zwar durch die in ihr stipulirte Möglichkeit der Einsetzung eines Bundes-Executivorgans dargeboten sei. Es war hievon niemals, und zwar schon aus dem Grunde nicht Gebrauch gemacht worden, weil es den großen deutschen Regierungen, denen von Oesterreich und Preußen nie darum zu thun gewesen war, das Ansehen des Bundestages zu stärken, sondern sie ihn stets nur als blindes Vollzugsorgan ihrer eigenen Politik ansahen und mißbrauchten.

Groß war daher die Ueberraschung im Collegium der Vertrauensmänner, als Schmerling plötzlich in dessen Mitte mit dem Antrage auf Einsetzung eines solchen von den deutschen Regierungen zu ernennenden, aus drei Mitgliedern bestehenden Executivorgans hervortrat. Ihm sollte die Vertretung des Bundes nach Außen, also die Leitung der auswärtigen Politik, und die Verfügung über die Bundestruppen zustehen.

Je eingehender dieser Vorschlag in dem Collegium der Siebzehner erörtert wurde, desto allgemeineren Beifall fand er daselbst. Es wurde beschlossen, ihn in einer gemeinsamen Besprechung mit den Mitgliedern der Bundesversammlung durchzuberathen. Solches geschah denn auch, Schmerling feierte hiebei einen vollständigen Sieg, und es spricht für die politische Ehrlichkeit Dahlmann's, daß er trotz seiner bekannten Abneigung gegen Oesterreich und alles Oesterreichische doch unter den eifrigsten Beifallsspendern

war. „Worauf ich vielleicht am meisten Ursache habe stolz zu sein," schrieb Schmerling hierüber, „ist, daß mir dieser trockene Dahlmann am Ende doch eine lebhafte Anerkennung meiner Befähigung für die Behandlung großer Fragen nicht versagte und dieselbe mit einer bei ihm sonst nicht gewöhnlichen Lebhaftigkeit aussprach." Wenn auch kaum tiefer empfunden, so doch viel lauter geäußert war die Zustimmung des heißblütigen Welcker, welcher seit Kurzem als Vertreter Badens in der Bundesversammlung saß. Und die eigentlichen Diplomaten in derselben, Colloredo an der Spitze, fanden nicht Worte, um Schmerling genugsam zu preisen. „Er habe vortrefflich gesprochen," schreibt Colloredo in seinem Berichte vom 20. April nach Wien. „Unzweifelhaft däucht mir," fügte er hinzu, „daß die Errichtung einer solchen Gewalt, factisch einer provisorischen Regierung, die größten Vortheile bieten und allein im Stande sein würde, einen Ausweg aus den Wirren, in denen Deutschland befangen ist, finden zu lassen. Die Aufgabe Oesterreichs dürfte sein, durch die Wahl einer überwiegenden Persönlichkeit sich hoch in diesem Rathe zu stellen. Es würde dies gleichsam eine Candidatur für die Würde eines Reichsoberhauptes abgeben."

Weniger eifrig als die Diplomaten in Frankfurt zeigte sich der Fünfziger-Ausschuß, auf den Vorschlag Schmerling's einzugehen. Denn es wurde ja darin das Recht der Einsetzung des Executivorgans und der Ernennung seiner Mitglieder für die Regierungen in Anspruch genommen und hiebei nur eine Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung gefordert, während der Fünfziger-Ausschuß besorgte, durch ein derartiges Executivorgan allmälig aus der Stellung verdrängt zu werden, die er sich angemaßt

hatte. Er wollte daher einen Antheil an der Ernennung der Mitglieder dieses Organs oder wenigstens die Beiordnung von drei seiner eigenen Genossen mit consultativen Stimmen erwirken. Mehrere aus dem Collegium der Vertrauensmänner wünschten dagegen, daß das Executivorgan nicht unmittelbar von den Regierungen ernannt werde, sondern daß es aus der Mitte der Bundesversammlung hervorgehe. Um einen Ausweg aus diesen sich zum Theil widersprechenden Ansichten zu finden, beschloß man ein Comité zusammenzusetzen, in welchem der Bundestag durch Welcker, das Collegium der Vertrauensmänner durch Schmerling, der Fünfziger-Ausschuß aber durch seinen Präsidenten, den gemäßigt gesinnten Badenser von Soiron vertreten war.

So war denn Schmerling binnen weniger als zwei Wochen von einem recht widerwillig empfangenen Mitgliede des Collegiums der Siebzehner dessen alleiniger und freiwillig gewählter Repräsentant bei Berathung einer der wichtigsten Fragen geworden. Eine vollständige Einigung dieser drei Factoren über dieselbe kam freilich nicht zu Stande; das aber hinderte die Versammlung nicht, in ihrer Sitzung vom 3. Mai den Beschluß zu fassen, die deutschen Regierungen um Einsetzung eines Bundes-Executivorgans anzugehen. Aus drei Männern sollte es bestehen; Oesterreich und Preußen hätten je einen, die übrigen Regierungen aber, unter denen Baiern ein gewisser Vorzug eingeräumt war, den dritten zu ernennen.

Indirect besaß dieser aus Schmerling's Initiative hervorgegangene Beschluß eine sehr große Bedeutung, denn er bot wohl die erste Grundlage zur dereinstigen Schaffung einer deutschen Centralgewalt. Aber unmittelbare Wirkung

brachte er in gar keiner Weise hervor, außer daß er den Regierungen, denen er zunächst eine nicht leicht zu erfüllende Aufgabe stellte, sehr viel Kopfzerbrechen verursachte. Allerdings wies, was zunächst Oesterreich betraf, Colloredo vorerst auf den seit langen Jahren zu Freiburg im Breisgau ansäßigen, damals schon hochbetagten Freiherrn Johann Philipp von Wessenberg als die für diesen Posten geeignetste Persönlichkeit hin. Da dieser jedoch mit Bestimmtheit ablehnte, quälte man sich in Wien mit der Ausfindigmachung einer anderen ab, und schmerzlich empfand man es als eine unheilvolle Nachwirkung des früheren Regierungssystems, daß man eigentlich über gar keine solche verfügte. Darum war denn auch die Wahl, die man schließlich traf, obgleich sie auf einen in jeder Beziehung höchst ehrenwerthen Mann fiel, schon von vorneherein ein Mißgriff zu nennen.

Der kaiserliche Generalmajor Graf Nobili, den man von Wien aus zum österreichischen Mitgliede des neu einzusetzenden Bundes-Executivorgans ernannte, befand sich damals als Bevollmächtigter bei der Militär-Central-Commission in Frankfurt. Er war unleugbar ein tüchtiger Soldat, ein wohlunterrichteter, gebildeter Mann von gewinnenden Formen des Umganges, dessen schlanke und geschmeidige Gestalt, dessen kühngeschnittenes Profil mit der auffallend vorspringenden Adlernase im Ganzen einen einnehmenden Eindruck hervorbrachten. Aber er war nicht von fern eine Persönlichkeit, wie sie, und Colloredo hatte dessen seiner Regierung gegenüber kein Hehl, zunächst von dem Antragsteller und dann auch von der Bundesversammlung ins Auge gefaßt worden war. Ihrer Anschauung hätte, wie Colloredo am 14. Mai nach Wien schrieb, nur allein die Wahl eines der höchstgestellten Staatsmänner

[illegible]

[illegible]

Zwingendster Natur waren die Beweggründe, welche den Grafen Colloredo dazu antrieben, bald nach seiner Ankunft in Frankfurt wieder auf seine Abberufung von dort zu dringen. Seine Stellung daselbst war ihm ganz unleidlich geworden, sowohl weil er fühlte, daß ihm die hiezu nöthigen Eigenschaften fehlten, als weil der Posten, den er einnahm, zum großen Theile durch die Schuld seines Vorgängers auf demselben äußerst verhaßt und dadurch fast unhaltbar geworden war. Charakteristisch ist die Antwort, welche ihm Ficquelmont ertheilte, als er auf diese Betrachtung sein Rücktrittsgesuch gründete. „Ich begreife um so leichter," schrieb er ihm am 9. April, „wie unangenehm es ist, an Stelle eines Anderen todtgeschlagen zu werden, als ich mich absolut in dem gleichen Falle befinde. Darum bin ich aber durch Ihren Entschluß doch nicht weniger in Verlegenheit gesetzt, denn wir besitzen noch keine neuen Männer, welche einem solchen Posten gewachsen wären. Vollständig mangelt es uns an politischen Capacitäten, welche es nicht nur mit denen Deutschlands aufzunehmen, sondern dieselben auch noch zu leiten vermöchten."

„Wie dem aber auch sein möge," heißt es in einem amtlichen Rescripte Ficquelmont's an Colloredo vom gleichen Tage, „so lassen sich doch so hochverantwortliche Stellungen, wie es heutzutage jene des Bundespräsidialgesandten in Frankfurt ist, nicht wider den Willen der Betheiligten führen." Er werde daher ungesäumt darauf bedacht sein, wenn auch ungern, die Ernennung eines Nachfolgers beim Kaiser in Antrag zu bringen.

Hiezu faßte Ficquelmont auch diesmal, einer zuerst von Colloredo ausgegangenen Andeutung folgend, den Freiherrn von Wessenberg ins Auge. Einen Augenblick schien

derselbe auch geneigt, hierauf einzugehen, aber bald nachher ließ er, und zwar nach einem kurzen Besuche, den er in Frankfurt machte, diesen Gedanken wieder fallen und lehnte eine etwaige Ernennung zum Bundespräsidialgesandten definitiv ab. Binnen kürzester Frist trat nun Colloredo mit dem Antrage hervor, keinen Anderen als Schmerling zu diesem Amte zu berufen.

Nicht nur durch die Art, in welcher derselbe seinen Platz im Collegium der Vertrauensmänner ausgefüllt hatte, sondern auch durch täglichen vertrauten Verkehr hatte sich Colloredo immer mehr von dessen ganz besonderer Eignung für diesen Posten überzeugt. Schmerling, welcher bald nach seiner Ankunft in Frankfurt gemeinschaftlich mit Sommaruga und Hornbostel in einem der dortigen Privathäuser eine sehr hübsche Wohnung bezogen hatte, brachte fast alle seine Abende bei Colloredo zu. Da lernten die beiden Männer sich denn auch bald aufs Genaueste kennen; Schmerling, von dem man nicht sagen kann, daß er allzu rasch mit Beweisen seiner Zuneigung zur Hand war, schrieb in einem vertraulichen Privatbriefe nach Wien, daß er Colloredo recht eigentlich schätze, ja daß er ihn liebe, denn noch nie sei ihm ein Mann vorgekommen, der eine gleiche Herzlichkeit, Offenheit, Biederkeit und Anspruchslosigkeit besitze. Aber auch Colloredo wurde in seiner günstigen Meinung von Schmerling immer mehr bestärkt, und diese, verbunden mit seiner Sehnsucht, aus Frankfurt erlöst zu werden, steigerte nur seinen Unmuth, daß aus Wien noch immer keine Entscheidung über seinen so dringend erneuerten Vorschlag kam.

Eigenthümlich, aber zum mindesten begreiflich ist es, daß gerade durch das, was Colloredo am meisten zu Gunsten seines Antrages betonte, durch Schmerling's Thätigkeit im

Collegium der Siebzehn das Ministerium des Aeußern sich abhalten ließ, ihn zum Bundestagsgesandten zu ernennen. Denn erst vor ganz kurzer Zeit hatte dieses Collegium seine eigentliche Aufgabe, die Ausarbeitung einer Verfassung für Deutschland vollendet, und es war nirgends ersichtlich geworden, daß gegen deren Bestimmungen von Seite Schmerling's irgend welche Einsprache erhoben worden wäre. Diesen Entwurf aber, ganz das Vorbild der später von der deutschen Nationalversammlung ausgearbeiteten Reichsverfassung fand man in Wien so durchaus ungeeignet, um Oesterreich das Verbleiben im Bunde auch nur möglich zu machen, daß man nicht zu weit zu gehen meinte, wenn man die Corporation, von welcher jener Entwurf herrührte, als eine den österreichischen Interessen geradezu feindliche ansah. Zu ihr gehörte aber auch Schmerling; man könne ihn daher, wurde an Colloredo vertraulich geschrieben, ohne über seinen Antheil an diesem Werke genauer als bisher unterrichtet zu sein, unmöglich für einen Posten in Vorschlag bringen, der stets zu den wichtigsten und nur mit Männern der höchsten Vertrauenswürdigkeit zu besetzenden gezählt worden sei.

Kaum hatte Colloredo Kenntniß von diesen Bedenken erlangt, als er sie auch schon zu widerlegen sich beeilte. Schmerling sei, so führte er aus, erst geraume Zeit nach dem Zusammentreten des Collegiums der Vertrauensmänner nach Frankfurt gekommen und habe dort die Herren Dahlmann und Albrecht in der ihnen übertragenen Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes schon sehr weit vorgeschritten gefunden. Wenn er bei dessen Berathung im Collegium selbst keine Einsprache gegen einzelne Bestimmungen erhob, so sei dies sowohl aus dem Grunde, weil sie bei der Zusammensetzung des Collegiums ohnedies fruchtlos

geblieben wäre, als aus der Ueberzeugung geschehen, daß sich deren Undurchführbarkeit nach ihrer Veröffentlichung von selbst herausstellen müsse. Er sei ganz für Wahrung der Selbstständigkeit der einzelnen Staaten, insbesondere Oesterreichs, daher auch für dessen innigen Anschluß an, aber nicht für seine völlige Verschmelzung mit Deutschland. Er behalte sich auch vor, diese Ansichten in der Nationalversammlung, wenn er in dieselbe gewählt werden sollte, zu vertreten.

Es kann wohl sein, daß Colloredo auch nicht ganz ohne den Verdacht war, im Ministerium des Aeußern herrsche noch allzusehr die alte Tradition, als daß man sich dort so rasch zur Ernennung eines Appellationsrathes zum Bundestagsgesandten zu entschließen vermöge. Er hob daher recht eindringlich hervor, daß alle neuernannten Bundestagsgesandten Männer von weit weniger hohem Range seien, als dies früher der Fall war. Dringend wiederholte er seinen Vorschlag zu Gunsten Schmerling's und fast drohend auch die Bitte um Enthebung von seinem Posten.

Nun endlich zögerte man in Wien nicht länger, seinem Wunsche zu willfahren. Ob hiezu auch der Umstand, daß inzwischen Ficquelmont durch die abscheulichen Demonstrationen vom 2. und 3. Mai aus seinem Amte eines Ministers des Aeußern vertrieben worden war, doch Einiges beitrug, mag füglich unentschieden bleiben. Einer der würdigsten aus der alten Zeit herüberragenden Männer, der Staatsrath Freiherr von Lebzeltern, welcher nach Ficquelmont's Austritt vorübergehend an der Spitze des Ministeriums des Aeußern stand, stellte am 11. Mai den Antrag, daß Colloredo's Abberufung vollzogen und die Führung der Geschäfte eines Bundes-Präsidialgesandten provisorisch in die Hände des Appellationsrathes von Schmerling gelegt

werde. Am 13. Mai wurde dies durch die analoge Entschließung des Kaisers eine vollendete Thatsache.

Es kann nicht gesagt werden, daß die Art und Weise, in welcher Schmerling sie aufnahm, eine besonders freudige war. Aber bezeichnend für ihn muß sie jedenfalls genannt werden, und daher wird hier den Worten Aufnahme zu gönnen sein, welche er nach Empfang seiner Ernennung amtlich an Lebzeltern richtete. Nachdem er auseinandergesetzt, wie schwierig, ja wie reich an Bitterkeit unter den einmal obwaltenden Verhältnissen der Posten eines Bundestagsgesandten sei, fährt er wörtlich fort:

„Der Bundestag hat durch seine Leistungen in dreißig Jahren eine so tiefe Entrüstung bei allen aufgeklärten und wohlgesinnten Männern, einen so gerechten Haß in ganz Deutschland hervorgerufen, daß er auch jetzt, wenngleich mit Männern besetzt, welche vor wenigen Wochen als Vorkämpfer der Freiheit verehrt wurden und die zum Theil ihre freisinnige Richtung mit Kerker gebüßt haben, doch kein Vertrauen einflößt und als ein, wie man es ausspricht, entbehrliches Institut mit Geringschätzung behandelt wird."

„Würde ich nur persönlichen Rücksichten folgen, so müßte ich Seine Majestät dringend bitten, die mir gewordene Berufung zurückzunehmen. Aber ich halte es für die Pflicht eines Jeden, der sein Vaterland liebt, sich selbst zu vergessen, und übernehme mit Bereitwilligkeit einen Posten, auf dem ich vielleicht nützlich sein kann."

„Bei meiner Ernennung," so schließt Schmerling seinen ersten Bericht, „sind mir keine Instructionen ertheilt worden; ich werde daher nach meiner Ueberzeugung und nach den Grundsätzen meines Lebens, nämlich für die constitutionelle Monarchie mein Amt zu führen bemüht sein."

So lautete die erste Depesche, welche der neue Bundestagsgesandte nach Wien schrieb, und es mag wohl von keinem seiner Vorgänger eine ähnliche jemals dahin gelangt sein. Man kann das Entsetzen sich denken, mit welchem ihre Durchlesung den guten Baron Werner erfüllt haben mag!

Der unverkennbar gereizte Ton dieser Depesche war offenbar durch Schmerling's Verstimmung über die so langdauernde Verzögerung seiner Ernennung zum Bundestagsgesandten veranlaßt worden, aber die eigentliche Ursache dieses Säumens hat er wohl niemals erfahren. Denn um von ihr keine Spur in den Acten zurückzulassen, welche später nothgedrungener Weise in die Hände seines Nachfolgers gelangen mußten, sandte Colloredo das hierauf bezügliche Rescript aus Frankfurt nach Wien zurück. Und seine Antwort auf dasselbe schrieb er mit eigener Hand, ohne ein Concept oder eine sonstige Aufzeichnung hierüber in die Acten zu legen.

Weit dankbarer als über seine Delegirung zur Bundesversammlung sprach Schmerling über seine kurz zuvor und ganz ohne sein Zuthun in dem kleinen niederösterreichischen Städtchen Tuln erfolgte Wahl zum Abgeordneten bei der deutschen Nationalversammlung sich aus. „Ich bekenne," schrieb er am 8. Mai nach Wien, „daß ich mich mehr über meine Wahl in Tuln freue als über eine solche in Wien. Es ist mir heimlicher, mit Bürgern einer Landstadt und wackeren Bauern zu thun zu haben, als mit den Herren in Wien, und ich wäre glücklich, mir auch für den österreichischen Reichsrath diesen Bezirk sichern zu können. Ich habe auch, da ich meine Wahlurkunde schon erhielt, sogleich ein herzliches und populär gehaltenes Dankschreiben nach Tuln gesendet."

Erheiternd wirkte es auf Schmerling, daß er während der ersten Wochen des Tagens der Nationalversammlung allen Ernstes der Abgeordnete von „Thule" genannt und als solcher bei den Abstimmungen aufgerufen wurde.

In der Zeit, welche zwischen seiner Wahl zum Abgeordneten und seiner Ernennung zum Bundestagsgesandten lag, vollzog Schmerling eine ihm von Colloredo übertragene Mission nach Freiburg, um dem Freiherrn von Wessenberg ein zur Zusendung an ihn nach Frankfurt gelangtes Decret zu überbringen, durch welches er nach Ficquelmont's Abdankung zum Minister des Aeußern ernannt wurde. Schmerling hatte ihn schon vor einigen Wochen in Frankfurt flüchtig kennen gelernt und war nun hocherfreut über den herzlichen Empfang, den er bei ihm fand. Und in der That, der kleine, schlichte, unscheinbare Greis mußte auf Jeden, der auch nur einmal mit ihm verkehrte, den Eindruck hervorbringen, daß ihm nicht nur eine sehr reiche Erfahrung zu Gebot stehe, sondern daß er auch von dem treuesten Patriotismus für Oesterreich beseelt sei. Eine Verständigung mit ihm ergab sich daher für den gleichgestimmten Schmerling wie von selbst, und nur hinsichtlich der Lösung der deutschen Frage mochten sie etwas verschiedener Anschauung sein. Denn hinter derjenigen Schmerling's, welche wenigstens im Vergleiche zu der in Frankfurt herrschenden gewiß eine nüchterne war, blieben die Gedanken, welche Wessenberg hierüber hegte, noch ziemlich weit zurück. Wie gewöhnlich der Vater für sein Kind, so hegte auch Wessenberg eine nicht geringe Vorliebe für die Bundesacte, an deren Zustandekommen er vor mehr als drei Decennien so eifrig mitgearbeitet hatte. In ihr liege, so schien

er zu meinen, ein hinreichender Keim zur Befriedigung des Einheitsbedürfnisses der deutschen Nation.

Wie von dem Verlaufe seines Besuches bei Wessenberg, so war Schmerling auch von dem Anblicke der Landschaften, durch welche er auf der Fahrt nach Freiburg kam, wirklich entzückt. „Welche Gegend," heißt es in einem seiner Briefe, „welch' schöne alte Stadt mit dem herrlichen Münster! Ich sah prachtvolle Gebirgsthäler, schöne, frische Gewässer, welche fröhlich dahinrauschen, ganz meine Heimat."

Dem 18. Mai, dem Tage der Eröffnung der National-versammlung, sah Schmerling schon aus dem Grunde in vergnügter Stimmung entgegen, weil er von ihm erwartete, er werde ihm zwei sehr sympathische Genossen, welche inzwischen nach Wien zurückgekehrt waren, wieder nach Frankfurt bringen. Es waren dies Andrian und Hornbostel, welch' Letzteren er als seinen „lieben Nachbar" bezeichnet. Und außer ihnen freute er sich noch auf einen der Jüngeren unter den Neugewählten, Namens Würth, einen vortrefflichen Mann, der ihm denn auch während ihres gemeinsamen Aufenthaltes in Frankfurt besonders nahetreten sollte. Ihn, Andrian und Mühlfeld nennt er die einzigen in Niederösterreich gewählten Abgeordneten, welche die Wichtigkeit der in Frankfurt bevorstehenden Verhandlungen richtig zu beurtheilen vermöchten.

Wie tief Schmerling selbst von derselben durchdrungen war, geht aus seinen eigenen Worten am deutlichsten hervor. „Gestern wurde," so schreibt er am 19. Mai nach Wien, „das Parlament eröffnet. Wir zogen vom Römer durch die geschmückten Straßen, unter Parade der Bürgerwehr, unter Musik, Kanonendonner und Glockengeläute in unseren Sitzungssaal, die Paulskirche. Sie wissen, daß ich nicht zu den empfindsamen Männern gehöre, aber ich bekenne, daß

ich tief ergriffen war. Welche Zeit liegt noch vor uns! Wird es gelingen, diese tausend sich kreuzenden Interessen zu versöhnen?"

Wer nur einigermaßen mit parlamentarischen Dingen vertraut ist, wird zugeben, daß auch in ihnen das Gelingen nicht nur eine Sache der Geschicklichkeit und des Talentes, sondern auch eine solche des Glückes ist. Dieses aber war Schmerling gleich im Anfange seines öffentlichen Auftretens in hohem Grade günstig, denn allzeit ist es ein Glück, wenn man auf der Tribüne gerade einen Gegenstand zu besprechen berufen ist, den man beherrscht und bei dessen Erörterung man die vorzüglichsten Eigenschaften, die man besitzt, zur Geltung zu bringen vermag.

In der dritten Sitzung der Nationalversammlung, am 23. Mai, brachte der Advocat Zitz aus Mainz, einer der zügellosesten Radicalen der damaligen Zeit, den blutigen Conflict zur Sprache, welcher mehrere Tage zuvor zwischen dem preußischen Theile der Besatzung von Mainz und der dortigen Bürgerwehr vorgefallen war. Wer Zitz ruhig mit anhörte, hätte leicht zu dem Glauben verleitet werden können, die preußischen Soldaten hätten ohne jegliche Veranlassung hiezu in der empörendsten Weise gegen friedliebende Bürger gewüthet. Es war darauf angelegt, die Versammlung schon kurz nach ihrem Zusammentreten mit fortzureißen zu entschieden revolutionären Beschlüssen. Aber schon damals zeigte es sich, daß in ihr doch ein weit besserer Geist herrschte, als man befürchten zu müssen geglaubt hatte. Statt allsogleich auf den von Zitz gestellten Antrag einzugehen und hiedurch offen Partei zu nehmen für die Revolution, entschied sich die Versammlung, und noch dazu auf ein von einem Mitgliede der Linken ausgehendes Begehren für die

Einsetzung eines Ausschusses, welcher den Auftrag erhielt, zunächst in Mainz eine eingehende Untersuchung über die dortigen Vorfälle zu pflegen und dann erst hierüber in der Nationalversammlung zu berichten.

Das Resultat dieser Nachforschungen erwies jedoch gerade das Gegentheil der von Zitz aufgestellten Behauptungen als wahr. Das, was zu jener Zeit als Bürgerwehr von Mainz galt, war eigentlich nur der unter dem Commando des Herrn Zitz verbliebene und aus seinen Gesinnungsgenossen bestehende Theil derselben, indem alle besseren Elemente schon lang aus ihr verdrängt worden waren. Diesen Wortführern in der Bürgerwehr kam es vor Allem darauf an, Conflicte mit der Garnison, insbesondere dem preußischen Theile derselben herbeizuführen, um dann womöglich nach der damals beliebten Weise ihre gänzliche Zurückziehung aus der Stadt und dadurch die Beseitigung jeder Schranke für ihre eigene Zügellosigkeit zu erzwingen. Unablässig wurden die preußischen Soldaten von dem Pöbel, die Bürgerwehr mit eingeschlossen, beschimpft, ja sogar mißhandelt, so daß sie endlich nicht mehr einzeln, sondern nur truppweise in den Straßen sich zeigten.

So groß waren die Aufregung und der Ingrimm, zu denen durch so schmähliches Verfahren die Gemüther der preußischen Soldaten aufgestachelt wurden, daß es endlich zum Ausbruche kommen mußte. Derselbe wurde durch die Ausstellung einer äußerst beschimpfenden Carricatur des Königs von Preußen in einem Schauladen herbeigeführt. Als sie diese erblickten, verlangten die Soldaten deren Beseitigung, und da man ihrem Begehren nicht willfahrte, zertrümmerten sie die Glastafeln und nahmen die Schmähbilder weg. Allsogleich ertönte tobendes Geschrei durch die

Straßen, man fluchte über empörende Gewaltthat, die Bürgerwehr eilte herbei, und als die preußischen Soldaten sich zurückzogen, wurden sie in eben so feiger als tückischer Weise angefallen. Vier blieben todt und fünfundzwanzig wurden, nicht wenige mit Dolchen und von rückwärts verwundet, während nur fünf von den Mainzern Verletzungen erlitten.

Bei der ungeheuren Aufregung, welche dieser Vorfall gerade unter dem Militär hervorrief, war es gewiß zweckmäßig, daß der überaus tüchtige Vicegouverneur der Festung, der preußische Generallieutenant von Hüser, energisch auftrat. Um fernere blutige Conflicte zu vermeiden, zog er die Garnison in die Citadelle zurück, aber er verfügte auch gleichzeitig die Auflösung der Bürgerwehr und ihre Entwaffnung. Die etwaige Nichtbefolgung dieses Befehls bedrohte er mit einem Bombardement der Stadt Mainz.

In der Sitzung der Bundesversammlung vom 22. Mai, welcher Schmerling präsidirte, wurden die vom Generallieutenant von Hüser getroffenen Maßregeln für gerechtfertigt erklärt und die Erwartung ausgesprochen, derselbe werde von den ihm durch das Festungsreglement an die Hand gegebenen Befugnissen zur Aufrechthaltung der Ruhe auch noch fernerhin mit ebensoviel Festigkeit als Mäßigung Gebrauch machen.

Die Voraussetzungen, auf welchen dieser Beschluß der Bundesversammlung beruhte, wurden denn auch von der nach Mainz entsendeten Commission der Nationalversammlung wenigstens im Ganzen und Großen richtig befunden. Am 26. Mai, demselben Tage, der in Wien durch die Errichtung der Barricaden ein so trauriger wurde, erstattete Hergenhahn aus Nassau den Bericht der Commission.

Ein Mitglied des Centrums von erprobter liberaler Gesinnung, stand Hergenhahn damals an der Spitze der Regierung seines heimatlichen Herzogthums, und er beobachtete die gemäßigte Haltung, die er dort an den Tag legte, auch als Mitglied des Parlamentes. Das, was er jetzt als Berichterstatter des Ausschusses vorbrachte, widersprach durchaus der von Zitz herrührenden Darstellung. Er rühmte die Zuvorkommenheit, mit welcher die Commission von dem Vicegouverneur von Hüser und dem ihm zur Seite stehenden österreichischen General Jetzer empfangen worden war, sowie die Bereitwilligkeit, mit der sie ihr alle gewünschten Aufklärungen ertheilten. Durch dieselben wurde dargethan, daß nach dem in Kraft bestehenden Reglement die Errichtung einer Bürgerwehr in einer Bundesfestung von der Zustimmung des Gouvernements abhängig, dieselbe aber niemals eingeholt worden sei. Die von den Mainzern ausgegangene, nicht zu rechtfertigende Aufreizung der preußischen Garnison wurde constatirt und von dem Gouverneur die Erklärung abgegeben, er habe die Truppen nur zu dem Ende in die Citadelle zurückgezogen, um sie in der Hand zu behalten und fernere Conflicte zu verhindern. Hiezu sei die Auflösung und Entwaffnung der Bürgerwehr eine Nothwendigkeit geworden, das angedrohte Bombardement der Stadt aber nur in dem Sinne gemeint gewesen, daß, wenn der Entwaffnungsbefehl nicht befolgt und ein Angriff auf die Truppen in der Citadelle geschehen wäre, man zu diesem Strafmittel hätte greifen müssen, um den Anordnungen der Militärbehörde Gehorsam zu verschaffen. Und schließlich sei die von Zitz behauptete Verhängung des Belagerungszustandes über die Stadt Mainz niemals erfolgt und jede hierauf sich gründende Beschuldigung unwahr.

Auf diese Wahrnehmungen gestützt, stellte der Ausschuß durch Hergenhahn's Mund den Antrag, nicht nur einen theilweisen Wechsel der Mainzer Garnison, sondern auch noch zu veranlassen, daß ein Bataillon der großherzoglich hessischen Truppen baldigst dorthin verlegt werde. Endlich möge die aufgelöste Bürgerwehr unter Beobachtung der durch das Festungsreglement vorgeschriebenen Formen und nach dem Zustandekommen eines mit den Ständen des Großherzogthums Hessen zu vereinbarenden Bürgerwehrgesetzes reorganisirt werden.

Es ist kein Zweifel, daß dieser Antrag der Majorität des Ausschusses insbesondere heutzutage gar Manchem als ein zaghafter erscheinen, und daß man sich versucht fühlen wird, gleich von vorneherein dem Antrage der Minorität beizutreten, welche die Annahme einer motivirten Tagesordnung empfahl. Aber die Gerechtigkeit fordert es, zuzugestehen, daß schon der Antrag der Majorität für die damalige stürmische Zeit kein ganz verdienstloser war. Denn er nahm unverkennbar für die von den Mainzer Militärbehörden gegen die dortigen Demokraten getroffenen Maßregeln und nicht für die Letzteren Partei, deren Wortführer in der Nationalversammlung denn auch unverzüglich in leidenschaftlichster Weise die Ausschußanträge angriff. Wenn der Bericht zu verstehen gebe, es sei der turbulente Sinn der Mainzer, welcher diese Zwietracht hervorgerufen habe, warum seien denn, donnerte Zitz der Versammlung zu, dieselben nicht ein einziges Mal mit den österreichischen Soldaten in Conflict gerathen, und warum bestehe denn eine brüderliche Uebereinstimmung zwischen den Bürgern und diesen? Nachdem er die Maßregeln des Festungsgouvernements als eine Verletzung der Civilisation, als einen

Bruch des Völkerrechtes gebrandmarkt, schloß Zitz mit dem Antrage, dieselben außer Wirksamkeit zu setzen, die Bürgerwehr unverzüglich zu reorganisiren, die preußische Garnison von Mainz aber sofort abzulösen. Bis dies geschehen sei, hätte sie die Festung zu verlassen und im Freien zu campiren.

Nachdem Zitz es für gut befunden hatte, das Benehmen der preußischen Truppen in Mainz auch durch das Lob herabzusetzen, welches er der Haltung des österreichischen Theiles der dortigen Garnison spendete, so brachte es eine sehr große Wirkung hervor, daß unmittelbar nach diesem Redner gerade ein Oesterreicher die Tribüne betrat, welcher mit einer Ruhe, aber auch mit einer Kälte und einer Schärfe, wie man sie in jener leidenschaftlich aufgeregten Zeit sonst niemals zu hören bekam, jene unberufenen Lobeserhebungen zurückwies. Nachdem er die Verfügungen des Festungsgouverneurs für durchaus nur zu billigende erklärt und zur Unterstützung dieser Behauptung darauf hingewiesen hatte, daß unter den abgelieferten Waffen sich eine sehr große Anzahl von Sensen, Dolchen und Messern, also von Gegenständen befunden habe, welche gewiß nicht zu der regelmäßigen Bewaffnung einer förmlich organisirten Bürgerwehr gehörten, wandte Schmerling sich der von Zitz vorgebrachten Vergleichung der Haltung der preußischen mit derjenigen der österreichischen Truppen in Mainz zu. Leicht begreiflich sei es, sagte er, daß die Letzteren sich ruhig verhalten hätten, denn es seien weder Schmähungen wider Oesterreich in den Mainzer Zeitungen erschienen, noch habe man Carricaturen des Kaisers in den Schauläden gesehen. Auch dürfe nicht ganz außer Acht gelassen werden, daß die in Mainz befindlichen österreichischen Regimenter aus böhmischen Werbbezirken stammten, so daß ein großer Theil der Soldaten

des Deutschen nicht so mächtig sei, um etwaige Hohnreden auch nur zu verstehen. Zur Ehre derselben hoffe er jedoch, daß, wenn man ihnen gegenüber so aufgetreten wäre, wie es gegen die preußischen Truppen geschehen sei, wenn man insbesondere ihren Kaiser so beschimpft hätte, wie es hinsichtlich des Königs von Preußen der Fall war, auch die Oesterreicher die ganz gleiche Antwort hierauf ertheilt hätten, wie es die Preußen gethan. Denn in der Brust des wahren Soldaten sei ja weder die Anhänglichkeit an sein Vaterland, noch die an seinen Fürsten erloschen. Darum seien auch die gegen die preußischen Truppen in Mainz begangenen Excesse von den dortigen österreichischen Soldaten mit Entrüstung mißbilligt worden, und es habe des ganzen Ansehens ihrer Officiere bedurft, um sie abzuhalten von blutiger Zurückweisung derselben. Man sei also dem Festungsgouvernement zu lebhaftem Danke für die Maßregeln verpflichtet, durch welche es dem Conflicte ein Ende gemacht und auch die Garnison in den nöthigen Schranken festgehalten habe. Darum thue man am besten, ihm allein die etwa erforderliche fernere Veranlassung anheimzustellen.

„Der Gouverneur von Mainz ist," mit diesen Worten schloß Schmerling seine Rede, „mit seinem Haupte ganz Deutschland verantwortlich, daß unsere Bundesfestung, daß Mainz, welches," wie er gleichsam prophetisch hinzufügte, „demnächst bestimmt ist, auch uns in Frankfurt gegen feindliche Ueberfälle zu beschützen, in voller Vertheidigungsfähigkeit bleibe. In die Detailfrage aber, wie diese Vertheidigungsfähigkeit erhalten werden kann, darf nach meiner Ansicht die Nationalversammlung sich nicht einmengen."

Was Schmerling sagte, um den Antrag der Minorität auf Uebergang zur Tagesordnung zur Annahme zu

empfehlen, ist in Vorstehendem hinreichend dargelegt worden. Wie er es jedoch gesagt und wie er überhaupt hiebei auftrat, ist wohl der anschaulichen Schilderung eines aufmerksamen Zuhörers, Heinrich Laube's, am besten zu entnehmen.

„Es war," berichtet er hierüber, „als ob ein ruhig stehender Fechter seine Degenklinge einmal um das andere in den Leib des Gegners stoße, ohne daß er hiebei die Miene verzieht. Nur das große graue Auge folgt mitunter der Richtung des Armes, um sich wie zum Ueberflusse zu überzeugen, daß der Stoß auch gründlich getroffen habe. Dieser feststehende Fechter in eleganter Kleidung war Schmerling."

„So schonungslos kündigte dieser Oesterreicher sich an, welcher offenbar durch die erneuerten Wiener Revolutionen veranlaßt worden war, dem revolutionären Elemente von nun an jeden Fuß Bodens streitig zu machen. Er hatte Metternich stürzen geholfen, und als geschäftskundiger Jurist war er auf den zusammenbrechenden Stuhl eines Bundes-Präsidialgesandten geschickt worden, damit das abgenützte Möbel mit Kraft und Anstand preisgegeben werde. Ein jugendlich aussehender Vierziger mit gestählten Nerven, mit kaltem Blute und Muthe und mit der ganzen Uebung eines Mannes von Fach und Welt war ihm ein Amt der Thätigkeit sicher in den neu sich schlingenden Kreisen deutschen Staatswesens. Mit dieser Rede, die in conservativer Schärfe starrte, schied er sich charaktervoll ab von den damaligen hin- und herschwimmenden Machthabern des Kaiserstaates, entwickelte er zum ersten Male jenen Charakter von herber Tapferkeit, welchen er später in entscheidender Stunde bewährt hat. Wie oft haben wir noch diese officiermäßige Haltung auf der Bühne gesehen! Der Oberkörper wendet

sich gar nicht, wenn das Auge hinüberschweifen will verächtlich und sicher nach der Linken, wo ihn die grimmigsten Feinde unterbrechen. Die gebogene Nase, das dünne, wohlgekämmte Haar, das in so wildbärtiger Zeit immer wohlrasirte Antlitz von kräftiger südlicher Blässe, wie oft ist dieses Bild noch da oben erschienen einmal wie das andere, eines zähen Inhalts glatter Einband, an welchem nichts haften blieb, nichts."

Nach längerer Debatte, in welcher jedoch Niemand mehr, selbst der talentvolle Fürst Felix Lichnowsky nicht einen ähnlichen Erfolg errang wie Schmerling, wurde mit großer Majorität der Antrag angenommen: in dem Vertrauen, daß die zuständigen Behörden thun werden, was ihres Amtes ist, zur Tagesordnung überzugehen.

Mit diesem Beschlusse, für welchen die Nationalversammlung sich selbst mit rauschendem Beifalle belohnte, that sie nicht nur in der Mainzer Angelegenheit das einzig Richtige, sondern sie sagte sich, was noch viel wichtiger war, von allen Conventsgelüsten feierlich los, und daß dies geschah, war vornehmlich Schmerling's Werk.

Daß dies allgemein anerkannt und ihm in wahrhaft enthusiastischer Weise gedankt wurde, konnte er selbst natürlich nur mit einem gewissen Hochgefühle empfinden. Und am meisten erfreute und ehrte es ihn wohl, daß ihm, der seine große Vorliebe für alles Militärische niemals verleugnete, von sämmtlichen in Mainz befindlichen preußischen Officieren, den Vicegouverneur an der Spitze, durch eine Deputation eine Adresse zugesendet wurde, in welcher sie ihm für seine energische Vertheidigung ihrer Soldaten aufs Innigste dankten.

Der Bundestag.

Hatte sich Schmerling im Collegium der Siebzehn nur allmälig, aber doch binnen ziemlich kurzer Frist eine sehr hervorragende Stellung erworben, so war solches im Parlamente gleichsam im Sturmlaufe geschehen. In der Bundesversammlung aber war dies nicht erst nöthig, denn Schmerling wurde dort mit offenen Armen empfangen, und Alles brachte ihm gleich von vorneherein die wärmsten Sympathien entgegen.

Nicht als ob man seinen Vorgänger Colloredo gern aus der Versammlung hätte scheiden gesehen. Man war vielmehr einig darüber, es anzuerkennen, daß es seinem Tacte, seiner Gewandtheit und Klugheit gelungen war, den Bundestag, trotzdem er durch die Schuld der Regierungen und ihrer früheren Repräsentanten in Frankfurt das Stichblatt aller Schmähungen geworden war, dennoch so zu leiten, daß er niemals strandete, sondern wenigstens allzeit im Fahrwasser blieb. Insbesondere war es das ungemein höfliche und liebenswürdige, ja ritterliche Benehmen Colloredo's, durch welches er sich nicht nur die allgemeine Achtung erwarb, sondern auch die trotzige Gesinnung gar Vieler entwaffnete, welche mit einer vorgefaßten Meinung gegen ihn

als Präsidenten der verhaßten Bundesversammlung und als Mitglied einer vornehmen Adelsfamilie nach Frankfurt gekommen waren.

So ungern man nun auch im Schooße des Bundestages Colloredo ziehen sah, so groß war doch die Freude darüber, ihn gerade durch Schmerling ersetzt zu wissen, denn es war doch ganz etwas Anderes, unter dem Präsidium eines Mannes zu tagen, welcher mitten in der Bewegung einen der vordersten Plätze einnahm und sich in ihr mit ebensoviel Klugheit als Muth und Nachdruck zu behaupten verstand. Hatte er nicht soeben erst persönlich in zahlreicher und aufgeregter Versammlung, heftiger Angriffe nicht achtend, das Benehmen der Mainzer Militärbehörden und hiemit auch die Anschauung der Bundesversammlung, die es vollständig gebilligt hatte, siegreich zu vertheidigen gewußt? Von einem solchen Manne geführt zu werden, gereichte Jedem zur Freude wie zur Ehre, und daher war auch der Empfang, welchen Schmerling in der Bundesversammlung fand, der wärmste, der nur immer gedacht werden kann.

Ein ungemein günstiger Umstand war es auch, daß gleich der erste Anlaß zu Schmerling's öffentlichem Auftreten, seit er zum Bundespräsidialgesandten ernannt worden war, es mit sich brachte, daß er nicht so sehr eine österreichische als eine preußische Sache, die Haltung der preußischen Soldaten in Mainz, zu vertheidigen hatte. Dadurch war aber wenigstens im Bundestage jener hereditäre Gegensatz zwischen Oesterreich und Preußen, der in allen Deutschland betreffenden Fragen stets so vergiftende Wirkungen nach sich zog, gleich von allem Anfange an überbrückt. Denn wie in der Nationalversammlung Schmerling von Niemand feurigere

Danksagungen als von den preußischen Abgeordneten, den Fürsten Lichnowsky an der Spitze, geerntet hatte, so war im Bundestage Niemand eifriger, ihm wärmstens zu danken, als der preußische Gesandte Guido von Usedom.

In Oesterreich ist Usedom erst im Jahre 1866, und zwar durch die berüchtigte „Stoß ins Herz-Depesche", welche er damals an Bismarck schrieb, in weiteren Kreisen, und gewiß in keinem für ihn günstigen Sinne bekannt geworden. Das soll aber nicht hindern, es anzuerkennen, daß er, einer der wenigen berufsmäßigen Diplomaten, die sich im Mai 1848 in der Bundesversammlung befanden, ein wissenschaftlich sehr gebildeter Mann war, welcher gleichzeitig so viel Kunstverständniß besaß, daß er fast ein Vierteljahrhundert später zum Generaldirector der königlichen Museen in Berlin ernannt wurde. Gegen Schmerling, mit dem er in ungefähr gleichem Alter stand, erwies er sich allzeit ungemein zuvorkommend, ging leicht auf seine Anschauungen und Anträge ein und unterstützte ihn mit Wärme und Aufrichtigkeit. Leider war Usedom etwas bequem und nur schwer zu rascher Erledigung ihm übertragener Arbeiten zu bringen.

Weniger sympathisch als durch die Persönlichkeit Usedom's war Schmerling durch die des baierischen Gesandten, des fast um zwanzig Jahre älteren Freiherrn Karl von Closen berührt. Nicht daß er gegen seine Gesinnung etwas einzuwenden gehabt hätte, denn Closen war ja gleich Schmerling selbst ein altständischer Liberaler und als solcher in Baiern sogar in Untersuchung gezogen und für einige Zeit seiner Freiheit beraubt worden. Derselbe Monarch aber, der dies verfügte oder wenigstens zuließ, König Ludwig I. ernannte ihn, durch die Ereignisse des Jahres 1848 eingeschüchtert, zu seinem Repräsentanten in der Bundesversamm-

lung. Dort erwies sich Closen als ein Mann von vielfachen Kenntnissen, aber ihm fehlte die Gabe, seinen Gedanken klaren und präcisen Ausdruck zu verleihen, und daher blieben seine Vorträge ganz ohne Wirkung. Auch brachte sein vernachlässigtes Aeußeres keinen günstigen Eindruck hervor.

Wenn von der Einschüchterung einer deutschen Regierung die Rede ist, welche sich durch die Wahl der Persönlichkeit ihres Delegirten zur Bundesversammlung kundgab, so wurde hierin Baiern von einem anderen Königreiche, von Sachsen noch weit übertroffen. Dasselbe hatte einen Freund und Gesinnungsgenossen Robert Blum's, Herrn Todt in den Bundestag gesendet, aber wie es bei den Radicalen gar oft der Fall ist, fühlte auch er sich in seinem neuen und gut dotirten Amte so wohl, daß er gegen keine von der Versammlung beschlossene Maßregel irgendwelche Einsprache erhob, sie mochte auch von den Leuten seiner Schattirung in der Nationalversammlung noch so leidenschaftlich bekämpft werden.

Gerade das Gegentheil von Todt war der hannoversche Gesandte Freiherr von Wangenheim, mit welchem Schmerling sowie mit Usedom besonders freundschaftliche Beziehungen pflog. Wangenheim war das Bild eines norddeutschen Edelmannes, durch und durch Hannovraner. Etwas trocken, schwerfällig und weitläufig in seinen Vorträgen, zeigte er doch in Allem verständige und gemäßigt liberale Anschauungen. Da sein Auftreten stets verbindlich und voll Anstand war, erfreute er sich in der Bundesversammlung lebhafter Sympathien.

In grellem Contraste zu Wangenheim's Stellung befand sich diejenige des württembergischen Gesandten Freiherrn von Sternenfels. Mit jener Hartnäckigkeit und jenem Eigensinn,

welche fast alle Schwaben in Frankfurt an den Tag legten, verband er eine schwer zu ertragende Lebhaftigkeit und den größten Widerspruchsgeist. Höchst unerquicklich war es, eine Discussion mit ihm führen zu müssen, und er brachte es schließlich dahin, daß fast alle seine Collegen auch seine Gegner wurden und ihn gemeinsam bekämpften, um ihn nur zum Schweigen zu bringen.

So wie Wangenheim und Todt, hatte auch Sylvester Jordan mit Schmerling zuerst im Collegium der Vertrauensmänner gesessen und fand sich jetzt im Bundestage mit ihm wieder zusammen. Auch hier vertrat er den Fürsten, der ihn so unversöhnlich verfolgt hatte, aber auch hier that er es ohne Rachsucht und mit edelster Gesinnung. Nie vernahm man eine Klage von ihm über das, was er hatte erdulden müssen, und jede Maßregel zur Bekämpfung des Ueberhandnehmens der revolutionären Bewegung fand eine kräftige Unterstützung an ihm.

Allgemeine Achtung genossen auch die Gesandten von Oldenburg und Braunschweig. Dem Ersteren, Oberst von Mosle, verschafften sein klarer Verstand, sein Freimuth und seine in den verbindlichsten Formen auftretende militärische Haltung einen Einfluß, den ihm die politische Bedeutung des von ihm vertretenen Ländchens gewiß nicht gegeben hätte. Und das Gleiche war auch bei dem Gesandten Braunschweigs, Herrn Liebe der Fall, der durch seine ungewöhnliche Begabung und sein einnehmendes Wesen bald zu nicht geringer Geltung gelangte.

Weniger groß, als man es von vorneherein annehmen mochte, war die, welche der bei weitem berühmteste unter den damaligen Gesandten am Bunde, welche Karl Theodor Welcker sich als Vertreter Badens zu erwerben gewußt hatte.

War er doch durch sein im Vereine mit Rotteck herausgegebenes, schon damals in zwei Auflagen weit verbreitetes Staatslexikon gleichsam der Begründer der zu jener Zeit in Deutschland vorherrschenden politischen Anschauungen geworden. Aber sein Auftreten in der Bundesversammlung entsprach den vielleicht etwas überspannten Erwartungen, welche man von ihm gehegt hatte, nicht ganz. Gleich den meisten Wortführern der früheren Opposition war er eben kein Mann der Geschäfte, und da es im Bundestage, dessen Sitzungen nicht öffentlich waren, nicht so sehr darauf ankam, hochtönende Reden über abstracte Fragen zu halten als Arbeiten zu liefern, welche sich auf reale Verhältnisse bezogen, so spielte Welcker dort bei Weitem nicht die Rolle, die man ihm zugetraut hatte.

So war wenigstens in ihren wichtigsten Persönlichkeiten die Bundesversammlung in dem Augenblicke beschaffen, als Schmerling ihre Leitung übernahm. So verschieden auch das Vorleben, die persönlichen Verhältnisse und die Anschauungen ihrer einzelnen Mitglieder sein mochten, so gab sich in der Versammlung doch niemals eine grelle Disharmonie kund. Nie kam es zu unangenehmen Störungen, nie zu verletzenden Aeußerungen, mochten auch die Debatten etwas lebhafter geführt werden als ehedem, und mochten auch so manche der Gesandten früher in Vertretungskörpern gesessen haben, in welchen stürmische Scenen nicht zu den Seltenheiten gehörten. Aber jetzt fügten sie Alle sich willig der selbstbewußten und energischen Leitung Schmerling's, welcher mit der klaren Erkenntniß an ihre Spitze getreten war, daß Versammlungen einer kräftigen Führung bedürfen, um Bedeutendes zu leisten. Das empfanden aber auch mit ihm die übrigen Mitglieder des Bundestages, sie waren

ihm daher nur dankbar für die Entschiedenheit, mit der er seines Amtes waltete, und er hatte sich stets des besten Einvernehmens mit ihnen zu erfreuen. Er erwarb sich zugleich auch das Verdienst, daß die Bundesversammlung unter seiner Leitung im vollen Besitze ihrer Befugnisse blieb, daß sie das so vielfach gefährdete monarchische Princip standhaft vertheidigte, daß sie endlich, während in Berlin und schon gar in Wien volle Anarchie herrschte, alle die ebenso drängenden als schwer zu lösenden Fragen — man denke nur an eine der wichtigsten von allen, den Krieg in Schleswig-Holstein, an die Bedrohung Triests durch die sardinische Flotte, an den Aufstand in Prag u. dgl. — in Erörterung zog und die Leitung derselben so sehr in der Hand behielt, daß sie seinerzeit den legalen Uebergang ihrer gesammten Geschäftsführung an die neu geschaffene Centralgewalt ohne jedes Hinderniß bewerkstelligen konnte.

Gerade in den drei soeben genannten Angelegenheiten zeigten sich die Rührigkeit und die Energie, welche nunmehr in grellem Gegensatze zu den früheren Zeiten im Bundestage herrschten. So wie sie der Reihe nach in der Nationalversammlung zur Sprache gebracht wurden, konnte Schmerling den Beweis liefern, daß bereits von Seite des Bundes das, was nothwendig und überhaupt ausführbar erschien, vorgekehrt worden war. So in dem Augenblicke, in welchem — und das gab Schmerling den Anlaß zu seiner zweiten Rede in der Paulskirche — dort Alles über den ganz unmotivirten Rückzug Wrangel's, des Oberbefehlshabers der preußischen und sonstigen Bundestruppen aus Jütland und dem nördlichen Theile von Schleswig bestürzt war. Kaum hatte man hievon im Bundestage Kenntniß erlangt, so wurden auch schon der General Graf Nobili und der Frei-

herr von Closen als Bundescommissäre in das deutsche Lager gesendet und die erforderlichen Maßregeln zu ausgiebiger Verstärkung der dort befindlichen Streitkräfte durch Truppen des zehnten deutschen Armeecorps getroffen, welches zum größeren Theile aus Hannovranern bestand. Auch jetzt wieder, wie in der Mainzer Affaire, fand Schmerling's Rede lebhaften Beifall, auch jetzt wurde vornehmlich durch sie die Nationalversammlung abgehalten, in die Action eingreifende Beschlüsse zu fassen, und auch jetzt wieder blieb ihr nichts Anderes übrig, als einen Antrag anzunehmen, der zwar energische Maßregeln zu rascher Beendigung des Krieges verlangte und die Erwartung aussprach, bei dem Abschlusse des Friedens würden die Rechte der Herzogthümer und die Ehre Deutschlands gewahrt werden, der sich aber doch von einer motivirten Tagesordnung nicht gar viel unterschied.

Aehnlich verlief auch die Verhandlung, welche sich auf die Bedrohung Triests durch die sardinische Flotte bezog. Am 12. Juni wendete sich der Gouverneur dieser Stadt mit der Anzeige an die Bundesversammlung, seit neunzehn Tagen liege ein sardinisches Geschwader unter den Befehlen des Contre-Admirals Albini in so drohender Haltung vor Triest, daß eine Blockade, ja vielleicht sogar ein Bombardement der Stadt besorgt werden müsse. Allsogleich beschloß die Bundesversammlung, dem bei ihr beglaubigten sardinischen Gesandten zu erklären, daß der Bund jeden Angriff auf deutsches Bundesgebiet zurückzuweisen verpflichtet sei, daß er daher gegen kriegerische Operationen, welche dasselbe bedrohen, Verwahrung einlegen und auf die beklagenswerthen Folgen aufmerksam machen müsse, die hieraus hervorgehen könnten.

Binnen kürzester Frist erwiederte der sardinische Gesandte, Albini habe ihm angezeigt, er sei nur vor Triest gegangen, um die österreichischen Schiffe am Auslaufen zu hindern; ein Angriff auf die Stadt sei durchaus nicht beabsichtigt. Ein solcher erfolgte denn auch nicht, und die sardinische Regierung betonte bei jedem Anlasse ihren lebhaften Wunsch, trotz ihres Krieges gegen Oesterreich in befriedigenden Beziehungen zu dem deutschen Bunde zu bleiben.

Am 20. Juni herrschte in der Nationalversammlung heftige Bewegung, und die Redner stritten sich förmlich um den Zutritt zur Tribüne, um aufzufordern zu Thaten für das unglückliche Prag, denn es werde bombardirt und stehe in Flammen. Man müsse dieser Stadt daher unverweilt Hilfe bringen, so wurde von allen Seiten verlangt, aber Niemand wußte recht Auskunft darüber zu geben, für wen und gegen wen eigentlich der Beistand begehrt werde, und mit Verwunderung sah man auch diesmal, der Bundestag sei besser unterrichtet und habe rascher gehandelt als die Versammlung. Denn am Vortage, den 19. Juni hatte Schmerling die Meldung erhalten, die radicale czechische Partei habe während der Pfingsttage einen bewaffneten Aufstand gegen die Regierung gewagt und der commandirende General Fürst Windischgrätz es unternommen, diese Bewegung mit kriegerischen Mitteln niederzuschlagen. Ob ihm dies gelingen und wie das schwache Ministerium in Wien zu der Sache sich stellen werde, wußte noch Niemand. Schmerling aber berief für den frühesten Morgen des 20. Juni die Bundestagsgesandten zu einer Sitzung, in welcher er ihnen darlegte, daß der in Prag ausgebrochene Kampf nicht so sehr gegen die Regierung als gegen die Deutschen, und zwar mit einem Fanatismus geführt werde,

der um so ungerechtfertiger erscheine, als von einer Bedrückung der Czechen auch nicht von fern die Rede sein könne. An dem schließlichen Siege der Militärbehörden sei kaum zu zweifeln, hiezu bedürfe es aber wohl des Zusammenziehens aller dem commandirenden General zu Gebot stehenden Truppen. In diesem Falle könnte das flache Land und insbesondere dessen längs der Grenze sich hinziehender, zumeist von Deutschen bewohnter Theil, wenn der Kampf dort fortgesetzt würde, des ihm nöthigen militärischen Beistandes beraubt sein. Ohne Auftrag von Seite der österreichischen Regierung und nur in dem Bewußtsein, daß es heilige Pflicht sei, den in ihrer Person und in ihrem Eigenthum gefährdeten Deutschen in Böhmen beizustehen und einen dort etwa im Ausbruche begriffenen Bürgerkrieg schleunigst zu ersticken, stelle er, erklärte Schmerling, den Antrag, die königlichen Regierungen von Preußen, Baiern und Sachsen seien ungesäumt zu ersuchen, über etwaige Aufforderung von Seite der österreichischen Regierung oder ihrer Behörden die entsprechende militärische Hilfe zur Wiederherstellung der Ordnung in Böhmen und zum Schutze der Personen und des Eigenthums der dortigen Deutschen eintreten zu lassen.

Die betreffenden Gesandten erklärten sich bereit, im Sinne dieses Beschlusses an ihre Regierungen zu berichten, über deren Geneigtheit, hierauf einzugehen, sie sich nicht im Zweifel befänden. Schmerling setzte hievon allsogleich den österreichischen Minister des Innern und auch die Nationalversammlung in Kenntniß, als sie sich, wie er vorhergesehen hatte, noch am selben Tage mit dieser Sache zu beschäftigen begann. Alle ruhigen und besonnenen Männer im Parlamente erkannten die von der Bundesversammlung getroffene

Maßregel für die einzig richtige. Nicht so die Linke, welche in komische Wuth darüber gerieth, daß der Bundestag bereits gehandelt hatte, während sie selbst bisher nur geltungslose Phrasen vorbringen konnte. Ja einer ihrer Redner, noch dazu ein Oesterreicher, Wiesner aus Wien, bezeichnete es geradezu als sträflich, daß die Bundesversammlung durch die Raschheit ihrer Beschlüsse stets dem Parlamente voraneile und der Bundespräsident die von ihm geleitete Versammlung mit einer Art von Glorienschein zu umgeben sich bemühe.

Daß dies Alles in dem klaren Bewußtsein der baldigst unvermeidlich eintretenden Auflösung der Bundesversammlung geschah, konnte ihr Verdienst und das ihres Präsidenten nicht schmälern, sondern nur noch erhöhen. Denn was immer sie zu thun und zu bewerkstelligen sich abmühten, konnte nicht etwa ihnen selbst oder ihrer Corporation zum Besten gereichen, sondern lediglich durch das doppelte Bestreben veranlaßt werden, einerseits die Nationalversammlung zu hindern, die Leitung der Regierungsgeschäfte sich anzumaßen, und andererseits die letzteren in gesetzlicher Weise in die Hand jener Centralgewalt hinüberzuleiten, über deren Zusammensetzung schon seit einigen Tagen im Parlamente aufs Leidenschaftlichste gestritten wurde, ohne daß man noch über das Resultat dieser Berathung sich ein klares Urtheil zu bilden vermochte.

Seit Schmerling noch im Collegium der Vertrauensmänner zuerst die Schaffung eines Bundes-Executivorgans beantragt und die Bundesversammlung den Beschluß gefaßt hatte, die deutschen Regierungen um Einsetzung eines solchen anzugehen, hatte man wenigstens in Oesterreich diese Sache nicht aus den Augen verloren, aber sonderbarer Weise

darauf beharrt und die betreffende Anordnung erneuert, daß Nobili trotz seiner Bitte, mit einem solchen Auftrage verschont zu werden, eines der drei Mitglieder dieses Executivorgans werde. Wie dereinst Colloredo, so erhob jetzt Schmerling gegen diese von der kaiserlichen Regierung aufrecht erhaltene Verfügung recht dringende Vorstellungen. Nobili selbst, so berichtete er nach Wien, erkläre, sich nur einem bestimmt lautenden Befehle zu fügen, sonst müsse er eine solche Berufung ablehnen. Aber in dem gegenwärtigen Augenblicke sei es überhaupt noch nicht oder nicht mehr an der Zeit, an eine derartige Ernennung zu schreiten. Denn man müsse nothwendig den Ausgang der Debatten in der Nationalversammlung abwarten, um sich hieraus eine klare Ansicht über die zukünftige Gestaltung der Centralgewalt zu bilden. Schon jetzt gewinne die Meinung immer mehr an Boden, daß die drei Persönlichkeiten, aus denen sie zusammengesetzt werden solle, um ihr größeres Ansehen zu verleihen, den vornehmsten deutschen Regentenhäusern zu entnehmen wären. Man denke hiebei vor Allen an den Erzherzog Johann von Oesterreich, sowie an die Prinzen Wilhelm von Preußen, Oheim des Königs, und Karl von Baiern.

Der Bericht, in welchem Schmerling in diesem Sinne sich aussprach, war der erste, den er an Wessenberg als nunmehrigen Minister des Aeußern, und zwar nach Innsbruck richtete, denn dort Zuflucht zu suchen war der kaiserliche Hof durch die empörenden Maiereignisse in Wien gezwungen worden. Schmerling benützte diesen Anlaß, um seinen Gefühlen der Freude und des Dankes für den selbstaufopfernden Entschluß Wessenberg's zum Ausdrucke zu bringen, in so stürmischer Zeit ein so verantwortliches Amt

zu übernehmen. „Mir ist es," fuhr Schmerling wörtlich fort, „ein erhebender Gedanke, unter einem so volksthümlichen und erfahrenen Staatsmanne zum Gedeihen meines Vaterlandes mitwirken zu können und zu wissen, daß meine Bemühungen für Ordnung und gesetzliche Freiheit bei Eurer Excellenz Geltung und Unterstützung finden werden."

Da auch Erzherzog Johann zu jener Zeit sich zu Innsbruck befand und Schmerling die genauen Beziehungen nicht unbekannt waren, in denen der Erzherzog seit vielen Jahren zu Wessenberg stand, bat er den Letzteren, sich für den Fall, als der Eintritt des Erzherzogs in die Executivgewalt laut und einstimmig gewünscht würde, bei ihm dringendst für die Erfüllung eines solchen Wunsches zu verwenden. Denn schon sein Name würde genügen, der neuen Centralgewalt Kraft zu verleihen und Vertrauen zu gewinnen; keiner der übrigen Erzherzoge befinde sich in gleich günstiger Stellung.

Zu seinem schmerzlichen Bedauern erhielt jedoch Schmerling hierauf aus Innsbruck die Antwort, auf die Combination wegen des Eintrittes des Erzherzogs in die neu zu schaffende Centralgewalt könne aus dem Grunde nicht eingegangen werden, weil der Kaiser, der noch einige Zeit in Innsbruck zu verweilen gedenke, den Erzherzog zu seinem Stellvertreter bei der demnächstigen Eröffnung des in Wien zusammentretenden österreichischen Reichstages ernannt habe. Der Erzherzog, auch außerdem vom Kaiser während seiner Abwesenheit von Wien zur Führung sämmtlicher Staatsgeschäfte bevollmächtigt, werde sich baldigst, von den Ministern und dem diplomatischen Corps begleitet, dorthin begeben und könne daher daselbst nicht entbehrt werden. Sollte jedoch von der Berufung von Personen aus regierenden

Häusern Umgang genommen werden, so würde man, da Nobili seine Delegirung in die Centralgewalt ablehne und dieselbe in der That nicht zweckentsprechend erscheine, Schmerling selbst hiezu bestimmen.

Es läßt sich nicht leugnen, daß Schmerling früher eine solche Verfügung selbst gewünscht, ja sie sogar in Antrag gebracht hatte. Daß er dies nicht in seinem eigenen Interesse, sondern in dem der so wichtigen Sache gethan, um die es sich handelte, wurde dadurch bewiesen, daß er dem Projecte, ein aus drei Mitgliedern bestehendes Bundesdirectorium zu bilden, auch dann noch treu blieb und es mit sich gleich bleibendem Eifer verfocht, als das Parlament in seiner überwiegenden Mehrheit dem Gedanken sich zuneigte, nicht aus Privatmännern, sondern nur aus Personen aus regierenden Häusern sei die künftige Centralgewalt zusammenzusetzen.

Aber auch hiebei blieb man damals in Frankfurt nur durch kurze Zeit stehen. Wie oft hört man doch heutzutage und bei den Abwegen, auf welche in den letzten Jahrzehnten der Parlamentarismus in Europa gerieth, nicht mit Unrecht die Klage, daß die in den gesetzgebenden Versammlungen gehaltenen Reden für diese selbst keinerlei Wirkung mehr besäßen, indem Alles schon zuvor in den Parteiconventikeln abgemacht und hierin durch noch so gewaltige oder gediegene Vorträge in den Vollversammlungen nichts mehr geändert werde! Zu der Zeit, in welcher man in der Paulskirche tagte, war dies jedoch anders, und als der beste Beweis hiefür kann der Gang der eine ganze Woche hindurch mit einem wirklich bewunderungswürdigen Aufwande von Geist und Rhetorik über die Schaffung der Centralgewalt geführten Debatte gelten, welche sogar der kühle und schweigsame

Dahlmann, „eine Anstrengung des Geistes“ nannte, „ihres Zieles würdig“.

Und wirklich gelangte man am Schlusse der Discussion zu Resultaten, welche von den Standpunkten, von denen aus man in dieselbe getreten war, völlig verschiedene genannt werden mußten. Denn allmälig hatten die Ansichten so weit sich geklärt, daß in der an und für sich gewiß richtigen Empfindung, ein aus drei Personen bestehendes Directorium biete eine weit geringere Bürgschaft für eine einheitliche Leitung der ihm zu übertragenden Regierungsgeschäfte als die Betrauung eines einzigen Mannes mit dieser Aufgabe dar, der Vorsatz immer mehr Bahn gewann, diesen letzteren Weg einzuschlagen und nur einen Einzigen, den Erzherzog Johann von Oesterreich an die Spitze der Centralgewalt zu stellen.

Nicht eine österreichische, sondern eine preußische Stimme, die des redegewandten Freiherrn von Vincke war es, welche diesem Gedanken in der Nationalversammlung zuerst Ausdruck verlieh. Er zweifle keinen Augenblick daran, so erklärte er dort, daß auch in Preußen Niemand dagegen sein würde, wenn „ein Fürst aus dem erhabenen Hause, welches Jahrhunderte lang an der Spitze des deutschen Reiches gestanden“, an diejenige der neuen Centralgewalt trete. Und unter den Mitgliedern dieses Hauses sei insbesondere eines, „welchem nicht bloß in seiner heimatlichen Steiermark, sondern in ganz Deutschland die wärmsten Sympathien gezollt würden“.

Diese nicht mißzuverstehende Hinweisung auf den Erzherzog Johann und die ihm gespendete Lobpreisung mußten natürlich Schmerling's gut österreichisches Herz mit lebhafter Freude erfüllen. Aber die Genugthuung, welche er ohne Zweifel darüber empfand, daß gerade ein kaiserlicher Prinz

an die Spitze der Centralgewalt gestellt werden sollte, scheint ihm doch nicht ganz über das Bedauern hinweggeholfen zu haben, daß das ursprüngliche Project der Einsetzung eines aus drei Personen bestehenden Directoriums fallen gelassen und dasselbe nunmehr durch eine einheitliche Spitze ersetzt werden sollte. Wenn er sich vielleicht auch im ersten Augenblicke noch nicht vollkommen klar über die Ursache dieser Empfindung war, so wurzelte sie doch wohl in dem ganz richtigen Vorgefühl, daß wenn man jetzt die Berufung eines Einzigen derjenigen von Mehreren vorzog, man auch in Zukunft bei der zu beschließenden Reichsverfassung kaum viel anders werde vorgehen wollen und können.

Wie dem aber auch sein mochte, jetzt war der Gedanke einmal aufgetaucht und hatte reißend an Boden gewonnen, nur Einen, und zwar den Erzherzog Johann an die Spitze der Centralgewalt zu stellen, und da erkannte auch Schmerling mit richtigem Tacte, daß es nicht seine Sache, nicht die des Repräsentanten Oesterreichs in Frankfurt sein könne, sich hiegegen zu stemmen. In fast leidenschaftlichem Tone beschwor er den Freiherrn von Wessenberg, den in Bezug auf das Verbleiben des Erzherzogs in Wien gefaßten Beschluß rückgängig und dessen Reise nach Frankfurt möglich zu machen. Die Nichtannahme der ihm zugedachten Würde von seiner Seite wäre ein furchtbarer Schlag für Deutschland, für Oesterreich und für das constitutionelle System überhaupt. Denn was sollte man thun, wenn der Erzherzog sich dieser Berufung entzöge? Einen andern Prinzen könne man nicht wählen, denn man vermöge in ganz Deutschland keinen zweiten hiezu geeigneten zu finden. Und wenn man unter den einmal obwaltenden Umständen einen Mann aus dem Privatstande zum alleinigen Träger der deutschen

Centralgewalt erhebe, so heiße das ebensoviel, als sich selbst den Präsidenten einer zukünftigen deutschen Republik großziehen und dennoch nur etwas Kraftloses schaffen. Darum habe gleich Vincke nun auch Heinrich von Gagern mit Recht auf die Nothwendigkeit hingewiesen, den zukünftigen Reichsverweser der höchsten Lebenssphäre zu entnehmen. Und daß dies nur der Erzherzog Johann sein könne, sei nunmehr von Gagern nicht minder verständlich angedeutet worden als früher von Vincke.

Wie wenig nun auch Schmerling trotz seiner Zustimmung zu dieser Anschauung Gagern's mit Allem einverstanden war, was sogar von den Männern seiner eigenen politischen Parteifärbung in Frankfurt geschah, wie sehr er, um nur ein Beispiel zu erwähnen, es mißbilligte, daß Gagern durch seinen „kühnen Griff" die Regierungen von der Bildung der Centralgewalt vollständig ausschloß und das alleinige Recht hiezu für die Nationalversammlung in Anspruch nahm, mit so tiefem Schmerze erfüllte ihn doch auch wieder die Wahrnehmung, daß selbst unter Wessenberg's Leitung die österreichische Regierung sich zu einer etwas schwunghafteren Behandlung der deutschen Angelegenheiten nicht emporraffen konnte. In solchem Lichte betrachtete wenigstens Schmerling, obgleich er die arge Bedrängniß, in der das Wiener Ministerium sich befand, in gar keiner Weise verkannte, die fortwährende Außerachtlassung seiner dringenden Vorstellungen, der Erzherzog möge, wenn die Wahl zum Reichsverweser auf ihn falle, sich unverzüglich nach Frankfurt begeben, um dort seine neue Würde zu übernehmen.

Diese andauernd ablehnende Haltung der kaiserlichen Regierung wird jedoch außer den wichtigen Geschäften, welche der Erzherzog in Wien zu verrichten hatte, auch

noch dadurch erklärt, daß von der österreichischen Gesandtschaft in Berlin die bestimmt lautende Anzeige eingegangen war, bei dem dortigen Cabinete finde die Einsetzung des Erzherzogs als Reichsverweser nicht nur keine Billigung, sondern sie begegne vielmehr dem entschiedensten Widerspruche, ja es sei hiegegen schon eine Art von Protest eingelegt worden. Man lasse zwar den ausgezeichneten Eigenschaften des Erzherzogs volle Gerechtigkeit widerfahren, besorge jedoch von der durch seine etwaige Wahl erfolgenden gänzlichen Ausschließung Preußens vom Directorium des Bundes den ungünstigsten Eindruck im Lande und eine auf die Verhältnisse Deutschlands so nachtheilige Rückwirkung, daß man die Zustimmung Preußens zur Einsetzung des Erzherzogs werde versagen müssen. Eher sollte, wenn man schon durchaus nur auf einem einzigen Reichsverweser bestände, hiezu kein Prinz aus den Regentenhäusern Oesterreichs oder Preußens, sondern ein anderer ernannt werden. Der regierende Herzog von Sachsen-Meiningen oder der Herzog Bernhard von Sachsen-Weimar besäßen alle erforderlichen Eigenschaften hiezu.

Er überlasse es, fügte Wessenberg dieser Mittheilung an Schmerling bei, dessen eigener Beurtheilung, ob unter diesen Umständen die Wahl des Erzherzogs noch wünschenswerth sei, und ob sie nicht, statt zu der ersehnten Einigkeit im Bunde zu führen, Anlaß zu den bedauerlichsten Zerwürfnissen darbieten würde. Einleuchtend sei es, daß der Erzherzog einem Rufe nicht folgen könne, dem es an dem wichtigsten Erfordernisse, der Zustimmung sämmtlicher betheiligten Regierungen fehle.

Vom 29. Juni war nicht nur diese Depesche, sondern auch ein offenbar nur um wenige Stunden später von

Wessenberg mit eigener Hand geschriebener Privatbrief an Schmerling datirt, in welchem er den Inhalt seines Rescriptes noch eindringlicher wiederholte. Jedes Wort, das darin vorkam, gab Zeugniß für die so äußerst peinliche Lage, in welcher das österreichische Ministerium sich befand, am meisten der gleichsam bittende Schmerzensschrei, der einen für Schmerling wirklich erschütternden Ausdruck in Wessenberg's Worten fand: „Um Gotteswillen, vermehren Sie unsere Verlegenheiten nicht."

„Wie ich diesen Brief schließe," so endigt das Schreiben Wessenberg's an Schmerling, „erhalte ich aus Berlin vom 27. die Nachricht, daß die preußische Regierung dennoch der Wahl des Erzherzogs beistimmen würde; alle Tage etwas Anderes. Die Hauptschwierigkeit ist allerdings dadurch nicht gehoben, denn wie ihn hier ersetzen? Vielleicht ändert sich morgen Alles von Neuem." Was aber auch Wessenberg am 29. Juni nach Frankfurt schrieb, kam dorthin zu spät, denn für den gleichen Tag war ja die Wahl des Reichsverwesers durch die Nationalversammlung anberaumt worden. Schon um sechs Uhr Morgens saß Schmerling am Schreibtische, um seinen Bericht an Wessenberg zu beginnen, den er nach vollzogener Wahl durch eigenen Courier nach Wien absenden wollte. Der Widerstreit der Gefühle, die ihn durchströmten, ist aus dem, was er an Wessenberg schrieb, klar zu ersehen. Die erste Aenderung des ursprünglichen Entwurfes, durch welche statt des beabsichtigten dreigliederigen Directoriums ein einziger Mann an die Spitze der Centralgewalt gestellt werde, sei dann, so sagte er, für Oesterreich ungemein günstig, wenn auf einen kaiserlichen Prinzen die Wahl falle; auch würde hiedurch allen republikanischen Velleitäten ein Paroli gebogen.



Aber man dürfe nicht verkennen, daß dann auch schon von vorneherein der Gedanke eines Staatenbundes aufgegeben und dem eines Bundesstaates zum Siege verholfen sei.

Die zweite Aenderung des ursprünglichen Entwurfes erblickte Schmerling mit Recht in dem Entschlusse, daß die Wahl durch die Nationalversammlung an die Stelle der früher beabsichtigten Ernennung durch die Regierungen trete. Auch jetzt wieder hielt er mit seiner Mißbilligung eines Schrittes nicht zurück, der, wie er meinte, nur gethan worden sei, um eine noch imposantere Majorität zu gewinnen, während man einer solchen, wenngleich etwas geringeren, auf jeden Fall gewiß war. „Ich finde aber," und diese Aeußerung ist zu bezeichnend für Schmerling, als daß ihr nicht wortgetreu hier Aufnahme gegönnt werden sollte, „ich finde aber, daß man, um fünfzig Stimmen mehr zu erhalten, kein Princip aufgeben soll. Vermittlungsversuche taugen nur selten etwas. Im parlamentarischen wie im kriegerischen Leben muß man kämpfen, nicht unterhandeln, besonders wenn man es mit einem Gegner zu thun hat, dem es mit einer Versöhnung nicht Ernst ist."

Wie man sieht, war die Stimmung, in welcher Schmerling sich zur Wahl des Reichsverwesers nach der Paulskirche begab, gerade keine enthusiastische zu nennen. Aber auch er konnte sich dem überwältigenden Eindrucke dieses Ereignisses und der Art, in der es vor sich ging, nicht entziehen. „Vor einer Stunde ist," schrieb er um ein Uhr Nachmittags an Wessenberg, „Erzherzog Johann mit imposantester Majorität zum Reichsverweser gewählt und als solcher von dem Präsidenten von Gagern feierlich proclamirt worden. Einstimmiger Jubelruf ertönte, alle Glocken läuteten, die Kanonen donnerten, die deutschen Flaggen

wehten. Es war ein tief ergreifender Augenblick, die deutschen Männer erhoben ihre Hände und gelobten feierlich die kräftigste Unterstützung dem gewählten Reichsoberhaupte. Eine Deputation von sieben Mitgliedern mit dem Vicepräsidenten Andrian begibt sich morgen nach Wien, den Reichsverweser zu begrüßen; sie wird den lauten Wunsch aussprechen, daß der Erzherzog annehme. Ich kann Eure Excellenz nur beschwören, dahin zu wirken, daß die Wahl angenommen werde; ihre Ablehnung wäre von unberechenbaren Folgen für Deutschland und für Oesterreich. Wir wären dann ohne Halt, ohne Macht, preisgegeben der Anarchie, vielleicht dem Bürgerkriege. In Wien kann Erzherzog Johann ersetzt werden, in Frankfurt ist er unersetzlich; fehlt er, so haben wir keinen zweiten Fürsten zu wählen. Wir wählen dann einen Präsidenten und haben die Republik."

Noch für denselben Abend berief Schmerling die Bundesversammlung und legte ihr ein von ihm selbst entworfenes Schreiben an den Erzherzog zur Annahme vor. An die Ankündigung seiner Wahl waren Ausdrücke der Freude über dieselbe und der Erwartung geknüpft, daß sie heilbringend für Deutschland und die beste Bürgschaft für die Einheit und Kraft, für die Ehre und Freiheit des Gesammtvaterlandes sein werde. „Ganz besonders aber gereicht es," heißt es darin weiter, „den in der Bundesversammlung vereinigten Bevollmächtigten der deutschen Regierungen zur höchsten Genugthuung, Eurer kaiserlichen Hoheit die Versicherung ausdrücken zu dürfen, daß sie schon vor dem Schlusse der Berathungen über die Bildung einer provisorischen Centralgewalt von ihren Regierungen ermächtigt waren, für die Wahl Eurer kaiserlichen Hoheit zu so hohem Berufe sich zu erklären."

Da auch der preußische Bundestagsgesandte von Usedom, und zwar kraft einer ihm an demselben Tage zugekommenen Autorisation, diesem an den Erzherzog abgehenden Schreiben zustimmte und hiedurch die Erklärung abgab, seine Regierung habe gegen dessen Erwählung keine Einwendung zu erheben, fiel, wie man inzwischen in Wien ja gleichfalls erfahren hatte, der vermeintliche Widerspruch Preußens und damit eines der Haupthindernisse der Annahme gleichsam von selbst hinweg.

Wie rasch und wie gründlich man in Berlin die noch kurz zuvor ausgesprochene Meinung geändert hatte, davon erhielt man in Wien unverzüglich die überzeugendsten Beweise. Denn außer der gesandtschaftlich erstatteten Meldung, daß Friedrich Wilhelm IV. nunmehr die Annahme der Wahl durch den Erzherzog dringend wünsche, empfing man auf gleichem Wege die Anzeige von der bevorstehenden Absendung des Generals von Below in specieller Mission nach Wien, um hier in diesem Sinne thätig zu sein, aber freilich um zugleich auch andere, insbesondere auf die Kriegführung gegen Dänemark bezügliche Anregungen zu geben und Verabredungen zu treffen.

Zu dem erfreulichen Eindrucke, welchen der Umstand, daß Preußen seinen anfänglichen Widerspruch gegen die Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser fallen ließ, auf Wessenberg doch immerhin hervorbringen mußte, kam noch die große Befriedigung, welche er darüber empfand, daß durch Schmerling's „ausgezeichnet geschickte und ruhige Leitung“ die ganze Angelegenheit „zu einem für das Kaiserhaus und den Staat so ehrenvollen, durch den Hinzutritt der Bundesversammlung vollkommen correct gewordenen Ziele“ geführt worden war. Indem er ihm hiefür die An=

erkennung des Erzherzogs und des Ministeriums aussprach, fügte er hinzu, daß der Erstere die Nachricht von der auf ihn gefallenen Wahl mit all' der Erkenntlichkeit, welche ein so hoher Beweis des Vertrauens ihm einflöße, zugleich aber auch in dem vollen Gefühle der unermeßlichen Schwierigkeit der ihm zugedachten Aufgabe aufgenommen habe. Bei seinem patriotischen Sinne, seiner Liebe zu Deutschland, seiner Hingebung für das, was ihm als Recht und Pflicht erscheine, wolle er sich dem an ihn ergehenden „glorreichen Rufe", so weit dies von ihm persönlich abhänge, nicht entziehen. Aber er müsse hiezu noch die Bewilligung des in Innsbruck weilenden Kaisers einholen, und wenn er dieselbe erhielte, eine Modalität ausfindig machen, um die ihm in Wien obliegenden Aufgaben mit der in Frankfurt seiner harrenden vereinigen zu können. Denn hier habe er noch durch einige Zeit die Stelle des Kaisers zu vertreten, dann in dessen Namen den Reichstag zu eröffnen und endlich das so schwierige Geschäft einer Vermittlung zwischen Ungarn und Croatien zu Ende zu führen.

So lebhaft nun auch Schmerling die rasche und definitive Annahme der Wahl von Seite des Erzherzogs und dessen baldigste Abreise nach Frankfurt gewünscht hätte, so erblickte er doch, und wie die Folge zeigte mit Recht, in der ihm durch Wessenberg zukommenden Erklärung die nicht zu mißkennende Andeutung, daß diese Annahme baldigst erfolgen werde. Und wirklich geschah dies eher, als man nach der anfänglichen Weigerung und späteren Zögerung hätte vermuthen sollen. Ja, alsbald nachdem der Erzherzog sich für die Annahme entschieden, begab er sich auch schon, wenngleich anfangs nur für kurze Zeit nach Frankfurt, um seine neue Würde zu übernehmen.

Als der Erzherzog diesen Schritt that, stand er schon in seinem siebenundsechzigsten Lebensjahre. Er war ohne Zweifel eine der eigenthümlichsten, aber auch anziehendsten Gestalten, welche das österreichische Kaiserhaus jemals hervorgebracht hat. Mit ungewöhnlichen geistigen Anlagen verband er eine gleichfalls nicht häufige Bildung, und frühzeitig legte er lebhaftes Interesse für ernste wissenschaftliche Forschung an den Tag. Diese Eigenschaften, mit seiner hohen Geburt in Verbindung gebracht, hätten die Hoffnung zu erwecken vermocht, es werde dem Erzherzoge vergönnt sein, in seinem Leben glanzvolle Erfolge zu erringen, aber er gelangte doch niemals zu solchen, und die eigentliche Ursache hievon wird kaum in Anderem als darin erblickt werden dürfen, daß es an dem ihm gebrach, ohne welches die tüchtigsten Gaben, die eifrigsten Bestrebungen nie recht zur Geltung gelangen, ihm fehlte das Glück.

Schon bei seinem ersten Auftreten auf dem Schauplatze der Welt machte sich dies bemerkbar, denn es ist gewiß für Jedermann ein Unglück zu nennen, wenn ihm die Vollführung einer wichtigen Aufgabe in einem Augenblicke aufgetragen wird, in welchem er die hiezu erforderlichen Eigenschaften nicht besitzt, ja sie noch gar nicht besitzen kann. In dem thörichten, auch heutzutage hie und da noch manchmal wahrnehmbaren Vorurtheil, als ob die Natur bei der geistigen und körperlichen Entfaltung jugendlicher Persönlichkeiten, welche regierenden Familien angehören, andere Bahnen als bei gewöhnlichen Sterblichen einschlüge, hatte man dem ebenso begabten als hochstrebenden, aber noch gänzlich unreifen und unerfahrenen, weil erst achtzehnjährigen Jünglinge den Oberbefehl über eine große Armee anvertraut, welche dem ausgezeichneten französischen General Moreau

gegenübertreten sollte. Nichts war natürlicher, als daß der persönlich weit überlegene Gegner den jungen Erzherzog, und zwar am 1. December 1800 bei Hohenlinden, indem er ihm furchtbare Verluste beibrachte, vollständig besiegte. So wurden in verdammenswerther Wohldienerei das Leben von Tausenden, das Heil des Vaterlandes unverantwortlich aufs Spiel gesetzt.

Ohne daß er je wieder eine so schwere Niederlage erlitt, aber doch auch in ihren schließlichen Ergebnissen nicht gerade glücklich war die Kriegführung des Erzherzogs in den Jahren 1805, in welchem er zum Rückzuge aus dem von ihm so sehr geliebten Lande Tirol gezwungen wurde, und 1809, wo nach anfänglichem Siege bei Sacile der verhängnißvolle Ausgang der Wagramer Schlacht vielleicht ohne eigentliches Verschulden des Erzherzogs einen Schatten auf ihn warf, der auch späterhin niemals mehr völlig verschwand.

Obwohl es dem Erzherzog, der zu jener Zeit auch durch den traurigen Ausgang des Aufstandes in Tirol aufs Tiefste darniedergedrückt wurde, mindestens gegönnt war, daß seine im Ganzen vom Glücke so wenig begünstigte militärische Thätigkeit durch die im Jahre 1815 von ihm bewerkstelligte Einnahme Hüningens einen ihn ehrenden Abschluß fand, so konnte es doch, trotzdem er sich im Laufe seiner Feldzüge den Ruf und die Erfahrung eines tüchtigen und geschulten Kriegsmannes errungen hatte, nicht sein militärisches Wirken sein, wodurch er sich in so seltenem Maße, wie es wirklich geschah, die Hochachtung und die Sympathien der Mitlebenden erwarb. Weil er in entschiedenem Gegensatze zu aller soldatischen Thätigkeit, vom Hofe zurückgezogen, insbesondere in dem ihm so sehr ans Herz

gewachsenen steiermärkischen Alpenlande inmitten der Bevölkerung und für dieselbe lebte, aufs Leutseligste, fast wie ein Gleicher mit Gleichen mit ihr verkehrte, ihr Wohl und Wehe wie das eigene empfand und in hundertfacher Weise, insbesondere durch zahlreiche Stiftungen wohlthätiger und wissenschaftlicher Art sich für ihr Bestes wahrhaft besorgt zeigte, weil er der Entwicklung der Landescultur und des Bergbaues das höchste Interesse entgegenbrachte und unermüdlich für deren Förderung thätig war, wie er denn sogar als Besitzer eines Radwerkes in Vordernberg Jahre hindurch daselbst lebte, schlug die Liebe zu ihm immer tiefere Wurzeln in dem dortigen Volke. Und als er schließlich mit einer edelgesinnten, aber unadeligen Tochter der Steiermark einen glücklichen Ehebund schloß, da wurde er ohne Zweifel die geliebteste Persönlichkeit in jenem Lande.

Geradezu einzig in seinem volksthümlichen Wirken, besaß er noch überdies gleich der Mehrzahl seiner Brüder, den Kaiser Franz nicht ausgeschlossen, die für einen Fürsten wirklich köstliche Gabe, sich in ganz ungesuchter, ja vielleicht sogar unbewußter Weise Popularität zu erwerben. Sein schlichtes und prunkloses Auftreten, die warme, echt menschliche Theilnahme, die er Jedem bewies, mit dem er in Verkehr trat, dessen Stand mochte vornehm oder gering sein, gewannen ihm die Herzen, und zwar nicht nur in der Steiermark und den übrigen österreichischen Gebirgsländern, die er so sehr bevorzugte, sondern überall, wo er hinkam, und sogar dort, wo man ihn nicht persönlich kannte und nur von ihm hörte. Darum glich auch jetzt seine Reise nach Frankfurt, die er in Wessenberg's persönlicher Begleitung antrat, einem wahren Triumphzuge, denn Alles, die starren Republikaner allein ausgenommen, jubelte ihm

entgegen. In Hanau stellte sich Schmerling dem Erzherzoge vor und wurde von ihm aufs Freundlichste empfangen. Am 11. Juli zwischen sechs und sieben Uhr Abends erfolgte der feierliche Einzug in Frankfurt, und am nächsten Tage begab sich der Erzherzog, von einer Deputation der Nationalversammlung eingeholt, in ihrer Begleitung nach der Paulskirche.

Die Mitglieder dieser Deputation waren durch das Los gewählt worden, das letztere aber zeigte sich insofern boshaft, als es auf nicht Wenige fiel, welche der Wahl des Erzherzogs nicht zugestimmt hatten. Da war es denn bei der sarkastischen Stimmung, welcher Schmerling sich so gern überließ, ein ergötzlicher Anblick für ihn, diese Herren in schwarzem Fracke und in weißer Cravate zu sehen, wie sie sich im Hotel zum „Russischen Hofe" einfanden, um den Erzherzog nach der Paulskirche zu geleiten. Auch der Reichsvertreter begab sich, und zwar gleichfalls in bürgerlicher Kleidung, im Frack und ein dreifarbiges Band im Knopfloche, zu Fuß dorthin. Nachdem der Schriftführer Biedermann das Gesetz über die Constituirung der Centralgewalt verlesen und Heinrich von Gagern den Erzherzog im Namen der Nationalversammlung gebeten hatte, die Beobachtung des Gesetzes zu geloben, gab derselbe dieses Versprechen in seiner natürlichen herzgewinnenden Weise. „Auf der Welt darf man nichts halb thun," so schloß er, dem Präsidenten von Gagern die Hand reichend, seine Ansprache. „Hat man einmal einen Entschluß gefaßt, so muß man sich ganz dem widmen, wozu man berufen ist, nämlich der deutschen Nation."

Nachdem diese Feierlichkeit unter dem Jubel der Anwesenden beendigt und der Erzherzog nach seiner Wohnung

zurückgekehrt war, trat Schmerling an ihn mit der Bitte heran, er möge sich nun auch in die Mitte der Bundesversammlung begeben, um nicht nur deren Huldigung, sondern auch die Uebertragung ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse und Verpflichtungen auf die provisorische Centralgewalt entgegenzunehmen.

In seinem Entschlusse, auch diesmal wieder einen vollkommen correcten Vorgang zu beobachten, war Schmerling durch einen Vorfall, der sich wenige Tage zuvor zugetragen hatte, nur noch bestärkt worden. In der Sitzung vom 4. Juli hatte der bekannte Abgeordnete für Leipzig, Robert Blum, wohl um dem Hasse seiner Gesinnungsgenossen gegen Schmerling und den von ihm bei jeder Gelegenheit so glänzend vertretenen Bundestag erneuerten Ausdruck zu geben, die Anfrage gestellt, was denn an dem Gerüchte wahr sei, daß die Bundesversammlung in ihrem Glückwunschschreiben an den Reichsverweser geäußert habe, sie sei schon vor Beendigung der Verhandlungen der Nationalversammlung über die Constituirung der provisorischen Centralgewalt von den deutschen Regierungen ermächtigt gewesen, sich für die Wahl des Erzherzogs zu erklären. Das Parlament möge, beantragte Blum, diese Kundgebung der Bundesversammlung als eine unangemessene und seinen Beschlüssen widersprechende bezeichnen.

Allsogleich, und zwar mit einer so weitgehenden Schärfe, daß sie ihm sogar auf Andringen der Linken einen Ordnungsruf von Seite des Präsidenten eintrug, beantwortete Schmerling die Interpellation und den Antrag Blum's. Mit schneidendem, vielleicht allzu schneidendem Sarkasmus wies er die Berechtigung, ja die Verpflichtung des Bundestages zu dem von ihm beobachteten Vorgange

und das Thörichte des Versuches der Linken nach, die Nationalversammlung zu einem Widerspruche hiegegen veranlassen zu wollen. Und die Letztere gab ihm dadurch Recht, daß sie, statt sich zu einer Mißbilligung des Verfahrens des Bundestages verleiten zu lassen, über die Anträge Blum's zur Tagesordnung überging.

Wie man sieht, war gerade das, was vor ganz kurzer Zeit die Wiener Regierung so eifrig gelobt hatte, das Bestreben Schmerling's, die Bundesversammlung nicht von aller Mitwirkung bei der Constituirung der neuen Centralgewalt ausschließen zu lassen, ein Gegenstand des heftigen Tadels der Linken. Schmerling ließ sich jedoch nicht im Entferntesten abhalten, dasjenige und nur das zu thun, was er für seine Pflicht hielt. Nachdem der Erzherzog im Bundespalais erschienen war und in dem dortigen Festsaale auf einer hiezu errichteten, mit einem Baldachin bedeckten Estrade den ihm angewiesenen Platz eingenommen hatte, trat Schmerling vor ihn und hielt, von sämmtlichen Bundestagsgesandten in weitem Halbkreise umgeben, eine längere Anrede an ihn, deren Inhalt darin gipfelte, daß die Bundesversammlung, nachdem ihre bisherigen Obliegenheiten an die Centralgewalt übergegangen seien, ihre Thätigkeit als abgeschlossen betrachte.

Mit dieser Erklärung fand denn auch die Stellung Schmerling's als Bundes-Präsidialgesandter gerade so wie die seiner Collegen im Bundestage definitiv ihr Ende. Von kaum irgend Jemand aber wurde die Auflösung dieses Letzteren so lebhaft beklagt, als dies von Seite Wessenberg's geschah. Noch ehe sie vollzogen war, am 22. Juni hatte er aus Linz mit eigener Hand an Schmerling geschrieben: „Die Gründe, die Sie für die Annahme der Commissions-

anträge anführen, verdienen alle Berücksichtigung, nur wäre zu wünschen, daß dabei nicht schon jetzt die Bundesversammlung ganz verschwinde; es sollte ihr doch noch irgend eine Wirksamkeit vorbehalten bleiben. Es ist doch hart, daß ein solches Institut ohne Weiteres und ohne Einwilligung seiner Gründer aufgelöst werden soll, so wie ich eine Ahnung habe, daß der deutsche Michel mit allen seinen sechshundert Solonen doch schwerlich etwas Besseres und mehr Praktisches zu Stande bringen wird. Indessen eine provisorische Centralgewalt ist nothwendig geworden, und die Regierungen haben gefehlt, eine solche nicht früher aus der Bundesversammlung kraft des sechsten Artikels der Bundesacte ins Leben zu rufen." Und eine Woche später, am 29. Juni wiederholt Wessenberg seine Klage um den im Dahinscheiden begriffenen Bundestag mit den Worten: „Ich werde immer behaupten, daß die Bundesacte und die Bundesversammlung praktischer waren als Alles, was noch erfunden werden wird. Die Erstere enthielt Alles, was Deutschland Noth that."

Das Reichsministerium.

—

Je brausender der Jubel, je ungetheilter die Freude war, welche Alles in Frankfurt über die Ankunft des Erzherzogs und die Uebernahme seiner neuen Würde eines Reichsverwesers kundgab, desto peinlicher werde, so besorgte man, der Eindruck sein, den seine baldige Abreise und beschleunigte Rückkehr nach Wien nicht allein in Frankfurt, sondern in ganz Deutschland hervorbringen könnten. Aber der Erzherzog war zu unverzüglicher Rückfahrt nach Wien verpflichtet, weil er sich anheischig gemacht hatte, dort schon in den allernächsten Tagen den daselbst zusammentretenden Reichstag zu eröffnen, und Niemand vorhanden war, der an seiner Stelle diesen Auftrag zu erfüllen vermocht hätte. Um also einer zu weitgehenden Verstimmung über seine Abreise vorzubeugen, machte der damalige österreichische Resident bei der freien Stadt Frankfurt, Baron Menßhengen, durch Andrian's Vermittlung dem Erzherzoge einen Vorschlag, durch dessen Befolgung der trübe Eindruck seiner Abreise wesentlich gemildert werden sollte. Allsogleich ging der Reichsverweser hierauf ein, und von Beiden, Andrian und Menßhengen begleitet, begab er sich am Abende des 14. Juli zu Fuß in das ihm zu Ehren festlich beleuchtete Theater, in welchem die Vorstellung mit einem

ihm huldigenden Prolog begann. Nach dem Schlusse des zweiten Actes gab der Erzherzog von der Loge, in der er saß, ein Zeichen, daß er sprechen wolle, und richtete nun die folgenden Worte an das athemlos aufhorchende Publicum: „Ich nehme auf kurze Zeit Abschied. Ein gegebenes Wort, das ich als ehrlicher Mann halten muß, führt mich nach Wien zurück. In Bälde kehre ich wieder und bringe mein Theuerstes mit, Weib und Kind.“ Ein stürmischer, lang anhaltender Beifallsruf antwortete von allen Seiten auf diesen gemüthvollen Abschiedsgruß des Erzherzogs. Eine große Menschenmenge schloß sich ihm an, als er wieder zu Fuß nach seinem Hotel zurückkehrte, und als er dort ankam, ertönten neuerdings jubelnde Zurufe.

Bevor aber der Erzherzog Frankfurt wirklich verließ, hatte er nach dem Gesetze über die Centralgewalt noch die Pflicht der Ernennung eines verantwortlichen Reichsministeriums zu erfüllen, welches ihm, dem Unverantwortlichen, bei der ihm nunmehr übertragenen Regierung zur Seite zu stehen und deren Geschäfte zu führen hatte. Ueber die Frage, wer zu dieser wichtigen Stellung berufen werden sollte, hatten schon wochenlang unter den hervorragendsten Männern der Paulskirche, insofern sie der Majorität angehörten, eifrige Berathungen stattgefunden.

Daß Schmerling in diesem Ministerium eine der hervorragendsten Stellungen einnehmen müsse, darüber war schon so ziemlich Alles von vorneherein einig. Aber wer mit ihm und neben ihm in das Ministerium zu berufen sei, darüber konnte man nur schwer zu einer Verständigung gelangen. Preußen hatte gleichsam als ein Aequivalent für seine Zustimmung zur Einsetzung des Erzherzogs Johann als Reichsverweser eines der wichtigsten Ministerien, das

Das Reichsministerium.

Je brausender der Jubel, je ungetheilter die Freude war, welche Alles in Frankfurt über die Ankunft des Erzherzogs und die Uebernahme seiner neuen Würde eines Reichsverwesers kundgab, desto peinlicher werde, so besorgte man, der Eindruck sein, den seine baldige Abreise und beschleunigte Rückkehr nach Wien nicht allein in Frankfurt, sondern in ganz Deutschland hervorbringen könnten. Aber der Erzherzog war zu unverzüglicher Rückfahrt nach Wien verpflichtet, weil er sich anheischig gemacht hatte, dort schon in den allernächsten Tagen den daselbst zusammentretenden Reichstag zu eröffnen, und Niemand vorhanden war, der an seiner Stelle diesen Auftrag zu erfüllen vermocht hätte. Um also einer zu weitgehenden Verstimmung über seine Abreise vorzubeugen, machte der damalige österreichische Resident bei der freien Stadt Frankfurt, Baron Menßhengen, durch Andrian's Vermittlung dem Erzherzoge einen Vorschlag, durch dessen Befolgung der trübe Eindruck seiner Abreise wesentlich gemildert werden sollte. Allsogleich ging der Reichsverweser hierauf ein, und von Beiden, Andrian und Menßhengen begleitet, begab er sich am Abende des 14. Juli zu Fuß in das ihm zu Ehren festlich beleuchtete Theater, in welchem die Vorstellung mit einem

ihm huldigenden Prolog begann. Nach dem Schlusse des zweiten Actes gab der Erzherzog von der Loge, in der er saß, ein Zeichen, daß er sprechen wolle, und richtete nun die folgenden Worte an das athemlos aufhorchende Publicum: „Ich nehme auf kurze Zeit Abschied. Ein gegebenes Wort, das ich als ehrlicher Mann halten muß, führt mich nach Wien zurück. In Bälde kehre ich wieder und bringe mein Theuerstes mit, Weib und Kind.“ Ein stürmischer, lang anhaltender Beifallsruf antwortete von allen Seiten auf diesen gemüthvollen Abschiedsgruß des Erzherzogs. Eine große Menschenmenge schloß sich ihm an, als er wieder zu Fuß nach seinem Hotel zurückkehrte, und als er dort ankam, ertönten neuerdings jubelnde Zurufe.

Bevor aber der Erzherzog Frankfurt wirklich verließ, hatte er nach dem Gesetze über die Centralgewalt noch die Pflicht der Ernennung eines verantwortlichen Reichsministeriums zu erfüllen, welches ihm, dem Unverantwortlichen, bei der ihm nunmehr übertragenen Regierung zur Seite zu stehen und deren Geschäfte zu führen hatte. Ueber die Frage, wer zu dieser wichtigen Stellung berufen werden sollte, hatten schon wochenlang unter den hervorragendsten Männern der Paulskirche, insofern sie der Majorität angehörten, eifrige Berathungen stattgefunden.

Daß Schmerling in diesem Ministerium eine der hervorragendsten Stellungen einnehmen müsse, darüber war schon so ziemlich Alles von vorneherein einig. Aber wer mit ihm und neben ihm in das Ministerium zu berufen sei, darüber konnte man nur schwer zu einer Verständigung gelangen. Preußen hatte gleichsam als ein Aequivalent für seine Zustimmung zur Einsetzung des Erzherzogs Johann als Reichsverweser eines der wichtigsten Ministerien, das

der auswärtigen Angelegenheiten, für einen Preußen und außerdem die Uebertragung der Stelle eines Oberfeldherrn der Bundesarmee an einen seiner Generale gefordert. Und es läßt sich nicht leugnen, daß in Anbetracht der Wahl des Erzherzogs zum provisorischen Oberhaupte des Reiches die preußischen Wünsche in dem gegebenen Falle nicht gerade als überspannte erschienen.

Wie wenig sie als solche auch von denjenigen betrachtet wurden, welche damals auf die Entschlüsse des Erzherzogs den maßgebendsten Einfluß übten, und unter ihnen stand wohl Schmerling auf dem vordersten Platze, geht aus den Vorschlägen hervor, welche zur Besetzung des Postens eines Ministers des Aeußern gemacht wurden, mit welchem man zugleich den Vorsitz im Ministerrathe zu verbinden gedachte. Da aber die Verhandlungen hierüber sich in die Länge zu ziehen drohten, während die bevorstehende Abreise des Erzherzogs einen unverzüglichen Entschluß zu unabweislicher Nothwendigkeit machte, beschloß man, einstweilen ein Ministercollegium aus Dreien zu bilden und die ferneren Ernennungen bis zur Rückkehr des Erzherzogs zu verschieben. Schmerling erhielt zu dem ihm allzeit zugedachten Ministerium des Innern auch noch einstweilen das des Aeußern, das Kriegsministerium aber wurde einem altgeschulten Soldaten, der in seiner Jugend noch die Freiheitskriege mitgemacht, dem preußischen Generalmajor Eduard von Peucker übertragen. Und zum Minister der Justiz wurde ein sehr hervorragender Abgeordneter, der Advocat Johann Gustav Heckscher aus Hamburg ernannt.

Die Stimmung, in welcher Schmerling sein neues Amt antrat, geht aus einem vertraulichen Briefe, den er am 2. Juli, also schon fast zwei Wochen vor seiner defini-

tiven Einsetzung in dasselbe, nach Wien schrieb, recht deutlich hervor. „Was soll ich dagegen thun?" sagt er, indem er von seiner bevorstehenden Ernennung zum Reichsminister spricht, „es heißt sich ergeben und in Geduld den Abnützungsproceß beginnen. Diesem wäre ich für keinen Fall entgangen, denn heute erhielt ich von Wien die bestimmte Aufforderung, das Justizministerium zu übernehmen. Nach reiflicher Ueberlegung lehnte ich ab, und zwar im Interesse der Sache, da ich hier wirklich nicht zu ersetzen wäre. An wen sollte sich der Erzherzog zunächst halten und welcher Oesterreicher sein Minister werden? Mein Abgehen von hier würde als ein Zurückziehen von der deutschen Sache angesehen werden und das äußerste Aufsehen erregen. Dazu kommt noch, daß ich hier bekannt und der Majorität sicher bin, während ich in Wien eine fremde Kammer finde, gar nicht weiß, wie dort die Majorität sich stellen wird, und seit drei Monaten den österreichischen Zuständen fremd geworden bin. Auch träte ich in ein halb abgenütztes Ministerium, welches nach meiner Ueberzeugung sich nicht jetzt erneuern, sondern die Ergebnisse der Wahlen abwarten und aus der Majorität des Reichstages sich ergänzen sollte. Mir war es nur schmerzlich, meinem theuren Freunde Doblhoff einen Wunsch abschlagen zu müssen."

In Wien war man wohl durch diese ablehnende Antwort Schmerling's um so mehr enttäuscht, als man dort, wie aus einem Briefe Wessenberg's an ihn hervorgeht, seinen Eintritt in das österreichische Ministerium mit ziemlicher Bestimmtheit voraussetzte. Schmerling werde wohl, so hatten Wessenberg's Worte an ihn gelautet, noch ein paar Tage in Frankfurt zusehen müssen, bevor er der an ihn ergangenen Einladung nachkomme. Denn sonst wäre ja die

Vertretung Oesterreichs in Frankfurt völlig verwaist. Jetzt aber mußte Wessenberg zu seiner Verwunderung vernehmen, daß Schmerling es vorziehe, gar nicht nach Wien zu gehen und nicht blos für wenige Tage, sondern noch für längere Zeit in Frankfurt zu bleiben.

Wenn man über die Wirkungen nachdenkt, welche damals eine Annahme der Berufung Schmerling's nach Wien und die Uebertragung des österreichischen Justizministeriums an ihn hätte nach sich ziehen können, so steht man vor einer Fülle von Möglichkeiten, über deren größere oder geringere Wahrscheinlichkeit man niemals mit einiger Bestimmtheit wird urtheilen können. Aber durch Schmerling's Eintritt in das Ministerium würde wohl Bach — ob freilich für immer, bleibt gleichfalls ungewiß — von demselben ferngehalten und dadurch auch noch in späterer Zukunft gar Vieles in Oesterreich anders geworden sein.

Schmerling blieb also in Frankfurt, er, Peucker und Heckscher — denn dies ist die Rangfolge, in welcher sie die von Schmerling verfaßte Proclamation des Reichsverwesers an das deutsche Volk vom 15. Juli contrasignirten — waren somit die ersten Persönlichkeiten, welche das Reichsministerium bildeten. Und da der Erzherzog sich, um einen constitutionellen Minister zur Seite zu haben, von Heckscher nach Oesterreich begleiten ließ, lagen bis zu ihrer Rückkehr nach Frankfurt die Geschäfte ausschließlich in den Händen Schmerling's und Peucker's.

Trotz der Arbeitslast, die ihm hieraus erwuchs, war Schmerling doch mit dieser Constellation ganz zufrieden. denn da Peucker über sein specielles Ressort niemals hinausgriff, regierte er eigentlich allein und hatte nach Mitarbeitern ganz und gar kein Verlangen. Aber er wußte,

daß es nicht dabei bleiben könne, und betheiligte sich daher fortwährend an den Verhandlungen, welche zwischen den Führern der Majorität der Nationalversammlung über die Auswahl der Persönlichkeiten stattfanden, die dem Reichsverweser nach seiner Rückkehr aus Wien zur Vervollständigung seines Ministeriums in Vorschlag zu bringen waren.

Am 3. August kehrte der Erzherzog nach Frankfurt zurück, und schon vom 5. waren die Decrete datirt, durch welche Fürst Karl von Leiningen aus München zum Präsidenten des Reichsministerrathes, der Senator Arnold Duckwitz aus Bremen zum Reichsminister des Handels und der Abgeordnete Hermann von Beckerath aus Crefeld zum Reichsfinanzminister ernannt wurden. Da aber das linke Centrum, welches bisher in den wichtigsten Fragen mit der Majorität gegangen war und dadurch nicht wenig zu dem großen Uebergewichte derselben in der Nationalversammlung beigetragen hatte, sich empfindlich darüber zeigte, daß keiner seiner Führer mit einem Portefeuille bedacht worden war, wurde das von Schmerling bisher nur provisorisch geführte Ministerium des Aeußern, welches an den Fürsten Leiningen hätte übergehen sollen, auf Heckscher übertragen und an seiner Stelle der bekannte Tübinger Professor Robert Mohl zum Reichsminister der Justiz ernannt. Ein Schwarm von Unterstaatssecretären, nicht weniger als acht, mit Ausnahme eines Einzigen, des später in Oesterreich zu hervorragender Stellung gelangten Max Ludwig von Biegeleben lauter Mitglieder der Nationalversammlung, wurde gleichfalls ernannt und dadurch gar mancher Ehrgeiz befriedigt. Allerdings wurden hiedurch für das Ministerium auch sehr schätzenswerthe Arbeitskräfte gewonnen,

welche freilich in einigen an und für sich wenig beschäftigten Ministerien nur äußerst geringe Verwendung fanden.

Auffallend mochte es auf den ersten Blick erscheinen, daß man sogar in einer Zeit, in welcher die demokratischen Wogen so hoch gingen, wie es damals der Fall war, einen Mann an die Spitze des Reichsministeriums stellen zu müssen glaubte, der eigentlich nur als Mitglied einer sehr vornehmen Familie das Augenmerk auf sich gelenkt haben konnte. Denn bisher hatte Fürst Leiningen wohl lebhaftes Interesse für die Ereignisse auf politischem Gebiete gezeigt, aber nichts Bedeutendes auf demselben geleistet. Und auch jetzt noch erwartete man von ihm kein selbstständiges Auftreten, sondern behauptete, daß er unter dem geistigen Einflusse des früheren badischen Bundestagsgesandten, des Freiherrn von Blittersdorff stehe, eines äußerst begabten und von wahrem Feuereifer beseelten Mannes, welcher früher als eine der Hauptstützen des reactionären Regierungssystems galt und 1848 vergebliche Versuche machte, auch in dem neuen Fahrwasser zu schwimmen.

Aber es zeigte sich bald, daß man eigentlich den Fürsten Leiningen nur als Lückenbüßer gewählt und eher als an ihn an zwei gesellig weit weniger hochstehende, aber geistig viel bedeutendere Persönlichkeiten gedacht hatte. Der Erste, dem man das Präsidium des Ministerrathes und das hiemit in Verbindung zu bringende Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten antrug, war Ludolf Camphausen, der soeben erst das Präsidium des preußischen Ministeriums niedergelegt hatte und sich nun als Privatmann in Frankfurt aufhielt. Als aber Camphausen auf das ihm gemachte Anerbieten nicht einging, wandte man sich an den gleichfalls in Frankfurt verweilenden Freiherrn

Christian von Stockmar, den bewährten politischen und persönlichen Freund des Königs Leopold I. von Belgien. Ein ebenso scharfblickender als thatkräftiger und volksthümlich denkender Staatsmann, verband Stockmar mit diesen vorzüglichen Eigenschaften einen makellosen Charakter, wie denn Lord Palmerston über ihn gesagt haben soll: „In meinem ganzen Leben ist mir nur ein vollkommen uneigennütziger Mensch vorgekommen, und der ist Stockmar.“

Auch der Umstand hatte wesentlich dazu beigetragen, gerade auf ihn die Aufmerksamkeit zu lenken, daß man in Frankfurt den höchsten Werth darauf legen zu müssen glaubte, zwischen der neugeschaffenen deutschen Centralgewalt und der englischen Regierung möglichst innige Beziehungen zu Stande zu bringen. Man kannte die vielfachen Verbindungen, welche Stockmar als Vertrauensmann der Königin Victoria und ihres Gemahls, des Prinzen Albert, mit den höchsten Kreisen Englands unterhielt, und meinte sie zu Nutz und Frommen Deutschlands verwerthen zu können. Aber trotz seiner erprobten patriotischen Gesinnung ging Stockmar, welcher in seiner bewährten Klugheit die damaligen Zustände in Deutschland noch nicht für hinreichend gefestigt ansah, um ihnen sich und sein Schicksal anvertrauen zu wollen, auf die an ihn gelangte Einladung nicht ein, sondern er lehnte sie mit den humoristischen Worten ab: „Wer im sechzigsten Lebensjahre, mit Gicht in den Eingeweiden, noch den Krankenwärterdienst bei der am ansteckenden Fieber darniederliegenden Germania übernehmen wollte, müßte rein toll sein.“

Da man vor ihm kein Hehl daraus gemacht, daß man an ihn hauptsächlich wegen seiner intimen Verbindungen mit England gedacht, so war es Stockmar, welcher

zuerst die Blicke auf den Fürsten Leiningen lenkte, von dessen Berufung an die Spitze des Reichsministeriums man sich die Wirkung versprechen durfte, daß er als Halbbruder der jungen Königin Victoria von England noch am ehesten die in Frankfurt so sehr gewünschten freundschaftlichen Beziehungen der Centralgewalt zur britischen Regierung werde herstellen können. Nach längerer Zögerung nahm Leiningen wenigstens das Präsidium im Ministerrathe an, das Ministerium des Aeußern aber wurde nun, einem sehnlichen Wunsche Heckscher's zufolge, an diesen übertragen.

Es ist nicht zu leugnen, daß sowohl der Erzherzog als insbesondere Schmerling, welch' Letzterer hiebei am meisten die Hand im Spiele gehabt zu haben scheint, mit dieser Wahl einen recht argen Mißgriff begingen. Nicht etwa daß Heckscher das wegwerfende Urtheil auch wirklich verdiente, welches seither die von Parteigeist verblendeten kleindeutschen Schriftsteller so häufig über ihn fällten. Er war vielmehr ein Mann von umfassender, nicht blos juristischer, sondern auch allgemeiner Bildung, der die wichtigsten europäischen Sprachen mit bewunderungswürdiger Geläufigkeit sprach und außerdem neben einem wahrhaft unermüdlichen Geschäftseifer eine Rednergabe besaß, welche sogar in der Nationalversammlung, und das wollte wirklich viel sagen, als eine ganz ungewöhnliche allgemein anerkannt wurde. Endlich waren ihm wie den meisten damals in Frankfurt anwesenden Hamburgern gewandte, weltmännische Umgangsformen eigen, so daß man hätte annehmen sollen, er werde ganz der geeignete Mann sein, auch im Verkehre mit der diplomatischen Welt eine hervorragende Rolle zu spielen.

Aber diese Erwartungen wurden durch eine einzige, freilich bei Juristen nicht gerade seltene Eigenschaft Heckscher's

wieder völlig vereitelt, und zwar durch einen Eigensinn und eine ans Unerträgliche grenzende Rechthaberei, welche es schwer, ja schließlich fast unmöglich machte, mit ihm ein Auskommen zu finden. Nicht nur im Ministerrathe, in weit höherem Maße noch zeigte sich dies in der Nationalversammlung selbst. Sobald der ziemlich hochgewachsene hagere Mann mit der lederbraunen Hautfarbe und dem dichten kohlschwarzen Haare die Stufen zur Tribüne hinanstieg und mit griesgrämigen Blicken die Versammlung musterte, wußte man, daß es Streit geben werde und Sturm. Begann er doch einmal, sich selbst ironisirend, eine seiner Reden mit den Worten: „Wenn ich hier nicht mit einem sehr heiteren Gesichte vor Ihnen erscheine, so kann ich mir nicht helfen, die Natur hat es mir versagt."

Freilich trug zu der mehr und mehr sich steigernden Mißgunst, auf welche Heckscher in der Nationalversammlung stieß, auch nicht wenig der Neid bei, welchen gar Viele, insbesondere Advocaten und sonstige Juristen von Fach darüber empfanden, daß gerade ihm, dem einfachen Berufsgenossen, eines der schönsten Portefeuilles in dem neugebildeten Ministerium, das der auswärtigen Angelegenheiten zu Theil geworden war. Da hatte man die Uebertragung des Ministeriums des Innern an Schmerling, der schon Bundes-Präsidialgesandter gewesen, und des Kriegsministeriums an den General Peucker viel natürlicher gefunden. Der Letztere besaß außerdem noch in entschiedenem Gegensatze zu Heckscher die Gabe, sich bei seinen neuen Collegen sowie in der Nationalversammlung in hohem Grade beliebt zu machen. Ein kleiner, schwarzhaariger Mann von raschen Bewegungen, hatte er in seinem Aeußeren eigentlich gar nichts Deutsches, und er glich auch dem gewöhnlichen

Typus eines preußischen Generals in gar keiner Weise. Aber seine Art, mit den Menschen zu verkehren und sein Ressort zu verwalten, fand gerade so ungetheilten Beifall, wie er schon seiner Ernennung zu Theil geworden war. Er kannte keine Großsprecherei, deren man seine Landsleute, insbesondere die preußischen Militärs, manchmal beschuldigt. Schmerling's ganzes Herz aber gewann er sich durch die warme Sympathie, die er für Oesterreich und dessen Armee zeigte, sowie durch die Rücksicht, die er dem Kaiserstaate in seiner damaligen bedrängten Lage bewies. Er wußte es nämlich in allen Fällen, in denen es sich um die Heranziehung von Bundescontingenten zu irgend einer Action handelte, mit taktvoller Klugheit so einzurichten, daß keine Begehren an Oesterreich gestellt wurden, denen es unter den einmal obwaltenden Verhältnissen nicht hätte nachkommen können. Dadurch verstand er es, Oesterreich den Vorwurf der Saumsal in Erfüllung seiner Bundespflichten zu ersparen.

Hingebungsvoll in der Verwaltung seines Amtes, kümmerte sich Peucker, wie es dem Soldaten ziemt, wenig um die eigentliche Politik, er zeigte sich aber dabei doch allzeit bereit, wo es darauf ankam, diejenige Schmerling's mit Eifer und Aufrichtigkeit zu unterstützen. Ja er war vielleicht, Duckwitz allein ausgenommen, derjenige unter den Ministern, welcher Schmerling die größte Anhänglichkeit bewies und dessen Thätigkeit mit der ausgiebigsten Nachhaltigkeit unterstützte.

Ein äußerst willkommener College für Schmerling war auch der eben genannte Arnold Duckwitz, Bürgermeister von Bremen, ein Mann von klarem Verstande, ruhigem Urtheil und nicht gewöhnlicher Thatkraft, der sich um seine Vaterstadt sehr große Verdienste erworben hatte. Für die

Stelle eines Reichsfinanzministers war von Seite Schmerling's im Einverständnisse mit Peucker und Heckscher in einem ganz von seiner Hand herrührenden, im Nachlasse des Reichsverwesers befindlichen Schreiben an ihn vom 24. Juli der badische Abgeordnete Karl Mathy in Vorschlag gebracht worden, aber aus bisher unbekannt gebliebenen Gründen kam es nicht zu dieser Ernennung. Mathy mußte sich mit der Stelle eines Unterstaatssecretärs begnügen, und der Posten eines Finanzministers fiel Hermann von Beckerath aus Crefeld zu, eine Wahl, welche gleichfalls Schmerling's Beifall erhielt, obgleich ihr Heckscher, dessen Stimme und Einfluß damals noch bei Schmerling unendlich viel galten, eigentlich widerstrebte. Aber Beckerath hatte schon im preußischen vereinigten Landtage eine hervorragende Rolle gespielt, wie er denn auch jetzt wieder in der Nationalversammlung eine einflußreiche Stellung einnahm. Trotz dieser Erfolge beobachtete er stets eine bescheidene Haltung, durch welche sowie durch sein zuvorkommendes Wesen er sich die allgemeinsten Sympathien erwarb. Schmerling erachtete es also als ein Glück für das Ministerium, daß ein so hochgeachteter Mann das ihm angebotene Finanzportefeuille annahm, obgleich es unter den damals obwaltenden Umständen, unter denen die Centralgewalt bei dem völligen Mangel eigener Hilfsquellen lediglich auf die Einzahlung der Matricularbeiträge durch die deutschen Regierungen angewiesen war, als ein ziemlich bedeutungsloses erkannt werden mußte.

Hierin wurde das Finanzportefeuille nur noch von dem der Justiz übertroffen. Ja man hätte sich das letztere, da ja die Justizgesetzgebung selbst nach der in sehr centralistischem Sinne entworfenen Reichsverfassung nicht als

Sache des Reiches erklärt, sondern den einzelnen Ländern vorbehalten war, ebenso ganz ersparen können, wie die Zusammenlegung der beiden Ministerien des Handels und der Finanzen, ja sogar des Aeußern mit dem des Innern ohne allzu große Schwierigkeit ausführbar gewesen wäre. Aber man hegte damals eine so hochgespannte Meinung von der Bedeutung und der Würde der Centralgewalt, daß man befürchtet hätte, ihrem Ansehen etwas zu vergeben, wenn ihre Regierungsgeschäfte blos von einer geringen Anzahl von Ministern besorgt worden wären.

Wurde also gegen die Ernennung eines Justizministers überhaupt eigentlich von keiner Seite Einsprache erhoben, so war die Wahl der Persönlichkeit, welche nach Heckscher's Uebertritt in das Ministerium des Aeußern dessen bisherigen Posten einnehmen sollte, ein Gegenstand großer Meinungsverschiedenheit, und es war dies der einzige Fall, in welchem der gefaßte Entschluß den Wünschen Schmerling's nicht entsprach. Er hätte das Justizportefeuille, da es von vorneherein einem Mitgliede des linken Centrums bestimmt war, am liebsten in den Händen des Abgeordneten Widenmann aus Düsseldorf gesehen, an dem er einen „äußerst liebenswürdigen und versöhnlichen Charakter" rühmt. Aber da sich die Mehrzahl derer, welche dabei mitzureden hatten, und unter ihnen wohl am eifrigsten Heckscher, für den berühmten Rechtslehrer Robert von Mohl erklärte, fügte Schmerling sich diesmal. Natürlich versagte auch er den außergewöhnlichen wissenschaftlichen Verdiensten Mohl's und seinem tadellosen Charakter die gebührende Anerkennung nicht, aber er glaubte doch auch an ihm wieder bestätigt zu finden, daß so eingefleischte Juristen nur selten tüchtige Staatsmänner seien. Auch an ihm tadelte er seine Recht-

haberei und seinen „unglaublichen Eigensinn", und er behauptet, es habe beständig der größten Anstrengungen bedurft, um ihn abzubringen von seinen „mitunter extravaganten Ideen".

Das Ministerium war nun, und man muß es zugestehen, in übergroßer Anzahl gebildet, denn wenn man die acht Unterstaatssecretäre hinzurechnet, bestand es aus nicht weniger als fünfzehn Personen. Es wurde auch in den weitläufigen Localitäten des Taxis'schen Palastes, dort, wo früher die Bundesversammlung getagt, in einer Weise untergebracht, welche man eine glanzvolle zu nennen sich versucht fühlen dürfte. Aber dem äußeren Scheine entsprach die innere Wirklichkeit nicht ganz; es waren eben lauter Chefs und keine Untergebenen da. Kein einziger Schreiber, ja sogar kein Diener stand zur Verfügung, und auch an den nothwendigsten Einrichtungsstücken mangelte es. Und da noch überdies wenigstens im Anfange Niemand daran dachte, den Ministern und Unterstaatssecretären auch irgendwelche ihrer Stellung entsprechende Bezüge anweisen zu lassen, so war dieselbe kaum eine beneidenswerthe zu nennen. Dennoch schritten diejenigen, deren zum Theil sogar umfassende Arbeiten harrten, und unter ihnen stand Schmerling ohne Zweifel in vorderster Reihe, tapferen Muthes an dieselben.

„Der Reichsverweser ist zurück und das Ministerium vollständig," schrieb Schmerling am 4. August nach Wien; „ich athme auf, denn meine Arbeit und meine Verantwortlichkeit sind nun getheilt. Fürst Leiningen wird, dem Himmel sei Dank, die Repräsentation übernehmen, ich aber verlasse das Bundespalais, wo ich zu Tode gehetzt wurde, und ziehe mich in meine bescheidene Wohnung zurück, in

welcher ich für Niemand sichtbar sein werde, denn ich will von nun an fremde Besucher nur mehr in meinem Bureau empfangen. In meiner Wohnung aber hoffe ich auf einige Ruhe."

In den nächstfolgenden Tagen wurde diese von Schmerling so heiß ersehnte Ruhe nicht so sehr durch Arbeit als durch einen Ausflug unterbrochen, auf welchem er als Minister des Reichsverwesers denselben zu begleiten die nicht unwillkommene Pflicht hatte. Es handelte sich um das Dombaufest, welches am 14. und 15. August in Köln stattfinden, und bei dem, was ihm erhöhtes Interesse verlieh, der Erzherzog mit dem Könige von Preußen zusammentreffen sollte. Es kann natürlich auch nicht von fern daran gedacht werden, die schon so oft wiederholte Beschreibung dieser Festlichkeit hier neuerdings auftischen zu wollen, und es wird genügen, der Eindrücke zu gedenken, welche deren Verlauf auf Schmerling hervorbrachte und denen er, wie es schon so in seiner Gewohnheit lag, in seinen vertraulichen Mittheilungen nach Wien manchmal recht sarkastischen Ausdruck verlieh.

So forderte in Bieberich, wo er das erste Mal eine deutsche Bürgerwehr sah, sowie noch am selben Tage in Coblenz und in Köln deren Aussehen, das er ein wahrhaft klägliches nennt, seinen bittersten Spott heraus. „Die tapferen Männer waren nämlich," so sagt er von ihnen, „in Civilkleidung und mit ihren gewöhnlichen Hüten angethan; als Zeichen ihrer kriegerischen Bestimmung hatten sie nur eine Patrontasche und eine Bajonnettscheide umgeschnallt. Nicht das geringste Ansehen genießt diese Bürgerwehr in den rheinischen Städten, und sie ist dort ganz außer Stande, die Ordnung aufrecht zu erhalten. In Köln

wenigstens, wo sie die Aufgabe hatte, Spalier zu bilden, den Zugang zum Dome freizuhalten und die Procession vor dem Andrange der Bevölkerung zu schützen, wurde sie in einer Weise umhergestoßen, daß sie für mich mehr ein Gegenstand des Erbarmens als der Bewunderung war."

Ebenso bot auch die schwer zu beschreibende Ueberfüllung des Dampfers, welcher den Erzherzog und seine Begleiter in Bieberich aufnahm, einen Gegenstand für spöttische Bemerkungen Schmerling's dar. Außerdem daß die Nationalversammlung aus ihrer Mitte fünfundzwanzig Delegirte gewählt, welche, den Präsidenten Heinrich von Gagern an der Spitze, sich als Deputation nach Köln begeben sollten, hatten sich, einer Einladung Gagern's folgend, unendlich viele andere Mitglieder der Versammlung, und zwar mit ihren Frauen und Töchtern eingefunden. In so erschreckendem Maße war die Zahl der weiblichen Mitreisenden angewachsen, daß sie die der Männer fast noch übertraf. Alle nur irgendwie erträglichen Plätze waren von ihnen besetzt, und aller vorhandene Mundvorrath wurde von ihnen verzehrt, so daß Schmerling und die übrigen Minister den ganzen Tag über keinen Bissen genossen und schließlich außerordentlich froh waren, als der Schiffscapitän sich ihrer erbarmte und mit einiger kalter Küche sie wenigstens von dem quälendsten Hunger befreite.

Wichtiger als dies war eine Meinungsverschiedenheit, welche sich zwischen Schmerling und seinem politischen und persönlichen Freunde Heinrich von Gagern über die Begrüßung des Königs von Preußen durch den Reichsverweser ergab. Beide damals in Frankfurt anwesende Brüder Gagern, Heinrich und Max, standen in den besten Beziehungen zu Schmerling, nicht nur weil sie in der Pauls-

kirche zu einer und derselben Partei gehörten, sondern wohl mehr noch, weil sie sich gegen Schmerling zu Dank verpflichtet fühlten. Denn noch als Vertrauensmann bei der Bundesversammlung hatte er seinen Einfluß auf den damaligen Präsidialgesandten Grafen Colloredo dazu benützt, es zuwege zu bringen, daß ein sehnlicher Wunsch der Familie Gagern in Erfüllung ging und dem ältesten der Brüder, Namens Friedrich, das Commando über die gegen die Freischaaren Hecker's ins Feld rückenden Bundestruppen aufgetragen wurde. Der unglückliche Ausgang dieser Mission, welche bekanntlich dem General Friedrich von Gagern das Leben kostete, änderte natürlich nichts an der Dankbarkeit seiner Brüder für Schmerling, und auch die jetzt auftauchende Meinungsverschiedenheit brachte keinerlei dauernde Verstimmung zwischen ihm und Heinrich von Gagern hervor.

Um die Begegnung zwischen dem Könige von Preußen und dem Reichsverweser so feierlich und gleichzeitig so verbindlich als nur immer möglich zu gestalten, war verabredet worden, daß Beide sich vorerst durch Delegirte begrüßen lassen sollten. Demgemäß bewillkommte der preußische Generallieutenant von Brandt im Auftrage des Königs den Reichsverweser in Coblenz, wo derselbe zuerst preußisches Gebiet betrat. Der Erzherzog aber hatte dem Könige den Fürsten Lichnowsky mit dem gleichen Auftrage entgegengesendet, eine Wahl, welche Gagern's ganzes Mißfallen erregte. Denn wegen der Impopularität, welche sich der sonst hochbegabte Fürst durch sein herausforderndes Wesen in der Nationalversammlung zugezogen hatte, sah ihn Gagern nicht als den richtigen Repräsentanten einer Reichscentralgewalt an, welche es niemals verkennen sollte, daß doch eigentlich in dieser Versammlung die Wurzeln ihrer Existenz lagen.

Auch wer der Einsprache Gagern's eine gewisse Berechtigung zuerkennt, wird doch einräumen müssen, daß die Wahl, welche er vorschlug, eine noch weit weniger glückliche gewesen wäre, als sie der Reichsverweser und seine Minister getroffen hatten. Ihm wäre, erklärte Gagern, der Abgeordnete von Köln, Franz Raveaux, als der richtige Mann erschienen, um dem Könige von Preußen zu dessen Begrüßung entgegengesendet zu werden.

Die an und für sich liebenswürdige und für einen Demokraten sogar gemäßigte Persönlichkeit Raveaux' soll hier ebensowenig einen Tadel erfahren, als seiner ungewöhnlichen Rednergabe die ihr gebührende Anerkennung versagt werden. Wer sich jedoch erinnert, daß Raveaux schon in seiner Jugend ein Militärflüchtling gewesen und als solcher, nachdem er lange Zeit hindurch in der Fremde umhergeschweift, nach seiner Rückkehr eine Arreststrafe abgebüßt, daß er im Vorparlamente neben Hecker für die Einführung der Republik gesprochen hatte, konnte wohl nicht daran zweifeln, daß, trotzdem er in der letzteren Zeit eine viel maßvollere Haltung angenommen, die Entgegensendung dieses „Cigarrenhändlers", wie man nach seiner bürgerlichen Stellung ihn nannte, von dem Könige von Preußen nicht wie eine Aufmerksamkeit, sondern eher als eine Beleidigung aufgefaßt worden wäre. Da es sich aber nur darum handeln konnte, den König zu ehren und seine eigene Artigkeitsbezeigung in passender Weise zu erwiedern, so mußte die Wahl Lichnowsky's zur Absendung an ihn, wenn sich auch Manches dagegen einwenden ließ, noch immer für glücklicher als die des Abgeordneten Raveaux angesehen werden.

Einer und derselben Meinung waren dagegen Gagern und Schmerling in Bezug auf die Frage, wie sich der

Reichsverweser bei dem ersten Zusammentreffen mit dem Könige von Preußen verhalten solle. Der Wunsch war ihm angedeutet worden, er möge den König bei dessen Landung am Rheinufer empfangen, aber es war hierauf aus dem Grunde nicht eingegangen worden, weil der Erzherzog hiedurch nicht seine Stellung als Reichsverweser richtig gekennzeichnet und sich mitten unter die Unterthanen des Königs, gleichsam als zu ihnen gehörend gestellt hätte. Man griff daher zu dem Auskunftsmittel, daß der Erzherzog, sobald ihm die vollzogene Landung notificirt wäre, in Begleitung seiner Minister dem Könige entgegengehen und etwa auf halbem Wege mit ihm zusammentreffen solle.

So geschah es denn auch wirklich. In die Uniform seines preußischen Regimentes gekleidet, welches ihm zu Ehren für diesen Tag aus seiner Garnison nach Köln beordert worden war, das Großband des Schwarzen Adlers um die Brust, ging der Erzherzog dem Könige entgegen. Ungemein herzlich war ihre Begrüßung, der König umarmte mehrmals den Erzherzog, und Beide traten nun zu Fuß und in lebhaftem Gespräche den Weg nach dem Regierungsgebäude an, wobei es nicht unbemerkt blieb, daß der König den Erzherzog als seinen Gast dazu nöthigte, zur rechten Seite zu gehen.

Bei der hierauf folgenden Vorstellung der gegenseitigen Begleitung berührte es Schmerling erfreulich, daß sowohl der König als sein Bruder Prinz Karl, welch' Letzterer als steif und hochmüthig galt, sich ihm gegenüber ungemein freundlich erwiesen. Er irrte wohl nicht, wenn er dies zumeist seiner ersten in der Paulskirche gehaltenen Rede zuschrieb, in der er die preußische Garnison zu Mainz gegen die wider sie erhobenen Anklagen so eifrig in Schutz nahm.

Als eine glückliche Fügung betrachtete es Schmerling, daß bei dem Festmale, welches der Feierlichkeit im Dome folgte, Alexander von Humboldt sein Nachbar war, und er müsse bekennen, sagt er hierüber, daß er im unausgesetzten Gespräche mit ihm den eigentlichen Zweck des Banketts so ziemlich aus den Augen verlor. Erst als die Trinksprüche des Reichsverwesers, des Königs von Preußen und Heinrichs von Gagern ausgebracht wurden, welche damals so viel Aufsehen und so großen Jubel erregten, wandte sich Schmerling's Aufmerksamkeit wieder mehr den Vorgängen im Saale zu. Ihr entging es auch nicht, daß der König den großen vor ihm stehenden, mit köstlichem Weine gefüllten Pokal auf Einen Zug leerte und hierauf sogar nach altdeutscher Sitte die Nagelprobe machte.

Auch am nächsten Tage ging es froh her, und zwar auf Schloß Brühl, wo der König dem Reichsverweser ein Festmahl gab. Alles erschrak, als Friedrich Wilhelm hiebei zu Ehren seines Gastes in der Uniform seines österreichischen Husarenregimentes erschien, welche ihn, so kleidsam sie auch sonst sein mag, als stark beleibten Mann aufs Aeußerste entstellte. Hiezu kam noch seine hochgradige Kurzsichtigkeit, die ihn nöthigte, die Leute, mit denen er sprach, aus allernächster Nähe, ja sogar durch sein Glas zu betrachten, und das ungetheilte Interesse, das er für Speise und Trank an den Tag legte. Unausgesetzt mußte ihn sein Kammerdiener auf die besten Stücke in den Schüsseln aufmerksam machen; jede Sorte Wein wurde ihm genannt, und er prüfte sie mit der bedächtigen Miene eines Kenners.

War der Eindruck, welchen der König von Preußen, so aus nächster Nähe gesehen, auf Schmerling hervorbrachte,

gerade kein erhebender zu nennen, so war derjenige, den er von seinem diesmaligen Nachbar, dem Kölner Erzbischofe Johannes von Geissel empfing, ein wohlthuender für ihn. Eine ungemein anziehende Erscheinung nennt er ihn, ganz das Bild eines Kirchenfürsten, wie er sein soll, voll apostolischer Würde, aber gleichzeitig voll Milde und Güte, von einem wahrhaft gewinnenden Benehmen.

Zu der geräuschvollen Hinfahrt nach Köln stand die anspruchslose Rückkehr von dort nach Frankfurt in anmuthendem Contraste. Auf dem Schiffe, welches der Reichsverweser in Bonn bestieg, waren außer dessen Ministern und seinen beiden Adjutanten nur noch Lichnowsky, dessen Mission beendigt war, und eine einzige Dame, die Frau des Finanzministers Beckerath anwesend, welche ihren Gatten nach Frankfurt zu begleiten gedachte. Bescheiden wollte sie sich zurückziehen, aber in freundlichster Weise wurde sie von dem Erzherzog gebeten, in der Gesellschaft zu bleiben. Liebenswürdig und leutselig wie er war, wußte er das Gespräch auf eine Menge interessanter Dinge zu lenken. Schmerling aber war es außerdem willkommen, daß er bei dieser Gelegenheit in etwas nähere Berührung mit Lichnowsky gerieth. Er fand in ihm einen Mann von scharfem Verstande und umfassender Bildung, den man mit Unrecht, weil er in Spanien in der carlistischen Armee gedient hatte, für einen bloßen Abenteurer ausschrie. Da er sich bei diesem Zusammensein von der nicht gewöhnlichen Begabung des Fürsten überzeugte und dessen ganze ritterliche Persönlichkeit ihm, der für solche Eigenschaften stets gar lebhafte Sympathien besaß, ungemein zusagte, so mußte Schmerling binnen kürzester Frist das wirklich schreckliche Ende des Fürsten um so schmerzlicher beklagen.

Unendlich viel anspruchsloser als die Festlichkeiten zu Köln, aber für die treuen österreichischen Vaterlandsfreunde, deren sich doch gar viele in Frankfurt zusammenfanden, wahrhaft erhebend war eine kirchliche Feier, ein Trauergottesdienst, welcher etwa zwei Wochen später, und zwar am 2. September für die in Italien gefallenen österreichischen Soldaten in der Domkirche abgehalten wurde. Der Reichsverweser und seine Gemahlin, die in Mainz befindlichen österreichischen Officiere und Deputationen der dortigen sowohl österreichischen als preußischen Garnison, eine große Anzahl österreichischer Abgeordneter und sehr viele aus anderen deutschen Ländern, unter ihnen auch Heinrich Gagern fanden in der Paulskirche sich ein, in welcher zwei tirolische Mitglieder der Nationalversammlung, und zwar Beda Weber das Requiem celebrirte, Alois Flir aber eine ungemein schöne und ergreifende Gedächtnißrede hielt. Am Schlusse des Hochamtes wurde auf der Orgel die österreichische Volkshymne gespielt, und mit ihr endigte eine Feier, welche zu dem Benehmen des Reichsrathes in Wien, der es bekanntlich abgelehnt hatte, der österreichischen Armee für ihre siegreichen Erfolge in Italien seinen Dank zu votiren, ein merkwürdiges Gegenstück bildete.

Nach dem Requiem begab sich Schmerling, von einem österreichischen Abgeordneten, dem Obersten von Mayern begleitet, der für diesen Tag seine Uniform angelegt hatte, in den Gasthof, in welchem er für die Deputation der österreichischen Truppen ein Festmahl veranstaltet hatte. Als er sich dort mit einigen Soldaten in ein Gespräch einließe und sie fragte, ob sie denn auch zufrieden seien, da sprachen sie einstimmig ihr inniges Bedauern darüber aus, daß sie zu Mainz in Garnison stehen müßten, während es ihren

Waffenbrüdern in Italien vergönnt sei, so glänzende Siege zu erfechten. Und als ihnen Schmerling, um sie zu trösten, die Bemerkung hinwarf, es liege am Ende die Vertheidigung einer Festung doch auch in ihrem soldatischen Berufe, da antwortete ihm ein Feldwebel von den Pionnieren ohne jegliches Besinnen: „Excellenz, wenn es einen Krieg gibt, gehört ein braver Soldat nur vor den Feind.“

Schmerling konnte sich nicht enthalten, in diesem Momente einen bedeutsamen Blick auf seinen Begleiter, den Oberst von Mayern zu werfen, der ihn denn auch gleich verstand und verlegen zur Seite trat. Schmerling aber brachte, von den Soldaten sich verabschiedend, einen Toast auf Radetzky aus, in welchen dieselben mit frenetischem Jubel einstimmten.

Nur drei Tage später, am 5. September trat ein Ereigniß ein, welches der Amtswirksamkeit des Reichsministeriums und somit auch derjenigen Schmerling's urplötzlich ein Ende zu machen schien.

Die Septembertage.

Fast drei Monate waren seit jenem Beschlusse der Nationalversammlung vom 9. Juni verflossen, durch welchen sie in Folge des gewiß nicht hinreichend begründeten Rückzuges der preußischen und deutschen Truppen unter Wrangel energische Maßregeln zu nachdrücklicher Fortführung und rascher Beendigung des Krieges gegen Dänemark verlangt sowie die Erwartung ausgesprochen hatte, bei dem Abschlusse des Friedens würden die Rechte der Herzogthümer Schleswig-Holstein und die Ehre Deutschlands gewahrt werden. Wirklich schien es eine Zeit lang, als ob diese Hoffnungen in Erfüllung gehen sollten. In Folge der ansehnlichen Verstärkung seiner Armee durch Bundestruppen hatte Wrangel die Kriegführung mit größerer Energie wieder aufgenommen, und die seitherige Schaffung der deutschen Centralgewalt, welcher ja gesetzlich die Befugniß zugesprochen war, über Krieg und Frieden sowie über Verträge mit fremden Mächten im Einverständnisse mit der Nationalversammlung zu beschließen, ließ wenigstens in der letzteren keinen Zweifel übrig, wer in der auf Schleswig-Holstein bezüglichen Frage die eigentlich entscheidende Behörde sei.

Sie in dieser Meinung zu bestärken, war nicht nur vom Reichsministerium, sondern auch von preußischer Seite

nicht wenig geschehen. Emphatisch hatte Wrangel erklärt, er werde nie einen anderen Waffenstillstand als einen solchen schließen, welcher der Ehre Deutschlands angemessen und so beschaffen sei, daß er von Seite der Centralgewalt genehmigt werden könne. Schmerling und Peucker hatten über ausgiebige Maßregeln berichtet, welche ergriffen worden seien, um Dänemark zu einem für Deutschland ehrenvollen Frieden zu zwingen. Sie hatten dabei im besten Glauben gehandelt und waren daher peinlichst berührt, als plötzlich wieder ein Stillstand in den Operationen eintrat und die gänzliche Beendigung derselben in Vorschlag gebracht wurde. Aber andererseits sahen sie doch auch wieder ein, daß wenn Preußen sich der Erfüllung seiner Bundespflicht entzog, nicht mehr an eine gedeihliche Fortführung des Krieges gedacht werden könne, sondern dem Abschlusse eines wenigstens erträglichen Friedens immerhin der Vorzug gegeben werden müsse.

Um einen möglichst befriedigenden Ausweg aus dieser schwierigen Lage zu finden, sandte das Reichsministerium einen seiner Unterstaatssecretäre, den Freiherrn Max von Gagern nach Berlin und den Herzogthümern ab und ließ durch ihn diejenigen Punkte bezeichnen, deren Beobachtung ihm bei Abschluß eines Waffenstillstandes vor Allem wünschenswerth zu sein schien. Daß nun plötzlich ein solcher zu Malmö ohne irgendwelche Berücksichtigung dieser Punkte abgeschlossen, und daß zwar die Convention zu ihrer Genehmigung der Centralgewalt vorgelegt, aber doch schon, ohne hierauf zu warten, die Bundesarmee unverzüglich in die neu verabredeten Demarcationen zurückgezogen wurde, versetzte das Reichsministerium in nicht geringe Bestürzung. Denn es mußte ja von diesem wahrhaftig nicht zu entschul-

digenden Verfahren Preußens die übelste Rückwirkung auf die deutschen Verhältnisse und insbesondere auf die National-versammlung vorhersehen.

In der letzteren kam es denn auch, und zwar ohne alle Säumniß, zu einem Sturme, wie er selbst in dieser doch so leicht erregbaren Versammlung noch niemals getobt hatte.

Mit Recht erkannte es das Reichsministerium als seine erste Pflicht, die ihm zugekommenen Nachrichten, so traurig dieselben auch lauten mochten, unverzüglich zur Kenntniß der Nationalversammlung zu bringen, deren Mitgliedern sie übrigens gleichzeitig durch die Zeitungen sowie durch Privatverbindungen bekannt wurden. Dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Heckscher, fiel die wenig dankbare Aufgabe zu, der Nationalversammlung die ersten Eröffnungen zu machen. In sichtlicher Aufregung theilte er ihr am 4. September gleich nach Beginn der Sitzung mit, daß am 26. August der Waffenstillstand abgeschlossen worden sei, daß darin jedoch wesentliche Abweichungen von dem Inhalte der Bedingungen vorkämen, unter denen die Centralgewalt ihre Vollmacht hiezu ausgestellt habe. Die letztere sei daher ebenso zur Genehmigung des Waffenstill-standes wie zu deren Vorenthaltung berechtigt. Um es der Nationalversammlung möglich zu machen, ihre Beschluß-fassung auf eine reifliche Erwägung der hiebei in Betracht zu ziehenden Umstände zu gründen, sei die unverzügliche Drucklegung der betreffenden Actenstücke veranstaltet worden. Sobald sie vertheilt worden wären, könne sogleich an die Berathung geschritten und schon jetzt ein Tag für dieselbe bestimmt werden.

Unmittelbar nach Heckscher erschien Dahlmann auf der Tribüne. So linkisch er dieselbe auch besteigen, so unbe-

hilflich er sich auf ihr bewegen mochte, vor der tiefen Bewegung, welche diesen mit Recht so allgemeiner Verehrung sich erfreuenden Mann durchzitterte, mußte auch der übermüthigste Spötter verstummen, und in tiefstem Schweigen harrte die Versammlung der aus seinem so unschön aufgeworfenen Munde nur mühsam hervorquellenden Worte. Er las eine von ihm an den Präsidenten der Nationalversammlung gerichtete Interpellation vor, in der er nach Anführung der Umstände, unter denen der Abschluß des Waffenstillstandes erfolgt war, die Anfrage stellte, ob derselbe mit Genehmigung des Reichsministeriums geschehen oder ob es seine Zustimmung zu versagen gewillt sei. Vor noch nicht drei Monaten, auf diesen einzigen Zusatz zu seiner Interpellation beschränkte er sich, sei in der Paulskirche beschlossen worden, daß in der schleswig-holstein'schen Sache vor Allem die Ehre Deutschlands gewahrt werden solle.

„Die Ehre Deutschlands!" Wie ein Blitzstrahl durchzuckte dieses Wort, von welchem Jeder empfand, daß es dem, der es ausgesprochen, aus tiefinnerstem Herzensgrunde kam, die ganze Versammlung. Dennoch gewann auch jetzt wieder die Besonnenheit wenigstens insofern die Oberhand, daß beschlossen wurde, die ganze Angelegenheit den betreffenden Ausschüssen zu unverzüglicher Vorberathung zu überweisen und sie erst am folgenden Tage, den 5. September, wenn auch die auf sie bezüglichen gedruckten Actenstücke vertheilt sein würden, der Discussion in der Nationalversammlung zu unterziehen.

Hiedurch gewann auch das Reichsministerium zu eingehender Beschäftigung mit der Sache Zeit, denn auch in seinem Schooße waren die Meinungen über die zu beobachtende Haltung getheilt. Hauptsächlich war es der Justiz-

minister Robert Mohl, welcher Anfangs der beabsichtigten Genehmigung des Waffenstillstandes durch die Centralgewalt heftig widersprach, und Schmerling nimmt das Verdienst für sich in Anspruch, durch seine ruhige und consequente Darlegung der verderblichen Folgen einer Verwerfung des Waffenstillstandes endlich auch Mohl bewogen zu haben, seinen Widerstand fallen zu lassen und sich dem genehmigenden Votum seiner übrigen Collegen zuzugesellen. Daß Schmerling trotz der großen Ueberwindung, die ihn dies kostete, denn auch er konnte das Verfahren der preußischen Regierung nur höchlich mißbilligen, mit solchem Nachdrucke in diesem Sinne sich aussprach, kann als ein neuer und überzeugender Beweis für seinen staatsmännischen Sinn gelten, welcher thatsächlich Unausführbares ganz außer dem Bereiche seiner Bestrebungen ließ. Und außerdem zeigte er hiedurch, daß er ein viel besserer Deutscher als so mancher derjenigen war, welche ihn hinterher einen österreichischen Particularisten zu schelten sich anmaßten. Denn wäre er wirklich ein solcher gewesen, so hätte es für ihn kaum etwas Willkommeneres geben können, als das damals nur sehr schwer zu vermeidende Zerwürfniß mit Preußen zu einer vollendeten Thatsache werden zu lassen. Obgleich ein solcher Bruch nur Oesterreich hätte zu Gute kommen können, so war doch Schmerling aufs Aeußerste für dessen Abwendung bemüht, weil er hieraus unermeßliches Unheil für Deutschland vorhersah.

Aber so ruhigen und staatsmännischen Erwägungen waren gar manche sonst besonnene Mitglieder der Paulskirche und unter ihnen auch derjenige nicht zugänglich, welcher als Verfasser eines berühmten Buches über Politik gerade so ausgezeichnet über sie zu schreiben, als er nur

nicht wenig geschehen. Emphatisch hatte Wrangel erklärt, er werde nie einen anderen Waffenstillstand als einen solchen schließen, welcher der Ehre Deutschlands angemessen und so beschaffen sei, daß er von Seite der Centralgewalt genehmigt werden könne. Schmerling und Peucker hatten über ausgiebige Maßregeln berichtet, welche ergriffen worden seien, um Dänemark zu einem für Deutschland ehrenvollen Frieden zu zwingen. Sie hatten dabei im besten Glauben gehandelt und waren daher peinlichst berührt, als plötzlich wieder ein Stillstand in den Operationen eintrat und die gänzliche Beendigung derselben in Vorschlag gebracht wurde. Aber andererseits sahen sie doch auch wieder ein, daß wenn Preußen sich der Erfüllung seiner Bundespflicht entzog, nicht mehr an eine gedeihliche Fortführung des Krieges gedacht werden könne, sondern dem Abschlusse eines wenigstens erträglichen Friedens immerhin der Vorzug gegeben werden müsse.

Um einen möglichst befriedigenden Ausweg aus dieser schwierigen Lage zu finden, sandte das Reichsministerium einen seiner Unterstaatssecretäre, den Freiherrn Max von Gagern nach Berlin und den Herzogthümern ab und ließ durch ihn diejenigen Punkte bezeichnen, deren Beobachtung ihm bei Abschluß eines Waffenstillstandes vor Allem wünschenswerth zu sein schien. Daß nun plötzlich ein solcher zu Malmö ohne irgendwelche Berücksichtigung dieser Punkte abgeschlossen, und daß zwar die Convention zu ihrer Genehmigung der Centralgewalt vorgelegt, aber doch schon, ohne hierauf zu warten, die Bundesarmee unverzüglich in die neu verabredeten Demarcationen zurückgezogen wurde, versetzte das Reichsministerium in nicht geringe Bestürzung. Denn es mußte ja von diesem wahrhaftig nicht zu entschul-

sich begreife, zurücktreten, derselbe doch mit 238 gegen 221, also mit der freilich nur geringen Mehrheit von siebzehn Stimmen zum Beschlusse erhoben wurde.

Erst kurz vor Eintritt der Dämmerung, um halb sieben Uhr Abends endigte die Sitzung, und unverzüglich begaben sich sämmtliche Minister nach der Villa, welche der Erzherzog erst wenige Tage zuvor in der von einem der Stadtthore Frankfurts nach Bockenheim führenden Straße bezogen hatte. Nach streng constitutionellem Brauche baten sie um ihre Entlassung, welche ihnen denn auch vom Reichsverweser mit dem Ersuchen zugestanden wurde, bis zur Einsetzung eines neuen Ministeriums die laufenden Geschäfte noch weiter zu führen. Und es verstand sich gewissermaßen von selbst, daß der geistige Leiter der Opposition, welche das Ministerium zum Sturze gebracht hatte, dem Reichsverweser als derjenige bezeichnet wurde, der zuerst zu beauftragen wäre, ein neues zu bilden. Allsogleich erging denn auch an Dahlmann die entsprechende Berufung.

Die Stimmung, in welcher Schmerling sich nach seinem Rücktritte befand, geht aus einem vertraulichen Briefe, den er am 6. September nach Wien schrieb, deutlich hervor. „Derselbe geschah," so lauten seine Worte, „in Folge des von der Nationalversammlung gefaßten Beschlusses, den Waffenstillstand mit Dänemark zu brechen. Das ganze Ministerium war einstimmig für ihn. Es trat daher zurück, wie ich glaube zu seinem Ruhme, es seinen Nachfolgern überlassend, ohne Preußen und Oesterreich einen Krieg zu führen, für welchen außer den Turnern und den Studenten kein Mensch sich interessirt. Heute ist diese siegreiche Majorität, welche allein die Ehre Deutschlands zu wahren weiß, in der größten Bestürzung über ihren Sieg, denn sie findet

schlecht sie praktisch auszuüben verstand. Dahlmann war es wieder, der als Berichterstatter der Majorität der Ausschüsse deren Antrag einbrachte und vertheidigte, die Nationalversammlung möge die Sistirung der zur Ausführung des Waffenstillstandes ergriffenen militärischen und sonstigen Maßregeln beschließen. Die Minorität, als deren Berichterstatter Schubert aus Königsberg fungirte, schlug vor, die Abstimmung über die Sistirung des Waffenstillstandes noch zu verschieben.

Allerdings ging aus den Beweggründen, welche für diese letztere Anschauung angeführt wurden, ziemlich deutlich das Bestreben hervor, später zur Anerkennung des Waffenstillstandes zu gelangen. Jeden Zweifel darüber zerstreute Schmerling, der mit dem männlichen Muthe, der ihn kennzeichnete, im Namen des Reichsministeriums die unzweideutige Erklärung abgab, dasselbe werde aus unabweislichen Gründen der Nothwendigkeit nicht auf Verwerfung des Waffenstillstandes antragen. Ein Strom der leidenschaftlichsten Reden von Seite der Führer der äußersten Linken wurde hiedurch entfesselt, was freilich wieder das Gute nach sich zog, daß viele der besonnener urtheilenden Männer im Centrum, welche zur Verwerfung des Waffenstillstandes hinneigten, über die Alliirten erschraken, in deren Gesellschaft sie jetzt plötzlich gerathen waren, und an dem Werthe einer Sache zu zweifeln begannen, welche solche Vertheidiger fand. Aber gar Mancher aus ihnen, insbesondere Dahlmann, konnte nicht mehr zurück, und so kam es, daß trotz der durch Schmerling am Schlusse der Debatte erneuerten Erklärung, das Ministerium werde im Falle der Annahme des Majoritätsantrages, welcher seiner Meinung nach die Verwerfung des Waffenstillstandes in

sich begreife, zurücktreten, derselbe doch mit 238 gegen 221, also mit der freilich nur geringen Mehrheit von siebzehn Stimmen zum Beschlusse erhoben wurde.

Erst kurz vor Eintritt der Dämmerung, um halb sieben Uhr Abends endigte die Sitzung, und unverzüglich begaben sich sämmtliche Minister nach der Villa, welche der Erzherzog erst wenige Tage zuvor in der von einem der Stadtthore Frankfurts nach Bockenheim führenden Straße bezogen hatte. Nach streng constitutionellem Brauche baten sie um ihre Entlassung, welche ihnen denn auch vom Reichsverweser mit dem Ersuchen zugestanden wurde, bis zur Einsetzung eines neuen Ministeriums die laufenden Geschäfte noch weiter zu führen. Und es verstand sich gewissermaßen von selbst, daß der geistige Leiter der Opposition, welche das Ministerium zum Sturze gebracht hatte, dem Reichsverweser als derjenige bezeichnet wurde, der zuerst zu beauftragen wäre, ein neues zu bilden. Allsogleich erging denn auch an Dahlmann die entsprechende Berufung.

Die Stimmung, in welcher Schmerling sich nach seinem Rücktritte befand, geht aus einem vertraulichen Briefe, den er am 6. September nach Wien schrieb, deutlich hervor. „Derselbe geschah,“ so lauten seine Worte, „in Folge des von der Nationalversammlung gefaßten Beschlusses, den Waffenstillstand mit Dänemark zu brechen. Das ganze Ministerium war einstimmig für ihn. Es trat daher zurück, wie ich glaube zu seinem Ruhme, es seinen Nachfolgern überlassend, ohne Preußen und Oesterreich einen Krieg zu führen, für welchen außer den Turnern und den Studenten kein Mensch sich interessirt. Heute ist diese siegreiche Majorität, welche allein die Ehre Deutschlands zu wahren weiß, in der größten Bestürzung über ihren Sieg, denn sie findet

kein Ministerium, ihn auszuführen, und Niemand triumphirt mehr als die abgetretenen Minister. Möglich, daß diese hochweise Majorität, welche sich gestern selbst beklatschte, noch einen Beschluß zurücknehmen wird, den Niemand ausführt."

„So wäre ich wieder der einfache Abgeordnete, und ich versichere Sie, daß ich mich schon lang nicht so leicht und so wohl fühlte wie heute, indem ich in wenigen Tagen die glänzendste Satisfaction zu erleben gedenke!"

Die Zuversicht, welche in diesen Worten sich ausspricht, wurde im Verlaufe der nächsten Tage nur noch gesteigert. „Nicht wir," heißt es in einem Briefe Schmerling's vom 10. September, „sondern diejenigen werden eine Niederlage erleiden, welche so tobten, ganz Europa herausforderten und nun doch den Waffenstillstand genehmigen werden. Die siegreiche Majorität vermag kein Ministerium zu bilden, und sie kann ihre Beschlüsse nicht ausführen; ist es möglich, sich noch tiefer zu demüthigen? Ich aber bin so heiter, so zuversichtlich und so voll Entschiedenheit wie nur je."

Als Schmerling diese Worte zu Papier brachte, war die Vorhersagung, welche sie enthielten, fast schon in Erfüllung gegangen. Nachdem Dahlmann nach angestrengter, aber fruchtloser Bemühung die förmliche Erklärung abgegeben hatte, es sei ihm nicht möglich, ein Ministerium zu Stande zu bringen, betraute der Reichsminister den zweiten Vicepräsidenten der Nationalversammlung, den bekannten volkswirthschaftlichen Schriftsteller Friedrich Hermann aus München, welcher als Mitglied des linken Centrums gleichfalls gegen den Waffenstillstand gestimmt hatte, mit dieser Aufgabe.

Es kann nicht gesagt werden, daß Hermann trotz seiner Stellung als Vicepräsident in der Paulskirche das Ansehen genoß, auf welches ihm seine unleugbare wissenschaftliche Bedeutung ohne Zweifel einen gewissen Anspruch verlieh. Man erzählte sich von ihm, daß er in die so befremdliche Angelegenheit, die sich in den jüngst vergangenen Jahren zwischen König Ludwig von Baiern und der Abenteurerin Lola Montez abgespielt hatte, in einer wenngleich nicht besonders markanten, aber doch ihm nicht gerade zur Ehre gereichenden Weise verwickelt gewesen sei. Auch in Frankfurt wollte man an ihm eine zwischen rechts und links hin- und herschwankende Haltung wahrnehmen, welche von einem gewissen Haschen nach Popularität keineswegs frei war. Für die Rechte zu weit links, für die eigentliche Linke zu weit rechts, war er bei keiner der großen Parteien wirklich beliebt, und wenn die Linke ihm jetzt zujubelte, so geschah es wohl nur deshalb, weil sie in ihm ein gefügiges Werkzeug zur Durchsetzung ihrer Entwürfe erblicken zu dürfen glaubte.

War Hermann kein politischer Charakter, so bewies er bei diesem Anlasse, daß er auch weder politischen Tact, noch parlamentarische Begabung besaß. Die Art und Weise, in der er in der Sitzung vom 16. September über seine Berufung zur Bildung eines Ministeriums berichtete, die Ursachen, aus denen die ganze Verwicklung entstanden war, als unbedeutend, und die Mittel, durch die ihr rasch und leicht ein Ende bereitet werden könne, als so naheliegend bezeichnete, daß ihre bisherige Außerachtlassung durch das frühere Ministerium kaum begreiflich erscheine, Alles dies gab sich, man muß es schon sagen, so possenhaft, daß ihm das Aergste passirte, was einem Candidaten um ein Minister-

portefeuille geschehen kann, daß er in kaum widerstehlicher Weise die allgemeine Lachlust erregte.

Auf Niemand konnten die Worte, die sie nun aus dem Munde Hermann's vernahmen, eine drastischere Wirkung als auf die früheren Minister hervorbringen. „Sie verhehlten nur mühsam," sagt ein Augenzeuge, Heinrich Laube, hierüber, „daß sie eine selige Stunde genössen, ja Schmerling konnte es nicht erwarten, daß der Präsident sein pantomimisches Ansuchen um das Wort nach diesem Acteur bemerkte. Auf seinen Wangen und um seinen Mund tanzte ein ganzes Corps de Ballet mephistophelischer Schelme." Und als er dann wirklich zu Wort kam, da vergalt Schmerling seinem Vorgänger auf der Tribüne, der zugleich sein Nachfolger im Ministerium werden wollte, seine Angriffe auf dasselbe mit einem so vernichtenden Sturzbade ätzender Laune, daß Hermann schon als gefallen betrachtet werden konnte, noch ehe ihm das Emporklimmen zur Ministerbank wirklich gelungen war. Während aber Dahlmann aus der kritischen Lage, in welche er sich durch seine treue Anhänglichkeit an die Sache der Herzogthümer hatte verlocken lassen, in unverminderter Hochachtung von Seite seiner Parlamentsgenossen wieder hervortrat, ließ sich nicht auch ein Gleiches von Hermann behaupten. Schmerling wenigstens nennt ihn in einem Briefe vom 14. September einen „sehr perfiden Kopf", und er verhehlt seine Freude nicht, daß derselbe „total Fiasco gemacht" habe.

Dieses „Fiasco" Hermann's wurde durch die Abstimmung besiegelt, welche nach dreitägiger ungemein leidenschaftlicher Debatte am Abende des 16. September vorgenommen und durch welche Schmerling's Vorhersagung ihrem ganzen Umfange nach bestätigt wurde. Die von der Mino-

rität der Ausschüsse beantragte Ermächtigung zur Genehmigung des in Malmö abgeschlossenen Waffenstillstandes wurde mit der gleichfalls nur schwachen Mehrheit von einundzwanzig Stimmen — 258 gegen 237 — ertheilt. Hiedurch trat aber auch das bisherige Ministerium wieder in seine frühere Stellung, mit Ausnahme des Fürsten Leiningen, welcher auf seiner Resignation beharrte, und Heckscher's, den seine Collegen nicht mehr zum Wiedereintritte auffordern konnten. Denn er hatte die Vertheidigung seines Verfahrens, bei der er sich mehr als plaidirender Advocat denn als Minister gezeigt, mit einer so verbissenen, nach allen Seiten hin verletzenden Leidenschaftlichkeit geführt, daß er selbst hiedurch der Möglichkeit, noch länger im Ministerium zu bleiben, jede Grundlage entzog. Das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten wurde auf Schmerling übertragen, und er übernahm auch, da die Stelle eines Ministerpräsidenten nicht wieder besetzt wurde, im Ministerrathe den Vorsitz.

Noch am Spätabende des 16. September hatten sich in Frankfurt Ereignisse zugetragen, welche darauf hinwiesen, daß die äußerste Linke den Kampf, den sie in der Paulskirche verloren, außerhalb derselben erneuern und, wie sie meinte, auf diesem veränderten Schauplatze siegreich durchfechten werde. Stürmisch bewegte Volksmassen durchströmten die Straßen; nach Heckscher, ja selbst nach dem altehrwürdigen Turnvater Jahn, welcher gleichfalls für den Waffenstillstand gestimmt hatte, wurde gesucht, und man scheute sich nicht, sie sogar am Leben zu bedrohen. Allgemeiner noch wurde die Bewegung am folgenden Tage, Sonntags den 17. September. In den Nachmittagsstunden fand auf der Pfingstweide, ganz nahe bei Frankfurt, zwischen dem Friedberger und dem Allerheiligenthore eine von Tausenden

besuchte Volksversammlung statt, in welcher die aufreizendsten Reden gehalten und die extravagantesten Beschlüsse gefaßt wurden. Direct gegen die Nationalversammlung waren sie gerichtet, denn die Mitglieder ihrer Majorität wurden für Verräther des deutschen Volkes, der deutschen Freiheit und Ehre erklärt. Schon am folgenden Tage sollte die Paulskirche erstürmt und die Nationalversammlung gesprengt, damit aber die Herrschaft der äußersten Linken und durch sie diejenige der niedersten Volksmassen proclamirt werden.

Genau in dem Augenblicke, in welchem Schmerling die ungemein schwierige Aufgabe bevorstand, mit ganz unzulänglich erscheinenden Hilfsmitteln diese verderblichen Anschläge zunichte zu machen, erhielt er einen Courier aus Wien mit Briefen, in denen die Minister Wessenberg und Doblhoff ihn auf Grundlage seines ihnen bekanntgewordenen Rücktrittes vom Reichsministerium aufs Dringendste baten, schleunigst nach Wien zu kommen, um dort ein Portefeuille, und zwar dasjenige Doblhoff's zu übernehmen. Sobald seine Zustimmung eingetroffen sei, werde der Kaiser, der sich hiezu schon vorläufig bereit erklärt habe, Schmerling's Ernennung zum Minister des Innern vollziehen.

Umgehend erwiederte Schmerling, daß er sich zwar durch den ihm gemachten Antrag äußerst geehrt fühle, daß er aber auf denselben wegen seines in der Zwischenzeit erfolgten Wiedereintrittes in das Reichsministerium unmöglich eingehen könne. Dieser Entschluß war ohne Zweifel ein glücklicher zu nennen, denn bei den ganz unglaublich entarteten Zuständen in Wien hätte die dortige Anwesenheit Schmerling's kaum mehr etwas zu nützen vermocht, während sein ungestörtes Verbleiben in Frankfurt sich im wahrsten Sinne des Wortes als heilbringend erwies.

Es kann nicht gesagt werden, daß Schmerling die ganze Gefahr, in welcher diese Stadt und mit ihr die in ihr tagende Nationalversammlung schwebte, gleich von allem Anfange an in ihrer vollen Ausdehnung erkannt hätte. In seiner furchtlosen Weise hatte er die Nachmittagsstunden des 17. September zu seiner Erholung außerhalb Frankfurt zugebracht und war nach seiner Heimkehr eben im Begriffe, sich etwas nach Mitternacht zur Ruhe zu begeben, als ihm ein dringendes Schreiben des Frankfurter Senates eingehändigt wurde. Die Stadt habe, so hieß es darin, sich zwar seinerzeit zum Schutze der Nationalversammlung bereit erklärt, aber unter den in den letzten Tagen eingetretenen, so überaus drohenden Umständen müsse der Senat die von ihm übernommene Verpflichtung als eine dem Reichsministerium obliegende betrachten, und er sehe daher den von demselben zu treffenden Verfügungen vertrauensvoll entgegen. Allsogleich veranlaßte Schmerling die Absendung eines Telegrammes nach Mainz zur Herbeirufung dortiger Truppen, denn schon während der stürmischen Verhandlungen über den Waffenstillstand hatte er mit dem Gouvernement dieser Festung die Bereithaltung von zwei Bataillonen zu deren unverzüglicher Entsendung nach Frankfurt verabredet. So rasch geschah dieselbe jetzt, daß schon am Frühmorgen des 18. September ein österreichisches und ein preußisches Bataillon in Frankfurt eintrafen.

Kurz darauf versammelte Schmerling seine Collegen im Reichsministerium zu einer Sitzung, in der er ihnen das Schreiben des Frankfurter Senates und die in Folge dessen angeordnete Herbeiziehung von Truppen aus Mainz mittheilte und zugleich aufs Entschiedenste die Ansicht vertrat, daß wenn es wirklich zu einer aufständischen Bewegung

besuchte Volksversammlung statt, in welcher die aufreizendsten Reden gehalten und die extravagantesten Beschlüsse gefaßt wurden. Direct gegen die Nationalversammlung waren sie gerichtet, denn die Mitglieder ihrer Majorität wurden für Verräther des deutschen Volkes, der deutschen Freiheit und Ehre erklärt. Schon am folgenden Tage sollte die Paulskirche erstürmt und die Nationalversammlung gesprengt, damit aber die Herrschaft der äußersten Linken und durch sie diejenige der niedersten Volksmassen proclamirt werden.

Genau in dem Augenblicke, in welchem Schmerling die ungemein schwierige Aufgabe bevorstand, mit ganz unzulänglich erscheinenden Hilfsmitteln diese verderblichen Anschläge zunichte zu machen, erhielt er einen Courier aus Wien mit Briefen, in denen die Minister Wessenberg und Doblhoff ihn auf Grundlage seines ihnen bekanntgewordenen Rücktrittes vom Reichsministerium aufs Dringendste baten, schleunigst nach Wien zu kommen, um dort ein Portefeuille, und zwar dasjenige Doblhoff's zu übernehmen. Sobald seine Zustimmung eingetroffen sei, werde der Kaiser, der sich hiezu schon vorläufig bereit erklärt habe, Schmerling's Ernennung zum Minister des Innern vollziehen.

Umgehend erwiederte Schmerling, daß er sich zwar durch den ihm gemachten Antrag äußerst geehrt fühle, daß er aber auf denselben wegen seines in der Zwischenzeit erfolgten Wiedereintrittes in das Reichsministerium unmöglich eingehen könne. Dieser Entschluß war ohne Zweifel ein glücklicher zu nennen, denn bei den ganz unglaublich entarteten Zuständen in Wien hätte die dortige Anwesenheit Schmerling's kaum mehr etwas zu nützen vermocht, während sein ungestörtes Verbleiben in Frankfurt sich im wahrsten Sinne des Wortes als heilbringend erwies.

andererseits das Parlamentslocal in weitem Umkreise von den beiden aus Mainz eingetroffenen Bataillonen umgeben. Der beruhigende Eindruck, den dieser letztere Anblick auf ihn hervorbrachte, wurde dadurch wieder vergällt, daß gerade ein Oesterreicher, Berger aus Wien es war, welcher den Reigen derer eröffnete, die inmitten der Versammlung gegen die zu ihrem Schutze getroffenen Maßregeln das Wort ergriffen. In dem ihm eigenen schneidenden und herausfordernden Tone erklärte Berger, er sehe die Nothwendigkeit einer solchen Truppenaufstellung nicht ein und stelle daher an das Ministerium die Frage, weshalb es dieselbe verfügt und dadurch die Freiheit der Berathung gestört habe.

Allsogleich antwortete Schmerling, es habe dieser Interpellation nicht erst bedurft, um ihn zu einer ohnedies beabsichtigten Mittheilung an die Versammlung zu veranlassen. Von dem an ihn gelangten Schreiben des Frankfurter Senates gab er ihr Kunde und reihte hieran die Erklärung, das Ministerium habe es als seine Pflicht erkannt, der ihm zugekommenen Aufforderung zu entsprechen. In ihrem ganzen Umfange werde es diese Pflicht erfüllen und daher gar nichts verabsäumen, was zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung erforderlich sei. Es hoffe aber auch, daß diejenigen, welche, wie immer irre geleitet, einen gewaltsamen Angriff gegen die Nationalversammlung planten, hievon durch den Gedanken abgeschreckt werden würden, daß dies Hochverrath sei.

Trotz dieser warnenden Worte Schmerling's, denen es an Beifall von Seite der besonneneren Elemente in der Paulskirche nicht fehlte, wurden von Seite der äußersten Linken die abenteuerlichsten Anträge auf Auflösung der Nationalversammlung, auf Zurückziehung der Truppen und

käme, dieselbe mit Strenge unterdrückt und jedes Pactiren mit den Ruhestörern sorgfältigst vermieden werden müsse. Als einige der Herren anfänglich Bedenken hiegegen äußerten, widerlegte sie Schmerling mit so drastischen Worten, daß endlich Alle, wenn auch nur allmälig ihre Zustimmung gaben. Durch dieses Zögern gewitzigt, stellte Schmerling es als ausdrückliche Bedingung hin, daß die Berathung des Ministeriums durch diesen Beschluß als definitiv beendigt betrachtet und dessen Durchführung ausschließlich nur ihm allein anvertraut werde. Selbstverständlich werde er sich, da es sich zunächst um militärische Maßregeln handle, mit dem Kriegsminister ins Einvernehmen setzen.

Durch diesen Beschluß des Reichsministeriums wurde in Schmerling's Hände eine Art Dictatur gelegt, welche je nach dem Ausgange der kommenden Ereignisse ihm zu hohem Ruhme gereichen, aber auch für ihn die verderblichsten Folgen nach sich ziehen konnte. Auf Alles gefaßt, machte Schmerling von der ihm nun ertheilten Machtvollkommenheit dadurch den ersten Gebrauch, daß er die Aufstellung der zwei aus Mainz eingetroffenen Bataillone in der Nähe der Paulskirche anordnete, um deren unmittelbaren Schutz es ja zunächst sich handelte. Außerdem veranlaßte er den Kriegsminister, schleunigst den Befehl nach Mainz abgehen zu lassen, von dort aus unverzüglich auch noch zwei andere Bataillone nach Frankfurt zu entsenden.

Inzwischen war es neun Uhr geworden und damit die Stunde herangekommen, zu welcher die Sitzung der Nationalversammlung eröffnet zu werden pflegte. Als Schmerling sich zu derselben nach der Paulskirche begab, fand er einerseits die Straßen von einer zahlreichen, nicht gerade einladend aussehenden Menschenmenge erfüllt und

andererseits das Parlamentslocal in weitem Umkreise von den beiden aus Mainz eingetroffenen Bataillonen umgeben. Der beruhigende Eindruck, den dieser letztere Anblick auf ihn hervorbrachte, wurde dadurch wieder vergällt, daß gerade ein Oesterreicher, Berger aus Wien es war, welcher den Reigen derer eröffnete, die inmitten der Versammlung gegen die zu ihrem Schutze getroffenen Maßregeln das Wort ergriffen. In dem ihm eigenen schneidenden und herausfordernden Tone erklärte Berger, er sehe die Nothwendigkeit einer solchen Truppenaufstellung nicht ein und stelle daher an das Ministerium die Frage, weshalb es dieselbe verfügt und dadurch die Freiheit der Berathung gestört habe.

Allsogleich antwortete Schmerling, es habe dieser Interpellation nicht erst bedurft, um ihn zu einer ohnedies beabsichtigten Mittheilung an die Versammlung zu veranlassen. Von dem an ihn gelangten Schreiben des Frankfurter Senates gab er ihr Kunde und reihte hieran die Erklärung, das Ministerium habe es als seine Pflicht erkannt, der ihm zugekommenen Aufforderung zu entsprechen. In ihrem ganzen Umfange werde es diese Pflicht erfüllen und daher gar nichts verabsäumen, was zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung erforderlich sei. Es hoffe aber auch, daß diejenigen, welche, wie immer irre geleitet, einen gewaltsamen Angriff gegen die Nationalversammlung planten, hievon durch den Gedanken abgeschreckt werden würden, daß dies Hochverrath sei.

Trotz dieser warnenden Worte Schmerling's, denen es an Beifall von Seite der besonneneren Elemente in der Paulskirche nicht fehlte, wurden von Seite der äußersten Linken die abenteuerlichsten Anträge auf Auflösung der Nationalversammlung, auf Zurückziehung der Truppen und

dergleichen eingebracht, doch wurden sie insgesammt zu dringlicher Behandlung nicht zugelassen. Als die Versammlung zu ihrer gewöhnlichen Tagesordnung übergegangen war, entfernte sich Schmerling und begab sich in das Ministerium, um dort die von allen Seiten eintreffenden Berichte über den Stand der Dinge entgegenzunehmen. Auf dem Wege dorthin sah er die Straßen von stämmigen Leuten mit verwilderten Vollbärten, zerknitterten Hüten und wuchtigen Knotenstöcken erfüllt, welche ihm, als er ihre Reihen durchschritt, leidenschaftliche Drohworte zuriefen. Und in der That, aus den im Ministerium eingelaufenen Berichten war zu ersehen, daß schon in den ersten Vormittagsstunden in der Fahrgasse, der Allerheiligenstraße und in den zum Dome und zum Römerplatze führenden kleineren Gassen mit der Errichtung von Barricaden begonnen worden sei. Der wirklich geschehene Ausbruch eines Aufstandes ließ sich also nicht mehr verkennen, und es handelte sich daher für Schmerling nur mehr darum, ihn auch mit unerschütterlichem Nachdrucke und mit dem größtmöglichen Aufgebote an Truppen zu bekämpfen.

Da auch der Kriegsminister hierin ganz gleichen Sinnes mit Schmerling war, so beriethen sie gemeinsam über die Maßregeln, um sich hiezu thunlichst zahlreicher Streitkräfte zu versichern. Mainz konnte füglich nicht noch mehr Fußvolk als ein Bataillon abgeben; man begnügte sich also, dorthin einen Adjutanten des Kriegsministers zu entsenden, um wo möglich auch eine Batterie nach Frankfurt zu erhalten. Die hiebei zu überwindenden Schwierigkeiten waren nicht gering, weil sich in Mainz nur wenig Feldgeschütze befanden und auch die Eisenbahnen damals für den Transport von Kanonen noch durchaus nicht eingerichtet waren.

Dennoch gelang es, aus drei österreichischen und drei preußischen Geschützen eine Batterie zusammenzustellen und dieselbe allerdings mit einer nur recht nothdürftigen Bespannung wenigstens bis zum Abende nach Frankfurt zu bringen. Ein zweiter Officier eilte nach dem nahegelegenen Darmstadt, um die schleunigste Absendung eines Bataillons, einiger Reiterschwadronen und einer Batterie nach Frankfurt zu erwirken. So rasch wurde diesem Begehren willfahrt, daß die Infanterie, welche die Eisenbahn benützen konnte, schon im Laufe des Nachmittags, die Cavallerie und die Artillerie aber trotz eines von ihnen zurückzulegenden Marsches von drei Meilen zwischen fünf und sechs Uhr Abends in Frankfurt eintrafen.

Hiemit waren aber die von Schmerling und Peucker getroffenen Maßregeln noch bei Weitem nicht erschöpft. Man wußte, daß erst zwei Tage früher ein württembergisches Reiterregiment, auf dem Rückmarsche von Schleswig nach seiner Heimat begriffen, Frankfurt escadronsweise passirt habe und sich daher wahrscheinlich jetzt in der Nähe von Darmstadt befinde. Auch nach dieser Richtung wurde ein Officier mit dem Auftrage abgesendet, die einzelnen Schwadronen, wie er sie auf dem Marsche antreffen würde, Halt machen und sie nach Frankfurt zurückkehren zu lassen. Auch dieser Befehl wurde so pünktlich befolgt, daß am Morgen des 19. September das ganze Regiment in Frankfurt versammelt war.

Früher noch, aber freilich zur Mitwirkung an der Niederschlagung des Aufstandes gleichfalls zu spät, traf eine württembergische Batterie daselbst ein, welche ebenfalls auf dem Rückmarsche von der unteren Elbe begriffen und bereits in Friedberg, unweit von Frankfurt, angekommen war.

Der Officier, welcher diese Nachricht überbrachte, erhielt den Auftrag, allsogleich nach Friedberg zurückzureiten, die Batterie zu allarmiren und sie zu eiligstem Vormarsche auf Frankfurt zu veranlassen. Trotz ungesäumter Befolgung dieses Befehls konnte die Batterie erst um zehn Uhr Abends in Frankfurt eintreffen, und da war Alles vorüber.

Zu den gleichfalls herbeigerufenen, aber nothwendiger Weise Verspäteten gehörte auch ein in Aschaffenburg liegendes baierisches Jägerbataillon. So rasch es auch dem erhaltenen Befehle zu unverzüglichem Aufbruche nach Frankfurt nachkam, so konnte es, da keine Eisenbahnverbindung mit Frankfurt bestand, trotz angestrengten Fußmarsches erst im Laufe der Nacht daselbst eintreffen.

Gut ausgedacht und von vielleicht nur mittelbarer, aber doch actuellerer Wirkung als ein Theil dieser militärischen Maßregeln war eine andere Vorkehrung, welche Schmerling gleichfalls aus eigenem Antriebe traf. Von all' den kleineren Städten, welche in der Nähe von Frankfurt lagen, war offenbar Hanau die radicalste, von dort waren also umsomehr die zahlreichsten und gefährlichsten Zuzüge für die Aufständischen zu erwarten, als es eine Eisenbahnverbindung mit Frankfurt besaß. Schmerling beauftragte daher einen Officier, sich in Begleitung mehrerer Handwerker auf einer Locomotive so weit als nur immer möglich in die Nähe von Hanau zu begeben, dort die Schienen aufzureißen und hiedurch die Bahnfahrt nach Frankfurt unausführbar zu machen. Etwa eine Stunde nachdem dies geschehen war, ging wirklich ein mit Zuzüglern reich besetzter Train in der Richtung gegen Frankfurt ab, er mußte aber natürlicher Weise an der unterbrochenen Stelle Halt machen. Da von dort nicht weniger als vier Wegstunden nach Frank-

furt zurückzulegen waren, besannen sich fast Alle, dies zu Fuß zu thun, und so war wenigstens der Zuzug aus Hanau größtentheils vereitelt.

Nachdem Schmerling mit der Beihilfe Peucker's alle diese Vorkehrungen ins Werk gesetzt hatte, ging er an die Erfüllung der ihm obliegenden Pflicht, dem Reichsverweser über Alles Bericht zu erstatten, und er begab sich daher, da ihm kein anderes Beförderungsmittel zu Gebot stand, in einer offenen Droschke nach dem von demselben gemietheten Landhause vor der Stadt. Auf der Fahrt dorthin sah er sich neuerdings von einer tumultuarischen Menge umgeben, welche sich jedoch auch diesmal wieder auf drohende Zurufe beschränkte und nicht zu Gewaltthätigkeiten schritt. Nachdem Schmerling dem Erzherzog ausführliche Mittheilung über die getroffenen Verfügungen gemacht hatte, stellte er die Frage an ihn, ob er nicht militärische Maßregeln zum Schutze der von ihm bewohnten Villa wünsche, was jedoch von dem Erzherzoge dankend abgelehnt wurde.

Kaum war Schmerling nach der Stadt und auf seinen Platz im Ministerium zurückgekehrt, so wurde ihm die erste Deputation von Mitgliedern der Nationalversammlung gemeldet, an deren Spitze der bekannte Volksredner Robert Blum aus Leipzig stand. Derselbe versicherte, man begreife die von der Regierung verfügte Anhäufung von Truppen in einer ganz friedlichen Stadt nicht. Sie sei nur geeignet, die Gemüther aufs Höchste zu beunruhigen, und es gebe kein sichereres Mittel, die Aufregung zu beschwichtigen, als die Zurückziehung der Truppen.

Dieselbe werde, erwiederte Schmerling in kaltblütigem Tone, ohne alle Schwierigkeit, aber gewiß erst in dem Augenblicke geschehen, in welchem die ziemlich zahl-

reichen Barricaden von ihren sogenannten Vertheidigern wieder vollständig abgetragen sein und sämmtliche Zuzügler Frankfurt verlassen haben würden. Hiezu sei es nun zu spät, entgegnete Blum mit großer Emphase, schon seien Schüsse gefallen und Blut sei geflossen, die Erbitterung aber dadurch aufs Höchste gestiegen und eine Besänftigung nur noch von einer Hinwegsendung der Truppen zu hoffen. Und als Schmerling erklärte, die Regierung habe noch keinen Befehl zu einem Angriffe auf die Barricaden gegeben, wenn also wirklich Blut geflossen sei, könne dies nur durch ein Mißverständniß geschehen sein, rief Blum pathetisch aus: „Ja, Mißverständniß! Immer wird es einem Mißverständnisse zugeschrieben, wenn gegen das arme Volk Gewalt angewendet wird.“

Der ihm nutzlos erscheinenden Erörterung machte nun Schmerling ein Ende, und die Abgeordneten verließen ihn, wenig erbaut von der Sprache, welche er gegen sie geführt hatte. Auch denjenigen, welche nach ihnen in der gleichen Absicht und nur in noch viel größerer Anzahl kamen, begegnete Schmerling in ähnlicher Weise. Aber er nahm sich doch auch die Zeit, Erkundigungen einzuziehen, ob denn wirklich schon irgendwo Feindseligkeiten verübt worden seien, und er erfuhr, daß in der Bleichstraße eine preußische Compagnie einen Angriff auf eine Barricade ausgeführt habe, der jedoch unglücklich ausfiel. Schmerling ließ nun, ganz in Uebereinstimmung mit Peucker, fernere Angriffe auf Barricaden wenigstens vor der Hand streng untersagen, denn er wollte sie erst dann von allen Seiten gleichzeitig beginnen lassen, wenn die hiezu erforderliche Anzahl von Truppen zu seiner Verfügung bereit stände.

Bei Weitem lieber wäre es ihm freilich gewesen, wenn es gar nicht zum Blutvergießen hätte kommen müssen. Den unwiderleglichen Beweis hiefür liefern die drei Placate, welche in den Vormittagsstunden des 18. September auf Schmerling's Befehl an die Mauern geheftet wurden. Das Eine war an die Zuzügler von Außen her gerichtet und forderte sie auf, unverzüglich die Stadt zu verlassen, weil sonst mit der ganzen Strenge des Gesetzes gegen sie verfahren werden müßte. Das Zweite ermahnte die Häupter der Familien, ihre Angehörigen zu Hause und sie fern von allen Zusammenrottungen zu halten, indem das Ministerium entschlossen sei, jede Ruhestörung energisch zu unterdrücken. Das Dritte endlich verständigte die Frankfurter Bürger von der Absicht des Ministeriums, die Nationalversammlung vor jeglicher Vergewaltigung zu schützen, wobei es auf den thatkräftigen Beistand der biederen Bewohner Frankfurts zähle.

Indem Schmerling diese Kundmachungen erließ, mochte seine Hoffnung auf Erreichung des erwünschten Resultates freilich nur gering sein. Sollte sie aber wirklich getäuscht werden und es durch das alleinige Verschulden der Aufständischen zum Kampfe kommen müssen, dann war es gewiß richtig, ihn nur mit überlegenen Kräften und daher mit gegründeter Aussicht auf sicheren Erfolg zu beginnen. Denn die vielfachen Schlappen, welche im Laufe des Jahres 1848 die gesetzliche Gewalt an den verschiedensten Orten erlitt, hatten allzu empfindliche Folgen nach sich gezogen, als daß nicht ein so klarblickender und entschlossener Mann wie Schmerling das Aeußerste hätte aufbieten sollen, um nicht ein Gleiches jetzt auch in Frankfurt zu erleben.

Schmerling handelte daher gewiß ebenso verständig als consequent, wenn er inmitten der allgemeinen Aufregung

mit unerschütterlicher Ruhe dem Ergebnisse der Verfügungen entgegensah, welche er zur Herbeiziehung einer größeren Anzahl von Truppen getroffen hatte. Und wirklich erhielt er etwa um ein Uhr Nachmittags die Meldung, daß soeben die erwartete großherzoglich hessische Infanterie mit der Eisenbahn angekommen sei. Sie nach der Stadt zu bringen, kostete freilich einige Mühe, denn der provisorische Bahnhof befand sich auf dem linken Ufer des Mains, und um von ihm nach der großen gemauerten Brücke zu gelangen, welche nach der auf dem rechten Ufer liegenden Stadt Frankfurt hinüberführt, hätten die Truppen die Vorstadt Sachsenhausen passiren müssen, die ganz in den Händen der Aufständischen und mit Barrikaden überfüllt war. Es bot sich aber das Auskunftsmittel dar, die Truppen über die unterhalb Sachsenhausens neu angelegte, obgleich noch nicht ganz vollendete Eisenbahnbrücke nach der Stadt zu bringen. Die wackeren Bahnbeamten leisteten hiebei eifrige Mithilfe; schleunigst wurden die fehlenden Balken eingesetzt und nothdürftig befestigt, so daß die Infanterie ungehindert die Brücke passiren konnte.

Schmerling hatte inzwischen, und zwar noch ehe ihm die Nachricht von dem Eintreffen der hessischen Truppen zugekommen war, wieder eine Deputation aus der Mitte der Nationalversammlung empfangen müssen, welche diesmal von dem Abgeordneten Vogt geführt wurde. Neuerdings wiederholte dieser die früheren Begehren, und auch jetzt wieder fanden sie von Seite Schmerling's die gleiche ablehnende Entgegnung. Während dieser Erörterung trat auch der Präsident der Nationalversammlung, Heinrich von Gagern, bei Schmerling ein, aufs Aeußerste beunruhigt durch das Zögern der Truppen, einen Angriff zu beginnen,

wie durch das in der Stadt verbreitete Gerücht, man lasse sich in Verhandlungen mit den Aufständischen ein. So aufgeregt war Gagern, daß er mit den Mitgliedern der Deputation in den heftigsten Wortwechsel gerieth, und so leidenschaftlich wurde dieser geführt, daß er fast in Thätlichkeiten überging. Nur durch vertrauliche Mittheilung seiner wirklichen Absichten gelang Schmerling nach und nach die Beruhigung Gagern's.

Etwa um fünf Uhr kam wieder eine Deputation, bei welcher Giskra das große Wort führte. Es lag in den Gewohnheiten dieses Abgeordneten, „zwei Eisen im Feuer zu haben“, wie ein erst später aufgekommener und seither berühmt gewordener Ausspruch eine solche Doppelrolle bezeichnet. Während er im Parlamente mit einer Leidenschaftlichkeit ohne Gleichen, welche nicht selten gar Viele mit sich fortriß, für die revolutionären Anschauungen und Anträge der Linken eintrat, hatte er sich gleichzeitig Eingang in das Haus des Reichsverwesers, und bei dessen Umgebung, ja manchmal sogar bei ihm selbst Gehör zu verschaffen gewußt. So war er auch am Nachmittage des 18. September mit einigen Begleitern bis zum Reichsverweser vorgedrungen und hatte ihm die ganze Bewegung als unbedeutend, die unausbleibliche Wirkung eines energischen Auftretens der Regierung aber als äußerst gefährlich geschildert. Denn sollte wirklich Blut vergossen werden, so würde dadurch, meinte Giskra, nur Aufregung und Haß gegen die Centralgewalt, ja gegen die Person des Reichsverwesers hervorgerufen werden. Er verbürge sich dagegen mit seinem Worte, daß es ihm und seinen Gesinnungsgenossen gelingen werde, die freiwillige Räumung der Barricaden zu erwirken, wenn nur früher die Truppen zurückgezogen würden. Und wirklich

gelang es Giskra bei der wohlwollenden Gesinnung des Erzherzogs, denselben zu bereden, daß er auf ein an Schmerling gerichtetes Blatt Papier die Worte schrieb: „Ich wünsche, daß Blutvergießen vermieden werde und man Alles friedlich beilege."

Auf die dringende Aufforderung Giskra's und seiner Genossen, nun dem Auftrage des Erzherzogs zu willfahren, Blutvergießen zu vermeiden, vorerst die Truppen zurückzuziehen und sodann Alles friedlich beizulegen, entgegnete Schmerling mit schneidender Kälte, er könne den Worten des Erzherzogs nicht die Kraft eines Befehles zuerkennen, weil sie von keinem verantwortlichen Minister contrasignirt seien. Und auf die ungestüme Erwiederung Giskra's, diese Contrasignirung habe ja kein Anderer als gerade Schmerling zu vollziehen, antwortete dieser, es liege ihm fern, einen Auftrag auszuführen, welcher ohne hinreichende Kenntniß der obwaltenden Verhältnisse ergangen sei. Da jedoch die Herren es sich zutrauten, die Aufständischen zum Verlassen der Barricaden und der Stadt zu bewegen, so gewähre er ihnen hiezu eine Stunde Zeit. Jetzt sei es fünf Uhr; er verpfände sein Wort, daß bis sechs die Waffenruhe von Seite der Truppen nicht unterbrochen werden würde. Und als die Delegirten neuerdings in ihn drangen, ihnen ihre Aufgabe durch früheres Zurückziehen der Truppen zu erleichtern, beharrte Schmerling bei seiner bisherigen Erklärung. „Nun also," rief Giskra ihm zu, „wenn Sie nicht nachgeben und es wirklich zum Blutvergießen kommt, so komme auch das vergossene Blut über Ihr Haupt." „Gut," erwiederte kaltblütig Schmerling, „ich werde die Verantwortung für alle Folgen übernehmen." Er zog hierauf seine Uhr heraus und machte die Herren aufmerksam,

daß sie bereits eine Viertelstunde versäumt hätten. Sie müßten sich sehr beeilen, wenn sie ihre Friedensmission noch rechtzeitig erfüllen wollten.

Bei der ungezügelten Heftigkeit seines Temperamentes wird es wohl dieser und nicht etwa böser Absicht zuzuschreiben sein, daß Giskra, wieder auf die Straße gelangt, den ihn umdrängenden Schaaren Schmerling als den allein Schuldigen bezeichnete, wenn zu Gewaltmaßregeln geschritten und nicht nach dem Wunsche des Reichsverwesers der Weg der Milde und der Güte betreten werde. Er ahnte damals wohl selbst nicht, welche persönliche Gefahr er durch diese Worte und durch die Drohungen, die er hieran knüpfte, über Schmerling heraufbeschwor. Die binnen kürzester Frist geschehene Ermordung zweier der Rechten angehörigen Abgeordneten ließ dieselbe wahrhaftig als keine eingebildete erscheinen.

Aber furchtlos wie immer trotzte Schmerling auch jetzt wieder dieser Gefahr. Er verließ das Ministerium und begab sich, allein die Schaaren der Aufständischen durchschreitend, nach der Hauptwache, um dort die Leitung des Angriffes zu übernehmen, den er als demnächst bevorstehend ansah. Nicht früher als um sechs Uhr, wie er es versprochen, dann aber ungesäumt und mit Verwendung aller bis dahin in Frankfurt eingetroffenen Streitkräfte wollte er denselben beginnen, und es war ein erhebender Augenblick für ihn, als er sich unter die Truppen begab, welche auf dem Roßmarkte und in dessen nächster Umgebung in dichten Colonnen aufgestellt waren, und er sich von dem vortrefflichen Geiste, der sie beseelte, persönlich zu überzeugen vermochte. Da ihm von seinen wiederholten Besuchen in Mainz sehr viele Officiere bekannt waren, begrüßten sie ihn

lebhaft und eilten ihm aus den Reihen entgegen, um ihm dafür zu danken, daß er ihnen endlich Gelegenheit gebe, die Schmach abzuwaschen, welche sie seit Monaten hatten erdulden müssen.

Mit Unruhe wartete Schmerling während dieser Gespräche auf die Bewerkstelligung des Ueberganges, welchen die inzwischen ebenfalls aus Darmstadt eingetroffene Batterie über die unvollendete Eisenbahnbrücke zu vollziehen hatte. Nur mit Mühe gelang er, denn die Pferde mußten ausgespannt und die Geschütze von den Soldaten über die Brücke gezogen werden. Durch die Energie der Truppen und die zweckmäßigen Vorkehrungen der Bahnbeamten wurden aber die Hindernisse schließlich doch überwunden, und unbeschreiblich war der Jubel, mit welchem endlich die in scharfem Trabe heraneilende Batterie von den Soldaten und einem sehr großen Theile der Bevölkerung Frankfurts bewillkommt wurde.

Schmerling gab nun dem Commandanten der Batterie die Weisung, mit derselben die Hauptstraße Frankfurts, die Zeil hinab bis auf Schußweite von der großen Barricade vorzugehen, welche sie gegen die Allerheiligenstraße hin abschloß. Dort möge er vorerst einen Parlamentär mit einem Trompeter gegen die Aufständischen vorsenden, um sie zum Abzuge aufzufordern. Würde dem keine Folge gegeben, so möge er getrost seine Pflicht thun.

So geschah es denn auch wirklich. Nachdem die Aufforderung fruchtlos geblieben war, gab der Commandant den Befehl zum Feuern, und fast gleichzeitig krachte es von sämmtlichen Geschützen, deren Shrapnels eine wirklich verheerende Wirkung hervorbrachten. Schon nach der ersten Salve war die Barricade zum Theile demolirt und sie wurde nun von ihren Vertheidigern in rascher Flucht geräumt.

Zugleich mit diesem Angriffe auf die große Barricade hatte die Darmstädter Infanterie den auf die kleineren Barricaden in der nach der großen Mainbrücke führenden Fahrgasse begonnen und ihn erfolgreich durchgeführt. Die braven Soldaten machten hier die Erwartungen der Aufständischen zu Schanden, welche sich mit der Hoffnung geschmeichelt hatten, die seit Monaten planmäßig betriebene Demoralisirung der Truppen werde schon so weit gediehen sein, dieselben zu bewegen, gemeinsame Sache mit ihnen zu machen. Aber das Gegentheil geschah, die Fahrgasse und die Mainbrücke wurden freigemacht und die Aufständischen bald auch aus Sachsenhausen vertrieben. So energisch wurden überall die Feindseligkeiten fortgesetzt, daß Frankfurt sich etwa um zehn Uhr Abends vollständig in den Händen der Truppen befand. So viele Gefangene wurden eingebracht, daß es bald in Frankfurt an Localitäten fehlte, sie in Gewahrsam zu behalten. Schmerling hatte den glücklichen Gedanken, nicht weniger als vierhundert nach Mainz zu senden, wo sie in den dortigen Casematten untergebracht wurden.

Die erschütternde Nachricht von der Ermordung Auerswald's und Lichnowsky's erhielt Schmerling etwa um acht Uhr Abends auf der Hauptwache. Wenige Stunden zuvor sah er sie wegreiten, und Lichnowsky reichte ihm noch vom Pferde die Hand, um ihn wegen der Energie zu beglückwünschen, mit der er den Kampf gegen die revolutionäre Bewegung aufgenommen hatte. Das schreckliche Schicksal Beider aber konnte Schmerling nur in dem Bewußtsein bestärken, daß dasjenige, was er dem Aufstande gegenüber gethan, das allein Richtige war.

Hiebei denn auch für die Zukunft beharren zu müssen, konnte er keinen Augenblick bezweifeln. Noch in der Nacht

brachte er daher mit eigener Hand und ohne mit einem anderen Minister Rücksprache zu pflegen, jene Verordnung zu Papier, die man am anderen Morgen an allen Straßenecken angeschlagen fand, und durch welche über Frankfurt der Belagerungszustand verhängt wurde. Den ereignißvollen Tag aber beschloß er damit, daß er für die Verpflegung der Truppen, welche in den Straßen campiren mußten, Sorge trug, wobei ihn der Frankfurter Senat durch Herbeischaffung von Lebensmitteln, sowie von Stroh und Brennholz reichlichst unterstützte. Und als er endlich nach seiner Wohnung und zu seinen zwei jugendlichen Töchtern, welche sich schon etwa seit drei Monaten bei ihm in Frankfurt befanden, zurückgekehrt war, da konnte er trotz seiner Ermüdung die ihm doch so nöthige Nachtruhe lange Zeit nicht finden, denn die wechselnden Ereignisse des Tages drängten sich in seiner Erinnerung. Des furchtbaren Endes seiner beiden Parteigenossen und der Wahrscheinlichkeit mußte er gedenken, daß auch ihn ein gleich schreckliches Schicksal ereilt hätte, wenn die Unterdrückung des Aufstandes mißglückt wäre. Aber auch der Freude über dieses Gelingen und dem gerechten Stolze auf seine eigene Haltung mußte er Raum geben, bis er endlich nach langem Hin- und Herschwanken zwischen so widerstreitenden Gefühlen in tiefen, bis zum nächsten Morgen anhaltenden Schlaf versank.

Als er neu gestärkt erwachte und die Sonne über dem Garten des Palais Taxis hell auf seine Fenster schien, da zerstoben auch die schreckhaften Bilder der vergangenen Nacht, und sie machten ausschließlicher als bisher dem Gefühle lebhafter Genugthuung über dasjenige Platz, was von ihm am vergangenen Tage geleistet worden war. Daß dies

zu großem Theile auf militärischem Gebiete geschehen, vervollständigte bei seiner Vorliebe für dasselbe nur noch seine Befriedigung. Und wie es ihm schmeichelte, daß ihm schon damals von sehr hervorragenden Generalen wie Radetzky, Windischgrätz und Heß lebhafte Anerkennung gezollt wurde, so war es Zeit seines Lebens ein beglückendes Gefühl für ihn, daß er den größten Theil jener ganz ungewöhnlichen Hochschätzung, deren er in den Reihen der österreichischen Armee sich erfreute, hauptsächlich seinem eigenen Verhalten während der Septembertage in Frankfurt verdankte.

Jedermann kennt die wahrhaft imponirende Rede, mit welcher am Morgen des 19. September Heinrich von Gagern die Sitzung der Nationalversammlung eröffnete, der allgemeinen Entrüstung über das Geschehene, insbesondere über die ruchlose Ermordung zweier Abgeordneter ebenso würdige als tief zu Herzen gehende Worte verlieh und aufforderte zur Beseitigung der Zwietracht sowie zu gemeinsamem Wirken zum Heile des Vaterlandes. Gleich nach ihm ergriff Schmerling das Wort, indem er in nüchternstem Tone Bericht über das Geschehene erstattete und die Nothwendigkeit der Verhängung des Belagerungszustandes darlegte. Dem musterhaften Verhalten der Truppen spendete er das wärmste Lob, und er knüpfte hieran die Erklärung, daß durch die getroffenen Maßregeln die Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe in Frankfurt und einem sehr weiten Umkreise sichergestellt sei.

So gewaltig war der Eindruck der Ereignisse, welche am Vortage sich zugetragen hatten, daß auch diejenigen Stimmen verstummt schienen, welche sich sonst bei jedem ähnlichen Anlasse in der verletzendsten und herausforderndsten Weise auf der äußersten Linken vernehmbar machten,

als der Abgeordnete Zachariä die Dringlichkeit für die von ihm eingebrachten Anträge verlangte. Diese sprachen die volle Zustimmung der Nationalversammlung für die von der Regierung ergriffenen Maßregeln, sowie die Zusage ihrer ferneren kräftigen Unterstützung aus. Endlich sollte den herbeigeeilten Truppen für ihre bei der Unterdrückung des Aufstandes bewiesene Hingebung der Dank des Vaterlandes ausgedrückt werden.

Dieser „Dank des Vaterlandes“ war es denn auch, welcher dem Manne, der während der Dauer der aufrührerischen Bewegung die Seele des in so muthvoller und energischer Weise geleisteten Widerstandes gewesen, welcher Schmerling zwar nicht durch einen förmlichen Parlamentsbeschluß, wohl aber nicht blos von seinen Parteigenossen, sondern man kann sagen von Tausenden aus den erlesensten Kreisen der Bevölkerung mit wahrem Enthusiasmus dargebracht wurde. Auf allen Lippen schwebte sein Name, von allen Seiten wurde er, und zwar um so lebhafter als der Retter des Vaterlandes gepriesen, als man erst hinterher der ganzen Größe der überstandenen Gefahr sich bewußt wurde. Denn noch am 19. September zogen zahlreiche Schaaren, unter ihnen viele Weiber mit Säcken, welche zur Aufnahme der erhofften Beute bestimmt waren, aus allen Richtungen zur Plünderung gegen Frankfurt heran. Auf die Kunde von der geschehenen Unterdrückung des Aufstandes kehrten sie jedoch unverrichteter Dinge eiligst wieder um.

Und nicht nur in Frankfurt und seiner Umgebung, in ganz Deutschland brachte das, was durch Schmerling geschehen war, einen erhebenden und ermuthigenden Eindruck hervor. Denn es lieferte den Beweis, daß man vor revolutionären Bewegungen nicht allzeit in Feigheit zurück-

weichen solle, sondern daß man sich auch emporraffen könne, sie mit Muth und mit Standhaftigkeit, dann aber auch mit Erfolg zu bekämpfen.

Mit welchen Empfindungen ihn selbst diese Ereignisse erfüllten, ist am besten einigen Zeilen zu entnehmen, welche Schmerling am 19. September nach Wien schrieb. „Nach zwei Tagen und zwei Nächten ununterbrochener Thätigkeit," so lauten sie, „komme ich zu einem Augenblicke der Ruhe. Der Aufruhr ist energisch und vollständig unterdrückt, und die umfassendsten Maßregeln werden getroffen, der Anarchie am Rheine und in Thüringen zu steuern. Gestern Früh um acht Uhr bevollmächtigte das Ministerium den Kriegsminister und mich zur Ausübung voller Gewalt; um sechs Uhr Abends war die Stadt in Belagerungszustand erklärt, und um acht Uhr waren die Barricaden niedergeschmettert und die Häuser erstürmt. Seit heute Morgens sind wir vollständig Meister der Stadt; so wäre ich denn auch Dictator! Im Parlamente wurde ich heute mit Jubel empfangen. Alles drängte sich an mich, mir, dem Retter, zu danken, meine Energie zu preisen. Ich war gestern von Deputationen bestürmt, welche die Entfernung der Truppen verlangten; mit eiserner Festigkeit wies ich sie zurück."

„Frankfurt und Prag," heißt es später in einem Briefe Schmerling's nach Wien vom 22. September, „sind die einzigen Punkte in Deutschland, wo Energie gewaltet und hiedurch die Ehre sowie das Ansehen der Regierung behauptet wurde. Jetzt lebe ich wirklich in dem Bewußtsein, mich um Deutschland verdient gemacht zu haben, und fühle mich wahrhaft in meinem Elemente, da es gilt, Muth, Entschiedenheit und Ernst zu zeigen. Die nächsten Wochen werden Ihnen beweisen, ob ich es verstehe, der

Anarchie Meister zu werden. Ist jemals ein Ministerium glänzender gerechtfertigt worden als meines? Wie stände es nun, wenn wir nicht abgedankt, sondern den wahnsinnigen Krieg fortgesetzt hätten; wo wären jetzt die Truppen, welche uns hier gerettet haben und noch retten werden? Jetzt gehen wohl endlich auch den albernen Politikern, welche ihrer irrigen Meinung nach um der vermeintlichen Ehre Deutschlands willen einen ebenso albernen Krieg fortführen wollten, die Augen auf!"

Der Aufstand in Wien.

Wie man auch in anderen Frankfurter Kreisen als in denen, welchen die Abgeordneten des Centrums und der Rechten angehörten, über Schmerling und seine Haltung während und nach der aufständischen Bewegung dachte, ist wohl am besten aus einem Berichte zu ersehen, welchen der österreichische Resident Freiherr von Menßhengen am 29. September an den Minister Wessenberg abgehen ließ. „Ueberhaupt wird," so heißt es darin, „der unbeugsame Muth, die Energie und die umsichtige Thätigkeit Schmerling's mit jedem Tage mehr anerkannt. Er hat das größte Verdienst um die Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung, läßt aber auch der kräftigen Mitwirkung des Reichskriegsministers alle Gerechtigkeit widerfahren. Er scheint entschlossen, diesen Hauptzweck seiner Bemühungen vor Allem hier vollends zu erreichen und dann erst dem Rufe in das Ministerium nach Wien zu folgen, um dort Ordnung zu machen."

Aus seinen eigenen vertraulichen Mittheilungen wissen wir jedoch, daß Schmerling wenigstens vor der Hand nicht daran dachte, seinen so wichtigen und schwierigen Posten in Frankfurt zu verlassen, auf welchem er die Seele aller Regierungshandlungen war, um aufs Ungewisse hin einen

neuen in Wien anzutreten. Aber auch seine zuversichtliche Hoffnung geht daraus hervor, daß das Beispiel, welches er in Frankfurt gegeben, auch an anderen Orten nachgeahmt und dadurch das beklagenswerthe Ueberfluthen der revolutionären Bewegung immer mehr eingedämmt werde, bis ihr zuletzt völlig ein Ende bereitet werden könnte. Wirklich schien es einen Augenblick, als ob diese Erwartungen keine ganz ungegründeten wären. „In Köln hatte man schon den Muth," schrieb Schmerling am 24. September nach Wien, „mir nachzufolgen, und auch der Aufstand in Baden wurde kräftig niedergeschlagen; hoffentlich wird man doch endlich auch in den Hauptstädten mein Beispiel nicht unbefolgt lassen."

Daß gerade in derjenigen Stadt, in der er geboren war und welche er mehr als irgend eine andere liebte, in Wien das Gegentheil hievon geschah, mußte ihn mit dem tiefsten Schmerze erfüllen. Unbeschreiblich war der Eindruck, welchen die Nachricht von den Ereignissen des 6. October auf Schmerling und auf alle österreichischen Vaterlandsfreunde hervorbrachte, die sich mit ihm in Frankfurt befanden. Aufs Peinlichste empfanden sie die verderbliche Wirkung, welche diese frevlerische und gleichzeitig sinnlose Bewegung auf Wien und auf Oesterreich hervorbringen mußte. Aber auch in Frankfurt machte sich dieser Rückschlag ungemein fühlbar, und er trug nicht wenig dazu bei, die ohnedies schon vorhandenen sehr großen Schwierigkeiten der dortigen Stellung Schmerling's in bedenklichster Weise zu vermehren.

Wie allzeit, wenn österreichische Angelegenheiten in Frankfurt zur Sprache kamen, waren es auch jetzt wieder die Wortführer der in recht großer Anzahl auf der Linken sitzenden Oesterreicher, welche den Reigen der Anstürmenden gegen das Ministerium eröffneten. Hierauf im Vorhinein

gefaßt und um dem Vorwurfe unthätigen Zuschauens zu entgehen, hatte Schmerling gleich nach dem Eintreffen der ersten Nachrichten aus Wien das Ministerium zu dem Beschlusse vermocht, zwei Reichscommissäre, und zwar den Abgeordneten Welcker und den oldenburgischen Obersten von Mosle nach Oesterreich zu entsenden. Ihre Instruction lautete dahin, alle zur Beendigung des Bürgerkrieges sowie zur Wiederherstellung der gesetzlichen Zustände und des inneren Friedens erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, zu diesem Ende mit den verantwortlichen Räthen der Krone und je nach der Lage der Verhältnisse auch mit dem constituirenden Reichstage in Verhandlung zu treten und alle zur Erfüllung ihrer Aufgabe dienlichen Anordnungen zu erlassen.

Viel zu scharfblickend war Schmerling, als daß er sich von dieser Entsendung zweier Delegirter nach Oesterreich irgendwie greifbare Wirkungen versprochen hätte. Denn er konnte keinen Augenblick daran zweifeln, daß, nachdem die Sache schon einmal bis auf Aeußerste gediehen war, sie in Oesterreich selbst ausgefochten werden mußte, und daß derjenige, der im Interesse der Regierungsgewalt diese Aufgabe auf sich genommen hatte, jede anderswoher kommende Einmischung zurückweisen würde. Aus eben diesem Grunde entschlossen sich denn auch Welcker und Mosle nur schwer, die ihnen zugedachte Mission zu übernehmen, denn sie täuschten sich über deren wahrscheinliche Vergeblichkeit nicht. Insbesondere Mosle war sich darüber klar, daß sich Fürst Windischgrätz nicht erst in unpraktische Verhandlungen einlassen, sondern seine Operationen gegen Wien bis zur unbedingten Unterwerfung der Stadt unaufhaltsam fortsetzen werde. Dennoch ließen sie sich schließlich dazu herbei, dem dringenden Wunsche des Reichsministeriums, welches von der Ueber-

zeugung ausging, daß von seiner Seite irgend ein Schritt gethan werden müsse, sich anzubequemen. Kaum aber hatte Schmerling der Nationalversammlung von der Absendung der Reichscommissäre Kenntniß gegeben, so erschien auch schon Giskra mit einigen Gesinnungsgenossen im Ministerium, um von Schmerling nähere Aufklärung zu verlangen, welche Bewandtniß es mit dieser Mission habe und wohin die beiden Reichscommissäre sich zunächst zu verfügen angewiesen worden seien?

Wer ihm mit Leidenschaftlichkeit entgegentrat, der durfte sicher sein, von Schmerling mit eisiger Kälte zurückgewiesen zu werden. Auch Giskra machte, und zwar jetzt schon zum zweiten Male diese Erfahrung, als er in Folge der Antwort Schmerling's, die Reichscommissäre seien beauftragt worden, sich zunächst an die Person des Kaisers von Oesterreich und an seine Minister zu wenden, sich in den heftigsten Diatriben erging. Mit Ungestüm forderte er, die Reichscommissäre sofort nach Wien zu dirigiren, denn dort befänden sich der Reichstag und der Sicherheitsausschuß, und diese seien eigentlich die legalen Gewalten in Oesterreich, indem der Kaiser durch seine Flucht nach Olmütz alle Regierungsrechte verwirkt habe, Aeußerungen, welchen Schmerling nur verächtliches Stillschweigen entgegensetzen konnte.

Aber freilich wurde Giskra durch einen anderen Oesterreicher, durch Berger womöglich noch übertrumpft. Schon in der Sitzung vom 12. October stellte dieser den ganz in den damaligen revolutionären Jargon gekleideten, noch überdies recht jämmerlich stylisirten Antrag: „In Erwägung der großen Verdienste, welche die Majorität des constituirenden österreichischen Reichstages und die heldenmüthigen Demokraten Wiens in Bekämpfung der Reaction,

der verrätherischen Minister und der freiheitsmörderischen Camarilla an den Tag gelegt haben, und in Erwägung, daß die deutsche Stadt Wien sich durch ihren letzten Barricadenkampf um die deutsche Freiheit und um die eines hochherzigen Brudervolkes unsterbliches Verdienst erworben hat, erklärt die deutsche Nationalversammlung, der constituirende Reichstag und die heldenmüthige demokratische Bevölkerung Wiens haben sich um das Vaterland wohl verdient gemacht."

Hier mag es genügen, diesen einzigen Antrag zu erwähnen, weil durch denselben ebensowohl die Stimmung, die auf der Linken der Paulskirche herrschte, als der Inhalt aller übrigen Anträge gekennzeichnet wird, welche, einer wahren Sturmfluth gleichend, von nun an aus Anlaß der Ereignisse in Oesterreich über die Nationalversammlung hereinbrachen. Aber die Gerechtigkeit fordert es, zu erwähnen, daß sie ausnahmslos alle von der Majorität nicht zur dringlichen Behandlung zugelassen, sondern an den Ausschuß verwiesen wurden, welcher zur Berathung über die österreichischen Angelegenheiten niedergesetzt worden war. Und ebenso stand diese Majorität Schmerling treulich zur Seite, wenn er in Beantwortung der zahlreichen, die abenteuerlichsten Anfragen stellenden Interpellationen und bei der Berathung über die Anträge der Commission mit anscheinender, wenngleich vielleicht nicht immer wirklich vorhandener Ruhe die Stellung der Regierung vertheidigte und schonungslos Alles zurückwies, wodurch sie aus ihr herausgedrängt werden sollte.

Hiedurch aufs Höchste gereizt, stellte zwar die Linke ihre extravaganten Anträge nicht ein, sie meinte aber auch auf eigene Faust handeln zu sollen. Der auffälligste Schritt,

den sie in dieser Richtung that, bestand darin, daß sie die Abgeordneten Blum und Fröbel nach Wien sandte, um den dortigen Aufständischen die Gutheißung ihres Verfahrens zu überbringen und sie anzueifern zu unerschütterlichem Festhalten an demselben. Die beiden Oesterreicher Hartmann und Trampusch schlossen sich ihnen freiwillig an.

Da zu jener Zeit, wie schon einmal erwähnt wurde, Frankfurt noch nicht in directer Eisenbahnverbindung mit Wien stand, hatten die dorthin Abreisenden auch jetzt wieder den Weg einzuschlagen, auf welchem vor fast einem halben Jahre Schmerling nach Frankfurt gekommen war. Die Strecke bis Eisenach mußte daher Jeder, der nicht etwa mit eigenem Wagen fuhr, mit dem Postwagen zurücklegen, welcher täglich zur Mittagszeit von Frankfurt nach Eisenach abging. Da der Posthof des Fürsten Taxis hart an dessen Palais stieß, in welchem das Reichsministerium untergebracht war, traf Schmerling auf dem Wege dorthin zufällig mit einer großen Anzahl von Abgeordneten der Linken zusammen, welche ihren scheidenden Collegen Blum und Fröbel das Geleit zum Postwagen gaben. Es fiel ihm auf, daß die beiden Abreisenden eine recht niedergeschlagene Miene zur Schau trugen, so daß der allzeit witzelnde und satyrische Abgeordnete Vogt, welcher freilich auch seine eigenen Gesinnungsgenossen nicht mit seinen Sarkasmen verschonte, sich hiedurch zu der Aeußerung veranlaßt sah: „Lebt wohl und gebt Acht, daß man in Wien Euch nicht hängt!" Allgemeines Gelächter folgte dem cynischen Scherze, und Niemand ahnte, welch' traurige Erfüllung wenigstens einem Theile dieses sonderbaren Abschiedsgrußes bevorstand.

Zwei von einander völlig verschiedene Abordnungen aus Frankfurt waren es somit, welche sich gleichzeitig in

Oesterreich befanden. Mit der einen, der legalen, den von der Centralgewalt abgesendeten Reichscommissären stand Schmerling in unausgesetzter Verbindung, während von einer solchen mit den Delegirten der Linken natürlicher Weise auch nicht von fern die Rede sein konnte und Schmerling ohne jede nähere Kenntniß von der Art ihres Auftretens in Wien blieb. Um so eifriger berichteten Welcker und Mosle über ihre Bemühungen, einer möglichst milden und nachsichtigen Verfahrungsweise gegen die Aufständischen sowohl bei dem Fürsten Windischgrätz als am kaiserlichen Hoflager zu Olmütz Eingang zu verschaffen. Von Seite des Fürsten war aber, als die Reichscommissäre in der Nacht vom 21. auf den 22. October in seinem damaligen Hauptquartier zu Stammersdorf ankamen, ihr Ansuchen um Sistirung fernerer militärischer Maßregeln, bis sie am Hoflager zu Olmütz mildere Bedingungen erwirkt haben würden, aufs Allerbestimmteste abgelehnt worden, und ebenso behielt er sich für sein nach der Einnahme der Stadt zu beobachtendes Verfahren völlig freie Hand vor.

Verbindlicher als bei ihm war der Empfang der Reichscommissäre am kaiserlichen Hoflager in Olmütz, aber auch dort herrschte leicht begreiflicher Weise über ihre Entsendung nach Oesterreich so ziemlich die gleiche Meinung, wie dies im Hauptquartier der Fall war. Kaum hatte Wessenberg von ihrer Mission Kenntniß erhalten, so sprach er sich auch schon in diesem Sinne in einem Schreiben an den durch seine spätere glänzende Laufbahn und sein tragisches Ende so bekannt gewordenen Ritter von Bruck aus, welcher damals, nachdem er sich, wenngleich fruchtlos, um die Ernennung zum Reichsmarineminister beworben, die Stelle eines österreichischen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt

bekleidete. Man sei, schrieb ihm Wessenberg am 19. October in einem von seiner eigenen Hand entworfenen Rescripte, durch die Abschickung von Reichscommissären und die ihnen ertheilte Instruction recht peinlich berührt worden. Denn so sehr auch die österreichische Regierung die Theilnahme der provisorischen Centralgewalt in Frankfurt an den Ereignissen in Oesterreich zu würdigen wisse, so sei doch die Form befremdend, in der sie sich kundgebe, und sie könne nur, da sie die völlige Unterordnung Oesterreichs unter ein erst in der Bildung begriffenes deutsches Reich voraussetze, die schon vorhandenen Verlegenheiten eher vermehren als sie vermindern. Die Unausführbarkeit des Gedankens, den Commissären in Oesterreich irgendwelche executive Gewalt zuzugestehen, liege zu klar zu Tage, als daß nicht ihrer Absendung wenigstens eine vorläufige Anfrage hätte vorhergehen sollen. Dennoch werde man sie mit der ihnen gebührenden Achtung empfangen, sich aber darauf beschränken, sie in Kenntniß der Sachlage und der in Gemäßheit derselben getroffenen Maßregeln zu setzen. Denn zuversichtlich hoffe man darauf, der aufständischen Bewegung, welche ja blos Wien ergriffen habe und deren Ausdehnung auf andere Theile der Monarchie man kaum zu besorgen brauche, mit den eigenen Kräften Herr werden zu können. Darum würde auch ein längeres Verweilen der Reichscommissäre in Olmütz ebensowenig wünschenswerth, als ein etwaiger Versuch derselben, sich mit dem Reichstage in Wien, welchem ja keinerlei Executivgewalt zustehe, in Verbindung zu setzen, zulässig sein.

Diesen Worten des Freiherrn von Wessenberg entsprach denn auch vollständig die Haltung, welche man in Olmütz gegen die Reichscommissäre annahm, als sie am

23. October dort eintrafen. Man sei sich, sagte Wessenberg zu ihnen, der ganz unzweifelhaften Aufgabe bewußt, der in Wien herrschenden Anarchie entgegenzutreten und sie zu Boden zu schlagen; es könne sich also hiebei nicht um eine Vermittlung, sondern nur um Unterwerfung handeln. Sei diese aber einmal vollzogen, dann werde man keineswegs die freiheitlichen Zugeständnisse wieder zurücknehmen, zu welchen man sich den Völkern Oesterreichs gegenüber herbeigelassen habe.

Am Vormittage des 24. October stellte Wessenberg die beiden Reichscommissäre dem Kaiser und der Kaiserin vor, von denen sie, wie er noch am selben Tage an Bruck schreibt, „sehr huldvoll empfangen wurden. Beim Weggehen," fährt Wessenberg fort, „sagte ihnen der Kaiser selbst, er hoffe sie an der Mittagstafel zu sehen; ich hatte schon früher die Weisung zu ihrer Einladung erhalten. Mit dem Empfange bei Hof werden sie zufrieden sein." Das waren sie denn auch in der That, aber freilich wurde hiedurch an der Hauptsache, auf welche es ihnen doch ausschließlich ankam, nicht das Mindeste geändert. Als sie den Wunsch aussprachen, sich mit der Zustimmung des Kaisers und freiem Geleit nach Wien begeben zu dürfen, um noch einen Versuch zu friedlicher Beilegung der dortigen Wirren unternehmen zu können, erhielten sie eine verbindliche, aber doch ablehnende Antwort. Und als man ihnen schließlich ihre Vollmachten einfach zurückgab, mußten sie ihre Sendung als gescheitert betrachten, und sie traten, nachdem sie noch die Nachricht von der Einnahme Wiens erhalten hatten, am 1. November ihre Rückreise nach Frankfurt an.

Da somit die Mission der Reichscommissäre nach Oesterreich ohne irgend einen Erfolg blieb, wurde Alles,

was Schmerling im Parlamente zu ihrer Rechtfertigung vorbrachte, gerade so wie das Verfahren der Reichsregierung selbst zum Gegenstande heftigster Anfeindung von Seite der Linken gemacht. Ihre noch aus den Septembertagen herrührende Gereiztheit gegen Schmerling stieg dadurch immer höher und höher, während auch er nicht ganz von dem Vorwurfe freizusprechen ist, daß er zu dieser Steigerung des Zwiespaltes durch so manche allzu beißende, ja höhnische Bemerkung von der Rednerbühne aus, durch eine gar zu herausfordernde, ja manchmal verächtlich zu nennende Haltung der Linken gegenüber reichlicher beitrug, als dies wenigstens von dem Standpunkte der politischen Klugheit aus erwünscht war.

Die leidenschaftliche Aufregung der Linken nahm natürlich noch zu, als die Nachrichten von der Beschießung der Stadt Wien, den argen Verheerungen, welche durch sie angerichtet wurden, endlich von der Einnahme der Stadt und den bedauerlichen Excessen, die hiebei von Seite der erbitterten Truppen verübt würden, nach Frankfurt gelangten. Interpellation folgte auf Interpellation, eine die andere an Maßlosigkeit des Tones noch übertreffend. Um sie im Allgemeinen zu kennzeichnen, möge hier nur die einzige erwähnt werden, welche gleichfalls ein Wiener, der Abgeordnete Bauernschmid einbrachte. Er stellte die Anfrage, ob das Reichsministerium Kenntniß erlangt habe von den blutigen und grausamen, an den Vandalismus des Mittelalters erinnernden Maßregeln des Olmützer Hofes gegen die Stadt Wien; die Schreckensscenen vom Altstädter Ringe zu Prag und zu Eperies unter Ferdinand II. und Leopold I. würden hiedurch an Ruchlosigkeit und Ausdehnung noch weit überboten. Er frage ferner, fuhr Bauernschmid fort,

ob die Reichscommissäre sich noch immer als Gäste und Tischgenossen jenes in offener Rebellion gegen die gesetzmäßige Autorität des Wiener Reichstages begriffenen Hofgesindes zu Olmütz befänden, statt als Vermittler im Namen des deutschen Volkes in dem Lager des Feldmarschalls Windischgrätz aufzutreten, der zur Vollziehung seiner furchtbaren Mission die unbeschränktesten Vollmachten besitze. Endlich verlangte der Interpellant im Angesichte von ganz Europa, welches jeder Kunde über die Wiener Ereignisse mit athemloser Beklemmung entgegenharre, die bestimmte Antwort, ob das Reichsministerium gesonnen sei, seine zaudernde und kraftlose Politik gegenüber den rauchenden Trümmern einer der herrlichsten Metropolen des Erdkreises noch länger zu verfolgen und dadurch jene todesmuthige Heldenstadt, deren Vertheidiger an die erhabensten Großthaten des Alterthums erinnern und die Brust jedes deutschen Mannes mit Bewunderung erfüllen, dem Verderben und der Willkür roher Gewaltherrschaft preiszugeben.

Hatte sich die Frankfurter Linke bisher nur im Allgemeinen in Diatriben über das bei und nach der Einnahme Wiens von den Eroberern der Stadt beobachtete Verfahren ergangen, welches ja auch bei ernsten und wohlwollenden Beurtheilern die gewichtigsten Bedenken erregte und ihren ziemlich einmüthigen Tadel erfuhr, so erwachte bald auch die persönliche Sorge für das Schicksal der Männer, welche im Auftrage ihrer Gesinnungsgenossen nach Wien gegangen waren und dort an der revolutionären Bewegung activ Antheil genommen hatten. In der Sitzung vom 9. November gelangte ein aus Wien vom 4. datirtes Schreiben des Abgeordneten Moriz Hartmann an das Präsidium der Nationalversammlung zur Verlesung, durch

welches er die Anzeige von der an diesem Morgen geschehenen Verhaftung Blum's und Fröbel's erstattete. Aber in jener Täuschung über die Kraft der Beschlüsse des Parlamentes, der man sich in Frankfurt nur allzuleicht hingab, mochte man die Beiden wohl durch das für sie als Abgeordnete zur Nationalversammlung bestehende Immunitätsgesetz hinreichend geschützt glauben. Um so gewaltiger war daher die Wirkung, als am 14. November plötzlich die Meldung nach Frankfurt kam, Robert Blum sei am Frühmorgen des 9. in der Brigittenau standrechtlich erschossen worden.

Ganz unbeschreiblich war der Sturm, der sich bei Verkündigung dieser Nachricht in der Nationalversammlung erhob. Einzelne Abgeordnete der Linken geberdeten sich wie Wüthende, und Giskra schrie laut, Windischgrätz müsse vogelfrei erklärt werden. Es wurde dadurch wenigstens in Frankfurt zum ersten Male dem Fürsten und nur ihm allein das Verschulden an der Hinrichtung Blum's zur Last gelegt.

Mehr als vier Decennien vergingen, und diese Anklage blieb, von Niemand und am allerwenigsten von dem Feldmarschall selbst widersprochen, auf seinem Andenken haften. Da wurde, wenn wir nicht irren, wenigstens in der Oeffentlichkeit der Vorhang zuerst von einem Manne gelüftet, welcher, wie er selbst es schildert, in jenen schrecklichen Tagen in ununterbrochenem Verkehre mit den beiden verschwägerten Fürsten Alfred Windischgrätz und Felix Schwarzenberg stand. Daß er gleichzeitig auf die Entschlüsse des Letzteren nicht ganz ohne Einfluß war, gibt er deutlich zu verstehen.

Allerdings bekleidete Wessenberg zu jener Zeit noch den Posten eines Ministers des Aeußern, aber es ließ sich

unschwer vorhersehen, daß dies schon bei seinem Alter und seiner nichts weniger als robusten Gesundheit, mehr aber noch wegen seiner nur losen Verbindung mit den damals in immer höherem Maße die Macht an sich ziehenden militärisch-aristokratischen Kreisen, endlich weil er überhaupt nie ein Mann nach ihrem Herzen gewesen, nicht mehr von langer Dauer sein werde. Nach frischen, unverbrauchten Kräften rief Alles, und Eingeweihten galt schon vor dem förmlichen Ministerwechsel Fürst Felix Schwarzenberg als der kommende Mann.

So war es denn auch wirklich, aber noch ehe er das ihm bestimmte Amt auch definitiv antrat, zog er im Gegensatze zu seiner sonstigen Gewohnheit, denn man behauptete von ihm, er könne die „Metternichianer" nicht leiden, eine Persönlichkeit an sich heran, welche bis dahin der Gunst des gewesenen Staatskanzlers Alles verdankte. Es war dies der österreichische Generalconsul in Leipzig, Joseph Alexander Hübner.

In einem anschaulich geschriebenen und viel gelesenen, im Jahre 1891 erschienenen Buche schildert Hübner, der während der inzwischen verflossenen vierzig Jahre Botschafter und Minister geworden und in den Grafenstand erhoben worden war, seine Erlebnisse während des Jahres 1848, in dessen letzten drei Monaten er als vertrauter Begleiter des Fürsten Schwarzenberg inmitten der Ereignisse stand. In glaubwürdiger Weise erzählt er, daß der Feldmarschall Fürst Windischgrätz seinen Schwager Schwarzenberg in einem ganz vertraulichen Schreiben, welches am Abende des 7. November in Olmütz eintraf, von der drei Tage zuvor erfolgten Verhaftung Blum's und Fröbel's, sowie von seiner Absicht in Kenntniß gesetzt habe, dieselben, „um ihm

15*

etwaige diplomatische Schwierigkeiten zu ersparen", einfach aus Oesterreich ausweisen zu lassen.

Gegen diese Absicht des Feldmarschalls erhob nun Schwarzenberg energische Einsprache. Als Mitglied des Frankfurter Parlamentes, antwortete er, besitze Blum keine gesetzlichen Privilegien in Oesterreich, wie er denn überhaupt hier, setzte Schwarzenberg nicht ohne höhnischen Beigeschmack hinzu, keine anderen als die des Standrechtes beanspruchen könne. Blum sei einer der hervorragendsten deutschen Revolutionäre, sei mit den Waffen in der Hand, mit denen er eine zu Recht bestehende Regierung bekämpfte, ergriffen worden, das Gesetz ahnde derlei Verbrechen mit dem Tode, er werde nur die Folgen seiner Handlungen tragen, wenn er ihn erleide. „Beschäftige Dich nicht," fährt Schwarzenberg in dem Briefe an Windischgrätz fort, „mit meinen diplomatischen Schwierigkeiten; sie sind meine Sache, und ich nehme die Verantwortlichkeit auf mich." Der Brief schließt mit dem Begehren, Blum vor das Kriegsgericht zu stellen, und damit war sein Todesurtheil gesprochen. Fröbel's geschah in dem Briefe gar keine Erwähnung, er wurde daher zwar gleichfalls vom Kriegsgerichte zum Tode verurtheilt, aber von Windischgrätz, weil ihm hiebei freie Hand gelassen worden war, begnadigt und dann polizeilich über die Grenze gebracht.

Graf Hübner knüpft an diese gewiß interessante Erzählung die Behauptung, Fürst Schwarzenberg habe durch die von ihm veranlaßte Hinrichtung Blum's einen Act der „Gerechtigkeit, des Muthes und der Politik" vollzogen; eine ruhige und ganz parteilose Auffassung der Dinge wird jedoch wahrscheinlich zu den entgegengesetzten Schlußfolgerungen führen. Was zunächst die Gerechtigkeit angeht, so

wird es hinreichen, wenn man zugibt, daß das gegen Blum beobachtete Verfahren rechtlich wohl zulässig, aber darum doch noch bei Weitem nicht geboten erschien. Daß das Frankfurter Immunitätsgesetz in Oesterreich keine streng gesetzliche Geltung erlangt hatte und das von Windischgrätz verkündigte Standrecht auch auf Blum anwendbar war, soll hier in keiner Weise bestritten, aber doch auch gesagt werden, daß es als ein von dem Reichsverweser, also einem österreichischen Erzherzog sanctionirtes Gesetz gerade nicht von einem österreichischen General, der gleichzeitig die Befugnisse eines Ministers ausübte, als gar nicht existirend hätte betrachtet werden sollen. Und das umsomehr, als ja das Standrecht der Natur der Sache nach durchaus nicht in allen Fällen, die ihm dem Wortlaute seiner Verkündigung nach unterliegen, sondern stets nur in wenigen Anwendung finden darf. Denn sonst würde ja insbesondere nach der Besiegung revolutionärer Bewegungen die Hinmetzlung von Tausenden gerechtfertigt erscheinen.

Daß es nicht gerade eine Handlung des Muthes war, einen wehrlosen Gefangenen todtschießen zu lassen, bedarf wohl noch weniger eines Beweises. Sowohl Schwarzenberg selbst, dessen persönlicher Muth übrigens nie auch nur dem geringsten Zweifel unterlag, sowie die von ihm vertretene Sache hatten ja von Blum nichts Ernstliches zu besorgen, und wenn es Schwarzenberg, wie er selbst andeutet, hauptsächlich darum zu thun war, den Revolutionären zu zeigen, daß man sich vor ihnen nicht fürchte, so wurde dies ja ohnehin durch das nach dem Falle Wiens wider sie beobachtete Verfahren hinreichend dargethan.

Am allerwenigsten aber wird die Hinrichtung Blum's als eine von einer gesunden Politik gebotene Handlung

angesehen werden dürfen. Hätte die österreichische Regierung mit ihr gleichzeitig eine Erklärung ihrer Lossagung von Deutschland verknüpft, so hätte dies noch angehen können. Aber in Deutschland bleiben, ja daselbst die erste Stellung einnehmen zu wollen und gleichzeitig der parlamentarischen Repräsentation Deutschlands durch die völlige Nichtachtung der von ihr beschlossenen Gesetze aufs Derbste ins Gesicht zu schlagen, dadurch aber die Anschauungen und Gefühle der Deutschen, die man sich ja nicht entfremden, sondern mehr und mehr für sich gewinnen wollte, aufs Empörendste zu verletzen, das war alles Andere eher als ein Act politischer Klugheit. Hätten Schwarzenberg, der ihn veranlaßte, und Hübner, der ihm nicht widersprach, ja vielleicht sogar zu ihm rieth, nur eine Ahnung von der wirklichen Lage der Dinge gehabt, so würde der gefaßte Entschluß wohl anders ausgefallen sein. Denn daß er der Sache Oesterreichs in Deutschland unendlich geschadet, davon hatten diejenigen, welche sich an Ort und Stelle befanden, Gelegenheit genug, sich zu überzeugen.

Wie dem aber auch sein mag, ein großartiger Zug in dem Charakter des Fürsten Windischgrätz bleibt es doch immer, daß von seiner Seite nie auch nur ein Wort der Aufklärung über den wirklichen Sachverhalt kundgethan wurde. Einen Nero, einen Alba ließ er sich schelten, während es ihm ein Leichtes gewesen wäre, wenigstens den Theil der Anklagen zu entkräften, welcher aus Anlaß der Hinrichtung Blum's mit noch größerer Leidenschaftlichkeit als gegen seine sonstigen nach der Einnahme Wiens vollzogenen Maßregeln laut wurde. Aber auch dem Fürsten Schwarzenberg kann nicht gerade eine Verheimlichung zur Last gelegt werden. That er auch nichts dazu, die Wahrheit an die Oeffentlichkeit

zu bringen, so hielt er doch mit ihr wenigstens in Privatgesprächen nicht hinter dem Berge. Auch Schmerling gehörte während ihres späteren Zusammenseins in Wien zu denjenigen, welche sie aus seinem Munde erfuhren.

Die furchtbare Aufregung, welche sich eines sehr großen Theiles der Nationalversammlung, und zwar weit über die Grenzen der eigentlichen Linken hinaus bei dem Eintreffen der Nachricht von der Hinrichtung Blum's bemächtigt hatte, machte zuerst in einer Interpellation und dann in einem Antrage des Abgeordneten Ludwig Simon von Trier sich Luft. Die Interpellation war an den Reichsminister der Justiz, Robert Mohl gerichtet und enthielt die Anfrage, was er gegen eine so feige Verhöhnung eines deutschen Reichsgesetzes zu thun gedenke? Der Antrag aber ging darauf hinaus, daß, nachdem die Erschießung Blum's sich als Mord darstelle, der Centralgewalt empfohlen werde, die erforderlichen Maßregeln zur Ausfindigmachung der mittelbaren und unmittelbaren Mörder zu treffen.

So wenig glückliche Erfahrungen nun auch das Reichsministerium soeben mit der Entsendung von Commissären nach Oesterreich gemacht hatte, so blieb ihm doch auch jetzt wieder nichts Anderes übrig, als den gleichen Weg zu betreten, von dem es wenigstens, wenn es nicht auch dazu vielleicht schon zu spät war, die Rettung der übrigen an den Wiener Ereignissen betheiligten Frankfurter Abgeordneten hoffen durfte. Noch an demselben Tage bewog es zwei dem Centrum angehörige Mitglieder der Nationalversammlung, den Staatsrechtslehrer Poezl aus München und den Advocaten Paur aus Augsburg, das zu jener Zeit gewiß Jedermann nur schwer fallende Opfer zu bringen und sich mit den ihnen ertheilten Aufträgen unverzüglich

nach Oesterreich zu begeben. Und wirklich zog diese Reise für einen der zwei Delegirten, für Poezl, die traurigsten Folgen nach sich. Seine ihm in treuester Anhänglichkeit ergebene Frau, welche die Barricadenkämpfe in Frankfurt mit erlebt hatte und durch dieselben in äußersten Schrecken versetzt worden war, wurde in ihrer hiedurch herbeigeführten krankhaften Reizbarkeit des Nervensystems während der Anwesenheit ihres Gatten in Wien von so unsäglicher Angst um ihn ergriffen, daß sie in kurzer Zeit zu hochgradiger Geistesstörung führte, welche sich alsbald als unheilbar erwies.

Noch konnten die beiden Reichscommissäre trotz aller Eilfertigkeit, deren sie sich beflissen, nicht nach Olmütz gelangt sein, als schon der Bericht des Ausschusses für die österreichischen Angelegenheiten, und zwar in der Sitzung vom 16. November auf die Tagesordnung kam. So weitgehend und tief war die Wirkung der Nachricht von der Hinrichtung Blum's gewesen, daß selbst dieser Ausschuß, obwohl die Mehrheit seiner Mitglieder der conservativeren Richtung, unter ihnen aber die zwei baierischen Minister von Beisler und Schrenck sogar der äußersten Rechten angehörten, keinen anderen als den folgenden Antrag zu stellen vermochte:

„Die Nationalversammlung, indem sie vor den Augen von ganz Deutschland gegen die mit Außerachtlassung des Reichsgesetzes vom 30. September vollzogene Verhaftung und Tödtung des Abgeordneten Robert Blum feierlich Verwahrung einlegt, fordert das Reichsministerium auf, mit allem Nachdrucke Maßregeln zu treffen, um die unmittelbaren und mittelbaren Schuldtragenden zur Verantwortung und Strafe zu ziehen."

Mit Recht hob der Berichterstatter Kirchgeßner aus Würzburg hervor, daß es im gegebenen Falle nicht um die Schuld oder Unschuld Blum's, nicht um Recht oder Unrecht des vollzogenen kriegsgerichtlichen Urtheils, sondern um eine höhere politische Angelegenheit, um die durch gesetzwidriges Verfahren gegen ein Mitglied der Nationalversammlung an ihr selbst verübte Verletzung sich handle, und dafür müsse Recht werden, wenn nur noch ein Schatten des Rechtes bestehe.

Mit tiefem Stillschweigen wurde dieser Bericht aufgenommen, und als der Präsident Heinrich von Gagern die Frage stellte, ob Jemand hiezu das Wort verlange, wurde dasselbe von keiner Seite begehrt. Die fast einstimmige Annahme des Antrages wurde hierauf constatirt, und durch diese Thatsache allein schon wird wohl die Behauptung, die Hinrichtung Blum's sei ein Gebot der Politik gewesen, am schlagendsten widerlegt.

Hatte man in dieser Sitzung die Selbstbeherrschung geübt, sich jeder Discussion zu enthalten, so brach dieselbe am folgenden Tage, und zwar aus Anlaß eines Schreibens der Stadt Leipzig, in welchem sie unter lebhafter Schilderung des gegen Blum beobachteten Verfahrens das Begehren stellte, daß an den Schuldigen die verdiente Strafe vollzogen und dem deutschen Vaterlande die gebührende Genugthuung gewährt werde, neuerdings mit Heftigkeit los. Insbesondere war es der eigentlich nicht der äußersten Linken angehörige Abgeordnete Venedey aus Köln, welcher das Ministerium mit Invectiven überhäufte, ja ihm Lug und Trug Schuld gab. Er klagte es an, durch seinen Vorgang Schimpf und Schande über die Nationalversammlung zu bringen, das aber müsse offenbar zur Anarchie führen.

Hiedurch aufs Aeußerste gereizt, erhob sich Schmerling zu einer scharfen, vielleicht allzuscharfen Erwiederung. Er wies nach, daß das Ministerium gleich nach dem Eintreffen der Nachricht von der Verhaftung Blum's, und zwar am 8. November in einem an die österreichische Regierung gerichteten Schreiben die Beobachtung des deutschen Immunitätsgesetzes gefordert habe; daß es damit zu spät gekommen sei, könne man ihm unmöglich zur Last legen. Mit Recht erklärte er, daß diejenigen, welche Blum zur Reise nach Wien veranlaßten, weit mehr Schuld an seinem unglücklichen Ende trügen als das Reichsministerium. Und mit Worten, welche dafür, daß sie von der Ministerbank gesprochen wurden, wohl allzu schneidend klangen, schloß er, an einen alten Spruch erinnernd, seine Rede: „Wer sich in Gefahr begibt, der kommt in ihr um.“ Sie wurden von der Linken mit Wuthausbrüchen aufgenommen und auch von Vielen auf der Rechten nicht gebilligt.

Daß Letzteres wirklich der Fall war, wurde vor der Hand nur Manchem aus der Reihe der Freunde und Anhänger Schmerling's und noch nicht ihm selbst bemerkbar. Allerdings waren schon mehr als drei Wochen verflossen, seit er — am 24. October — in einem vertraulichen Briefe nach Wien geschrieben hatte: „Meine ministerielle Stellung ist günstig, und meine Majorität erhält sich unvermindert; die giftigen Ausfälle der Linken bleiben ohne Wirkung.“ Aber auch noch am 22. November schrieb er gleichfalls nach Wien, daß er in Frankfurt volles Vertrauen besitze, und daß, wenn er auch nur ein Wort über einen etwaigen Rücktritt fallen lasse, dies wahren Schrecken verursache.

Das Drama, welches in Folge der Hinrichtung Blum's von Seite der Frankfurter Linken fortgespielt wurde, war

jedoch noch bei Weitem nicht zu Ende. Schon am 18. November erschien Fröbel, wie Heinrich Laube, die Worte Roller's in Schiller's „Räuber“ wiederholend, sich ausdrückt, „recta vom Galgen“ in der reformirten Kirche zu Frankfurt, in welcher die Nationalversammlung damals wegen baulicher Veränderungen in der Paulskirche ihre Sitzungen hielt. Wer den hochgewachsenen, in einen schwarzsammtenen Leibrock gekleideten Mann mit dem dichten, kohlschwarzen Haarwalde, mit verstörter Miene und lauerndem Blicke aus den Reihen der äußersten Linken, der er seiner politischen Farbe nach angehörte, der Tribüne zuschreiten und das Wort begehren sah, der glaubte sich jetzt wohl auf die unbezähmbarsten Ausbrüche parlamentarischer Leidenschaftlichkeit gefaßt machen zu müssen. Aber nichts von alledem geschah. In ruhiger, ja nüchterner und vollkommen objectiv scheinender Weise erzählte Fröbel seine und Blum's gemeinschaftlichen Erlebnisse während ihrer Fahrt nach Wien und insbesondere während ihres Aufenthaltes daselbst. Die Art, in der er sprach, wirkte um ihrer Schlichtheit willen überzeugend, und es kann ja sein, daß er dasjenige, was er insbesondere über die Ursachen seiner Freilassung sagte, auch wirklich für wahr hielt. Aber ganz unmöglich ist es doch auch wieder nicht, daß er bei seinem unleugbaren Scharfsinne den eigentlichen Zusammenhang wenigstens ahnte. Dieser bestand in nichts Anderem als darin, daß nach der Niederwerfung des Aufstandes die Gewalthaber in Oesterreich von dem Grundsatze ausgiengen, nur die Häupter, die Führer der Revolution und diejenigen, welche man für die gefährlichsten Männer in der Umsturzpartei hielt, am Leben zu strafen, die Uebrigen aber entweder ganz zu begnadigen oder sie wenigstens nicht hinrichten zu lassen, sondern sie mit freilich oft sehr harten

Freiheitsstrafen zu belegen. Hätte Fröbel es über sich gebracht, einfach zu sagen, seine Persönlichkeit sowie seine bisherige, größtentheils schriftstellerische Thätigkeit, ja sogar seine Theilnahme am Frankfurter Parlamente, welchem er erst seit kurzer Zeit angehörte, seien denjenigen unbekannt gewesen, in deren Händen sein Schicksal ausschließlich lag, und sie hätten ihn daher wegen seiner vermeintlichen Unbedeutendheit einfach laufen lassen, so würde er der Wahrheit ziemlich nahe gekommen sein.

Erst elf Tage später, in der Sitzung der Nationalversammlung vom 29. v. M. kam aus Anlaß eines neuerlichen Berichtes des Ausschusses für die österreichischen Angelegenheiten dort Alles wieder zur Sprache, was sich daselbst an Anträgen und sonstigen Kundgebungen über die Wiener Ereignisse aufgehäuft hatte. Auch jetzt führte zunächst Giskra in außerordentlich langer, phrasenreicher Rede für die Sache des Wiener Aufstandes und gegen das zuwartende Verfahren des Reichsministeriums das Wort. In leidenschaftsloser Erwiederung trachtete Beda Weber aus Tirol Giskra's Behauptungen zu widerlegen und seine Uebertreibungen auf das richtige Maß zurückzuführen. Nachdem noch Welcker einen schier nicht enden wollenden Rechenschaftsbericht erstattet, der einerseits viel Wahres enthielt, andererseits aber durch gar zu umständliche Besprechung des Empfanges, den er und sein Begleiter am Hoflager zu Olmütz gefunden, der Linken den reichlichst benützten Anlaß zu Hohn und zu Spott gab, betrat Schmerling die Tribüne. Trotz der Heftigkeit der Angriffe, welche Giskra gegen ihn gerichtet, sprach er heute ruhiger und gemessener, als es bei seinen letzten Reden der Fall gewesen war. Sehr glücklich war er in dem, was er zur Rechtfertigung der äußeren wie der

inneren Politik des Ministeriums sagte. Wo seien denn, fragte er die Versammlung, all' die Nachtheile, welche man bei der Genehmigung des Waffenstillstandes von Malmö als ganz unausbleiblich vorhergesagt habe? Weder die Bevölkerung von Schleswig-Holstein habe sich so lauten Ausbrüchen der Unzufriedenheit hingegeben, als man prophezeite, noch sogar der dortige Landtag irgendwelche Einwendungen gegen die getroffenen Vereinbarungen erhoben. Wenn man aber Klage darüber führe, daß die Anerkennung der deutschen Centralgewalt an den fremden Höfen noch immer nicht durchgesetzt sei, so dürfe man keiner Täuschung sich hingeben, daß dies durch die so leidenschaftlichen Anfeindungen, welche diese Centralgewalt in dem ihr zur Seite stehenden Parlamente tagtäglich erfahre, aufs Aeußerste erschwert werde. Und endlich werfe man der Regierung vor, daß sie stets nur das Gespenst der Anarchie bekämpfe. „Wahrlich ein Gespenst", sagte Schmerling, „welches hier in Frankfurt im Begriffe stand, die Thüren des Parlamentes zu erbrechen und Mitglieder desselben zu erschlagen, wie es denn auch wirklich zwei aus ihnen meuchlings ermordete." Und nachdem er auch noch andere von der Revolutionspartei verübte verbrecherische Thaten aufgezählt, versicherte er, die Regierung könne in ihnen unmöglich ein Gespenst, sondern nur die wahrhaftige Anarchie sehen.

Als es nun am folgenden Tage zur Abstimmung kam, erhielt keiner der gestellten Anträge die Majorität, und man ging schließlich unverrichteter Dinge auseinander. Damit schien auch das geschehen zu sein, was Schmerling eigentlich wünschte, denn dadurch wurde am deutlichsten bewiesen, daß man weder die Macht noch den Willen besitze, in dieser Sache von Frankfurt aus Entscheidendes und Anderes zu

thun, als von Seite des Reichsministeriums wirklich verfügt worden war. Und mit nicht geringer Genugthuung erfüllte es sowohl Schmerling als sehr viele mit ihm in Frankfurt weilende Oesterreicher, daß obgleich die Nationalversammlung durch einen von der Linken ausgehenden Antrag, von Parlamentswegen für Robert Blum eine solenne Todtenfeier abhalten zu lassen, zu einem zustimmenden Beschlusse verleitet worden war, derselbe in Folge des Zwiespaltes, der über die Art ihrer Veranstaltung ausbrach, am Ende doch nicht zur Ausführung kam. So sehr sie sich dieses Fehlschlagens freuten, so waren doch auch jene Gesinnungsgenossen Schmerling's gleich ihm der Ansicht, welcher er in einer späteren Aufzeichnung Ausdruck verlieh, die Verurtheilung und Hinrichtung Blum's sei eine durchaus unangemessene und überflüssige Härte gewesen. Und auch als unklug wurde sie von Schmerling, und zwar aus dem Grunde bezeichnet, weil sie in ganz Deutschland eine Entrüstung hervorrief, welche auch auf die Verhandlungen über die Gestaltung der zukünftigen Stellung Oesterreichs zu Deutschland nicht ohne nachtheilige Einwirkung blieb.

Rücktritt vom Ministerium.

Man wird sich an den Vorwurf erinnern, welchen man seinerzeit in der österreichischen Staatskanzlei wider Schmerling aus dem Grunde erhob, weil er als Mitglied des Collegiums der Vertrauensmänner sich nicht gegen den von demselben ausgearbeiteten Entwurf einer Reichsverfassung erklärt hatte, denn dessen Verwirklichung müsse ja, so meinte man in Wien, Oesterreichs ferneres Verbleiben in Deutschland unmöglich machen. Schmerling aber trachtete sich mit der Versicherung, bei der Zusammensetzung jenes Collegiums würde jede Einsprache fruchtlos geblieben sein, und durch die Behauptung zu rechtfertigen, seiner Ueberzeugung nach werde die Unausführbarkeit jenes Entwurfes sich nach dessen Bekanntwerden von selbst herausstellen.

Diese letzte etwas leichthin ausgesprochene Prophezeiung ging jedoch nicht in Erfüllung. Anfangs freilich frappirte der Entwurf um der straffen Concentration willen, die er dem deutschen Zukunftsstaate gab, und wegen der erblichen Kaiserwürde, die er dem an die Spitze der Centralgewalt zu stellenden Reichsoberhaupte zudachte. Sogar Männer, welche dem Entwurfe im Allgemeinen fast enthusiastisches Lob spendeten und später zu den eifrigsten Verfechtern der ihm zu Grunde liegenden Ideen gehörten, hegten Anfangs gegen dessen Durchführbarkeit die schwersten

[illegible]

[illegible]

die Einheit klarer und präciser zum Ausdrucke gelange als in Dreien, konnte ja doch Niemand bestreiten.

Auch Schmerling gehörte zu denen, welche bis zum letzten Augenblicke für eine aus Mehreren zu bildende Spitze der Centralgewalt und gegen die Berufung eines Einzelnen eingetreten waren. Aber schließlich wurde auch er durch die Erwählung eines österreichischen Prinzen zum deutschen Reichsverweser, wenngleich vielleicht nicht zu einer anderen Ansicht, aber doch zu einer anderen Haltung bekehrt, und es wäre wirklich sinnlos gewesen, dasjenige, was für die Gegenwart dargeboten wurde, um einer ungewissen Zukunft willen ausschlagen zu wollen. Von nun an wurde jedoch allmälig in immer höherem Maße und in immer weiteren Kreisen erkannt, daß, nachdem man die provisorische Centralgewalt in die Hand eines Einzigen gelegt, man hiedurch auch die wirksamste Propaganda für die zukünftige definitive Gestaltung des Reichsregimentes und es fast unmöglich gemacht habe, daß das Oberhaupt des Reiches nicht mehr ein einheitliches, sondern ein mehrgestaltiges sei.

Fast vier Monate lagen zwischen dem 3. Juli, an welchem Tage Georg Beseler im Namen des Verfassungsausschusses den Entwurf der Grundrechte des deutschen Volkes in der Nationalversammlung vorlegte, und dem 19. October, an welchem endlich der Bericht über diejenigen Theile der zukünftigen Verfassung erstattet wurde, welche auf das „Reich" und die „Reichsgewalt" sich bezogen. Oft und mit einem gewissen Anschein von Recht ist dem Verfassungsausschusse und den einflußreichsten Personen in demselben, unter denen die preußischgesinnte Erbkaiserpartei bei Weitem die Majorität besaß, diese Verzögerung zum Vorwurfe gemacht worden, aber es scheint doch, daß sie recht gut

wußten, was sie thaten. Zur Zeit der Anfänge der Nationalversammlung, als es um die Bildung eines Clubs der rechten Seite sich handelte, hatte einer der preußischen Heißsporne, der Freiherr Georg von Vincke den Antrag gestellt, dem Programme dieser Vereinigung die Nothwendigkeit eines sogleich auf Preußen zu übertragenden erblichen Kaiserthumes zu Grunde zu legen. Ihm antwortete ein anderer Preuße, der berühmte Geschichtsschreiber der Hohenstaufen, Friedrich von Raumer: „Jetzt schon ein erbliches Kaiserthum für Preußen erstreiten zu wollen, sei bei den hierüber herrschenden Ansichten ganz unmöglich. Die Frage über die Kaiserwürde und Oesterreichs Stellung liege noch so in Dunkel und Verwirrung, daß erst allmälig Einsicht und Verständigung eintreten könne.“ Und ein etwa drei Wochen später von einem preußischen Abgeordneten, Braun aus Cöslin eingebrachter Antrag, die provisorische Centralgewalt der Krone Preußen zu übertragen, fand nicht einmal die durch die Geschäftsordnung vorgeschriebene Unterstützung und wurde unter dem höhnischen Gelächter der Versammlung begraben.

So wenig nun auch von preußischer Seite geschah, sich lebhaftere Sympathien in der Nationalversammlung zu erwerben, während im Gegentheile — wir erinnern nur an den Waffenstillstand von Malmö — gar viel gethan wurde, sie sich immer mehr zu entfremden, so wuchs doch sichtlich die Zahl derjenigen an, welche in der Berufung Preußens an die Spitze Deutschlands das Heil des Vaterlandes erblicken zu müssen glaubten. In welch' hohem Maße dies der Fall war, zeigte sich bei der Discussion und der Abstimmung über die Paragraphe 2 und 3 des Abschnittes I über das Reich. Von Preußen war darin allerdings mit

keinem Worte die Rede. Da sie aber die schärfsten und einschneidendsten Bestimmungen über die zukünftige Stellung Oesterreichs zu Deutschland enthielten, so waren sie mittelbar auch für diejenige Preußens von unendlichem Werth.

Wie bekannt ist, lautete der zweite Paragraph des Entwurfes: „Kein Theil Deutschlands darf mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein.“ Und Paragraph 3 setzte hinzu: „Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so ist das Verhältniß zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen.“

Keinen Augenblick läßt es sich verkennen, daß diese Paragraphe an und für sich nichts Anderes als die streng logische Festhaltung jenes starren Einheitsprincipes waren, auf welchem der ganze Verfassungsentwurf beruhte. Aber ebensowenig konnte ein klarblickender Politiker, und schon gar wenn derselbe ein Oesterreicher war, auch nur einen Augenblick daran zweifeln, daß eine Unterordnung Oesterreichs unter diese Bestimmungen eine bare Unmöglichkeit sei. Wie konnte der Fortbesitz der italienischen Provinzen, auf welchen doch zu jener Zeit noch so viele gute Oesterreicher hofften, wie derjenige Galiziens und vielleicht auch Dalmatiens in die Länge aufrecht erhalten werden, wenn diese Länder künftighin mit den deutschen Stammlanden Oesterreichs nur mehr durch das lose Band einer reinen Personalunion verknüpft sein sollten? Und selbst was Ungarn betraf, so bestand damals noch nicht das gegenwärtige dualistische Verhältniß zu demselben, welches noch immer weit innigere Beziehungen zwischen den beiden Hauptbestandtheilen der Monarchie zuläßt, als sie mit der reinen Personalunion vereinbarlich wären.

Dies klar zu erkennen, dazu bedurfte Mühlfeld, einer der wenigen Oesterreicher, welche Sitz und Stimme im Verfassungsausschusse besaßen, und dem außer wahrhaftem österreichischen Patriotismus auch eine nicht gewöhnliche politische Bildung eigen war, nicht jenes scharf unterscheidenden Verstandes, den ihm Niemand bestritt. Darum hatte er mit vier anderen, gleich ihm der rechten Seite der Nationalversammlung angehörenden Mitgliedern des Verfassungsausschusses ein Minoritätserachten zu Paragraph 2 eingebracht, welches folgendermaßen lautete:

„Insofern die eigenthümlichen Verhältnisse Oesterreichs die Ausführung dieses und der daraus abgeleiteten Paragraphe nicht zulassen, soll die angestrebte Macht Deutschlands im größtmöglichen Maße durch den innigsten Anschluß Oesterreichs an Deutschland im Wege des völkerrechtlichen Bündnisses zwischen der Reichsgewalt und der österreichischen Regierung erzielt werden."

Sollte durch diesen Antrag einer etwaigen Zerreißung Oesterreichs, welche die Einführung der Personalunion zwischen seinen deutschen und nichtdeutschen Ländern unstreitig hätte nach sich ziehen müssen, vorgebeugt werden, so konnte er den Tendenzen Schmerling's nur vollständig entsprechen. Wenn er sich gleichwohl mit ihm nicht einverstanden zu erklären vermochte, so lag der Grund hievon darin, daß dieser Antrag Mühlfeld's die Ausscheidung Oesterreichs aus dem neu zu gründenden deutschen Bundesstaate und ein blos völkerrechtliches Bündniß, eine bloße Allianz zwischen diesem und Oesterreich in Aussicht stellte. Unmöglich konnten nach der Meinung Schmerling's die österreichischen Abgeordneten, welche zur Zustandebringung des Einigungswerkes nach Frankfurt entsendet worden waren,

zuerst und aus eigenem Antriebe ein solches Trennungswort aussprechen. Denn sie hätten dann wohl auch die unvermeidlichen Consequenzen aus einem solchen Beschlusse ziehen, die Nationalversammlung verlassen und es den dort zurückbleibenden Deputirten aus den übrigen deutschen Ländern anheimstellen müssen, die zukünftige Gestaltung Deutschlands allein zu ordnen.

Weit eher noch als die Oesterreicher in Frankfurt hätte die dortige preußische Erbkaiserpartei für den Antrag Mühlfeld's stimmen können und sollen. Denn wenn er angenommen und zur Ausführung gebracht worden wäre, so hätten sich ihren Lieblingsprojecten ja kaum mehr erwähnenswerthe Hindernisse in den Weg gestellt. Wenn Oesterreich aus dem Bundesstaate ausschied, wer hätte Preußen die Hegemonie in demselben auch nur noch von fern zu bestreiten vermocht? Darum geschah es wohl auch, daß Heinrich von Gagern in einem Sinne sich aussprach, der mit dem Gedankengange Mühlfeld's so ziemlich übereinstimmte. Aber die Erbkaiserpartei ließ ihn im Stiche und wollte von seinen Vorschlägen nichts hören. Ihre eigentlichen Führer mochten wohl der Anschauung sein, und einer der namhaftesten aus ihnen, Georg Waitz, sprach es ja ungescheut aus, die Einführung der Personalunion zwischen Oesterreichs deutschen und nichtdeutschen Ländern werde, wenngleich nur allmälig, aber doch ganz unausbleiblich die Auflösung der Monarchie nach sich ziehen, dann aber müßten deren deutsche Länder gleichsam von selbst an Deutschland fallen. Darum wollte man jetzt auch nicht die mindeste Rücksicht auf Oesterreich nehmen, ja dasselbe in der Reichsverfassung speciell gar nicht erwähnen. In Folge dessen stimmte die Erbkaiserpartei, alle eingebrachten Amendements

verwerfend, gegen die Paragraphe 2 und 3, wobei sie die Linke in geschlossenen Reihen unterstützte. Denn während der Mehrheit derselben der Zerfall der österreichischen Monarchie nur willkommen gewesen wäre, drängten selbst die in ihren Reihen sitzenden Oesterreicher, denen man wenigstens nicht insgesammt solche Tendenzen zutrauen durfte, in unbegreiflicher Verblendung zur Annahme der verhängnißvollen Paragraphe, welche denn auch in der Sitzung vom 27. October mit sehr großer Majorität erfolgte.

Ohne Zweifel war es der Umstand, daß man nun endlich in Frankfurt an die definitive Gestaltung des neu zu gründenden deutschen Reiches ernstlich herantrat, welcher die einflußreichsten Personen in der Nationalversammlung, die ja fast ausschließlich der preußischen Erbkaiserpartei angehörten, dazu vermochte, das Reichsministerium fort und fort zu Schritten zu drängen, um eine deutliche Erklärung Preußens über seine zukünftige Haltung zur deutschen Verfassungsfrage zu erwirken, denn von Berlin her waren hierüber immer nur ausweichende Antworten nach Frankfurt gelangt. Ein verhältnißmäßig nicht ganz ungünstiger Augenblick hiezu schien der zu sein, in welchem das Ministerium Pfuel, das in Preußen ungefähr eine gleich traurige Rolle gespielt hatte wie in Oesterreich dasjenige Doblhoff's, vom Amte zurücktrat und der kräftigeren Regierung Platz machte, welche unter dem Vorsitze des Grafen Brandenburg sich bildete und dessen bedeutendste Persönlichkeit der zum Minister des Innern ernannte Freiherr Otto Theodor von Manteuffel war. Gleichzeitig wurde die Verlegung der preußischen Nationalversammlung, um sie den Einwirkungen der Berliner demokratischen Kreise mehr zu entziehen, von dort nach Brandenburg verfügt.

Schon am Tage der Einsetzung des neuen Ministeriums, am 8. November sandte Schmerling seinen ersten Unterstaatssecretär Bassermann nach Berlin, um mit der nunmehrigen Regierung zu dem beabsichtigten Zwecke in nähere Berührung zu treten. Aber er mußte gleichzeitig mit Bestimmtheit vorhersehen, daß die Vorgänge in Preußen binnen kürzester Frist in der Nationalversammlung zur Sprache gebracht werden würden. Er that dies daher vorerst selbst im Schooße des Reichsministeriums, und eigenthümlicher Weise waren es dort gerade die conservativsten, mit tausend Fäden an Preußen geknüpften Mitglieder, Peucker und Beckerath, welche sich durch die Ernennung Manteuffel's zum Minister am meisten beunruhigt zeigten. Denn Beckerath kannte ihn ja von dem vereinigten Landtage her, in welchem sie gemeinschaftlich getagt hatten, genau, und er traute ihm daher sehr weitgehende Reactionsgelüste zu. Daß seine Befürchtungen sogar von dem Kriegsminister, einem preußischen General getheilt wurden, schien, wie ja auch die Folge gelehrt hat, deutlich zu beweisen, daß sie keine ungegründeten waren.

Daß Schmerling die Bekämpfung und die Besiegung der Revolutionspartei auch in Preußen, wie sie durch ihn selbst in Frankfurt und dann durch Windischgrätz in Wien geschehen war, für dringend nothwendig hielt, hatte er durch sein eigenes Beispiel bewiesen. Aber mit kaum geringerer Wärme wünschte er doch auch wieder, daß der Triumph der Regierungsgewalt nirgends, sei es zu allzuharter Ahndung des Geschehenen an den Schuldtragenden, sei es zur Zurücknahme all der freiheitlichen Zugeständnisse mißbraucht würde, deren Fortdauer mit der Aufrechthaltung ruhiger und gesetzmäßiger Zustände nur irgendwie vereinbarlich erschien.

Bedenken. Um hier nur den Namhaftesten aus ihnen, der noch dazu in so einseitigen Anschauungen befangen war, daß er schon am 20. April 1840 an einen seiner Söhne schrieb: „um sich als Deutscher zu fühlen, muß man Preuße sein", zu Wort kommen zu lassen, möge erwähnt werden, daß sogar Carl Josias Bunsen jene beiden Punkte des Entwurfes, auf die es doch eigentlich ankam, für unmöglich erklärte. Denn Oesterreich könne die Kaiserwürde an kein anderes Herrscherhaus übergehen lassen, Deutschland aber Oesterreich nicht von sich ausscheiden. „Was wäre Deutschland ohne Oesterreich," schrieb er wörtlich, „ohne die steirischen Alpen, ohne Tirol, ohne Triest? Wahrlich, es wäre nicht mehr das große deutsche Vaterland, dem wir Alle unsere Treue bis in den Tod gelobt. Es hätte nicht mehr seine friedliche, vermittelnde Weltstellung in Europa."

Unabsehbar würde die Reihe derjenigen erscheinen, wenn wir sie hier aufzählen wollten und könnten, welche damals von den gleichen Gedanken beseelt waren. Wie viele Reden wurden in diesem Sinne bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung gehalten! Und auch nachdem das Parlament in Frankfurt zusammengetreten war, wie lang noch, ja man kann sagen, bis zu den letzten Stunden, welche der Einsetzung des Reichsverwesers vorhergingen, behielten die Ideen derjenigen die Oberhand, welche nicht eine einzige Person, sondern ein aus Dreien bestehendes Directorium an die Spitze der Centralgewalt gesetzt sehen wollten! Aber bei dem vorherrschenden Drange, vor Allem die Einheit Deutschlands zu begründen, begreift es sich leicht, daß schließlich doch nur eine einzige Person, der Erzherzog Johann von Oesterreich zum provisorischen Oberhaupte Deutschlands gewählt wurde. Denn daß in einem Einzigen

die Einheit klarer und präciser zum Ausdrucke gelange als in Dreien, konnte ja doch Niemand bestreiten.

Auch Schmerling gehörte zu denen, welche bis zum letzten Augenblicke für eine aus Mehreren zu bildende Spitze der Centralgewalt und gegen die Berufung eines Einzelnen eingetreten waren. Aber schließlich wurde auch er durch die Erwählung eines österreichischen Prinzen zum deutschen Reichsverweser, wenngleich vielleicht nicht zu einer anderen Ansicht, aber doch zu einer anderen Haltung bekehrt, und es wäre wirklich sinnlos gewesen, dasjenige, was für die Gegenwart dargeboten wurde, um einer ungewissen Zukunft willen ausschlagen zu wollen. Von nun an wurde jedoch allmälig in immer höherem Maße und in immer weiteren Kreisen erkannt, daß, nachdem man die provisorische Centralgewalt in die Hand eines Einzigen gelegt, man hiedurch auch die wirksamste Propaganda für die zukünftige definitive Gestaltung des Reichsregimentes und es fast unmöglich gemacht habe, daß das Oberhaupt des Reiches nicht mehr ein einheitliches, sondern ein mehrgestaltiges sei.

Fast vier Monate lagen zwischen dem 3. Juli, an welchem Tage Georg Beseler im Namen des Verfassungsausschusses den Entwurf der Grundrechte des deutschen Volkes in der Nationalversammlung vorlegte, und dem 19. October, an welchem endlich der Bericht über diejenigen Theile der zukünftigen Verfassung erstattet wurde, welche auf das „Reich" und die „Reichsgewalt" sich bezogen. Oft und mit einem gewissen Anschein von Recht ist dem Verfassungsausschusse und den einflußreichsten Personen in demselben, unter denen die preußischgesinnte Erbkaiserpartei bei Weitem die Majorität besaß, diese Verzögerung zum Vorwurfe gemacht worden, aber es scheint doch, daß sie recht gut

Bedenken. Um hier nur den Namhaftesten aus ihnen, der noch dazu in so einseitigen Anschauungen befangen war, daß er schon am 20. April 1840 an einen seiner Söhne schrieb: „um sich als Deutscher zu fühlen, muß man Preuße sein“, zu Wort kommen zu lassen, möge erwähnt werden, daß sogar Carl Josias Bunsen jene beiden Punkte des Entwurfes, auf die es doch eigentlich ankam, für unmöglich erklärte. Denn Oesterreich könne die Kaiserwürde an kein anderes Herrscherhaus übergehen lassen, Deutschland aber Oesterreich nicht von sich ausscheiden. „Was wäre Deutschland ohne Oesterreich,“ schrieb er wörtlich, „ohne die steirischen Alpen, ohne Tirol, ohne Triest? Wahrlich, es wäre nicht mehr das große deutsche Vaterland, dem wir Alle unsere Treue bis in den Tod gelobt. Es hätte nicht mehr seine friedliche, vermittelnde Weltstellung in Europa.“

Unabsehbar würde die Reihe derjenigen erscheinen, wenn wir sie hier aufzählen wollten und könnten, welche damals von den gleichen Gedanken beseelt waren. Wie viele Reden wurden in diesem Sinne bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung gehalten! Und auch nachdem das Parlament in Frankfurt zusammengetreten war, wie lang noch, ja man kann sagen, bis zu den letzten Stunden, welche der Einsetzung des Reichsverwesers vorhergingen, behielten die Ideen derjenigen die Oberhand, welche nicht eine einzige Person, sondern ein aus Dreien bestehendes Directorium an die Spitze der Centralgewalt gesetzt sehen wollten! Aber bei dem vorherrschenden Drange, vor Allem die Einheit Deutschlands zu begründen, begreift es sich leicht, daß schließlich doch nur eine einzige Person, der Erzherzog Johann von Oesterreich zum provisorischen Oberhaupte Deutschlands gewählt wurde. Denn daß in einem Einzigen

die Einheit klarer und präciser zum Ausdrucke gelange als in Dreien, konnte ja doch Niemand bestreiten.

Auch Schmerling gehörte zu denen, welche bis zum letzten Augenblicke für eine aus Mehreren zu bildende Spitze der Centralgewalt und gegen die Berufung eines Einzelnen eingetreten waren. Aber schließlich wurde auch er durch die Erwählung eines österreichischen Prinzen zum deutschen Reichsverweser, wenngleich vielleicht nicht zu einer anderen Ansicht, aber doch zu einer anderen Haltung bekehrt, und es wäre wirklich sinnlos gewesen, dasjenige, was für die Gegenwart dargeboten wurde, um einer ungewissen Zukunft willen ausschlagen zu wollen. Von nun an wurde jedoch allmälig in immer höherem Maße und in immer weiteren Kreisen erkannt, daß, nachdem man die provisorische Centralgewalt in die Hand eines Einzigen gelegt, man hiedurch auch die wirksamste Propaganda für die zukünftige definitive Gestaltung des Reichsregimentes und es fast unmöglich gemacht habe, daß das Oberhaupt des Reiches nicht mehr ein einheitliches, sondern ein mehrgestaltiges sei.

Fast vier Monate lagen zwischen dem 3. Juli, an welchem Tage Georg Beseler im Namen des Verfassungsausschusses den Entwurf der Grundrechte des deutschen Volkes in der Nationalversammlung vorlegte, und dem 19. October, an welchem endlich der Bericht über diejenigen Theile der zukünftigen Verfassung erstattet wurde, welche auf das „Reich“ und die „Reichsgewalt“ sich bezogen. Oft und mit einem gewissen Anschein von Recht ist dem Verfassungsausschusse und den einflußreichsten Personen in demselben, unter denen die preußischgesinnte Erbkaiserpartei bei Weitem die Majorität besaß, diese Verzögerung zum Vorwurfe gemacht worden, aber es scheint doch, daß sie recht gut

wußten, was sie thaten. Zur Zeit der Anfänge der Nationalversammlung, als es um die Bildung eines Clubs der rechten Seite sich handelte, hatte einer der preußischen Heißsporne, der Freiherr Georg von Vincke den Antrag gestellt, dem Programme dieser Vereinigung die Nothwendigkeit eines sogleich auf Preußen zu übertragenden erblichen Kaiserthumes zu Grunde zu legen. Ihm antwortete ein anderer Preuße, der berühmte Geschichtsschreiber der Hohenstaufen, Friedrich von Raumer: „Jetzt schon ein erbliches Kaiserthum für Preußen erstreiten zu wollen, sei bei den hierüber herrschenden Ansichten ganz unmöglich. Die Frage über die Kaiserwürde und Oesterreichs Stellung liege noch so in Dunkel und Verwirrung, daß erst allmälig Einsicht und Verständigung eintreten könne." Und ein etwa drei Wochen später von einem preußischen Abgeordneten, Braun aus Cöslin eingebrachter Antrag, die provisorische Centralgewalt der Krone Preußen zu übertragen, fand nicht einmal die durch die Geschäftsordnung vorgeschriebene Unterstützung und wurde unter dem höhnischen Gelächter der Versammlung begraben.

So wenig nun auch von preußischer Seite geschah, sich lebhaftere Sympathien in der Nationalversammlung zu erwerben, während im Gegentheile — wir erinnern nur an den Waffenstillstand von Malmö — gar viel gethan wurde, sie sich immer mehr zu entfremden, so wuchs doch sichtlich die Zahl derjenigen an, welche in der Berufung Preußens an die Spitze Deutschlands das Heil des Vaterlandes erblicken zu müssen glaubten. In welch' hohem Maße dies der Fall war, zeigte sich bei der Discussion und der Abstimmung über die Paragraphe 2 und 3 des Abschnittes I über das Reich. Von Preußen war darin allerdings mit

keinem Worte die Rede. Da sie aber die schärfsten und einschneidendsten Bestimmungen über die zukünftige Stellung Oesterreichs zu Deutschland enthielten, so waren sie mittelbar auch für diejenige Preußens von unendlichem Werth.

Wie bekannt ist, lautete der zweite Paragraph des Entwurfes: „Kein Theil Deutschlands darf mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein.“ Und Paragraph 3 setzte hinzu: „Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so ist das Verhältniß zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen.“

Keinen Augenblick läßt es sich verkennen, daß diese Paragraphe an und für sich nichts Anderes als die streng logische Festhaltung jenes starren Einheitsprincipes waren, auf welchem der ganze Verfassungsentwurf beruhte. Aber ebensowenig konnte ein klarblickender Politiker, und schon gar wenn derselbe ein Oesterreicher war, auch nur einen Augenblick daran zweifeln, daß eine Unterordnung Oesterreichs unter diese Bestimmungen eine bare Unmöglichkeit sei. Wie konnte der Fortbesitz der italienischen Provinzen, auf welchen doch zu jener Zeit noch so viele gute Oesterreicher hofften, wie derjenige Galiziens und vielleicht auch Dalmatiens in die Länge aufrecht erhalten werden, wenn diese Länder künftighin mit den deutschen Stammlanden Oesterreichs nur mehr durch das lose Band einer reinen Personalunion verknüpft sein sollten? Und selbst was Ungarn betraf, so bestand damals noch nicht das gegenwärtige dualistische Verhältniß zu demselben, welches noch immer weit innigere Beziehungen zwischen den beiden Hauptbestandtheilen der Monarchie zuläßt, als sie mit der reinen Personalunion vereinbarlich wären.

Dies klar zu erkennen, dazu bedurfte Mühlfeld, einer der wenigen Oesterreicher, welche Sitz und Stimme im Verfassungsausschusse besaßen, und dem außer wahrhaftem österreichischen Patriotismus auch eine nicht gewöhnliche politische Bildung eigen war, nicht jenes scharf unterscheidenden Verstandes, den ihm Niemand bestritt. Darum hatte er mit vier anderen, gleich ihm der rechten Seite der Nationalversammlung angehörenden Mitgliedern des Verfassungsausschusses ein Minoritätserachten zu Paragraph 2 eingebracht, welches folgendermaßen lautete:

„Insofern die eigenthümlichen Verhältnisse Oesterreichs die Ausführung dieses und der daraus abgeleiteten Paragraphe nicht zulassen, soll die angestrebte Macht Deutschlands im größtmöglichen Maße durch den innigsten Anschluß Oesterreichs an Deutschland im Wege des völkerrechtlichen Bündnisses zwischen der Reichsgewalt und der österreichischen Regierung erzielt werden."

Sollte durch diesen Antrag einer etwaigen Zerreißung Oesterreichs, welche die Einführung der Personalunion zwischen seinen deutschen und nichtdeutschen Ländern unstreitig hätte nach sich ziehen müssen, vorgebeugt werden, so konnte er den Tendenzen Schmerling's nur vollständig entsprechen. Wenn er sich gleichwohl mit ihm nicht einverstanden zu erklären vermochte, so lag der Grund hievon darin, daß dieser Antrag Mühlfeld's die Ausscheidung Oesterreichs aus dem neu zu gründenden deutschen Bundesstaate und ein blos völkerrechtliches Bündniß, eine bloße Allianz zwischen diesem und Oesterreich in Aussicht stellte. Unmöglich konnten nach der Meinung Schmerling's die österreichischen Abgeordneten, welche zur Zustandebringung des Einigungswerkes nach Frankfurt entsendet worden waren,

zuerst und aus eigenem Antriebe ein solches Trennungswort aussprechen. Denn sie hätten dann wohl auch die unvermeidlichen Consequenzen aus einem solchen Beschlusse ziehen, die Nationalversammlung verlassen und es den dort zurückbleibenden Deputirten aus den übrigen deutschen Ländern anheimstellen müssen, die zukünftige Gestaltung Deutschlands allein zu ordnen.

Weit eher noch als die Oesterreicher in Frankfurt hätte die dortige preußische Erbkaiserpartei für den Antrag Mühlfeld's stimmen können und sollen. Denn wenn er angenommen und zur Ausführung gebracht worden wäre, so hätten sich ihren Lieblingsprojecten ja kaum mehr erwähnenswerthe Hindernisse in den Weg gestellt. Wenn Oesterreich aus dem Bundesstaate ausschied, wer hätte Preußen die Hegemonie in demselben auch nur noch von fern zu bestreiten vermocht? Darum geschah es wohl auch, daß Heinrich von Gagern in einem Sinne sich aussprach, der mit dem Gedankengange Mühlfeld's so ziemlich übereinstimmte. Aber die Erbkaiserpartei ließ ihn im Stiche und wollte von seinen Vorschlägen nichts hören. Ihre eigentlichen Führer mochten wohl der Anschauung sein, und einer der namhaftesten aus ihnen, Georg Waitz, sprach es ja ungescheut aus, die Einführung der Personalunion zwischen Oesterreichs deutschen und nichtdeutschen Ländern werde, wenngleich nur allmälig, aber doch ganz unausbleiblich die Auflösung der Monarchie nach sich ziehen, dann aber müßten deren deutsche Länder gleichsam von selbst an Deutschland fallen. Darum wollte man jetzt auch nicht die mindeste Rücksicht auf Oesterreich nehmen, ja dasselbe in der Reichsverfassung speciell gar nicht erwähnen. In Folge dessen stimmte die Erbkaiserpartei, alle eingebrachten Amendements

verwerfend, gegen die Paragraphe 2 und 3, wobei sie die Linke in geschlossenen Reihen unterstützte. Denn während der Mehrheit derselben der Zerfall der österreichischen Monarchie nur willkommen gewesen wäre, drängten selbst die in ihren Reihen sitzenden Oesterreicher, denen man wenigstens nicht insgesammt solche Tendenzen zutrauen durfte, in unbegreiflicher Verblendung zur Annahme der verhängnißvollen Paragraphe, welche denn auch in der Sitzung vom 27. October mit sehr großer Majorität erfolgte.

Ohne Zweifel war es der Umstand, daß man nun endlich in Frankfurt an die definitive Gestaltung des neu zu gründenden deutschen Reiches ernstlich herantrat, welcher die einflußreichsten Personen in der Nationalversammlung, die ja fast ausschließlich der preußischen Erbkaiserpartei angehörten, dazu vermochte, das Reichsministerium fort und fort zu Schritten zu drängen, um eine deutliche Erklärung Preußens über seine zukünftige Haltung zur deutschen Verfassungsfrage zu erwirken, denn von Berlin her waren hierüber immer nur ausweichende Antworten nach Frankfurt gelangt. Ein verhältnißmäßig nicht ganz ungünstiger Augenblick hiezu schien der zu sein, in welchem das Ministerium Pfuel, das in Preußen ungefähr eine gleich traurige Rolle gespielt hatte wie in Oesterreich dasjenige Doblhoff's, vom Amte zurücktrat und der kräftigeren Regierung Platz machte, welche unter dem Vorsitze des Grafen Brandenburg sich bildete und dessen bedeutendste Persönlichkeit der zum Minister des Innern ernannte Freiherr Otto Theodor von Manteuffel war. Gleichzeitig wurde die Verlegung der preußischen Nationalversammlung, um sie den Einwirkungen der Berliner demokratischen Kreise mehr zu entziehen, von dort nach Brandenburg verfügt.

Schon am Tage der Einsetzung des neuen Ministeriums, am 8. November sandte Schmerling seinen ersten Unterstaatssecretär Bassermann nach Berlin, um mit der nunmehrigen Regierung zu dem beabsichtigten Zwecke in nähere Berührung zu treten. Aber er mußte gleichzeitig mit Bestimmtheit vorhersehen, daß die Vorgänge in Preußen binnen kürzester Frist in der Nationalversammlung zur Sprache gebracht werden würden. Er that dies daher vorerst selbst im Schooße des Reichsministeriums, und eigenthümlicher Weise waren es dort gerade die conservativsten, mit tausend Fäden an Preußen geknüpften Mitglieder, Peucker und Beckerath, welche sich durch die Ernennung Manteuffel's zum Minister am meisten beunruhigt zeigten. Denn Beckerath kannte ihn ja von dem vereinigten Landtage her, in welchem sie gemeinschaftlich getagt hatten, genau, und er traute ihm daher sehr weitgehende Reactionsgelüste zu. Daß seine Befürchtungen sogar von dem Kriegsminister, einem preußischen General getheilt wurden, schien, wie ja auch die Folge gelehrt hat, deutlich zu beweisen, daß sie keine ungegründeten waren.

Daß Schmerling die Bekämpfung und die Besiegung der Revolutionspartei auch in Preußen, wie sie durch ihn selbst in Frankfurt und dann durch Windischgrätz in Wien geschehen war, für dringend nothwendig hielt, hatte er durch sein eigenes Beispiel bewiesen. Aber mit kaum geringerer Wärme wünschte er doch auch wieder, daß der Triumph der Regierungsgewalt nirgends, sei es zu allzuharter Ahndung des Geschehenen an den Schuldtragenden, sei es zur Zurücknahme all der freiheitlichen Zugeständnisse mißbraucht würde, deren Fortdauer mit der Aufrechthaltung ruhiger und gesetzmäßiger Zustände nur irgendwie vereinbarlich erschien.

In solchem Sinne hatte er in Oesterreich durch die dorthin abgesendeten Reichscommissäre unablässig zu wirken gesucht, und dieser in ihm feststehenden Ueberzeugung blieb er auch Preußen gegenüber treu.

So lebhaft war er von ihr durchdrungen, daß er sich hiedurch sogar zu einer ihm sonst durchaus nicht gleichsehenden Inconsequenz hinreißen ließ. Denn so entschieden gerade er bei ruhigem Blute für das Recht des Königs von Preußen eingetreten wäre, sein Ministerium zu wechseln und die preußischen Kammern nach jedem ihm beliebigen Orte zu berufen, so ließ er sich doch durch seine Collegen im Reichsministerium zu der Absendung der Weisung an Bassermann bewegen, dem Bedauern der deutschen Centralgewalt über die Ernennung des neuen preußischen Ministeriums und ihrem Wunsche geeigneten Ortes Ausdruck zu geben, es möge durch ein volksthümliches ersetzt werden. Auch die Zurückverlegung der Nationalversammlung nach Berlin sollte Bassermann, aber freilich nur für den Augenblick befürworten, in welchem die Umstände behoben sein würden, durch die der Befehl zu ihrer Uebersiedlung nach Brandenburg veranlaßt worden sei.

Eigenthümlicher Weise tröstete sich Schmerling, welcher bald das Verfehlte seines eigenen Schrittes einsah, später damit, daß derselbe einerseits fruchtlos blieb und andererseits auch noch überdies binnen kürzester Frist gegenstandslos wurde. Fruchtlos, weil das Ministerium Brandenburg-Manteuffel, vom Könige sichtlich gehalten, auch nicht entfernt daran dachte, seinen Platz zu räumen, und gegenstandslos, weil die preußische Nationalversammlung, nachdem sie den Beschluß der Steuerverweigerung gefaßt hatte, aufgelöst wurde.

So blieb nur der freilich etwas problematische Nutzen, welchen das Reichsministerium aus seiner nach Berlin erlassenen Aufforderung der Frankfurter Nationalversammlung gegenüber zog, denn Schmerling war hiedurch in den Stand gesetzt, in ihrem Schooße das Prävenire zu spielen. Er theilte ihr die von dem Reichsministerium getroffene Verfügung mit der Bemerkung mit, es werde wohl erst nach dem Einlangen der aus Berlin zu erwartenden Antwort an der Zeit sein, den ganzen Depeschenwechsel an den zur Begutachtung dieser Angelegenheit berufenen Ausschuß gelangen zu lassen. Hierauf kam denn auch der von der Nationalversammlung trotz der gewöhnlichen Diatriben der Linken gefaßte Beschluß, aber freilich mit der Abänderung hinaus, daß keine neuerliche Mittheilung aus Berlin mehr abzuwarten und der Ausschuß verpflichtet sei, schon binnen vierundzwanzig Stunden Bericht zu erstatten.

So geschah es denn auch wirklich, aber die Anträge, welche die Majorität des Ausschusses stellte, entsprachen den Anschauungen der Linken wohl ebenso wenig als die vorhergegangenen Schritte des Reichsministeriums. Denn das Begehren der Zurückverlegung der Nationalversammlung nach Berlin wurde auch diesmal an die Voraussetzung zureichender Maßregeln geknüpft, um die Würde und die Freiheit der Berathungen in der letzteren Stadt sicherzustellen. Und was die Zusammensetzung des Ministeriums anging, so beschränkte man sich neuerdings darauf, dem Wunsche Ausdruck zu verleihen, daß die preußische Krone sich mit Männern umgebe, welche das Vertrauen des Landes besäßen und geeignet wären, alle Besorgnisse vor reactionären Bestrebungen und vor einer etwa beabsichtigten Schmälerung der Volksfreiheiten grundlos erscheinen zu lassen.

Mit der Annahme dieses Antrages schien die Sache wenigstens vor der Hand abgethan, aber sie kam schon binnen wenigen Tagen in Folge der Vorgänge in Preußen neuerdings zur Sprache. Denn dort war inzwischen der Steuerverweigerungsbeschluß gefaßt und von der Regierung mit der Auflösung der Kammern beantwortet worden. Gleichzeitig war Bassermann nach Frankfurt zurückgekehrt, um dort über seine Mission nach Berlin mündlich zu berichten.

Wirklich haarsträubend waren die Schilderungen, welche Bassermann von den anarchischen Zuständen und der Pöbelherrschaft in der preußischen Hauptstadt entwarf. Absolut nothwendig sei es gewesen, die in Berlin tagende Nationalversammlung, deren Majorität er dem schärfsten Tadel unterwarf, den sie terrorisirenden Einflüssen zu entziehen, und wie er diese Maßregel des neuen preußischen Ministeriums als durch die Umstände gerechtfertigt erklärte, so brachte er auch gegen dessen sonstige Haltung kein mißbilligendes Wort vor. Und der Ausschuß, der auch jetzt wieder hierüber berieth, verstärkte die schon früher gefaßten Beschlüsse durch den neu eingebrachten und vom Parlamente genehmigten Antrag, den offenbar rechtswidrigen und die Staatsgesellschaft gefährdenden Beschluß der Steuerverweigerung für null und nichtig zu erklären.

Obgleich nun neuerdings auf die Nothwendigkeit der Einsetzung eines volksthümlichen Ministeriums in Berlin hingewiesen wurde, so war es damit doch, wie es scheint, den eigentlich maßgebenden Persönlichkeiten in der Frankfurter Nationalversammlung kein rechter Ernst, und wenigstens ein Theil der Sympathie auch auf sie übergegangen, welche Bassermann unverhohlen für die neue preußische Re-

gierung aussprach. Man meinte vielmehr mit den gegenwärtigen, größere Entschlossenheit als ihre Vorgänger an den Tag legenden Staatsmännern in Berlin um so eher zu einer Verständigung über die zukünftige Stellung Preußens zu Deutschland gelangen zu können, als ja schon Graf Brandenburg gegen Bassermann seine Bereitwilligkeit zu solchen Verhandlungen ausgesprochen hatte. Um sie anzuknüpfen, sendete die deutsche Centralgewalt den Vicepräsidenten Simson und den nassauischen Minister Hergenhahn als Reichscommissäre nach Berlin. Gleichzeitig erhielten Beide, ohne daß Schmerling auch nur eine Ahnung davon besaß, von ihren Gesinnungsgenossen die geheime Instruction, sich über die Ansichten zu orientiren, welche man am preußischen Hofe und in der dortigen Regierung über die Frage des deutschen Erbkaiserthums und dessen Uebertragung auf den König von Preußen hege. Aber dem früheren Versprechen entgegen, vermochten jetzt die Reichscommissäre von der preußischen Regierung keine anderen als ausweichende Antworten zu erwirken. Erst dann werde man, erklärte sie ihnen, im Stande sein, sich hierüber mit voller Bestimmtheit zu äußern, wenn die Nationalversammlung zu definitiven Beschlüssen über die zukünftige Reichsverfassung gekommen sein werde.

Damit wollte sich aber die Frankfurter Erbkaiserpartei nicht zufriedengeben, ja sie konnte es wohl auch nicht, wenn sie nicht gleichzeitig ihren durch so lange Zeit mit so vieler Vorliebe gehegten und mit solcher Consequenz verfolgten Plänen zu entsagen sich entschloß. Sie meinte daher einen Hauptschlag zu führen, wenn sie den Ersten und den Besten aus ihrer Reihe, den Präsidenten Heinrich von Gagern dazu drängte, sich nach Berlin zu begeben und dort das

ganze Ansehen seines Namens und seiner Person in die Wagschale zu werfen, um entscheidende Beschlüsse zu Gunsten ihrer Projecte zu erwirken.

Neben dem Reichsverweser, dessen Anfangs so große Popularität aber ziemlich rasch wieder verblaßte, war Gagern wirklich damals mit Recht der gefeiertste Mann in ganz Deutschland. Ein ihm wohlwollendes Geschick hatte es so gefügt, daß er, auf einen sehr hervorragenden Platz gestellt, gleichzeitig in seltenem Maße die erforderlichen Eigenschaften besaß, die mit ihm verbundenen Obliegenheiten in glanzvoller Weise zu erfüllen. Wer ihn jemals in der Nationalversammlung präsidiren sah, wird diesen imponirenden Eindruck so leicht nicht vergessen. Um einen solchen hervorzubringen, wirkte Alles zusammen, seine hochgewachsene, zugleich kraftvolle Gestalt, der tiefe Ernst, mit dem er seines Amtes waltete, der sonore Glockenton seiner Stimme, die sichtliche Bemühung, jede verletzende Schärfe zu vermeiden und stets in verbindlicher Haltung zu bleiben, aber doch auch, wenn die zügellose Linke es gar zu arg trieb, das eines Jupiters würdige Eintreten gegen sie. Alles dies zusammengenommen machte aus ihm einen ganz unvergleichlichen Präsidenten einer so schwer zu lenkenden Versammlung. Man fühlte es wohl, nicht nur ihr Vorsitzender war er, er war auch ihr Herr!

Hiezu kam noch, daß Jedermann empfand, Gagern sei vollkommen frei von jeder Falschheit und List, von jeder Nebenabsicht und Selbstsucht. Um nichts Anderes sei es ihm zu thun, als durch die Verwirklichung des Einheitsgedankens auch die des Spruches herbeizuführen, welcher unter dem deutschen Wappen, dem schwarzen Adler im goldenen Felde, über seinem Präsidentensitze angebracht war:

„Des Vaterlands Größe,
Des Vaterlands Glück,
O schafft sie, o bringt sie
Dem Volke zurück.“

Er war durch und durch ein Deutscher, kein preußischer und kein österreichischer, aber auch kein schleswig-holsteinischer Particularist, von denen es gleichfalls mehr, als man glauben sollte, in Frankfurt gab. Während die Einen, die preußischen, hinter hochtönenden deutschen Phrasen das sie ausschließlich leitende Bestreben verbargen, Deutschland unter die Oberherrschaft Preußens zu bringen, verhüllten die Anderen, die österreichischen, mit der zur Schau getragenen Bemühung, die Verkleinerung Deutschlands nicht zuzugeben, ihren Vorsatz, lieber seine Einigung ganz zu vereiteln, als durch die Nichtbetheiligung Oesterreichs Preußen an die Spitze Deutschlands gelangen zu lassen. Und waren nicht etwa wenigstens in gewissem Sinne die in der Nationalversammlung so einflußreichen Abgeordneten für Schleswig und Holstein, welche sich manchmal das Ansehen gaben, als hätten sie das Monopol des Deutschthums allein gepachtet, auch Particularisten? Benahm sich nicht der unstreitig Erste unter ihnen, benahm sich nicht Dahlmann gleichfalls als Particularist, als er durch die von ihm beabsichtigte Verwerfung des Waffenstillstandes von Malmö die wichtigsten Interessen Gesammtdeutschlands aufs Spiel setzen wollte, um nur diejenigen der Herzogthümer ausgiebiger zu schützen?

Nur sehr schwer entschloß sich Gagern zu der Reise nach Berlin, denn er fürchtete im Voraus ihre Erfolglosigkeit, aber er wurde von seinen politischen Freunden, den Reichsterroristen, wie sogar Bunsen sie einmal nennt, allzusehr

hiezu gedrängt. In Berlin knüpfte er directe Verhandlungen mit dem Könige an, zu dem er denn auch in Anbetracht seiner so hervorragenden Stellung nicht allzuschwer Zutritt erhielt. Dreimal sprach er ihn, einmal, am 27. November sogar in dreistündiger Audienz. Aber umsonst strengte er seine ganze Beredsamkeit an, die Antwort die er empfing, bestand stets nur in einem unerschütterlichen, aber auch ausführlich begründeten Nein. So oft und so leidenschaftlich der König auch seither wegen dieser seiner standhaften Weigerung angeklagt wurde, so läßt sich doch nicht leugnen, daß er hiebei einen Rechtssinn bewährte, der sich fast zwei Decennien später an der gleichen Stelle leider vermissen ließ. Ungerecht sei es, so ungefähr erklärte er Gagern, daß ihm die Krone angetragen werde und er sie annehme. Rechte dürften nicht willkürlich gekränkt werden, der kleinste und machtloseste seiner Mitfürsten besitze das gleiche Recht wie er. Er wolle kein Usurpator sein, und freiwillig würden wenigstens die größeren Fürsten nimmermehr zustimmen. Dem Hause Habsburg stehe der Vorrang zu, und er selbst sei stets nur der Zweite, würde aber Oesterreich ausscheiden, so werde dadurch Deutschland wesentlich verkleinert, und er wolle nicht, statt ein Mehrer des Reiches, der Träger einer verstümmelten Kaiserkrone sein.

Mit diesem abschlägigen Bescheide, der aber nur wenigen Auserwählten mitgetheilt und im Ganzen und Großen noch sorgfältig geheim gehalten wurde, kehrte Gagern verstimmt und mißmuthig nach Frankfurt zurück. Dort war jedoch wenige Tage zuvor das Programm bekannt geworden, mit welchem das unter Felix Schwarzenberg's Vorsitz neugebildete österreichische Ministerium am 27. November, also an dem Tage der persönlichen Verhandlung

Gagern's mit dem Könige von Preußen vor den nach Kremsier verlegten österreichischen Reichstag trat. Es ist also eine, man muß wohl sagen, bewußte Unwahrheit, deren die kleindeutschen Schriftsteller und bedauerlicher Weise unter ihnen auch einer der in Oesterreich gewählten Abgeordneten, Heinrich Laube sich schuldig machen, wenn sie dem Eindrucke, den das Kremsierer Programm in Frankfurt hervorbrachte, die Wiederaufnahme der Bestrebungen zur Durchsetzung des preußischen Erbkaiserthums zur Last legen wollen.

Darum soll jedoch in gar keiner Weise bestritten werden, daß dieser Eindruck ein für die Sache Oesterreichs in Deutschland ungemein nachtheiliger war, denn in dem Kremsierer Programm fanden sich folgende verhängnißvolle Sätze:

„Nicht in dem Zerreißen der (österreichischen) Monarchie liegt die Größe, nicht in ihrer Schwächung die Kräftigung Deutschlands. Oesterreichs Fortbestand in staatlicher Einheit ist ein deutsches wie ein europäisches Bedürfniß. Von dieser Ueberzeugung durchdrungen, gedenken wir der natürlichen Entwicklung des noch nicht vollendeten Umgestaltungsprocesses entgegenzusehen. Erst wenn das verjüngte Oesterreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sind, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen. Bis dahin wird Oesterreich fortfahren, seine Bundespflichten treulich zu erfüllen."

Wer die letzten dieser Sätze genau erwägt, der wird sich bald überzeugen, daß dieselben nicht viel Anderes enthielten, als auch Gagern in Berlin auf seine Anfragen geantwortet worden war. Aber die Erklärungen Preußens hielt man noch sorgfältig geheim, während diejenigen der

österreichischen Regierung in größtmöglicher Oeffentlichkeit vor ihrem heimatlichen Reichstage vorgebracht und somit gleichsam von selbst jedem Angriffe bloßgestellt waren. Und da mußte denn auch Schmerling, welchen gewiß Manches in dem Kremsierer Programm sympathisch berührte, sich doch selbst eingestehen, daß die Sätze, welche sich auf die zukünftige Stellung Oesterreichs zu Deutschland bezogen, ganz dem Programme sich anschlossen, welches Heinrich von Gagern bei der Discussion über die Paragraphe 2 und 3, damals noch ziemlich aussichtslos verkündigt hatte. Als zwei für sich bestehende Ländergruppen sollten sich Oesterreich und Deutschland, so erklärte nun die kaiserliche Regierung selbst, jedes in einheitlichem Sinne und selbstständig constituiren, erst nach Erfüllung dieser dringendsten Aufgabe aber an die der zweiten schreiten, welche darin zu bestehen hätte, die gegenseitigen Beziehungen staatlich zu ordnen. Man habe also in Oesterreich, mußte Schmerling sich sagen, vor Allem die Gründung des Einheitsstaates im Auge, und um dieses immerhin verlockende Ziel zu erreichen, sei man zu dem verhältnißmäßig kleineren Opfer entschlossen, an dem in Frankfurt beabsichtigten einheitlichen Staatsgebilde nicht theilzunehmen, sondern sich mit demselben nur im Wege einer Vereinbarung zu verbinden.

Derlei Betrachtungen aber, so wohlbegründet sie auch waren, wurden durch den letzten, an und für sich recht unscheinbaren Satz wieder ins Wanken gebracht. Bis zur Herstellung dieser Verbindung mit Deutschland werde Oesterreich, so lautete er, seine Bundespflichten treulich erfüllen. Welchen Bund hatte es dabei im Auge? Den alten deutschen Staatenbund, den man in Frankfurt längst eingesargt glaubte und für dessen Ersetzung durch ein einheitlicheres Staatsgebilde

man ja gerade dort zusammengetreten war? Oder meinte man den neu zu gründenden deutschen Bundesstaat, während man doch die Pflichten der zukünftigen Theilnehmer an demselben noch gar nicht kannte und daher auch kaum schon im Voraus erklären konnte, sie auf sich nehmen zu wollen?

Aus dem Wirrsal dieser Gedanken wurden für den Augenblick wenigstens Schmerling und die mit ihm in Frankfurt anwesenden Oesterreicher durch die sie wahrhaft erfreuende Nachricht von der Abdankung des Kaisers Ferdinand, der Verzichtleistung des Erzherzogs Franz Karl auf sein Nachfolgerecht, und der Thronbesteigung seines ältesten Sohnes Franz Joseph gerissen. Während aber bei den übrigen Oesterreichern sich zu dem Gefühle der Freude auch das der höchsten Ueberraschung gesellte, empfand Schmerling die letztere wohl nur in geringerem Maße. Denn schon vor mehr als vier Monaten, in der zweiten Hälfte des Juli hatte ihm Heckscher, als er in Begleitung des Reichsverwesers in Wien war, die vertrauliche Mittheilung gemacht, daß solches geplant werde.

So lebhaft nun auch der Eindruck der Nachricht von der Thronbesteigung des jungen Kaisers auf die in Frankfurt befindlichen Oesterreicher war, welche überhaupt patriotische Gesinnungen hegten, so wurde er doch gar bald wieder durch die unmittelbar brennende Frage, die des Verhältnisses Oesterreichs zu Deutschland, in den Hintergrund gedrängt. Schon in der Sitzung vom 5. December war auf Veranlassung des württembergischen Ministers Römer eine Interpellation eingebracht worden, welche zu der Anfrage sich zuspitzte, ob in Bezug auf die in dem Kremsierer Programm angedeuteten Verhältnisse Oesterreichs zu Deutschland

von Seite des Reichsministeriums irgend etwas, und wenn diese Frage bejaht werde, was zur Wahrung der Stellung und der Rechte der Centralgewalt und der deutschen Reichsversammlung geschehen sei?

Schmerling bedurfte gar nicht des Ansporns, der doch immerhin in der Interpellation eines so ernsten, in seiner speciellen Heimat eine so hervorragende Stellung einnehmenden Mannes lag, welcher noch überdies als Gegner der Hegemonie Preußens und der etwaigen Ausschließung Oesterreichs bekannt war. Gleich nach dem Eintreffen des Kremsierer Programmes brachte er dessen Inhalt im Ministerrathe zur Sprache und äußerte die Meinung, es werde über denselben eine nähere Verhandlung mit Oesterreich eröffnet werden müssen. Zu deren Führung erscheine jedoch er selbst als Oesterreicher weniger geeignet, er schlage daher vor, zu diesem Zwecke den Präsidenten der Nationalversammlung, Heinrich von Gagern in das Ministerium zu berufen und ihm den Vorsitz in demselben zu übertragen.

Nachdem keiner seiner Collegen irgend eine Einwendung gegen diesen Gedanken erhob, dessen Ausführung ja keinem Andern als Schmerling selbst, welcher bis dahin das Präsidium geführt, irgend ein Opfer verursacht hätte, sprach Schmerling über denselben mit Gagern, welcher soeben aus Berlin zurückgekehrt war, dort keine Lorbeern geerntet hatte und nur geringe Lust zeigte, sich abermals auf ein so schwieriges und zweifelhaftes Gebiet zu begeben. Allein schließlich war es nicht er selbst, der hierüber die Entscheidung herbeiführte, sondern das unablässige Drängen der Erbkaiserpartei. Und eigenthümlicher Weise brachte ein an und für sich recht unbedeutender Abgeordneter, gleichzeitig ein derber und ungeschliffener Patron, Grumbrecht

aus Lüneburg, den Stein ins Rollen. In einer Versammlung geschah dies, welche, wie Schmerling meinte, der Finanzminister Beckerath am 7. December lediglich zu dem Zwecke bei sich veranstaltete, um überhaupt das zu besprechen, was zur Vollendung und Durchführung der Reichsverfassung vorzukehren sei. Aber es zeigte sich doch gar bald, daß hiebei die preußische Seite der Frage unberührt gelassen und fast nur die österreichische, diese aber nicht ohne Gereiztheit erörtert wurde.

Nachdem sich Bassermann für die Absendung von Bevollmächtigten nach Olmütz erklärt hatte, um zu definitiven Grundlagen zu gelangen, auf denen das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland zu ordnen sein würde, sprachen die zwei namhaftesten Führer der Erbkaiserpartei, Dahlmann und Beseler dagegen. Die Nationalversammlung möge nur, so meinten sie, mit der Zustandebringung des Verfassungswerkes ruhig und selbstständig vorgehen, das Andere werde sich mit der Zeit schon finden.

Natürlich wurde bei dieser Erörterung auch der von Schmerling im Ministerrathe vorgeschlagene Plan, Gagern zum Eintritte in das Ministerium zu veranlassen und ihm nicht nur dessen Präsidium, sondern auch die mit Oesterreich zu führenden Verhandlungen zu übertragen, zur Sprache gebracht. In einer ihm wahrhaft zur Ehre gereichenden Weise sich von dem beschränkten Gesichtskreise Dahlmann's und Beseler's unterscheidend, hob nun Gagern die hohe Wichtigkeit einer baldigen und rückhaltlosen Verständigung mit Oesterreich hervor. Gegen den von Schmerling ausgehenden Vorschlag seiner Berufung in das Ministerium aber äußerte Gagern selbst das Bedenken, ob denn sein eigenes Programm, welches vor wenigen Wochen kaum ein Dutzend

Stimmen in der Nationalversammlung für sich gehabt habe, jetzt dort die Majorität finden werde. Aber nun polterte Grumbrecht los, und er warf Schmerling die Behauptung ins Gesicht, Gagern dürfe nicht gleichzeitig mit ihm und mit Bassermann im Ministerium sitzen, sonst lade er die ganze Unpopularität, das Mißtrauen, ja den Haß auf sich, mit welchem diese zwei Männer belastet seien. Umsonst wurde dagegen bemerkt, die Unpopularität Schmerling's und Bassermann's sei nur diejenige der ganzen Rechten; umsonst erklärte Gagern, er würde, wenn er überhaupt in das Ministerium träte, es sich nur zur Ehre anrechnen können, dort mit Männern wie Schmerling und Bassermann zusammenzusein. Umsonst trat endlich auch der persönlich ungemein verdienstvolle Träger eines der edelsten preußischen Namen, Graf Schwerin, als Vertheidiger Schmerling's auf, wie man denn überhaupt zugestehen muß, daß die preußischen Edelleute sich in der ganzen österreichischen Frage unendlich viel tactvoller und anständiger als die preußischen und die preußisch gesinnten Gelehrten und Schriftsteller in der Nationalversammlung benahmen. Grumbrecht wurde nur noch gröber und richtete jetzt seine Angriffe gegen Schwerin; darüber aber ging die ganze Versammlung resultatlos auseinander.

Der Same der dort gesäeten Zwietracht blieb jedoch nicht ganz ohne Frucht. Allerdings brach sich trotz des fast gebieterischen Einflusses, welchen Dahlmann und Beseler auf die preußische Erbkaiserpartei ausübten, der von ihnen zurückgewiesene Gedanke einer Verhandlung mit Oesterreich rasch wieder Bahn. Die Clubs der Rechten und des Centrums selbst waren es, welche das Ministerium einluden, ihnen seine Intentionen in Betreff dieser Unterhandlungen mittheilen zu wollen. Solches geschah auch, und Schmerling

arbeitete in der That den Entwurf eines Antrages aus, den er in der Nationalversammlung einbringen wollte, und auf welchen man bei einigem guten Willen recht wohl hätte eingehen können. Aber Niemand war von solch' gutem Willen weiter entfernt als die Anhänger der preußischen Erbkaiserpartei. Da sie selbst eigentlich nichts weniger als ehrlich vorgingen und nur Schmerling verdrängen wollten, um Gagern an seine Stelle zu setzen und durch ihn der Durchführung ihrer Plane die Wege zu ebnen, so gaben sie sich, um hiefür einen Vorwand zu finden, den Anschein, überall Zweideutigkeit und Falschheit zu wittern. Man interpretirte davon eine Menge in den vom Ministerium beabsichtigten Antrag hinein und brüstete sich dann nicht wenig mit den in solcher Weise gemachten Entdeckungen. Nach denselben könne man, so wurde erklärt, für Schmerling's längeres Verbleiben nicht mehr eintreten und müsse ihm die fernere parlamentarische Unterstützung versagen.

Diese Umtriebe in den Clubs blieben jedoch eigenthümlicher Weise dem, welchem sie galten, noch eine Weile verborgen, denn es hat ihm, wie sich zeigte, obgleich gewiß nicht an Anhängern, so doch an Zuträgern so ziemlich gefehlt. So kam es, daß Schmerling bis zum 13. December keine Ahnung besaß, daß auch seine Collegen im Ministerrathe bereits für die Idee seiner Verdrängung aus demselben gewonnen waren. Denn soeben erst hatten sie ja mit Vorwissen und gleichsam durch Vermittlung Gagern's die Ideen, von denen er bei seinem Antrage über das hinsichtlich Oesterreichs zu beobachtende Verfahren ausging, vollständig gebilligt. Es dürfe nicht geschehen, so meinte Schmerling, daß Deutschland und Oesterreich, jedes abgesondert seine Verfassung berathe und erst später das Verhältniß beider Staaten zu

einander geordnet werde, denn die durch dasselbe gebotenen Modificationen der beiderseitigen Verfassungen würden sich nachträglich kaum noch vornehmen lassen. Nothwendig erscheine es daher, schon jetzt die erforderlichen Vereinbarungen zwischen Deutschland und Oesterreich zu treffen, um erst dann und auf ihrer Grundlage sowohl in Frankfurt als in Kremsier oder Wien die Verfassungsfrage definitiv zu regeln.

In dem beruhigenden Bewußtsein, hiedurch hinreichend dargethan zu haben, wie sehr er geneigt sei, das gute Einvernehmen zwischen Deutschland und Oesterreich aufrecht zu erhalten, und wie ihm nichts ferner liege, als durch eine einseitige österreichische Politik die Constituirung Deutschlands zu hindern, sah Schmerling dem, was kommen sollte, entgegen. Mit einiger Verwunderung bemerkte er aber, daß in dem Augenblicke, in welchem nach seiner Ansicht das Ministerium unter dem Vorantritte Gagern's dieses veränderte Programm der Nationalversammlung vorlegen sollte, seine Collegen unter allerlei Ausflüchten einen kurzen Aufschub herbeizuführen suchten. Ein mißtrauischerer Mensch als Schmerling hätte hieraus vielleicht Verdacht geschöpft, ihm lag jedoch ein solcher, und nun schon gar gegen seine Amtsgenossen, mit denen er allzeit im besten Einvernehmen gestanden hatte, vollkommen fern. Um so größer war nun sein Erstaunen, als am Abende des 13. December, für welchen eine Sitzung des Ministerrathes anberaumt war und er, wie gewöhnlich in seinem Cabinete arbeitend, der Meldung entgegensah, daß seine Collegen versammelt seien, Einer derselben, der Handelsminister Duckwitz bei ihm eintrat. Mit jener gewinnenden Offenheit, welche in seinem Wesen lag, ging Duckwitz auf Schmerling zu, ergriff ihn

bei beiden Händen und sagte ihm, es falle ihm unendlich schwer, ihm eine recht peinliche Mittheilung machen zu müssen, er habe jedoch diesen Auftrag übernommen, weil er glaube, Schmerling zweifle nicht an seinen freundschaftlichen Gesinnungen für ihn. In seinem und seiner Collegen Namen habe er die Bitte an ihn zu richten, von seinem Posten zurückzutreten. Denn so schmerzlich sie dies auch empfänden, so seien sie doch überzeugt, daß ein längeres Verbleiben Schmerling's im Reichsministerium von entschiedenem Nachtheile für die Sache Deutschlands sein müsse.

Er bekenne, äußerte sich Schmerling später hierüber, daß, obgleich er im Jahre 1848 so manches sehr Ueberraschende erlebt habe, dies doch das Allerüberraschendste für ihn gewesen sei. Denn daß Collegen, denen gegenüber er sich stets mit größter Offenheit benommen, sich hinter seinem Rücken dazu vereinigen könnten, ihren bisherigen Chef, welcher noch dazu das Opfer zu bringen bereit war, den von ihm geführten Vorsitz im Ministerrathe einem Anderen abzutreten, zur Räumung seines Platzes aufzufordern, während sie selbst ruhig auf den ihrigen zu bleiben gedachten, das hätte er ihnen nimmermehr zugetraut und deßhalb sei er auch nicht von fern gefaßt darauf gewesen. Aber binnen kürzester Frist wurde Schmerling seiner leicht begreiflichen Erregung wieder Herr und er entgegnete Duckwitz, es liege ihm fern, sich irgendwem und schon gar seinen bisherigen Collegen aufdrängen zu wollen. Er glaube aber, daß ein Cabinet, welches seinen eigenen Chef im Stiche lasse und verleugne, kein glänzendes Ende nehmen werde.

Unmittelbar darauf begab sich Schmerling, von Duckwitz begleitet, in den Berathungssaal, wo er den dort versammelten Ministern seine Rücktrittserklärung wiederholte.

Er fügte hinzu, daß er ihnen freundlichst Lebewohl sage und sich unverzüglich zum Reichsverweser begeben werde, seine Demission zu erbitten.

Von seinem treuen Freunde und Anhänger, dem Unterstaatssecretär Joseph von Würth begleitet, welcher den gegen Schmerling gerichteten Schlag recht gut als einen solchen erkannte, welcher den Oesterreichern überhaupt galt, verfügte er sich nun zum Reichsverweser. Beide baten ihn um ihre Entlassung, die der Erzherzog ihnen unter den einmal gegebenen Verhältnissen auch kaum zu verweigern vermochte. Schmerling aber rieth ihm, Gagern rufen zu lassen und die Aufforderung an ihn zu richten, in das Ministerium als dessen Vorsitzender zu treten. Gleichzeitig wären auch die bisher von Schmerling innegehabten Portefeuilles des Aeußern und des Innern auf ihn zu übertragen.

Wie wenig jedoch Schmerling, den tiefen Unwillen abgerechnet, der ihn bei der ersten Mittheilung erfaßte, durch das ganze Ereigniß aus seinem Gleichgewichte gebracht wurde, zeigte sich auch dadurch, daß er sich noch am selben Abende zu einem großen Balle begab, der im Hause Rothschild gegeben wurde. Dort fand sich bald nach ihm auch Gagern ein, und da keine Ursache vorlag, ihm gegenüber das Geschehene zu verschweigen, theilte ihm Schmerling mit, er habe um seine Entlassung gebeten und sie erhalten, gleichzeitig aber auch dem Reichsverweser gerathen, Gagern zu seinem Nachfolger zu ernennen. Die entsprechende Berufung würde ihm wahrscheinlich am nächsten Morgen zukommen.

Schmerling kannte Gagern als einen Mann, welchem jede Doppelzüngigkeit fern lag, er zweifelte daher auch nicht an der Wahrheit seiner Versicherung, daß er von dem Vorgange der Reichsminister nicht das Mindeste gewußt habe

und er überhaupt in die ganze Sache recht wider seinen Willen hineingezogen werde. Verstimmt über das, was geschehen war, und gedrückt durch den Gedanken an das, was ihm noch bevorstand, fühlte Gagern sich unbehaglich auf dem Balle, und er fragte Schmerling, ob er denselben nicht zugleich mit ihm verlassen wolle, um in der Einsamkeit der Nacht noch Einiges ungestört zu besprechen. Gern erklärte sich Schmerling hiezu bereit, und nun wanderten die zwei ihrer Persönlichkeit wie ihrer Stellung nach mit alleiniger Ausnahme des Reichsverwesers hervorragendsten Männer, welche damals Frankfurt beherbergte, die so lang Seite an Seite gekämpft hatten und nun durch das Schicksal in entgegengesetzte Lager getrieben wurden, friedlich nebeneinander her. Obgleich man sich im tiefsten Winter befand, war doch die Luft in der mondhellen Nacht lau und mild, und wohl länger als eine Stunde schritten so die Beiden, in ihre Gespräche vertieft, durch die Straßen von Frankfurt.

Mehr noch als Schmerling scheint es Gagern gewesen zu sein, der das Bedürfniß fühlte, durch vertrauliche Mittheilungen seine beschwerte Brust zu erleichtern. Er konnte sich durchaus nicht mit dem Gedanken befreunden, in das Ministerium und an dessen Spitze zu treten; immer wieder kam er darauf zurück, er fühle sich der Leitung großer Geschäfte nicht gewachsen. Und als Schmerling, um ihn zu ermuthigen, auf sein eigenes Beispiel hinwies, indem es ihm, obgleich auch er früher keine hervorragenden Stellungen bekleidete, schließlich doch gelungen sei, seinen Platz mit Ehren zu behaupten, da erklärte Gagern dies für ganz etwas Anderes. Schon von seinen jungen Jahren an habe Schmerling in dienstlichen Verhältnissen, einem mächtigen Reiche angehörig, insbesondere aber in einer sehr großen

Stadt gelebt, und da erlange man eine ganz andere Weltbildung und Gewandtheit, einen ganz anderen Blick, als wenn man wie er sein ganzes Leben auf dem Lande und höchstens einige Wochen des Jahres in dem kleinen Darmstadt zugebracht habe. „Ich denke," sagte Gagern wörtlich, „man hat ein schlechtes Geschäft gemacht. Es ist möglich, ja sogar wahrscheinlich, daß man nun daran denkt, Sie zum Präsidenten der Nationalversammlung zu wählen. Sie werden gewiß kein schlechter Präsident sein, aber ich sage es aufrichtig, kein so guter wie ich. Was wird man nun erreicht haben? Man wird aus dem guten Reichsminister einen mittelmäßigen Präsidenten und aus einem guten Präsidenten einen mittelmäßigen oder schlechten Reichsminister gemacht haben."

Damit endigte diese Unterredung, und jeder der beiden Männer, die sie geführt hatten, kehrte nach seiner Wohnung zurück. Die Stimmung, in welcher sich Schmerling zu jener Zeit befand, kann man einem vertraulichen Briefe entnehmen, den er schon am folgenden Tage nach Wien schrieb. „Ich wünsche lebhaft," sagt er darin, „ein Ende meiner hiesigen Mission. Ich bin nun bereits durch volle sieben Monate in einflußreicher Stellung thätig, und mich verlangt nach einiger Ruhe; auch finde ich unter den Menschen hier keine Ressource. Dazu kommt, daß ich als Oesterreicher seit dem neuen Programme des österreichischen Ministeriums sehr schief stehe. Nun wünschen alle Preußen, die mir bisher wegen meiner Energie anhänglich waren, meinen Austritt, und so ziehen auch conservative Blätter über mich los. Gewöhnliches Schicksal eines Ministers, nicht viel Dank zu ernten, was mich jedoch nur wenig kümmert, da man nach Jahren das Schwierige meiner Lage besser würdigen

und es erkennen wird, was es heißt, während einer Revolution fünf Monate Minister des Aeußern und des Innern zu sein. In Paris, London, Brüssel und Stockholm bin ich ein hochgeachteter Mann, ebenso bei allen besonnenen Menschen in Deutschland. Aber die Leute hier, welche den König von Preußen als deutschen Kaiser wollen, wünschen mich um jeden Preis hinauszudrängen, weil sie meinen Einfluß fürchten. Und gerade weil sie das wollen, bleibe ich, denn ich lasse mich niemals zu etwas zwingen."

Wie man sieht, war Schmerling durch das unerwartete Ereigniß seiner Verdrängung aus dem Ministerium in gar keiner Weise darniedergedrückt. Womöglich noch zuversichtlicher äußert er sich in den nächsten Tagen. Schon am 16. December wurde in der Nationalversammlung die Mittheilung gemacht, der Reichsverweser habe dem Minister Schmerling und dem Unterstaatssecretär von Würth die von ihnen erbetene Entlassung gewährt. Gagern aber kündigte unter dem rauschenden Beifalle seiner Partei an, daß er als Präsident des Ministeriums in dasselbe trete. Daß er die beiden Portefeuilles übernehme, welche Schmerling bisher innegehabt, wurde gleichsam als etwas sich von selbst Verstehendes betrachtet, aber doch am folgenden Tage vom Reichsverweser der Nationalversammlung eigens notificirt.

An dem gleichen Tage, den 17. December schrieb Schmerling nach Wien: „Für Sie nur die Nachricht, daß ich aus dieser Katastrophe höchst ehrenvoll, ja glänzend hervorgehe und in der allgemeinen Achtung nur noch gestiegen bin; ich fühle mich daher in hohem Grade befriedigt. Höchst behaglich ist mir die Aussicht auf Ruhe und Erholung nach sieben Monaten angestrengtester Arbeit. Ich gedenke bei mildem Wetter doch hie und da eine Stunde

zu fahren oder zu reiten; seit Anfangs September war ich kaum im Freien. Aber von Abspannung oder dergleichen ist keine Rede; ich bin gesund, frisch und des besten Muthes."

Die selbstzufriedene Stimmung, in welcher Schmerling sich nach seinem Austritte aus dem Ministerium befand, konnte durch die Ereignisse des 18. December nur noch erhöht werden, und wäre er zur Schadenfreude geneigt gewesen, so hätte sie durch dieselben ausgiebige Nahrung erhalten. Denn das Nächste, was die Nationalversammlung nun zu thun hatte, bestand in der Wahl eines Nachfolgers für Gagern. Auch jetzt wieder zeigte es sich, daß der Edelmuth der Gesinnung eine bei Gagern weit ausgeprägtere Eigenschaft als seine Menschenkenntniß war. Noch vor weniger als drei Tagen hatte er die Erwählung Schmerling's zum Präsidenten der Nationalversammlung als wahrscheinlich bezeichnet, aber jetzt, wo es darauf ankam, dachten außer ihm nur sehr Wenige daran, daß man Schmerling dieses Aequivalent für seine Verdrängung aus dem Ministerium eigentlich schulde. Bei dem ersten, fruchtlos bleibenden Wahlgange, an welchem 462 Abstimmende theilnahmen, erhielt Niemand die absolute Majorität, Schmerling aber nur zehn Stimmen, die sich bei dem zweiten Wahlgange, in welchem der erste Vicepräsident, Eduard Simson von Königsberg, ein eifriger Anhänger der preußischen Erbkaiserpartei, mit der knappen Mehrheit von zwei Stimmen gewählt wurde, auf drei reducirten. Die zahlreiche Majorität also, welche mit der einzigen Ausnahme der Gutheißung des Waffenstillstandes von Malmö Schmerling allzeit zu Gebote gestanden, war nun bei der ersten Erprobung durch Gagern auf die verschwindende Zahl von zwei geschmolzen.

Aber es sollte noch ärger kommen. An dem gleichen Tage, den 18. December trat auch Gagern mit seinem bekannten Programme vor das Parlament. Er wiederholte vorerst in gewissem Sinne die Erklärung des österreichischen Ministeriums vom 27. November und stellte daher die Sätze voran: Alle österreichischen Lande sollen in staatlicher Einheit verbunden bleiben. Die Beziehungen Oesterreichs zu Deutschland können erst dann staatlich geordnet werden, wenn beide Staatencomplexe ihre innere Umgestaltung vollendet haben werden. Hieraus meinte Gagern nun die Schlußfolgerung ziehen zu sollen, daß die Pflicht der deutschen Centralgewalt Oesterreich gegenüber sich auf Erhaltung des bisherigen Bundesverhältnisses unter Anerkennung der Sonderstellung Oesterreichs beschränke, welches als in den neu zu errichtenden deutschen Bundesstaat nicht eintretend anzusehen sein würde. Das zukünftige Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland wäre durch eine besondere Unionsacte, in welcher die, beide Staatsgebilde seit jeher verbindenden Bedürfnisse die thunlichste Befriedigung fänden, das Maß der gegenseitigen Rechte und Pflichten aber im gesandtschaftlichen Wege zu ordnen. Die Verfassung des deutschen Bundesstaates, obwohl ihre schleunige Beendigung im beiderseitigen Interesse liege, könne nicht Gegenstand der Verhandlung mit Oesterreich sein.

Man kennt den für Gagern so kläglichen Verlauf, welchen diese Sitzung nahm. Nicht einmal sein blos formelles Verlangen, das von ihm vorgelegte Programm an einen der vorhandenen Ausschüsse zu weisen, wurde von der Versammlung genehmigt. Alle vier der Reihe nach hiefür in Antrag gebrachten Ausschüsse wurden, zum Theil in namentlicher Abstimmung, verworfen und durch die Abtheilungen

eine neue Commission gewählt, welche jedoch, wie sich am nächsten Tage zeigte, in ihrer Mehrheit aus Gegnern des ministeriellen Programmes bestand. Als einfacher Abgeordneter wohnte Schmerling dieser Sitzung und der in ihr vor sich gehenden Niederlage seines Nachfolgers bei. Aber taktvoller als die meisten seiner Gegner stimmte er nicht schon diesmal gegen Gagern's Begehren; wenigstens ist sein Name in den officiellen Abstimmungslisten nicht verzeichnet.

Bevollmächtigung bei der Centralgewalt.

Es scheint wohl, daß Schmerling den Frankfurtern Unrecht that, wenn er sagte, er finde unter den dortigen Menschen „keine Ressource“. Denn gerade in den daselbst ansäßigen hervorragenderen Familien besaß er nicht nur zahlreiche Bekannte, welche ihm liebenswürdig entgegenkamen, sondern auch vielleicht nur wenige, aber bewährte und verläßliche Freunde. Unter ihnen war es eine nicht nur durch ihr ungemein anziehendes Aeußere, sondern auch durch seltene Geistesgaben und umfassende Bildung ausgezeichnete, gleich fast allen Angehörigen der Frankfurter patricischen Familien gut österreichisch gesinnte Dame, Frau Marie Brentano, geborne Guaita, deren Salon Schmerling mit großer Vorliebe besuchte. Denn er zog ja überhaupt die Gesellschaft der Frauen derjenigen der Männer stets bei Weitem vor, wie er sich mit ihnen auch lieber über ernste Fragen, selbst wenn sie das Gebiet der Politik betrafen, als mit Männern unterhielt. Das weichere, sich leichter unterordnende Naturell der Frauen, welche auch mit Kundgebungen ihrer Bewunderung ihm gegenüber weniger zurückhaltend waren, sagte Schmerling's mindestens in seiner früheren Zeit etwas herrischem Charakter in weit höherem Grade zu als das

der eigenwilligeren Männer, deren hie und da sich erhebenden Widerspruch er nur ungern ertrug.

So war es denn jetzt Frau Brentano, welche bisher seiner Laufbahn mit Theilnahme und Verständniß gefolgt war und nun zuerst seine Aufmerksamkeit darauf lenkte, wie es doch eigentlich sonderbar sei, wenn er unmittelbar nach seinem Rücktritte aus dem Ministerium ganz einfach, und als ob gar nichts geschehen wäre, seinen Platz als Abgeordneter einnehme. Er möge hierin, so rieth sie ihm, eine Pause eintreten lassen und sie zu einer kurzen Reise nach Oesterreich benützen, sich dem jugendlichen Kaiser vorzustellen und die neuen Minister kennen zu lernen.

Begierig griff Schmerling diesen Vorschlag auf, und auch der Reichsverweser, mit welchem er unverzüglich darüber sprach, billigte ihn sehr. In jeder Hinsicht sei es gut, meinte der Erzherzog, wenn Schmerling nach Oesterreich gienge und in Berührung mit dem neuen Ministerium träte. Denn er sei ja am meisten geeignet, dessen Mitglieder über die Frankfurter Zustände aufzuklären und der deutschen Politik Oesterreichs die gehörige Richtung zu geben. Rasch war Schmerling zu dieser Reise entschlossen, und schon am 20. December kündigte er mit den folgenden Worten seine Absicht in Wien an:

„Vor Allem die Nachricht, daß ich höchst wahrscheinlich in nächster Zeit für zwei Tage nach Wien komme. Ich muß die hiesigen Fragen mit den österreichischen Ministern persönlich behandeln, wir kommen sonst nicht zu Ende. Von dem Ergebnisse meiner Verhandlung wird es wohl abhängen, ob wir noch lange hier bleiben. Längstens denke ich noch zwei Monate, dann muß wohl die Geschichte fertig werden, wenn sie überhaupt fertig wird. Ich will noch

aushalten, damit man nicht glaube, ich ziehe mich besiegt zurück, und weil der Reichsverweser und besonders seine Frau trostlos wären, mich zu verlieren, da sie sonst keine Stütze haben."

Aber nicht erst in den nächsten Tagen, sondern schon am folgenden, den 21. December trat Schmerling, der, wie es scheint, die Ausführung seines Vorsatzes gar nicht mehr erwarten konnte, bei eisiger Winterkälte die in diesen Blättern schon wiederholt erwähnte Reise nach Oesterreich über Eisenach und Leipzig an. In der letzteren Stadt stellte sich ihm ein eigens an ihn abgeschickter österreichischer Cabinetscourier vor, welcher ihm Depeschen von den Ministern Schwarzenberg, Stadion und Bruck überbrachte. In der ersten und wichtigsten, der des Fürsten Schwarzenberg, war an die rühmende Hervorhebung der Umsicht und der energischen Wirksamkeit, welche Schmerling in der schwierigen Stellung als Reichsminister so oft an den Tag gelegt habe, ein Antrag geknüpft, welchen Schwarzenberg in seinem Namen und in dem seiner Collegen nunmehr Schmerling zur Erwägung und Entscheidung vorlegte. „Es erscheint uns," heißt es wörtlich in Schwarzenberg's Schreiben, „im Interesse Oesterreichs von hoher Wichtigkeit, Ihre Erfahrungen, Talente und patriotische Gesinnung für den kaiserlichen Dienst in Anspruch zu nehmen."

„Zwei Wege, glaube ich, bieten sich dar, diesen Zweck zu erreichen. Entweder der, daß Sie einen Sitz in dem österreichischen Ministerium einnehmen, wobei ich nur die Bemerkung hinzufüge, daß die wichtigsten Plätze bereits besetzt sind und ein Ministerium ohne Portefeuille Ihnen vielleicht nicht wünschenswerth erscheinen dürfte. Der zweite Weg aber bestände darin, daß Sie sich bewogen fänden,

die Stelle eines kaiserlichen Bevollmächtigten in Frankfurt zu übernehmen."

„Ich glaube nicht näher auf die Vortheile eingehen zu dürfen, welche dem Kaiser und der Monarchie daraus erwachsen würden, wenn ein Staatsmann von so erprobter Ruhe, mit den Kenntnissen der Personen und der Verhältnisse ausgerüstet, welche Ihnen zu Gebot stehen, sich an dieser Stelle und in gegenwärtiger Zeit dem Dienste des Vaterlandes widmete. Es würde daher der kaiserlichen Regierung große Beruhigung gewähren, das österreichische Interesse am Sitze der Centralgewalt und der Reichsvertretung durch Sie gewahrt zu wissen. Da ich nun erfahre, daß Sie Ihren Posten als Reichsminister aufgegeben haben, und wenn dieser Umstand dazu beitragen könnte, Sie zu bestimmen, in unseren Antrag einzugehen, so würden wir Ihren Entschluß als den für Oesterreich günstigsten betrachten."

Dringender noch und mehr auf die Sache selbst eingehend lautete Stadion's Schreiben. „Es ist ungemein schwer," heißt es darin, „jene Anknüpfungspunkte zu finden, die unsere Vereinigung mit Deutschland anbahnen, ohne unseren Hauptzweck, die Herstellung der Einheit zu gefährden. Eine Verständigung wird nothwendig sein, und diese kann einzig und allein durch Sie bewirkt werden. Sie kennen Deutschland, Sie kennen Oesterreich, und vor Allem sind Sie Oesterreicher, einer der wenigen Oesterreicher, welche Oesterreich hoch halten, die es stark wollen und groß. Sie dürfen daher auf keine Weise eine Stellung aufgeben, in der Sie für die Zukunft Oesterreichs wirken können, indem Sie uns aufklären, in Frankfurt handeln, den Reichsverweser mit Rath unterstützen und ihm die Festigkeit geben,

die er nicht immer besitzt. Es bangt uns besonders davor, daß der Erzherzog ohne Ihre Stütze die Partie zu früh aufgibt oder zu nachgiebig gegen Forderungen der Gegner Oesterreichs werden könnte."

„Wir glauben daher, daß mit Ihrer Person die Sache Oesterreichs in Deutschland gesichert ist, mit Ihrem Abtreten aber dem österreichischen Interesse ein nicht zu verschmerzender Schlag versetzt würde. Wir glauben, daß Sie absolut nothwendig an der Seite des Erzherzogs sind, sowie in Frankfurt als Vermittler zwischen Oesterreich und Deutschland."

Während Schmerling den Fürsten Schwarzenberg und den Grafen Stadion bisher nicht gekannt hatte, war er mit Bruck seit ihrem mehrmonatlichen gemeinsamen Aufenthalte in Frankfurt befreundet. Bruck schrieb ihm daher auch vertraulicher als die zwei Anderen es gethan, über die Vorgänge im Ministerrathe, in Folge deren jene Depeschen an Schmerling gerichtet worden waren. Der österreichischen Regierung komme es, schrieb Bruck, vor Allem darauf an, daß Schmerling nicht durch seine dauernde Entfernung von Frankfurt den Reichsverweser dort ohne Rath und Beistand zurücklasse. „Ich begreife vollständig," fuhr Bruck fort, „was Sie dagegen einwenden werden, allein ich beschwöre Sie, sich darüber hinwegzusetzen und die hohe Bedeutung des Augenblickes zu beachten. Es ist Niemand da, der nur einigermaßen geeignet wäre, Sie zu ersetzen; Sie haben alle Fäden in der Hand, und Sie sollen und müssen ihrem Vaterlande dieses Opfer bringen, bis die deutsche Frage gelöst sein und der Erzherzog Frankfurt verlassen wird. Lang kann ja ohnehin der provisorische Zustand nicht mehr dauern, und dann wird die Stelle sich finden, welche Sie einnehmen

wollen und die einem Staatsmanne von Ihrer Bedeutung gebührt. Wir Alle sind von der Nothwendigkeit durchdrungen, daß Sie vorerst in Frankfurt bleiben müssen. Zu viel Kraft haben Sie an die deutsche Sache gewendet, als daß Sie sich ihr jetzt im entscheidenden Augenblicke entziehen könnten. Dies wäre unvereinbar mit Ihrer Charakterfestigkeit, und Oesterreich rechnet auf Sie!"

Wer die Briefe Stadion's und Bruck's an Schmerling mit demjenigen Schwarzenberg's an ihn vergleicht, wird sich wundern, daß in dem letzteren von einer möglichen Berufung Schmerling's in das österreichische Ministerium, wenngleich ohne Portefeuille, auch nur die Rede war, während Stadion und Bruck hievon gar nichts erwähnten und nur mit ganz ungewöhnlichem Nachdrucke auf sein Verbleiben in Frankfurt drangen. Allsogleich war Schmerling's Entschluß gefaßt, ihrem Wunsche zu entsprechen und sich nach kurzem Aufenthalte in Wien nach Frankfurt zurückzubegeben.

Es läßt sich nicht leugnen, daß nur in solcher Weise der Hauptzweck, den die österreichische Regierung hiebei im Auge hatte, den Reichsverweser nicht in einer Art politischer Vereinsamung in Frankfurt zurückzulassen, erreicht werden konnte, denn es gab in der That Niemand, der in dieser Beziehung Schmerling dort zu ersetzen vermocht hätte. Aber die Frage hatte doch auch noch eine andere Seite und diese bestand darin, ob denn Schmerling wirklich unter den einmal obwaltenden Verhältnissen und trotz seines besten Willens im Stande war, der Sache Oesterreichs in Frankfurt jene Dienste zu leisten, die man sich von ihm versprach. Das, was in den nächsten Monaten sich zutrug, war ganz dazu angethan, die Voraussetzungen, unter denen das österreichische

Ministerium auf Schmerling's längeres Verweilen in Frankfurt drang, als irrige erscheinen zu lassen. Schmerling war eben nichts weniger als das, wofür seine Gegner in Frankfurt ihn ansahen und ihn auch in ihren Schriften über die dortigen Vorgänge hinstellten, ein Diplomat. Diejenigen, welche ihn für einen solchen ausgaben, zeigten dadurch nur, daß sie von dem eigentlichen Wesen eines Diplomaten gar keine Ahnung besaßen. Eine der wichtigsten Eigenschaften eines solchen besteht ja doch darin, ein gewandter, aber auch ein gefügiger Vollstrecker eines fremden Willens zu sein und eine eigene Meinung entweder gar nicht zu haben oder sie wenigstens, wenn sie mit der seiner Regierung sich im Widerspruch befände, nicht zu äußern, ja sie wohl gar zu verleugnen.

Schmerling war aber ja gerade dadurch in Frankfurt so rasch und so hoch emporgestiegen, daß er in Allem und Jedem eine aus seinen eigenen Impulsen hervorgegangene, unerschütterlich feststehende Meinung besaß und sie mit der ihm eigenen Energie auch bei Anderen durchzusetzen verstand. Weil er aber von der Richtigkeit seiner Anschauungen überzeugt war, hielt er mit ihnen auch nirgends hinter dem Berge und äußerte sie mit einem Freimuth, in welchem jeder wirkliche Diplomat, der ja allzeit vor der Besorgniß zurückschreckt, sich irgendwie zu compromittiren, nichts Anderes als die tadelnswertheste Unvorsichtigkeit erblickt haben würde. Ob es also zweckdienlich war, Schmerling gerade zu einer vorzugsweise diplomatischen Stellung zu berufen, mag mindestens zweifelhaft erscheinen.

Er selbst wenigstens erklärt seine Einsetzung in eine solche in seinen vertraulichen Aeußerungen geradezu für einen Fehler. „Zu einem Diplomaten tauge ich nicht," schreibt

er einmal, „und soll es jetzt sein. Ich muß klug sein und verschlossen, jedes Wort noch mehr erwägen, als wie ich Minister war, und werde beobachtet, als lebte noch Sedlnitzky.“ Und in einem späteren Briefe heißt es: „Die Leute sagen, ich sei zu einem Diplomaten geboren, und ich finde, daß mich nichts unzufriedener macht, als einen solchen vorstellen zu müssen.“

Hiezu gesellt sich wohl auch noch ein gewiß begründetes Bedauern, daß Schmerling nicht schon damals in das österreichische Ministerium trat. Wenn er nicht sehr große Lust fühlte, dies ohne Ueberkommung eines bestimmten Portefeuilles zu thun, so läßt sich das begreifen. Wer aber das ganz außerordentliche Ansehen in Betracht zieht, dessen sich Schmerling zu jener Zeit in Folge seines Wirkens zu Frankfurt nicht allein, wie ihre Briefe beweisen, bei den österreichischen Ministern, sondern in der Bevölkerung des Kaiserstaates erfreute, der kann das Gewicht ermessen, mit welchem seine Stimme bei den Berathungen und Beschlüssen des Ministerrathes in die Wagschale gefallen wäre. Wohl gar Manches wäre geschehen, was unterblieb, und gar Manches unterblieben, was geschah.

Dazu kommt noch, daß, woran allerdings damals noch Niemand hatte denken können, schon nach wenigen Monaten Stadion in eine sehr schwere Krankheit verfiel, von der es keine Heilung mehr gab. Hiedurch wurde eines der wichtigsten, vielleicht das wichtigste Ministerium, das des Innern erledigt und möglicher Weise wäre Schmerling zu dessen Leitung berufen worden, wenn er zu jener Zeit schon ein Mitglied der Regierung gewesen wäre. Daß es nicht an ihn, sondern an Bach fiel, gab zum Mindesten dem Gange der inneren Politik Oesterreichs eine wesentlich

verschiedene Richtung. Sollte es eine allzu sanguinische Auffassung sein, wenn man meint, dieselbe wäre unter der Aegide Schmerling's eine bessere, eine glückbringendere gewesen?

Wenn soeben von dem hohen Ansehen die Rede war, in welchem Schmerling damals bei der österreichischen Bevölkerung stand, so erhielt er hievon noch während seiner Reise einen sprechenden Beweis. Am Christabende, bei empfindlicher Kälte, befand er sich in Prerau, und wehmüthig gedachte er seiner in Frankfurt zurückgebliebenen Töchter. Da fiel ihm ein Wiener Zeitungsblatt in die Hand, welchem er zu seiner nicht geringen Freude und Ueberraschung entnahm, daß er Tags vorher in Wien zum Abgeordneten für den Kremsierer Reichstag gewählt worden sei.

Das Mandat, um das es sich handelte, war durch den freiwilligen Rücktritt des ehemaligen Ministers Freiherrn von Pillersdorff in Erledigung gekommen. In Folge der von vielen seiner Wähler kundgegebenen Mißstimmung über seine Haltung während der revolutionären Bewegung hatte Pillersdorff den anerkennenswerthen Schritt gethan, ihnen sein Mandat zurückzugeben. Aber freilich geschah dies von seiner Seite mit der gleichzeitigen Absicht, sich neuerdings um dasselbe zu bewerben und so einen Ausspruch der Wähler hervorzurufen, ob sie sein Verfahren billigten oder nicht.

Außer Pillersdorff waren noch zwei illüstre Candidaten angemeldet, welche zwar nicht persönlich vor der Wählerschaft erschienen, aber in ihrer Mitte eifrige Fürsprecher fanden, Fürst Felix Schwarzenberg und Baron Kübeck. Die Wahl des Ersteren wurde durch den Präsi-

denten der obersten Justizstelle, Grafen Taaffe, diejenige Kübeck's aber durch einen der ihm früher untergeordneten Beamten der allgemeinen Hofkammer, Hofrath Radda, angelegentlich empfohlen. Aber während auf Schwarzenberg immerhin ziemlich zahlreiche Stimmen fielen, wendeten sich dem Freiherrn von Kübeck keine oder doch nur sehr wenige zu, wohl aus dem Grunde, weil man, sei es mit Recht oder mit Unrecht, ihm zum Vorwurfe machte, er sei durch sein gänzliches Zurückziehen seit den Märztagen jeder persönlichen Gefahr allzu vorsichtig aus dem Wege gegangen.

Mehr Anklang als der Vorschlag, Kübeck zu wählen, fand die persönliche Wiederbewerbung Pillersdorff's, dessen beredte Vertheidigung seines Verfahrens einen ihm günstigen Eindruck auf einen beträchtlichen Theil der Wähler hervorbrachte. Auch Mühlfeld candidirte persönlich, und seine Rede fand Beifall. Aber keine einzige Stimme fiel auf ihn, während Pillersdorff deren 32 erhielt, freilich noch immer nur die Minorität gegen die 54, welche sich beim zweiten Wahlgange auf Schmerling vereinigten, für welchen jetzt auch die bisherigen Parteigänger Schwarzenberg's votirten.

Dieses Ergebniß der Wahl wird um so höher anzuschlagen sein, wenn man bedenkt, wie schwer und wie selten ein Mandat irgend Jemand zufällt, der bei einer Wahl nicht persönlich zugegen ist, bei ihr von Niemand empfohlen wird, sich um das Mandat nicht bewirbt, ja von der Wahl nicht einmal etwas weiß. Ein sprechenderer Beweis für das Ansehen, welches Schmerling in Wien genoß, und für das Vertrauen, das man in ihn setzte, kann wirklich nicht mehr gedacht werden.

Zur Mittagszeit des Christtages traf Schmerling in Wien ein und wurde auf dem Bahnhofe durch die Nachricht

von der schweren Erkrankung seiner Mutter, mit der ihn sein jüngster Bruder Moriz daselbst empfing, schmerzlichst berührt. Die traurige Stimmung, welche dies in ihm erweckte, wurde durch den trostlosen Anblick, den seine von ihm so sehr geliebte Vaterstadt darbot, nur noch erhöht. Kaum hatte er den Nordbahnhof verlassen, so sah er schon beim Beginne der Praterstraße all' die großen Häuser in Ruinen liegen, welche bei dem Kampfe um die Barricade am Praatersterne in Brand gerathen waren. Auch die innere Stadt zeigte eine ganz veränderte Physiognomie, die Basteien waren abgesperrt, Kanonen drohten von den Wällen herab, überall begegnete man Militärpatrouillen, und in den eleganteren Stadttheilen zeigte der Mangel an Equipagen und der geringe Besuch der feineren Kaufläden, daß der Hof und fast alle vornehmeren und reicheren Leute sich von Wien noch entfernt hielten. Mit Eintritt der Nacht herrschte Grabesstille in den Straßen, weil in Folge des Belagerungszustandes alle Gast- und Kaffeehäuser schon um zehn Uhr geschlossen werden mußten. Und auch in dem Kreise seiner Bekannten fand Schmerling eine äußerst gedrückte Stimmung. Denn Alles war über das zukünftige Schicksal der Monarchie, über ihre traurigen Zustände im Innern und insbesondere dadurch beunruhigt, daß soeben erst der Feldzug in Ungarn begann und der baldige Wiederausbruch der Feindseligkeiten in Italien kaum mehr bezweifelt wurde.

Ein nicht geringer Trost wurde Schmerling durch den unversehrten Zustand seiner Wohnung bereitet. Denn um nichts hatte ihm so sehr gebangt als um die zahlreichen und bewunderungswürdigen Gemälde, die er von der Hand seiner Frau besaß. Mit Recht hatte er sie allzeit als wahre

Schätze, als den ihm liebsten Besitz betrachtet und daher gezittert, daß auch sie, wie so vieles Andere durch das Bombardement der Stadt hätten Schaden erleiden können. Daß dem nicht so war, erfüllte ihn mit aufrichtiger Freude.

Am Abende seines Ankunftstages begab Schmerling sich zu Bruck, der ihn mit freudiger Ueberraschung empfing, weil er nicht wußte und nicht wissen konnte, daß der an Schmerling abgesendete Courier ihn schon auf der Heimreise gefunden und er daher sein Eintreffen in Wien erst für später erwartet hatte. Nachdem Bruck sich vergewissert, daß Schmerling den Posten eines Bevollmächtigten bei der Centralgewalt annehmen werde, führte er ihn unverzüglich zu Schwarzenberg, der schon auf dem Ballplatze wohnte. Der Fürst, welchen Schmerling bei diesem Anlasse zum ersten Male sah, empfing ihn aufs Zuvorkommendste, zeigte sich über seinen Entschluß äußerst erfreut und bat ihn, schon übermorgen im Ministerrathe zu erscheinen, um dort eingehende Berathung über die künftighin von österreichischer Seite im Hinblick auf Deutschland zu beobachtende Politik zu pflegen.

Am 27. December zur Mittagszeit begann der dreistündige Ministerrath, an welchem Schmerling, als Gast neben dem Präsidenten Schwarzenberg sitzend, in hervorragendster Weise Theil nahm. Denn außer Bruck war ja keiner der Minister während des Jahres 1848 in Frankfurt gewesen und über die dortigen Verhältnisse näher unterrichtet. Aber auch bei Bruck war diese Kenntniß gering, denn er hatte sich immer nur mit längeren Unterbrechungen in Frankfurt aufgehalten, dort keiner bestimmten Partei angeschlossen und sich vorsätzlich ferngehalten von ihrem Getriebe. So wurde denn Schmerling's umfassender Darstellung

der Zustände und Bestrebungen in Frankfurt von den Anwesenden mit gespannter Aufmerksamkeit gelauscht, schließlich aber die sich von selbst verstehende Frage aufgeworfen, was denn nun zu thun sei, und vor Allem, welche Haltung Oesterreich der deutschen Verfassungsfrage gegenüber zu beobachten habe?

Schmerling bemerkte mit Recht, daß die Lösung dieser Frage wesentlich von der Entscheidung jener anderen abhänge, wie Oesterreichs innerer Organismus sich gestalten werde, wenn man der aufständischen Bewegung in Ungarn Herr geworden sein und das lombardisch-venetianische Königreich, wie man voraussetzen dürfe, bei Oesterreich verbleiben würde. Aber aus der unklaren Antwort, die er hierauf insbesondere von Stadion erhielt, an welchen er seine Bemerkung vornehmlich gerichtet hatte, konnte Schmerling ohne Schwierigkeit entnehmen, daß man hierüber selbst noch zu keinen feststehenden Entschlüssen gelangt war. Man schwankte nämlich noch immer, ob man Oesterreich als Einheitsstaat constituiren oder ihm nicht lieber mit Rücksicht auf Ungarn und Italien eine föderative Gestaltung geben solle, bei welcher blos die gemeinsamen Angelegenheiten einer Centralregierung und einem Centralparlamente zur Entscheidung vorzubehalten, alle übrigen aber den zu gewissen Gruppen zusammengelegten Ländern anheimzugeben wären. Schmerling beschränkte sich darauf, zu sagen, daß eine solche föderative Gestaltung Oesterreichs für das Verbleiben der deutsch-österreichischen Länder in dem zukünftigen deutschen Staatengebilde die günstigere wäre. Aber obgleich unendlich lang hierüber discutirt wurde, gelangte man doch zu keinem bestimmten Beschlusse. Nur darin waren schließlich sämmtliche Anwesenden einig, man dürfe durchaus nicht

zugeben, daß Deutschland sich mit Ausschluß Oesterreichs unter der Oberleitung Preußens constituire.

Der Verlauf dieser Sitzung war ganz dazu angethan, Schmerling etwas lebhafter, als es bisher der Fall war, die Schwierigkeiten der Stellung zum Bewußtsein zu bringen, zu deren Uebernahme er sich vielleicht allzu rasch bereit erklärt hatte. Denn welche Aufgabe war es doch, die Intentionen einer Regierung zur Geltung zu bringen, die zwar recht gut wußte, was sie nicht wollte, aber sich selbst in vielfachen Zweifeln über das befand, was sie eigentlich anstreben sollte!

Waren schon die Eindrücke, welche Schmerling während dieser Sitzung des Ministerrathes in sich aufnahm, nicht gerade erfreuliche zu nennen, so mußte er mit dem Ergebnisse einer für den gleichen Tag anberaumten Abendversammlung, und zwar aus dem Grunde noch weniger zufrieden sein, als er sich selbst von allem Verschulden nicht vollständig freisprechen konnte. Da er bei seiner Wahl zum Abgeordneten für den österreichischen Reichstag nicht in Wien war, hielt er es für seine Pflicht, die Wahlmänner zu einer Besprechung einzuladen, um ihnen für seine Wahl zu danken und die politischen Anschauungen vor ihnen zu entwickeln, von denen er bei Ausübung dieses Mandates auszugehen gedenke. Gleichzeitig aber mußte er sie von dem Aufschube unterrichten, welcher hierin in Folge der seinerseits geschehenen Uebernahme einer staatlichen Anstellung in Frankfurt werde eintreten müssen.

In dem Sitzungssaale des niederösterreichischen Landhauses, in welchem Schmerling als Mitglied der Stände so oft getagt, fand die Versammlung der Wahlmänner statt, zu denen nun Schmerling in längerer Rede sprach. Nach-

dem er für seine Wahl gedankt, verbreitete er sich über die Pflichten, welche jetzt einem Abgeordneten zum österreichischen Reichstage oblägen. In der Befestigung der mit Gesetzlichkeit gepaarten Freiheit glaube er sie zunächst erblicken zu müssen, sowie in der Mitwirkung zur Neugestaltung Oesterreichs. Auf seine Thätigkeit als Reichsminister in Frankfurt und auf die durch ihn geschehene Bekämpfung der anarchistischen Tendenzen und der Conventsgelüste, welche in Frankfurt bemerkbar geworden, wies er hin und fügte die Bemerkung hinzu, er sei stolz darauf, dies als Oesterreicher vollbracht zu haben.

„Als mich der Reichsverweser," fuhr Schmerling wörtlich fort, „in sein Ministerium berief, beseelte mich das erhebende Gefühl, ein Deutscher zu sein, doch vergaß ich keinen Augenblick hierüber, daß ich vor Allem Oesterreicher sei. Als aber im Schooße der Nationalversammlung Mißtrauen gegen mich, weil ich ein Oesterreicher, entstanden war, da zögerte ich keinen Augenblick, meinen Rücktritt aus dem Ministerium zu nehmen, denn ich war zu stolz, als Oesterreicher um Vertrauen buhlen zu müssen. Ich hielt es dann für meine Pflicht, nach Wien zu eilen, um die hier gegen die künftige Gestaltung der Dinge in Frankfurt rege gewordenen Vorurtheile zu bekämpfen."

Auf die zukünftige Stellung Oesterreichs zu Deutschland übergehend, sprach Schmerling seine Ueberzeugung aus, daß sich dieselbe „klar und befriedigend", aber freilich auch nur mit Aufrechthaltung der Integrität Oesterreichs gestalten werde, welche vor Allem gewahrt werden müsse. Er freue sich, durch seine Ernennung zum Bevollmächtigten Oesterreichs zur Mitwirkung an der Erreichung eines so freudigen Resultates berufen zu sein, und bei dem nunmehr in Deutsch-

land erwachten praktischen Sinne hoffe er, daß man binnen wenig Wochen auch wirklich an diesem ersehnten Ziele angelangt sein werde. Er frage daher die Versammlung, ob sie ihm für diese kurze Zeit Urlaub ertheilen wolle, was für sie um so leichter sein dürfte, als man ja in Kremsier vor Beilegung des Zwistes mit Ungarn ohnedies kaum an die Berathung der österreichischen Verfassungsfrage gelangen und daher seine frühere Anwesenheit daselbst kaum nöthig sein werde. Sollten jedoch die versammelten Wahlmänner sein zeitweiliges Fernbleiben von Kremsier mit den ihm übertragenen Pflichten nicht vereinbarlich finden, so sei er bereit, auf seine Wahl zu verzichten.

Hatte Schmerling für das, was er über seine Thätigkeit in Frankfurt und über die Nothwendigkeit des Verbleibens Oesterreichs in Deutschland sagte, den lebhaften Beifall der zahlreich versammelten Anwesenden geerntet, so beraubte er seine Rede an ihrem Schlusse durch die für die Wahlmänner recht unerfreuliche Anfrage, welche er an sie richtete, selbst der Wirkung, die sie sonst wohl hervorgebracht hätte. Ueberrascht durch seine Mittheilung und vielleicht auch etwas unwillig über sie, weil sie die Hoffnung vereitelte, Schmerling schon demnächst inmitten des österreichischen Reichstages Platz nehmen zu sehen, wußte man die passende Antwort auf seine Anfrage nicht gleich zu finden. Endlich wurde nach der richtigen Bemerkung des Vorsitzenden, Herrn Radda, die Versammlung der Wahlmänner besitze wohl nicht die erforderliche Berechtigung zur Ertheilung eines Urlaubes, der Beschluß gefaßt, diesen Gegenstand einer besonderen Berathung zu unterziehen. Am zweitnächsten Tage, den 29. December fand sie statt. Der Vorsitzende schlug vor, an Schmerling ein Schreiben zu

richten, in welchem ihm für die Offenheit und die Ehrenhaftigkeit seines Benehmens bestens gedankt, der lebhafteste Wunsch für das Gelingen seiner Mission ausgesprochen, zugleich aber auch die Bitte gestellt werde, er möge, wenn wider Erwarten sein Aufenthalt in Frankfurt sich über den von ihm angedeuteten Zeitraum verlängern sollte, sein Mandat zurücklegen.

Auf Antrag eines Wahlmannes wurde dieser letzte Satz aus dem Schreiben an Schmerling weggelassen, welches daher ohne denselben an ihn abging. Denn Schmerling hatte Wien schon am Vorabende, und zwar zugleich mit dem Fürsten Schwarzenberg verlassen, der ihn auch persönlich am Olmützer Hoflager einführte. Daß der Empfang, der ihm dort zu Theil wurde, ein zuvorkommender sein werde, hatte Schmerling wohl gehofft, aber er fand doch durch die Art, wie man ihm entgegenkam, seine Erwartungen noch übertroffen. Insbesondere fühlte er sich durch die huldreiche und vertrauensvolle Weise geschmeichelt, in welcher die dem Range nach höchststehende und zugleich geistvollste Dame des Hofes, die Erzherzogin Sophie, ein langes und eingehendes Gespräch mit ihm unterhielt. In ihrem Salon brachte Schmerling auch die beiden Abende zu, die er überhaupt in Olmütz verweilte. An dem zweiten traf er dort mit dem Großfürsten Constantin, dem zweitgebornen Sohne des Kaisers Nicolaus zusammen, der von seinem Vater zur Beglückwünschung des Kaisers Franz Joseph nach Olmütz und zur Begrüßung des Kaisers Ferdinand nach Prag gesendet worden war. Auf der Rückreise von Prag hielt der Großfürst sich noch durch ein paar Tage in Olmütz auf, und Schmerling war erstaunt zu sehen, wie gut der junge Prinz über die Verhältnisse in Frankfurt unterrichtet

war. Nach seiner Meinung beginne erst jetzt, so sagte er zu Schmerling, die Berathung über den schwierigsten Theil des Verfassungswerkes, die Oberhauptsfrage, und er sei äußerst begierig auf die Art und Weise ihrer Lösung.

Die Richtigkeit dieser Anschauung des Großfürsten wäre Schmerling nach seiner am 2. Januar erfolgten Rückkehr nach Frankfurt gewiß recht klar geworden, wenn er von ihr nicht schon früher überzeugt gewesen wäre. Denn die überaus herzliche Begrüßung, die er nicht nur von Seite aller Angehörigen des erzherzoglichen Hauses, sondern auch seiner österreichischen Freunde in der Paulskirche fand, konnte ihn nicht über die immer mißlicher werdende Gestaltung der Verhältnisse in Frankfurt und über die kaum besiegbaren Hindernisse hinwegtäuschen, die sich ihm bei der Durchführung der ihm übertragenen Aufgabe in den Weg stellen würden. Insbesondere war es die durch nichts zu rechtfertigende, ja auch nur zu entschuldigende Maßlosigkeit der Angriffe, in denen sich hauptsächlich im Wege der Presse die Wortführer der preußischen Erbkaiserpartei gegen Oesterreich und die in Frankfurt befindlichen Oesterreicher ergingen, welche deren Lage zu einer äußerst peinlichen machte. Man mag das Endziel, von welchem diese Gegner alles Oesterreichischen ausgingen, beurtheilen wie man will, ja es sogar als ein vom preußischen Standpunkte aus lobenswerthes ansehen, so muß doch jeder anständig Denkende die Mittel, welche dabei in Anwendung gebracht wurden, als verwerfliche betrachten. Man sagt nicht zu viel, wenn man behauptet, wissentliche Verdrehung der Thatsachen, Unwahrheit und Verleumdung waren die Waffen, deren man sich bediente. Und insbesondere war es die „Deutsche Zeitung“, in ihren Spalten aber Gervinus, der es am ärgsten trieb.

Keine Entstellung vergangener Zeiten und keine Schmähung des Gegenwärtigen war ihm zu arg, um damit Oesterreich und die in der Nationalversammlung sitzenden Söhne dieses Landes, welche durch ihre dortige Anwesenheit doch nur ihre Schuldigkeit thaten, zu begeifern.

Verfuhr die Mehrzahl der Mitglieder der preußischen Erbkaiserpartei schon gegen die österreichischen Abgeordneten im Allgemeinen in so leidenschaftlicher Weise, so kann man sich die Wuthausbrüche denken, welche sie nun gegen den Hervorragendsten aus ihnen, gegen Schmerling kehrte. „Die Heftigkeit der Presse gegen Oesterreich," berichtet er am 5. Januar an Schwarzenberg, „übersteigt alles Maß, und gegen mich, den man einen Verräther an der deutschen Sache nennt, herrscht eine solche Erbitterung, daß meine Freunde für meine persönliche Sicherheit besorgt sein zu müssen glauben, wie sie es nach dem 18. September waren." Und vier Tage später schrieb Schmerling an eine befreundete Persönlichkeit in Wien: „Was traf ich hier? eine förmliche Raserei, ein Wüthen gegen mich; keine Schmährede, die nicht verbreitet worden wäre."

Gibt es noch einen kräftigeren Beweis als diese Sätze, um darzuthun, daß der Entschluß der österreichischen Regierung, gerade Schmerling zu ihrem Bevollmächtigten in Frankfurt zu ernennen, vielleicht doch kein solches Gebot der Staatsweisheit war, als sie sich einbildete, und daß er selbst besser daran gethan hätte, in das österreichische Ministerium, wenngleich vorläufig ohne Portefeuille zu treten, als sich unter den einmal obwaltenden Umständen neuerdings nach Frankfurt zu begeben?

Anders und besser als die meisten Anhänger der Erbkaiserpartei stellte sich Gagern gegen Schmerling, und er unterschied sich auch jetzt wieder in einer für ihn äußerst

vortheilhaften Weise von jenen bissigen Wortführern derselben in der Presse. Als Schmerling ihn bald nach seiner Rückkehr besuchte, fand er ihn etwas beunruhigt durch die ungünstige Aufnahme, welche sein Programm in der Nationalversammlung gefunden hatte, und nichts weniger als in einer alle Verständigung von vorneherein ablehnenden Stimmung. Aber er meinte doch auch, von einer Modificirung seines Programmes könnte nur dann die Rede sein, wenn von Seite Oesterreichs bestimmt lautende Vorschläge vorlägen. Denn in einem Rescripte vom 28. December, welches noch ohne Einwirkung Schmerling's zu Stande gekommen war, von dessen Inhalte aber jetzt Gagern durch ihn verständigt wurde, hatte die kaiserliche Regierung nur erklärt, daß sie durchaus nicht daran denke, Oesterreich von dem neu zu gründenden deutschen Bundesstaate ausschließen zu wollen oder ausschließen zu lassen; es werde vielmehr darin seine Stelle zu behaupten wissen. Daher könne auch auf die von Seite Gagern's beantragte, im gesandtschaftlichen Wege zu Stande zu bringende Verständigung nicht eingegangen werden. Eine Vereinbarung aber würde äußerst willkommen sein, wenn sie so wie mit allen anderen deutschen Regierungen auch mit der österreichischen, welche den ersten Platz unter ihnen einnehme und sehr gern hiezu die Hand biete, im Wege ihres Bevollmächtigten in Frankfurt zu erreichen sein würde. „Wir erwarten," mit diesen Worten schloß die Depesche aus Wien, „auch von Seite des Freiherrn von Gagern — und seine ausgezeichneten staatsmännischen Eigenschaften rechtfertigen eine solche Hoffnung — eine richtige Würdigung dieser Verhältnisse und jenes bereitwillige Entgegenkommen, welches allein zu einer befriedigenden Lösung führen kann."

Anknüpfend an diese Worte konnte Schmerling Herrn von Gagern versichern, daß die österreichische Regierung durchaus keine feindliche Haltung gegen ihn annehmen wolle. Er gab ihm hiedurch Veranlassung zu der Bitte, Schmerling möge sich zu freundlichem Austausche der Gedanken über die zukünftige Stellung Oesterreichs zu Deutschland im Ministerrathe einfinden. Schmerling erklärte sich hiezu bereit, und so trat denn der gewiß seltene Fall ein, daß ein verabschiedeter Minister schon nach wenigen Tagen ganz friedlich und freundschaftlich im Kreise derjenigen erschien, welche ihn, wie es wenigstens Schmerling bezeichnete, aus feiger Furcht vor der eigenen Partei zu diesem Rücktritte gedrängt hatten, ein Urtheil, dem übrigens auch von minder voreingenommener Seite beigestimmt wurde. Und um unter den vielen verwerfenden Aeußerungen, die hierüber laut wurden, nur die des Höchststehenden zu erwähnen, sei hier der Worte gedacht, deren der König von Preußen in der Audienz sich bediente, welche er am 28. December dem österreichischen Gesandten Grafen Trauttmansdorff in Potsdam gewährte. „Ich kann Ihnen nicht sagen," so lauteten sie, „wie sehr ich durch die Nachrichten aus Frankfurt über das Benehmen der Preußen und über ihr Verfahren gegen Herrn von Schmerling betroffen bin. Ich bedauere außerordentlich diesen Vorgang und vermag insbesondere nicht zu begreifen, wie General Peucker, der doch früher immer im besten Einvernehmen mit Schmerling stand, dazu kam, sich in die Sache zu mengen." Und nach einigen noch abfälligeren Aeußerungen über das Verfahren des Reichsministeriums und die Nationalversammlung meinte der König hinsichtlich der letzteren, er sei übrigens keineswegs für einen Gewaltstreich oder auch nur für ein allzu strenges Einschreiten gegen sie, sondern

man müsse sie schonen, sie leiten, mit einem Worte sie behandeln wie die Kinder.

Kehren wir von dieser Abschweifung zu dem Erscheinen Schmerling's in der am 5. Januar stattfindenden Sitzung des Reichsministeriums zurück, so wird hierin vor Allem ein Beweis dafür zu erblicken sein, daß es ihm nur um die gute Sache zu thun war, und daß er ihrer Förderung auch etwaige persönliche Empfindlichkeit unterzuordnen wußte. Von dem gleichen Bestreben waren denn auch Schmerling's Aeußerungen im Ministerrathe dictirt. Er habe sich, sagte er daselbst, während seiner kurzen Anwesenheit in Wien bemüht, es dem dortigen Ministerium klar zu machen, daß die Stimmung in Frankfurt keineswegs eine Oesterreich feindselige sei. Außerdem habe er seine Absicht kundgegeben, das gegenwärtige Reichsministerium zu unterstützen, und endlich die kaiserliche Regierung um nähere Aufschlüsse über die Gestaltung gebeten, welche man Oesterreich zu geben vorhabe. Die Möglichkeit sei nicht ausgeschlossen, daß dieselbe eine föderative sein würde, wodurch das Verbleiben der deutsch-österreichischen Länder im zukünftigen Bundesstaate eine wesentliche Erleichterung erführe. Mit voller Bestimmtheit dürfe er versichern, daß er beauftragt und natürlich auch gesonnen sei, das deutsche Verfassungswerk, zu welchem sich freilich die österreichische Regierung ihre Zustimmung vorbehalten müsse, zu fördern und nicht zu hemmen.

Nach langer Erörterung verschiedener Detailfragen, welche von einzelnen Reichsministern zum Theil mit ziemlicher Naivetät zur Sprache gebracht wurden, gab Schmerling schließlich seine persönliche Meinung über die Art ab, wie im Hinblick auf Oesterreich dem Zustandekommen des

Verfassungswerkes am meisten genützt werden könnte. Man möge, so meinte er, die Verfassung bis auf den Theil vollenden, der sich auf das dem Reiche zu gebende Oberhaupt bezöge. Für letzteres wäre einstweilen provisorisch Vorsorge zu treffen und dann Oesterreich eine Frist von sechs Monaten zu gönnen, um sich über Annahme oder Nichtannahme der Verfassung zu entscheiden.

Es konnte Schmerling nicht angenehm berühren, daß alle seine vertraulichen Mittheilungen, die er in dieser Sitzung den Reichsministern machte, von ihnen brühwarm an ihre Freunde in der Nationalversammlung weitergegeben wurden und durch sie an die Oeffentlichkeit gelangten. Ja sogar das Protokoll jener Sitzung wurde von ihnen dem noch immer über das Gagern'sche Programm tagenden Ausschusse vorgelegt und dadurch am besten die Thorheit der Vorwürfe dargethan, welche später in gut fingirter sittlicher Entrüstung dem ehemaligen Unterstaatssecretär von Würth gemacht wurden, als ob er sich eine Verletzung des Amtsgeheimnisses hätte zu Schulden kommen lassen, als er über das Verfahren, welches gegen die Reichscommissäre in Berlin beobachtet worden war, auf Grundlage ihrer eigenen Meldungen die Wahrheit und nichts Anderes als die Wahrheit sagte.

Solches geschah aus Anlaß der Berathung über den Bericht, welchen endlich nach Verlauf der verhältnißmäßig langen Frist von drei Wochen der erwähnte Ausschuß, und zwar am 11. Januar erstattete. Venedey that dies im Namen der Majorität des Ausschusses, indem er in seiner gewohnten phrasenreichen Art darauf antrug, dem Ministerium die angesuchte Ermächtigung zu Verhandlungen mit Oesterreich nur in Bezug auf das Verhältniß der zu dem früheren

deutschen Bunde nicht gehörigen österreichischen Länder zu ertheilen, während die Minorität sie ihm in der Weise gegeben wissen wollte, wie Gagern sie nunmehr, sein ursprüngliches Programm etwas modificirend, verlangte. Denn er bestand nicht länger darauf, daß die mit Oesterreich anzuknüpfenden Verhandlungen gerade gesandtschaftliche zu sein brauchten, also einen völkerrechtlichen Charakter an sich trügen.

Wer die beiden Anträge, welche von der Mehrheit und der Minderheit des Ausschusses gestellt wurden, aufmerksam miteinander vergleicht, wird zugeben, daß sie für sich allein den erbitterten Streit nicht werth waren, der sich um sie entspann. Nicht dem, was sie ausdrücklich sagten, sondern dem, was hinter ihnen verborgen war, galt dieser Kampf. Auch jetzt wieder drehte sich Alles ausschließlich um die zwei Punkte, auf welche es einzig und allein ankam, das preußische Erbkaiserthum und die Hinausdrängung Oesterreichs aus Deutschland.

Gleich nach Venedey nahm Gagern das Wort zu einer sehr langen Rede, in welcher er in maßvoller, aber doch eindringlicher Weise seinen Standpunkt vertheidigte. Er sei weit davon entfernt, so versicherte er, Oesterreich aus Deutschland vertreiben zu wollen, aber er hege die Ueberzeugung, daß es an dem einheitlichen Staatsgebilde, auf welches Deutschland nimmermehr verzichten könne, nicht Antheil zu nehmen vermöge. Er vertraue demjenigen, der jetzt mit der Vertretung der österreichischen Interessen betraut worden sei, daß er zur Beseitigung der Hindernisse mitwirken werde, welche dem wechselseitigen selbstständigen Ausbau der Verfassung Deutschlands und Oesterreichs sich etwa entgegenstellen könnten. Um so zuversichtlicher erwarte er eine

befriedigende Lösung der Frage, als er ja selbst kein Mann des Mißtrauens und am allerwenigsten gegen die sei, welche er bei so manchem Anlasse erprobt habe. Er hoffe jedoch, daß Oesterreich sich in einer Weise erklären werde, daß das so dringend nothwendige Verfassungswerk keinen Aufschub erleide, und er weise jede Verdächtigung zurück, welche in den letzten Tagen über Oesterreichs Absichten etwa laut geworden sei. Aber um eine solche Erklärung hervorzurufen, bedürfe er einer Ermächtigung zu den erforderlichen Verhandlungen mit Oesterreich und müsse die allzu enge Begrenzung zurückweisen, welche ihm die Majorität des Ausschusses ziehen wolle. Er schloß mit der Betheuerung, daß auch er gewiß das ganze Vaterland unter einer Verfassung, unter einer einheitlichen Bundesregierung zusammengefaßt sehen möchte, aber er glaube an diese Möglichkeit nicht. Darum meine er sein Vaterland nicht weniger zu lieben, wenn er vorschlage und bitte, nur das ins Auge zu fassen, was zum Heile des Vaterlandes zu erreichen überhaupt möglich sei.

Wie jede Rede Gagern's, so brachte auch diese hauptsächlich in Anbetracht seiner imposanten Persönlichkeit, des hohen Ansehens, das er überall mit Recht genoß, und des tiefen sittlichen Bewußtseins, mit dem er seine Gedanken zum Ausdrucke brachte, einen gewaltigen Eindruck hervor. Auch die Verbindlichkeit des Tones, mit welchem er Schmerling's gedachte, und die Zurückweisung jeder Verdächtigung Oesterreichs konnte nur angenehm berühren und neuerdings darthun, daß man es mit einem ganz anderen Manne als den kleindeutschen Wortführern in den Zeitungen zu thun hatte. Aber freilich mußte es auffallen, daß Gagern hiebei Schmerling eine Rolle anwies, welche sich zu den vielfachen

Erklärungen, die derselbe abgegeben hatte, in directem Gegensatze befand.

Unter den Rednern, welche an diesem Tage zu Wort kamen, wollen wir nur Schmerling's gedenken, welcher nach dem Beispiele Gagern's es zu vermeiden sich bemühte, aufregend zu sprechen, was ihm denn auch mit Ausnahme einer einzigen Stelle so ziemlich gelang. Aber er war sich auch der doppelten Schwierigkeit vollkommen bewußt, mit der er zu kämpfen hatte. „Ich fühlte mich dabei," so lauteten seine eigenen Worte hierüber, „auf ein mir bis dahin fremdes Gebiet versetzt, da ich sonst immer nur als Regierungsmann gesprochen hatte und jetzt mit einem Male als Diplomat reden sollte, wozu ich wirklich nicht viel Anlage besaß." Und die zweite Schwierigkeit lag darin, daß er das Interesse Oesterreichs gegen das Gagern'sche Programm verfechten sollte, während er die eigentlichen Absichten und Ziele der österreichischen Regierung nicht kannte, über welche sie ja selbst noch nicht im Reinen war.

Schmerling stellte sich von vorneherein auf den richtigen Standpunkt, wenn er sich zunächst defensiv verhielt und sich auf die Abwehr der Anschuldigungen beschränkte, mit welchen man in Frankfurt gegen Oesterreich so freigebig war. Statt nach Gebühr an der Einigung Deutschlands zu arbeiten, habe man es sich zur traurigen Aufgabe gemacht, sagte Schmerling, die vielfachen Sünden aufzuzählen, welche Oesterreich an der deutschen Einheit begangen haben solle, während doch Jedermann wisse, daß andere deutsche Staaten eine gleiche Schuld auf sich geladen hätten. Oesterreich habe sich aber auch sehr große Verdienste um Deutschland erworben. Die wichtigsten derselben, insbesondere aus den Revolutionskriegen zählte er auf, und wenn er auch

die Anklagen, welche gegen die Bundespolitik des Fürsten Metternich erhoben worden waren, als berechtigte zugab, so knüpfte er hieran doch auch wieder die Frage, wo seien denn damals die Minister in den anderen deutschen Staaten geblieben? Wer habe sie denn zu jener Servilität verdammt, die sie Jahre hindurch freiwillig beobachteten, indem sie um die Gunst eines Mannes buhlten, welcher durch nichts Anderes als durch ihren Knechtssinn zu seiner beherrschenden Rolle emporgehoben worden sei?

Weniger bestimmt lauteten die Aeußerungen Schmerling's, als er sich von der Vergangenheit weg und zu der Gegenwart wendete. Nachdem er das Verfahren der österreichischen Regierung, wenn auch nicht gerade zu rechtfertigen, so doch mindestens zu erklären getrachtet hatte, meinte er wie Gagern, man müsse die Macht der Verhältnisse und der Thatsachen anerkennen. Deshalb dürfe aber auch die Nationalversammlung das Verfassungsgebäude nicht so einrichten, daß für Deutschösterreich darin kein Platz sei. Er zweifle nicht, daß der Weg der Verständigung zum Ziele führen könne. Darum sei er auch bereitwillig auf den Antrag eingegangen, Bevollmächtigter bei der Centralgewalt zu werden, und habe soeben mit Freuden den Ausspruch des Ministerpräsidenten vernommen, daß er fern von jedem Mißtrauen auf ihn als auf denjenigen hinblicke, der zu befriedigender Lösung der großen Aufgabe mitzuwirken bereit sei.

So sehr sich auch Schmerling bei dieser Rede, welche an ihrem Schlusse lebhaften Beifall fand, selbst überwachte, so war ihm doch, gleichsam zum Beweise, daß er wirklich kein Diplomat sei, eine Aeußerung entschlüpft, welche ganz ohne Noth in empfindlicher Weise verletzte. Da man ihm in

Frankfurt den Ausspruch, welchen er vor seinen Wahlmännern in Wien gethan, er sei auch als Reichsminister vor Allem Oesterreicher geblieben, stets mit Bitterkeit vorwarf, hatte Schmerling unter Hinweisung auf das patriotische Bewußtsein, welches die Angehörigen der großen deutschen Staaten, die Oesterreicher und die Preußen erfülle, den Ausspruch gethan, im Gegensatze zu diesen Ländern gebe es „keine deutsche Geschichte". Auf diese gewagte Behauptung warfen sich nun die Gegner, welche nach Schmerling zu Wort kamen, insbesondere Vincke, der nun plötzlich als Verfechter der Erbkaiseridee von einem früheren Anhänger Schmerling's ein heftiger Feind desselben geworden war, und Simon von Trier, das talentvollste, aber wohl auch leidenschaftlichste Mitglied der äußersten Linken. Seine Worte glichen Dolchen, die er seinem Opfer in den Leib stieß, und wären sie solche gewesen, so hätten sie ihn mit tausend Wunden zerfleischt.

Nach dreitägiger Debatte kam es endlich zur Abstimmung, und es ist gewiß ein Beweis des gesunden Sinnes, welcher Schmerling beseelte, daß er über dieselbe mit seinen Anhängern bald in Zwiespalt gerathen wäre. Denn während die letzteren darauf ausgingen, das Ministerium Gagern zu stürzen, erklärte dies Schmerling für eine Unmöglichkeit, weil man ein anderes nicht zu bilden im Stande sei. Er widerrieth daher ein allzu schroffes Vorgehen gegen die Regierung und meinte sogar, man könne, um sie im Amte zu erhalten, ganz gut für die Annahme des Gagern'schen Programmes stimmen, welches ja doch nur theoretischen Werth habe. Eine Ermächtigung, mit Oesterreich in Verhandlung zu treten, könne um so weniger schädliche Folgen nach sich ziehen, als Oesterreich ja niemals die Eventualität

seines Austrittes ins Auge fassen und darüber verhandeln werde. Als aber Schmerling's Meinungsgenossen trotz dieser Einwendungen bei ihrer ursprünglichen Absicht blieben, gegen das Ministerium zu stimmen, erklärte Schmerling, sich der Abstimmung enthalten zu wollen, was er denn auch wirklich that. Er wollte nicht, schrieb er am 14. Januar sich rechtfertigend an Schwarzenberg, gegen Gagern stimmen, weil er in dessen Rede seines vollsten Vertrauens versichert worden sei und er nun doch, wenn es überhaupt zu Verhandlungen komme, sie mit ihm zu führen berufen sein würde.

Aber wie Schmerling mit Recht vermuthet hatte, gelangte doch Gagern trotz der ihm nun hiezu ertheilten Ermächtigung niemals zu solchen. Das einzige Ergebniß des so heftig geführten Streites bestand also in nichts Anderem als darin, die an und für sich höchst bedauerliche Erbitterung, welche zwischen der großdeutschen Partei und den Anhängern des preußischen Erbkaiserthums herrschte, ins Ungemessene zu steigern. Und die Sache wurde dadurch auf die Spitze getrieben, daß schon in der Sitzung vom 15. Januar, dem Rathe Schmerling's entgegen, Georg Beseler als Berichterstatter des Verfassungsausschusses den Abschnitt des Verfassungsentwurfes, welcher sich auf das Reichsoberhaupt bezog, der Nationalversammlung vorlegte. Die wichtigste der darin enthaltenen Bestimmungen war die, daß diese Würde einem regierenden deutschen Fürsten zu übertragen sei, welcher den Titel „Kaiser von Deutschland" zu führen habe. Das hiezu eingebrachte Minoritätsgutachten sprach auch noch die Erblichkeit der Kaiserwürde im Mannsstamme nach dem Rechte der Erstgeburt aus. Bei der nach viertägiger Debatte — am 19. Januar — vorgenom-

menen Abstimmung wurde der erste Punkt der Anträge des Ausschusses, der auf Einsetzung eines einheitlichen fürstlichen Oberhauptes, mit geringer Majorität angenommen, worüber natürlich die Erbkaiserpartei in sehr großen Jubel ausbrach. Aber sie that dies zu früh; wohl erreichte sie noch die mit blos neun Stimmen Mehrheit erfolgte Annahme des Kaisertitels für das neue Reichsoberhaupt, dagegen wurde die Erblichkeit dieser Würde mit einer Majorität von zweiundfünfzig Stimmen verworfen. Der frühere Jubel verwandelte sich nun in so weitgehenden Mißmuth, daß denen, die sich ihm hingaben, nicht nur jede Unbefangenheit und Billigkeit, sondern man möchte fast sagen, die gewöhnliche Zurechnungsfähigkeit abhanden gekommen zu sein schien. Zwischen ehemaligen Parteigenossen, selbst wenn sie sich früher auch persönlich nahegestanden hatten, trat eine Entfremdung, ja eine gegenseitige Anfeindung ein, die man noch vor Kurzem nicht für möglich gehalten hätte.

Mitten in diese leidenschaftliche Erregung der Parteien, wie sie in Frankfurt herrschte, fiel nun eine wichtige Kundgebung der preußischen Regierung. Am 23. Januar, demselben Tage, an welchem in der Nationalversammlung die Erblichkeit der Würde des Reichsoberhauptes verworfen worden war, erließ sie eine Circularnote, in der sie über die Stellung Preußens zur deutschen Frage sich aussprach. In dieser Note, von der Schmerling ausdrücklich sagte, sie sei mit sehr viel Takt und Klugheit verfaßt, wies die preußische Regierung, nachdem sie es zu rechtfertigen gesucht, daß sie erst so spät zur Darlegung ihrer Anschauungen komme, darauf hin, daß sie ihre Bereitwilligkeit, auch ihrerseits beizutragen zu zeitgemäßer Umgestaltung der staatlichen Einrichtungen Deutschlands, schon durch ihre Zustim-

mung zur Einsetzung einer Centralgewalt und zur Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser dargethan habe. Die gleiche Gesinnung der Selbstverleugnung bethätige sie jetzt durch die Erklärung, daß sie eine Lösung der deutschen Frage nur in Gemeinsamkeit mit der österreichischen Regierung als möglich betrachte. Oesterreich könne ebensowenig auf seine alte Verbindung mit Deutschland verzichten, als dieses diejenige mit Oesterreich entbehren; am allerwenigsten aber vermöge die preußische Regierung einen Plan gutzuheißen, welcher auf die Lösung dieser bisher bestandenen Bande hinarbeite. Sie sehe daher mit Befriedigung festgestellt, daß gerade so wie sie selbst, auch Oesterreich den deutschen Bund als fortbestehend betrachte, in demselben beharren und an dessen kräftiger Entwicklung theilnehmen wolle, zu diesem Ende aber zu einer Verständigung sowohl mit der Nationalversammlung als mit den Regierungen Deutschlands bereit sei.

Man dürfe von der österreichischen Regierung wohl erwarten, daß sie bei der Gestaltung, welche sie der eigenen Monarchie zu geben trachte, auf deren Beziehungen zu Deutschland die möglichste Rücksicht nehmen werde. Sollte sie jedoch außer Stande sein, die durch die Entwicklung Deutschlands nöthige Beschränkung ihrer Souveränetätsrechte zu Gunsten einer kräftigen Bundescentralgewalt zuzugestehen, dann dürfte sie wohl auch nicht berechtigt sein, Rechte auszuüben, denen nicht auch die correspondirenden Pflichten gegenüberständen. Hiedurch deutete die preußische Regierung auf die Möglichkeit hin, daß innerhalb des bestehenden und auch Oesterreich umfassenden Bundes die übrigen deutschen Staaten noch immer in einen engeren Verein treten könnten, an welchem Oesterreich nicht theilnehmen würde.

Positiven Anträgen sich zuwendend, schlug die preußische Regierung vor, das Reichsministerium möge, ehe die Nationalversammlung an die zweite Lesung der Abschnitte der Reichsverfassung schreite, welche sich auf das Reich, die Reichsgewalt, den Reichstag und das Reichsoberhaupt bezögen, die deutschen Regierungen um Mittheilung ihrer Ansichten hierüber angehen. Denn die meisten derselben hätten auf das Recht ihrer Zustimmung nicht verzichtet und insbesondere sei dies von Seite Preußens niemals geschehen. Wolle man aber auch jetzt noch den bestehenden Gegensatz auf die Spitze treiben, so sei es wohl nicht zu bezweifeln, daß das Verfassungswerk überhaupt nicht zu Stande kommen, Deutschland den gefährlichsten Krisen ausgesetzt und in seiner ganzen Entwicklung gehemmt werden würde. Preußen lade daher die übrigen deutschen Regierungen ein, durch ihre Bevollmächtigten in Frankfurt eine Vereinbarung über die etwaigen Modificationen des Verfassungsentwurfes herbeiführen und dieselbe sodann an die Nationalversammlung gelangen zu lassen. Für sich selbst strebe es keine Machtvergrößerung oder Würde an, und es begehre keinen anderen Antheil an der obersten Leitung des Bundes als den, welchen seine Stellung in Deutschland und die Bedeutung seiner Macht ihm naturgemäß zuweise. Die Aufrichtung einer neuen deutschen Kaiserwürde erscheine ihm zur Erreichung des beabsichtigten Zweckes durchaus nicht nothwendig, ja vielmehr für denselben gefährlich. Es möge daher eine andere Form gesucht und gefunden werden, um das Verlangen des deutschen Volkes nach einer wirklichen Einigung befriedigen zu können.

Schon ehe er von der Existenz dieser Note Kenntniß erlangt, hatte Schmerling die unerläßliche Nothwendigkeit

eingesehen, von der österreichischen Regierung positivere Erklärungen als die bis jetzt vorliegenden zu erwirken. Er beschloß demnach, denjenigen unter den österreichischen Abgeordneten, der mit ihm im Reichsministerium gewesen und gleichzeitig aus demselben getreten war, denjenigen, der sein unbeschränktes Vertrauen genoß und dasselbe auch im vollsten Sinne des Wortes verdiente, Herrn von Würth nach Wien abzusenden. Dort sollte er über die Zustände, wie sie sich in Frankfurt gestaltet hatten, authentischen Bericht erstatten und auf baldige und positive Erklärungen dringen.

In dieser Absicht wurde Schmerling durch die freilich vorerst noch ganz unbestimmten Mittheilungen, welche ihm über das Eintreffen einer preußischen Circularnote und ihren Inhalt zukamen, nur noch bestärkt. Ein längeres Zuwarten scheine ihm nunmehr, schrieb er am 25. Januar an Schwarzenberg, kaum mehr möglich zu sein. Enthalte aber die Note wirklich, wie man behaupte, den Vorschlag, man möge sich von Seite der Regierungen über den Verfassungsentwurf äußern, so würde er eine Collectiverklärung befürworten, wobei ja noch immerhin jede Regierung sich specielle Anträge vorbehalten könnte. Um einen solchen gemeinsamen Schritt herbeizuführen, schlage er eine Zusammentretung von sieben Bevollmächtigten, und zwar etwa nach dem Maßstabe vor, wie er für die Eintheilung der Armeecorps vorgezeichnet sei. Die größeren Staaten würden dabei besser fahren, als dies bei der Zusammensetzung des Bundestages der Fall war.

Trotz des Lobes, welches er der preußischen Circularnote spendete, nachdem ihm ihr Inhalt bekannt geworden war, vermochte sich jedoch Schmerling nicht allen Mißtrauens gegen die eigentlichen Absichten Preußens zu

erwehren. „Ich kann Eurer Durchlaucht meine Empfindung nicht vollständig verhehlen," heißt es in seinem von ihm selbst als vertraulich bezeichneten Berichte an Schwarzenberg vom 28. Januar, „daß Preußen nicht ganz aufrichtig sein dürfte, wenn es auch der König selbst sein mag. Es ist zu auffallend, daß alle Preußen, von Vincke und Schwerin bis zur Linken ganz gleichmäßig stimmen und von Herrn Camphausen ihre Losung erhalten. Wie leicht wäre es denkbar, den König zu drängen, doch an die Spitze zu treten? Es bedarf hiezu nur statt des Ministeriums Brandenburg eines Ministeriums Camphausen, so kann der König, ohne wortbrüchig zu sein, erklären, er müsse seinen populären und unentbehrlichen Ministern folgen. Daß in diesem Sinne operirt werden dürfte, vermuthe ich beinahe. Der König wird sich sozusagen zwingen lassen, aber am Ende doch nicht ungern eine Würde annehmen, welche schon ihrer mittelalterlichen Erinnerungen wegen Reiz für ihn hat. Man erzählt sich hier, er entwerfe schon Listen Derer, die zu Reichswürden berufen werden sollen. Wer die Leidenschaft sieht, mit welcher die preußische Partei wirkt, der kann ihr sogar den Gewaltstreich zutrauen, den König zu einer Abdankung zu bringen, dann hat man freies Spiel. Freilich wäre dadurch kein dauernder Sieg errungen, aber Alles drängt, mit der Constituirung vorwärts zu kommen, um nicht Süd- und Norddeutschland miteinander in Fehde zu bringen."

Diese Besorgniß vor einer Unaufrichtigkeit Preußens und vor den üblen Wirkungen, welche das Stillschweigen Oesterreichs voraussichtlich nach sich ziehen werde, nahm in dem Gemüthe Schmerling's immer mehr überhand. „Die preußische Partei ist nicht müßig," schrieb er an Schwarzen-

berg am 2. Februar, „sie benützt das Schweigen Oesterreichs, um von dessen zurückhaltender und zweideutiger Politik zu sprechen, und schon beginnt Mißtrauen in Baiern und Hannover sich zu regen. Ich bitte Eure Durchlaucht dringend, der Forderung der Zeit, welche die Betretung des offenen Weges von Seite der Regierungen anspricht, nachzukommen. Nur eine offene principielle Erklärung, daß Oesterreich den Bundesstaat annehme, daß es keine Kaiserwürde entsprechend erachte und geneigt sei, mit der Nationalversammlung sich zu verständigen, und man wird uns von allen Seiten entgegenkommen. Ich bitte es hinreichend zu würdigen, wie die deutschen Fürsten theils von ihren Kammern, theils sogar von ihren Ministern gedrängt werden, und wie sie sich dadurch am Ende gezwungen sehen könnten, sich Preußen in die Arme zu werfen. Unendlich schwer würde es sein, eine einmal nach Preußen hin eingeschlagene Richtung in eine nach Oesterreich zu verwandeln".

In einer Depesche vom folgenden Tage drängte Schmerling neuerdings dazu, daß Oesterreich sich für den Bundesstaat erkläre. Der Begriff desselben werde sich, so meinte er, durch seine künftige Abgrenzung bestimmen, aber schon der Name sei nicht ohne Werth, weil der alte Staatenbund, gewiß gut in seiner Anlage, durch seine Durchführung so verhaßt wurde, daß die öffentliche Meinung durchaus gegen ihn sei. „Bekennen wir uns nicht zu dem Bundesstaate," sagt Schmerling wörtlich, „so führen wir selbst die Freunde der Einheit den Preußen zu, welche den Bundesstaat als die allein annehmbare Form bereits proclamirten."

Noch konnten diese letzten drängenden Berichte Schmerling's nicht in Wien angekommen sein, als man sich dort endlich entschloß, aus der bisher beobachteten Reserve heraus

und mit etwas bestimmter lautenden Erklärungen in den Vordergrund zu treten. Aber wie wenig entsprach doch auch ihr Inhalt, insofern er das Gebiet der Negation verließ, den Anträgen und den Erwartungen Schmerling's. Was man Alles in Oesterreich und in Wien nicht thun könne, war darin ziemlich deutlich gesagt, wozu man sich aber herbeilassen wolle, nur gleichsam andeutungsweise hingestellt. Daß die Gegner Oesterreichs das Rescript an Schmerling vom 4. Februar, als es ihnen bekannt wurde, zum Zielpunkte höhnischer und spöttischer Bemerkungen machten, war ebenso begreiflich als zu bedauern. Aber auch auf die Anhänger Oesterreichs brachte es einen niederschlagenden Eindruck hervor, welcher durch die mündliche Berichterstattung Würth's, der es nach Frankfurt überbrachte, nur noch verstärkt wurde. Denn was derselbe, freilich nur vertraulich, über seine in Wien gemachten Wahrnehmungen und über die Auffassung berichtete, die er bei Schwarzenberg und dessen Umgebung in Bezug auf die deutschen Angelegenheiten gefunden, konnte fürwahr nur äußerst entmuthigend wirken.

Ein schriftliches Zeugniß, wie Schmerling über dieses Rescript Schwarzenberg's dachte, liegt weder in seinen Berichten an den Fürsten, noch in seinen Privatbriefen vor. Loben konnte er es offenbar nicht, und tadeln wollte er es auch nicht, um sich mit seinem jetzigen ziemlich herrischen Chef nicht schon so kurze Zeit nach dem Anknüpfen näherer Berührungen zwischen ihnen zu verfeinden. Er schwieg also, aber man wird wohl mit ziemlicher Bestimmtheit annehmen dürfen, daß sich seine Meinung von derjenigen seiner in Frankfurt weilenden österreichischen Freunde und Anhänger nicht viel unterschied. Er fuhr fort, die österreichische

Regierung zu greifbareren Erklärungen, insbesondere in der Oberhauptsfrage, zum Eingehen auf den Gedanken eines Bundesstaates und zu einer Verständigung mit der Nationalversammlung zu drängen. Undenkbar sei es, erklärte er wiederholt, daß Oesterreich der unausgesetzten Thätigkeit Preußens gegenüber durch bloßes Zuwarten einen bleibenden Erfolg erringe. „Wir verlieren alle Bundesgenossen,“ schreibt er in seinem Berichte vom 25. Februar, „und geben eine Stellung auf, welche wir später wiedererobern müssen, denn niemals und nimmermehr können wir aufhören, eine deutsche Macht zu sein.“

Auch diesmal wieder geschah es, daß Schmerling's letzter Bericht noch nicht in Wien eingetroffen sein konnte, als man dort endlich den Entschluß gefaßt hatte, seinem Andrängen wenigstens theilweise zu willfahren. In einem Rescripte vom 27. Februar gab die kaiserliche Regierung ihrem Bevollmächtigten in Frankfurt die Grundzüge kund, auf deren Basis ihrer Meinung nach vorerst die Oberhauptsfrage geregelt werden könnte. Vor Allem sprach sie sich dahin aus, die deutsche Centralgewalt sei künftighin in die Hände eines aus sieben Mitgliedern bestehenden Directoriums mit zusammen neun Stimmen zu legen. Die Bevollmächtigten Oesterreichs und Preußens hätten je zwei, derjenige Baierns eine und die übrigen Regierungen zusammen vier Stimmen zu führen. Ihr Amt sollten sie als Delegirte derselben, jedoch unabhängig von speciellen Instructionen ausüben. Die Mehrheit der Stimmen wäre für die zu fassenden Beschlüsse entscheidend, hinsichtlich des Präsidiums aber eine der früheren Gepflogenheit entsprechende Einrichtung zu treffen. Damit war stillschweigend gesagt, es habe bei Oesterreich zu verbleiben. Schmerling wurde

beauftragt, sich mit den in Frankfurt befindlichen Bevollmächtigten derjenigen Regierungen, welche nach analogen Principien vorzugehen wünschten, in näheres Einvernehmen zu setzen und mit ihnen gemeinschaftlich einen Entwurf des auf die Reichsregierung bezüglichen Abschnittes auszuarbeiten. Derselbe müsse sich jedoch lediglich auf die Art ihrer Zusammensetzung beschränken, dürfe noch gar nichts über die ihr einzuräumenden Attribute und die Grenzen ihrer Wirksamkeit enthalten und sei, ehe der Nationalversammlung gegenüber Schritte geschähen, noch in Wien zu definitiver Gutheißung vorzulegen.

So dürftig auch der Inhalt der österreichischen Kundgebung sein mochte, so begrüßte es doch Schmerling mit Freuden, daß endlich eine solche, und zwar nicht blos negativ lautende, sondern wenigstens einige positive Vorschläge enthaltende nach Frankfurt gelangte. Allerdings sah er den, welcher das Präsidium für Oesterreich ausschließlich in Anspruch nahm, gleich von vorneherein als unausführbar an und hielt eine Alternirung mit Preußen für ganz unvermeidlich. Hierin begegnete er auch der Anschauung der Bevollmächtigten von Baiern, Sachsen, Hannover, Württemberg und Baden, welche er sogleich zu einer Sitzung zusammenberief. Auch sie waren nicht allein darüber, daß Oesterreich endlich sein so peinliches Stillschweigen brach, sondern auch über seine Vorschläge, mit Ausnahme desjenigen, der sich auf den Vorsitz in dem zu errichtenden Directorium bezog, sehr erfreut. Schmerling theilte diese Vorschläge auch den ihm am nächsten stehenden österreichischen Abgeordneten mit, und diese wurden hiedurch gleichfalls in ihrem Vorsatze bestärkt, mit neuem Muthe in ihrer aufopfernden Thätigkeit zu verharren. Und was ihn selbst

angehe, erklärte Schmerling dem Fürsten Schwarzenberg in seinem Berichte vom 6. März, werde er vor Allem das Interesse seiner Regierung zu wahren wissen, so weit dies nach seiner Ueberzeugung mit dem großen Zwecke vereinbarlich sei.

Als jedoch Schmerling diese Worte zu Papier brachte, war schon ein Ereigniß eingetreten, welches alle Vorsätze, die sich an die letzte Mittheilung der österreichischen Regierung knüpften, über den Haufen warf.

Rückkehr nach Wien.

Mit Recht hatte Schmerling in der Sitzung des österreichischen Ministerrathes, der er am 27. December beigewohnt, die Behauptung ausgesprochen, die künftige Stellung Oesterreichs zu Deutschland werde wesentlich von der Gestaltung des Organismus abhängen, den man der österreichischen Monarchie für die Zukunft zu geben gedenke und auch wirklich durchzuführen im Stande sei. Damals wußten die leitenden Staatsmänner in Wien hierauf noch keine bestimmt lautende Antwort zu ertheilen, aber es war nur natürlich, daß sie sich mit dieser Frage, der allerwichtigsten für sie, unablässig beschäftigten. Im Anfange des März 1849 kam sie endlich zur Lösung. Vom 4. dieses Monates war das kaiserliche Patent datirt, durch welches der Reichstag zu Kremsier aufgelöst und eine Verfassungsurkunde für das einige und untheilbare „Kaiserthum Oesterreich“ erlassen wurde. Einige Tage hindurch wurden diese epochemachenden Schriftstücke noch geheimgehalten. Erst am 7. März erfolgte die Schließung des Reichstages, dessen Mitglieder mit Ausnahme der Wenigen, welche man am Vorabende in das schon Geschehene und das noch Beabsichtigte einweihte, hievon aufs Höchste überrascht waren, und am 8. März brachte die officielle „Wiener Zeitung“ das kaiserliche Patent und die Verfassung zur Kenntniß aller Welt.

Früher als von dem Wortlaute der Verfassung war man in Frankfurt von ihrer Octroyirung überhaupt in Kenntniß gesetzt worden, unsäglich war daher die Spannung, mit der man ihrem Inhalte entgegensah. Nicht eher als am 11. März erfuhr man denselben seinem ganzen Umfange nach, und gleichzeitig erhielt man in Frankfurt Nachricht von dem Jubel, mit welchem die Verfassung in Wien und in Oesterreich überhaupt in den Kreisen aufgenommen worden war, in denen politisches Verständniß und aufrichtige Liebe zum Vaterlande am besten vertreten waren. Ohne noch den Werth der einzelnen Bestimmungen der Verfassung, ja selbst ohne ihre Ausführbarkeit näher zu prüfen, war man doch glücklich darüber, endlich einmal festen Boden und die Aussicht gewonnen zu haben, sich von nun an gesetzlich geregelter freiheitlicher Zustände erfreuen zu dürfen.

Gewiß waren auch die in Frankfurt weilenden Oesterreicher, insoweit sie überhaupt als solche in Betracht kamen, der gleichen Erkenntniß und der gleichen Empfindung nicht weniger zugänglich als ihre Landsleute in Oesterreich selbst. Auch sie freuten sich, daß die öffentlichen Zustände ihres Heimatlandes endlich einmal auf eine Grundlage gestellt wurden, welche sie wenigstens damals für eine unzuverlässige zu halten keine Ursache besaßen. Auch ihnen war es willkommen, in Oesterreich künftighin Gesetzlichkeit mit Aufrechthaltung einer in deren Schranken sich bewegenden Freiheit gepaart zu sehen. Aber sie mußten doch auch wieder mit tiefer Bekümmerniß wahrnehmen, daß in der neuen Verfassungsurkunde auch nicht ein Wort über das Verhältniß der deutsch-österreichischen Provinzen zu Deutschland gesagt, dasselbe vielmehr ganz ignorirt und daher gleichsam

als gar nicht existirend hingestellt wurde. Das Recht zur Mitwirkung bei der Gesetzgebung war ausschließlich in die Hände des zukünftigen österreichischen Reichstages gelegt, für die Befugnisse der deutschen Centralgewalt aber auch nicht das Mindeste übrig gelassen. Wer also überhaupt nur urtheilsfähig war und seine Augen nicht absichtlich gegen die unbestreitbar vorhandenen Thatsachen verschloß, der mußte zugeben, daß mit der neuen österreichischen Verfassung eine Einfügung der deutsch-österreichischen Provinzen in einen deutschen Bundesstaat ein Ding der Unmöglichkeit sei.

Je nach der Parteistellung der österreichischen Abgeordneten in Frankfurt, je nach der Lebhaftigkeit ihrer Betheiligung am politischen Leben und, sagen wir es offen, je nach ihrer persönlichen Gewissenhaftigkeit war ihre Meinung über das, was nun zu thun sei, so ziemlich verschieden. Während Einige aus ihnen den Antrag stellten, gemeinsam und freiwillig aus der Paulskirche zu treten, wurde derselbe von der Mehrzahl aufs Eifrigste bekämpft. Diejenigen, welche der Linken angehörten, sahen keinen Grund, ihr bisheriges Fahrwasser zu verlassen, von dem aus sie nach Herzenslust das Zustandekommen verfassungsmäßiger Zustände in Deutschland zu bekämpfen vermochten. Die im Centrum und auf der Rechten sitzenden Oesterreicher aber meinten am besten zu thun, wenn sie wenigstens in der Negation gegen das preußische Erbkaiserthum verharrten und sich nur wenig darum kümmerten, ob dann auch noch irgend etwas, für Deutschland halbwegs Befriedigendes erreicht werden könne. Endlich wurden auch sehr viele der in Frankfurt verweilenden, auf beiden Seiten des Parlamentes, vor Allem aber auf der Linken sitzenden Oesterreicher durch ihre materiellen Interessen zu noch längerem Verbleiben in Frankfurt ver-

mocht. Denn dort hatten sie nicht nur eine gewisse Stellung, sondern, was für gar Manchen wenigstens für den Augenblick seine einzige Existenzquelle bildete, einen nicht ganz unbeträchtlichen Diätenbezug. Diesen freiwillig aufzugeben und entweder auf die Gefahr polizeilicher oder richterlicher Verfolgung hin nach Oesterreich zurückzukehren oder fern von der Heimat subsistenzlos im Auslande umherzuschweifen, ein solcher Entschluß konnte in der That nicht leicht von irgend Einem verlangt werden. Es blieben also verschwindend Wenige, nur zwei übrig, welche ihre Gewissenhaftigkeit so weit trieben, daß sie, allen damit verbundenen Vortheilen freiwillig entsagend, ihre Mandate für die deutsche Nationalversammlung aus eigenem Antriebe zurücklegten, weil ihnen nach ihrer Ueberzeugung durch die neue österreichische Verfassung das Recht entzogen worden war, dieselben noch länger zu behalten.

Wie gering war jedoch noch immer das Opfer, welches sie hiedurch brachten, im Vergleiche zu dem, das Schmerling sich auferlegte. So wenig er auch der Octroyirung der Verfassung, die er vielmehr als eine Nothwendigkeit ansah, und dem ihr zu Grunde liegenden Einheitsgedanken seine Billigung versagte, so war er doch durch den Vorgang, welchen das österreichische Ministerium in dieser Sache beobachtet hatte, aufs Aeußerste verletzt, denn er fühlte sich durch denselben persönlich compromittirt. Sowohl den in Frankfurt befindlichen österreichischen Abgeordneten als den Mitgliedern der großdeutschen Partei, ja auch den Anhängern des preußischen Erbkaiserthums gegenüber war dies nach seiner Meinung der Fall, denn gegen diese Alle hatte er sich in ganz anderem Sinne über die Absichten der österreichischen Regierung in Bezug auf Deutschland

erklärt und wenigstens bei den Anhängern Oesterreichs auch Glauben gefunden, weil sie ihn allzeit als wohlunterrichtet ansehen mußten. Um also zu verhindern, daß ihnen sein Benehmen als ein zweideutiges und doppelzüngiges erscheine, blieb ihm nach seiner Meinung zu seiner persönlichen Rechtfertigung nichts Anderes übrig, als seine Stelle als Bevollmächtigter bei der Centralgewalt niederzulegen.

Schmerling richtete daher schon am 12. März das folgende, ganz von seiner eigenen Hand herrührende Schreiben an Schwarzenberg:

„Durch das Patent vom 4. März haben Seine Majestät dem österreichischen Kaiserstaate eine Verfassung gegeben, welche, wenn sie auch den einzelnen Ländern eine bedingte Selbstständigkeit bewahrt, unverkennbar dieselben in einen Centralstaat vereinigt sehen will.

„Wenngleich weder in der Verfassungsurkunde noch in dem Einführungspatente des Verhältnisses Oesterreichs zu Deutschland gedacht wird, so liegt doch nach meiner Ansicht in der Form der Constituirung Oesterreichs die Unmöglichkeit, daß seine Gebietstheile in dem zu schaffenden deutschen Bundesstaate ihren Platz finden.

„Die Schöpfung dieses Bundesstaates halte ich aber für ein unabweisliches Bedürfniß, und es würde meiner Ueberzeugung widerstreben, demselben entgegenzutreten oder seine friedliche Gestaltung zu hindern.

„Nicht minder habe ich das Verbleiben der deutsch-österreichischen Gebietstheile als ein Gebot der Zeit und als die Bürgschaft erkannt, daß die deutsche Cultur und der deutsche Geist uns erhalten bleiben und wir unsere Mission, sie nach Osten zu verbreiten, zu erfüllen vermögen. In diesem Sinne habe ich mein Wirken mir vorgezeichnet, als

Seine Majestät der Kaiser mir den Posten eines Bevollmächtigten bei der Centralgewalt anvertraut hatte, in diesem Sinne habe ich meine Anträge an die kaiserliche Regierung zu stellen mir erlaubt.

„Die von der österreichischen Regierung in ihren Rescripten vom 28. December v. und vom 4. Februar d. J. ausgedrückten Grundsätze und der insbesondere in dem ersteren enthaltene Protest gegen das Programm des Reichsministeriums vom 18. December ließen mich eine Anerkennung meiner Anschauungen voraussetzen.

„Mit dem Rescripte vom 27. v. M. wurde ich überdies ermächtigt, über einen Theil der Verfassung, welche nach ihrem Entwurfe den Bundesstaat gründen sollte, die Verhandlung einzuleiten, welcher Ermächtigung ich auch ungesäumt entsprach.

„Mit diesen von mir thatsächlich ausgesprochenen und, wie ich anzunehmen Grund hatte, von der kaiserlichen Regierung genehmigten Ansichten in der deutschen Frage ist die nun Oesterreich ertheilte Verfassung nicht zu vereinigen. Oesterreichs deutsche Theile können keine Aufnahme in dem deutschen Bundesstaate finden, und jede dahin gerichtete Thätigkeit halte ich für erfolglos.

„Meine künftige Wirksamkeit als österreichischer Bevollmächtigter würde mir Pflichten auferlegen, welche mit meinen Ansichten nicht übereinstimmen; ich vermöchte sie nicht so zu erfüllen, wie dies der Staat von dem fordern kann, der ein Amt übernimmt.

„Diese Rücksichten werden es rechtfertigen, wenn ich Seine Majestät den Kaiser bitte, mich des mir anvertrauten Postens eines Bevollmächtigten bei der Centralgewalt allergnädigst zu entheben. Eure Durchlaucht werden die Gewogen-

heit haben, diese meine Bitte Seiner Majestät vorzutragen und mir die Allerhöchste Entscheidung bekanntzugeben.

„Wenn ich in dieser ernsten Zeit für unser Vaterland durch Thätigkeit mit Ausdauer und Selbstverleugnung Einiges geleistet habe, so finde ich in der mir dafür gewordenen Anerkennung den schönsten Lohn. Auch in Zukunft sollen meine Kräfte der gleichen Aufgabe gewidmet sein.

„Ich werde, wenn meine Thätigkeit hier beendet ist, auf jenen Dienstposten in Wien zurückkehren, den ich vor meiner Ernennung zum Bundestagsgesandten bekleidete, und ich bitte Eure Durchlaucht, die Erklärung hinzunehmen, daß ich jede mir etwa zugedachte Beförderung oder Berufung zu einem höheren Dienstposten abzulehnen entschlossen bin."

Wie sehr die Erklärungen, welche dieses Schreiben Schmerling's an Schwarzenberg enthielt, wirklich seiner innersten Herzensmeinung entsprachen, geht auch aus einem Privatbriefe hervor, welchen er um jene Zeit an eine Person seines unbegrenzten Vertrauens in Wien schrieb. „Daß ich hier meine Entlassung gegeben," sagte er, „wird Viele überraschen. Aber wer geleistet, was ich gethan, kann fordern, daß man ihn nicht wie einen gewöhnlichen Diplomaten behandelt und fortfährt, Schritte zu thun, von denen er abrieth. Nimmermehr gebe ich mich dazu her, gegen meine Ueberzeugung zu wirken. Uebrigens war man hier ohnehin schon mißtrauisch, daß ich die zweideutige Politik des österreichischen Ministeriums in der deutschen Frage unterstütze, und das mußte eclatant widerlegt werden. Meinen Ruf und meine Ehre opfere ich keinem auch noch so glänzenden Posten."

Der Umstand, daß Schmerling schon an dem Tage, nach welchem ihm der Inhalt der neuen österreichischen

Verfassungsurkunde bekannt geworden war, seiner Stelle entsagte, legt den Verdacht nahe, er habe in der ersten Aufregung allzu rasch, ja unbedacht gehandelt. Aber wer dieser Ansicht sich zuneigt, vergißt dabei, daß gewisse Dinge auch nach langer Ueberlegung nicht anders als im ersten Augenblicke betrachtet werden sollen und können. Jedenfalls gibt es kaum eine gleichzeitig erfreulichere und erhebendere Erscheinung als einen Mann, der, um seine Ehre zu retten, ganz uneingedenk der Nachtheile, die ihm hiedurch zugehen, einer glanzvollen Stellung freiwillig entsagt und in die äußerst bescheidene zurücktritt, in der er sich früher befand. Um dies in dem gegebenen Falle, ganz abgesehen von dem Range und dem äußeren Ansehen, auf welche Schmerling verzichtete, auch durch die prosaische Gewalt der Ziffern recht anschaulich zu machen, so wird hier wohl gesagt werden dürfen, daß das Amt, dem er entsagte, mit dreißigtausend, das aber, in welches er zurückkehrte, mit dreitausend Gulden jährlich dotirt war. „Sie sollen es nachmachen," mit diesem Worte wären wohl die Krittler und Spötter, welche, so unendlich tief sie auch in jeder Beziehung unter Schmerling standen, doch seinen von bewunderungswürdiger Selbstlosigkeit zeugenden Entschluß höhnend besprachen, am besten zum Schweigen zu bringen gewesen.

Daß übrigens Schmerling, als er seine Demission einreichte, dies nicht aus Uebereilung that, wird wohl auch dadurch bewiesen, daß er, schon ziemlich lang seiner Stellung überdrüßig, sich bereits geraume Zeit vorher mit Rücktrittsgedanken trug. Schon am 13. Februar hatte er in einem vertraulichen Briefe geschrieben: „Ich sehne mich wahrhaftig nach einem Ende meines hiesigen Aufenthaltes und kehre gern als einfacher ständischer Verordneter oder

liche Beweisführung zu knüpfen, aus welcher hervorgehen sollte, daß die Voraussetzung, auf deren Grundlage Schmerling seine Demission gab, unrichtig und der Eintritt Oesterreichs in einen deutschen Bundesstaat trotz der einheitlichen Verfassung, die es sich gegeben, möglich sei. Die ganze Argumentation drehte sich wieder darum, was denn eigentlich unter dem Worte „Bundesstaat“ zu verstehen sei. Allerdings dürfe er, heißt es in der Depesche, kein Bundesstaat sein, wie ihn die Utopisten in der Frankfurter Nationalversammlung sich gedacht, keiner, der die innere freie Bewegung und die vernünftige Selbstständigkeit der Einzelnstaaten vernichtet und den Schwerpunkt der deutschen Einheit in eine volksvertretende Versammlung zu Frankfurt legt. In einen Bundesstaat aber, der nicht dem Reiche unpraktischer Chimären angehört, könne und wolle Oesterreich auch jetzt noch jederzeit eintreten. Aber wie die Entscheidung auch ausfallen möge, unwiderruflich sei es entschlossen, das fest angenommene oberste Staatsprincip unfruchtbaren Theorien, leeren Namen und selbst reellen, aber secundären Interessen nicht zu opfern.

Energisch genug klangen diese Worte des Fürsten, aber überzeugend wirkten sie nicht, und auf letzteres allein kam es ja doch eigentlich an. Schmerling mußte sich somit darauf beschränken, von dem Inhalte dieses Rescriptes das Reichsministerium gerade so zu verständigen, wie er es mit dem eines früheren, vom 9. März datirten gethan hatte. Auch dieses, welches aus der Feder des damals vorübergehend in Wien anwesenden Freiherrn von Prokesch geflossen war, hatte schon darum gar keinen Eindruck hervorgebracht, weil es sich nur in negativen Phrasen erging, dort aber, wo es positiveres Gebiet betrat, mehr abstieß als anlockte, indem

es, um nur ein Beispiel zu erwähnen, wohl eine Repräsentation der einzelnen deutschen Staaten, aber nicht mehr eine solche des deutschen Volkes, also kein aus Wahlen hervorgegangenes Volkshaus zugestehen wollte.

Man sieht wohl, eine Vereinbarung zwischen dem Standpunkte der österreichischen Regierung und dem der deutschen Nationalversammlung, ja auch nur eine Annäherung zwischen Beiden war ein Ding der Unmöglichkeit, und schon gar in einem Augenblicke, in welchem ein am 12. März, dem Tage der Resignation Schmerling's, eingebrachter Antrag Welcker's die Paulskirche in die äußerste Spannung und Aufregung versetzt hatte. Um so größer war sie, als Welcker bisher ein ebenso eifriger Parteigänger Oesterreichs als leidenschaftlicher Gegner des preußischen Erbkaiserthums gewesen war. Und nun trat gerade er unter dem gewaltigen Eindrucke, welchen auch auf ihn die neue österreichische Verfassung hervorgebracht hatte, mit einem aus acht Punkten bestehenden Antrage auf, durch welchen vorerst die deutsche Reichsverfassung, wie sie aus der ersten Lesung hervorging, definitiv angenommen, dann die erbliche Kaiserwürde Deutschlands dem Könige von Preußen übertragen und eine große Deputation gewählt werden sollte, ihm dies anzuzeigen. Den deutsch-österreichischen Ländern bleibe der Eintritt in den deutschen Bundesstaat und die Einordnung in seine Verfassung allzeit frei.

Obgleich die größtentheils dem Centrum und der Rechten angehörige preußische Erbkaiserpartei gegen gar viele Punkte der Verfassung erhebliche Bedenken hegte, so ordnete sie doch dieselben bereitwillig der Erreichung des großen Zweckes unter, welche die Annahme des Welcker'schen Antrages ihr zu verbürgen schien. War dieselbe hiedurch allein

schon, wie auch Schmerling meinte, wahrscheinlich geworden, so trachtete Gagern ein solches Ergebniß noch mehr zu sichern, indem er von dem Schicksale des Welcker'schen Antrages auch das seines Ministeriums abhängig machte. Dennoch fiel zur großen Ueberraschung der Einen und zu tiefster Erbitterung der Anderen derselbe in der Sitzung vom 21. März, indem er mit 252 gegen 283, also mit 31 Stimmen in der Minderheit blieb. Am folgenden Tage verlas der Präsident der Nationalversammlung in ihrer Sitzung das Schreiben, in welchem Gagern seinen Rücktritt und den seines Ministeriums zur Anzeige brachte.

Dasselbe hatte nun, gerade so wie Schmerling es ihm etwa vierthalb Monate früher vorhergesagt, ein Ende gefunden, welches wahrhaftig kein glänzendes genannt werden konnte. So sehr er nun auch Gagern's Verfahren tadelte und insbesondere die letzte Rede mißbilligte, welche derselbe bei der Berathung über den Welcker'schen Antrag gehalten, so blieb doch Schmerling jeder schadenfrohe Gedanke vollkommen fern. „Ich ändere meine Ansicht nicht," schrieb er am 22. März über Gagern an Schwarzenberg, „daß er es redlich meinte und am Ende von seiner eigenen Partei als Fahne mißbraucht wurde."

„Ich bedaure nur den Abgang," fährt Schmerling fort, „des Generals Peucker, Reichsminister des Krieges, der ein Ehrenmann im vollsten Sinne des Wortes und ein tüchtiger Fachmann ist. Einige andere Mitglieder des Cabinetes haben nichts geleistet, als Schmähartikel für die Zeitungen zu schreiben und in umfassender Weise Ränke zu schmieden. Sie nehmen wenig Achtung mit sich."

Wie man sieht, fuhr Schmerling auch nach seinem Rücktritte fort, die mit seinem Amte verbundenen Aufgaben

ebenso zu erfüllen, wie dies vor demselben geschehen war. Es bedürfe, hatte er Schwarzenberg auf seine hierauf bezügliche Aufforderung geantwortet, keiner besonderen Versicherung, daß er den ihm anvertrauten Posten im Sinne der Regierung fortführen werde, bis derselbe von Seite des Kaisers anders besetzt worden sei. „In so wichtigen Momenten gibt es," fügte er hinzu, „nur die Stimme der Pflicht, welche uns leiten darf."

Und in der That, man kann nicht sagen, daß seine und Oesterreichs Gegner die Erfüllung dieser Pflicht ihm leicht gemacht hätten. „Die Erbitterung der erbkaiserlichen Partei," berichtete er am 23. März an Schwarzenberg, „daß der so sicher berechnete Schlag mit dem Welcker'schen Antrage vereitelt wurde, ist grenzenlos. Man ist im Parlament und an Versammlungsorten Schmähungen, selbst Mißhandlungen ausgesetzt, und es gehört große Selbstverleugnung für die österreichischen Abgeordneten dazu, hier auszuharren. Immer tönt uns der Ruf entgegen, wir verhindern den Bundesstaat, in den wir nie treten können."

Dies dennoch möglich zu machen, wünschte Schmerling auch jetzt noch, und er ermüdete nicht, in Wien Vorschläge zu machen, welche hiezu zu führen geeignet sein könnten. Aber auch er sah ein, daß wenigstens für das Frankfurter Parlament die Entscheidung in der Abstimmung über die Oberhauptsfrage liege, welche schon für die nächsten Tage bevorstand. Und jetzt neigte sich, nachdem die preußische Erbkaiserpartei soeben erst durch die Verwerfung der berüchtigten Paragraphe 2 und 3, dann des Vetorechtes der Krone in Verfassungsfragen sehr empfindliche Niederlagen erlitten hatte, das stets schwankende Zünglein der Wage plötzlich wieder zu ihren Gunsten. In der Sitzung

vom 27. März wurde mit vier Stimmen Mehrheit die Einsetzung der erblichen Kaiserwürde in die Verfassung genehmigt und gleich darauf der König von Preußen mit 290 gegen 248 Stimmen zum deutschen Kaiser gewählt.

Wenn nun auch Schmerling der Anschauung sich zuneigte, der König werde die ihm von der Nationalversammlung zugesprochene Kaiserkrone Deutschlands nicht annehmen, so empfand er es doch, wie er in leidenschaftlicher Aufregung an Schwarzenberg schrieb, als eine Schmach für Oesterreich, daß in einem Parlamente, in welchem Oesterreicher saßen, der zweite deutsche Fürst zum Erbkaiser gewählt und dadurch dem Könige von Preußen wenigstens Gelegenheit dargeboten wurde, durch Zurückweisung dieser Krone einen Act der Großmuth zu üben. Er zweifle übrigens nicht daran, fügte Schmerling hinzu, man werde nicht ruhen, bis der König von Preußen unter was immer für einem Titel an die Spitze Deutschlands gestellt sei.

Wo möglich einen noch tieferen Eindruck als auf Schmerling mußte diese Wahl auf den Reichsverweser hervorbringen. Gleich nachdem sie vollzogen war, berief der Erzherzog den einstweilen noch als Ministerpräsident fungirenden Gagern, den Justizminister Robert Mohl, den Präsidenten Simson und noch zwei andere Mitglieder des Bureaus der Nationalversammlung zu sich und theilte ihnen seinen Entschluß, seine Würde niederzulegen, mit der Bitte mit, dies der Nationalversammlung bekanntgeben zu wollen. Und in einem nur um wenige Stunden späteren Schreiben an Gagern ersuchte er ihn, das Erforderliche zu veranlassen, daß er sich, sobald es ohne Nachtheil für die öffentliche Ruhe und die Wohlfahrt Deutschlands möglich sei, als den Pflichten seines Amtes enthoben ansehen könne.

Lebhaft billigte Schmerling diesen Schritt des Erzherzogs, und er erklärte ihn dem Fürsten Schwarzenberg gegenüber als eine Handlung, welche der Würde eines kaiserlichen Prinzen entspreche; niemals dürfe ein solcher blos als Stellvertreter des Königs von Preußen erscheinen. Die Nationalversammlung greife über Oesterreich hinweg nach Preußen, sich dort den deutschen Kaiser zu holen. Ihr gebühre wenigstens die Beschämung, daß der Reichsverweser die ihm von ihr übertragene Würde nicht länger fortführen wolle.

So wie Schmerling, schrieb natürlich auch der Erzherzog an Schwarzenberg und kündigte ihm seinen Entschluß an. Seit Anfang Februar war er an einer Lungenentzündung sehr schwer erkrankt und hatte sich nur langsam erholt. „Es sind nun volle acht Wochen," hatte er am 22. März zum ersten Male wieder mit eigener Hand an Schwarzenberg geschrieben, „daß ich mein Zimmer nicht verließ, und es dürften noch einige Wochen vergehen, bevor ich werde frische Luft schöpfen können. Die Todeskrankheit, von welcher ich aufstehe, hat meine Kräfte hart mitgenommen, und ich werde längere Zeit brauchen, um mich wieder zu erholen. Dazu bedarf ich aber der Ruhe, einer Luftveränderung, der Bäder von Gastein, endlich eines Winteraufenthaltes in einem milderen Klima, daher ist ein längeres Hierbleiben für mich nicht möglich. Dennoch will ich, so lang ich überhaupt hier noch ausharren kann, wirken wie bisher, soweit es meine Kräfte und meine von allen Seiten durch Hemmnisse aller Art erschwerte Stellung nur immer vermögen."

Wie es im Leben so oft geschieht, daß häusliches Mißgeschick die Menschen einander näher bringt, so trug

auch die schwere Erkrankung des Reichsverwesers nicht wenig dazu bei, seine Beziehungen zu Schmerling noch inniger zu gestalten, als dies schon früher der Fall war. Da er zu den Mitgliedern seines Ministeriums, Gagern mit eingeschlossen, nur in einem sehr gespannten Verhältnisse stand, wollte man ihnen die Gefahr, in der er schwebte, verbergen und schloß daher den Kranken von der Außenwelt vollständig ab. Neben seiner Gemahlin, welche ihn mit größter Selbstaufopferung pflegte, und seinem trefflichen Arzte Dr. Taubes kam eigentlich Niemand an sein Krankenbett als Schmerling, der ihn dem Wunsche des Erzherzogs zufolge mit Nachrichten von Außen her versorgte. Und als allmälig die Reconvalescenz und endlich auch die Wiedergenesung eingetreten war, freute sich der Erzherzog in ganz ungewöhnlicher Weise über eine von preußischer Seite aus eigenem Antriebe erfolgte Ordensverleihung an seinen Arzt, sowie über die mit Erfolg gekrönten Bemühungen Schmerling's, ihm solche auch von Oesterreich, von Württemberg und Baden zu verschaffen.

So ernst gemeint der Entschluß des Reichsverwesers, noch in Frankfurt zu bleiben, auch sein mochte, als er ihn niederschrieb, so wurde er doch schon wenige Tage später durch die Wahl des Königs von Preußen zum deutschen Kaiser wieder über den Haufen geworfen. Noch an demselben Tage, an welchem der Erzherzog seinen Rücktritt erklärte, gab er dem Fürsten Schwarzenberg in einem gleichfalls mit eigener Hand geschriebenen Briefe hievon Kenntniß. Auf die Beweggründe übergehend, durch welche er hiezu veranlaßt worden, sagt er, es sei deshalb geschehen, weil er sich schon seit längerer Zeit überzeugte, welch' verwerfliche Mittel in Frankfurt in Bewegung gesetzt würden, und

wie es der Centralgewalt beinahe unmöglich gemacht werde, etwas durchzuführen, indem die Nationalversammlung überall eingreife. „Vorzüglich aber," sagt der Erzherzog wörtlich, „handelte ich so in dem Gefühle, daß ich ein Agnat des Hauses Oesterreich bin und nur entweder in unabhängiger Wirksamkeit oder als Diener meines Kaisers auftreten, es endlich nicht ertragen kann, was über mein Vaterland hier täglich in Wort und Presse zu hören und zu lesen ist."

„Nimmt der König an," fährt der Reichsverweser in seinem Schreiben an Schwarzenberg fort, „so wird mir das mißliche Verhältniß erspart, ohnedies gehen zu müssen. Nimmt er aber nicht an, so muß die Nationalversammlung einen neuen Reichsverweser wählen, in welchem Falle dann die Wahl entweder mich oder einen Anderen treffen wird. Geschieht das Erstere, so kann ich annehmen oder nicht, wobei ich meiner Gesundheit und der Kenntniß der Leute wegen, die ich mir hier erwarb, in meinem Entschlusse nicht schwanken kann. Schwarzes Brot von meinem Kaiser ist besser als alle Ehren hiesiger Verhältnisse. Ich werde nun als Privatmann bis zu dem Augenblicke mich hier aufhalten, in welchem die Witterung und mein Arzt es erlauben, einen Ort zu verlassen, der ausgeschmückt ist mit allen Reizen der Natur, wo ich aber Tag und Nacht auf Dornen gebettet war."

Im Gegensatze zu dem Verfahren, welches man von Wien aus nach dem Rücktritte Schmerling's beobachtet hatte, bot man jetzt das Aeußerste auf, um den Erzherzog zu noch längerem Bleiben in Frankfurt, und zwar bis zu dem Augenblicke zu bewegen, in welchem für die Fortdauer der Wirksamkeit der Centralgewalt in einer ihrer ursprünglichen

Bestimmung entsprechenden Weise Vorkehrung getroffen sein würde. Nicht nur Schwarzenberg, der Kaiser selbst schrieb ihm in diesem Sinne, und die Bitte, welche der Letztere an seinen Großoheim richtete, gab denn auch den Ausschlag. „Mein Kaiser kann versichert sein," antwortete der Erzherzog dem Fürsten Schwarzenberg am 11. April, „daß ich gewiß Alles thun werde, was dessen Wünschen entspricht. Ich bitte Sie, Ihm meinen aufrichtigsten Dank auszusprechen für seine gnädige Gesinnung und Ihm zu sagen, daß ich, da es ja ohnedies nur kurze Zeit dauern kann, hier noch ausharren werde."

Der Ueberbringer der Schreiben des Kaisers und Schwarzenberg's an den Reichsverweser war Graf Bernhard Rechberg, der neuernannte Nachfolger Schmerling's auf dem Posten eines österreichischen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt. Als letzte Gabe Schwarzenberg's an Schmerling, welcher unablässig fortfuhr, seine Regierung zum Eingehen auf den Gedanken eines Bundesstaates und zur Zugestehung eines Volkshauses zu drängen, brachte ihm Rechberg eine vom 5. April datirte Depesche mit, in welcher die deutsche Nationalversammlung und ihr Verfahren in recht feindseligem Tone besprochen und am Schlusse den österreichischen Abgeordneten, als ob sie Angestellte der Regierung wären, der kategorische Befehl ertheilt wurde, „sofort nach ihrer Heimat zurückzukehren".

Es war eine Handlung der Besonnenheit, daß Schmerling diese Depesche Schwarzenberg's dem Reichsministerium nicht nach ihrem ganzen so verletzenden Inhalte, sondern nur theilweise mittheilte, wenigstens bezeichnete der Erzherzog dem Fürsten gegenüber das Verfahren Schmerling's als „besonders klug". Um so lebhafter war aber das

Bedauern des Erzherzogs, als diese Depesche nun von der österreichischen Regierung selbst in ihren Zeitungen veröffentlicht wurde. „Dies hat mir,“ so lauten seine Worte an Schwarzenberg, „meine Stellung hier noch erschwert, ja fast unmöglich gemacht.“

Für den Erzherzog bedurfte es nicht erst dieses ihn so tief verstimmenden Vorganges der österreichischen Regierung, um ihn aufs Schmerzlichste empfinden zu lassen, was er dadurch verlor, daß ihm, der durch Alter und Krankheit gebeugt war, nun die einzige und so überaus verläßliche Stütze entzogen wurde, welche ihm Schmerling's kraftvolle Persönlichkeit bis jetzt dargeboten hatte. Bei dem besten Willen konnte ihm Rechberg, dem ja die Frankfurter Verhältnisse noch vollkommen fremd waren, den so tief in sie eingeweihten Schmerling nicht von fern ersetzen. „Est homo novissimus in augustis,“ schrieb damals Wessenberg an einen vertrauten Freund über Rechberg, und er fügte hinzu, demselben graue vor seiner Aufgabe.

In Frankfurt war es, wo Wessenberg diese Zeilen zu Papier brachte, denn aufs Dringendste hatte ihn der Erzherzog von seinem gewöhnlichen Aufenthaltsorte Freiburg zu sich berufen, um sich bei ihm Raths zu erholen. Er habe, schreibt Wessenberg, in Frankfurt eine namenlose Verwirrung gefunden, und die Sprache des Wiener Cabinetes habe dort allgemein mißfallen; statt der Einigung nehme die Zerrissenheit täglich zu. „Am meisten,“ sagt er wörtlich, „ist der Erzherzog zu bedauern; man verlangt, daß er ausharre, und läßt ihn ohne Stütze.“ Von den Kundgebungen der österreichischen Regierung aber sagt Wessenberg: „Wir sollten uns jedenfalls um bessere Redactoren umsehen; der barsche Ton kann nirgends gefallen; es ist keine

Würde darin. Die Persönlichkeit darf sich nie in einem öffentlichen Actenstücke durchblicken lassen."

Nach Freiburg zurückgekehrt, schrieb Wessenberg am 22. April an seinen jüngeren Freund, den Legationsrath Isfordinck, die folgenden Worte: „Ich bin seit Sonntag wieder hier und habe von meiner Reise nichts als einen starken Katarrh mitgebracht. Indessen war mein Erscheinen bei dem Erzherzog vielleicht doch nicht ganz unnütz. Die Stellung dieses Fürsten ist mehr als schwierig, sie ist peinlich, zumal man auch von Wien aus ihn sich selbst überläßt." Dennoch hatte Wessenberg dem Erzherzoge recht angelegentlich gerathen, dem Wunsche der kaiserlichen Regierung zufolge noch in Frankfurt zu bleiben, und da auch auf das von Seite des Reichsverwesers an die Nationalversammlung gerichtete Begehren, seiner Stellung enthoben zu werden, keine Antwort erfolgte, so verblieb er noch einstweilen in derselben, freilich nicht ahnend, daß dies noch sehr lang werde geschehen müssen.

Auch Schmerling hatte dem Reichsverweser, so sehr er auch Anfangs dessen Entschluß, seine Würde niederzulegen, gebilligt, nach dem Eintreffen des Schreibens des Kaisers und dessen ausdrücklichem Wunsche gegenüber angelegentlich dazu gerathen, noch länger auszuharren in Frankfurt. Nicht allein als Privatperson, sondern auch als österreichischer Bevollmächtigter that er dies, denn bei der fortwährenden Zögerung Rechberg's, seine Creditive zu übergeben, übte Schmerling noch immer die Functionen seiner früheren Stellung aus.

Dieser von dem Grafen Rechberg herbeigeführte Aufschub wurde zunächst dadurch verursacht, daß er das harte Stück Arbeit, welches darin lag, die noch in Frankfurt

befindlichen österreichischen Abgeordneten zum Austritte aus der Nationalversammlung zu vermögen, lieber noch Schmerling überließ, als daß er es auf sich nahm. Und er that gewiß Recht daran, denn es war ja nur natürlich, daß, wenn irgend Jemand es durchzusetzen vermochte, dies Schmerling war, welcher zu jener Zeit einen fast unbeschränkten Einfluß auf die österreichischen Abgeordneten besaß, während der ihnen ganz unbekannte Graf Rechberg gar keinen auf sie ausüben konnte. Eines solchen bedurfte es aber um so mehr, als ja auch die regierungsfreundlichsten unter den Abgeordneten keinen Augenblick darüber im Zweifel sein konnten, daß dem österreichischen Ministerium kein Recht zu ihrer Abberufung zustehe. Als Schmerling, dessen Bemühungen, die Abgeordneten zur Heimkehr zu bewegen, von Rechberg rühmend hervorgehoben werden, ihnen den hierauf bezüglichen Befehl der Regierung mittheilte, fanden sich nur ungefähr zwanzig, welche demselben unbedingt folgen zu wollen erklärten. Viele waren der Meinung, daß nur ihre Wähler sie abberufen könnten, und sie machten Miene, sich an dieselben mit hierauf bezüglichen Anfragen zu wenden. Die Mehrzahl aber sprach sich dahin aus, daß durch die inzwischen erfolgte Ablehnung der Kaiserwürde von Seite des Königs von Preußen die Oberhauptsfrage in ein neues Stadium getreten und daher noch nicht als abgeschlossen zu betrachten sei. Um also wenigstens den Anstand zu wahren, vereinigten sie sich zu einer an das österreichische Ministerium zu richtenden Erklärung, welche sie eine „Ansprache" nannten und die darauf hinausging, daß es nicht mehr genüge, nur durch Einwendungen gegen die Lösung der Oberhauptsfrage die deutsche Verfassung ändern zu wollen, sondern daß nur durch nochmalige

Erwägung der Nothwendigkeit jener Institutionen, welche das deutsche Volk verlange, und durch rasche Erklärung hierüber von Seite der kaiserlichen Regierung noch eine gedeihliche Lösung herbeigeführt werden könne.

Ohne Zweifel war der Abgeordnete Sommaruga, welcher sich stets durch ganz besondere Rührigkeit hervorthat, der Autor dieser Ansprache, unter deren Unterzeichnern, etwa fünfzig an der Zahl, sich auch Schmerling befand, was Rechberg mit Hinzufügung des Wörtchens „leider“ besonders betont. Wie wenig sie übrigens revolutionär gemeint war, geht wohl daraus hervor, daß fast nur Mitglieder der Rechten und des Centrums und sehr wenige der eigentlichen Linken sie unterschrieben. Auch viele Geistliche, unter denen wir nur Pieringer aus Kremsmünster, den Pfarrer Lienbacher aus Salzburg, endlich Beda Weber aus Tirol nennen wollen, waren unter den Unterzeichnern. Die Erklärung selbst blieb natürlich ohne irgend eine Folge und sollte nur wie eine letzte Pflichterfüllung der unverrichteter Dinge nach Oesterreich heimkehrenden Abgeordneten gelten.

Bevor Schmerling sich auf die Reise nach Wien begab, wollte er noch einer Aufgabe nachkommen, die ihm als eine erfreuliche erschien. Denn ihm, der für jedes Zeichen der Anerkennung so sehr empfänglich war, hatte es wirklich Freude bereitet, als ihm in der zweiten Hälfte des März der Großherzog Leopold von Baden eine sehr hohe Ordensauszeichnung, und zwar die erste, welche ihm überhaupt zu Theil wurde, den Hausorden der Treue verlieh, den er ihm durch einen Flügeladjutanten überschickte. In dem beigegebenen Handschreiben war gesagt, die Ordensverleihung geschehe als Zeichen dankbarer Anerkennung der sehr großen Verdienste, welche Schmerling sich als Reichsminister in

den Septembertagen des Jahres 1848, als der öffentlichen Ordnung die äußerste Gefahr drohte, um Deutschland erworben habe.

Diese Auszeichnung freue ihn, schrieb Schmerling nach Wien, weil er das Bewußtsein in sich trage, sie verdient zu haben. Und nun begab er sich, bevor er seine Heimreise antrat, persönlich nach Karlsruhe, um sich bei dem Großherzoge zu bedanken. Daß er bei ihm und an seinem Hofe die zuvorkommendste Aufnahme fand, war wohl nicht zu verwundern. Nicht nur der Großherzog, auch seine Gemahlin zeigte lebhafte Sympathien für Oesterreich, welche bei ihr aus dem Grunde noch gesteigert zu sein schienen, weil bekanntlich ihr Bruder, Prinz Gustav Wasa, beständig in Oesterreich lebte.

So wohlthuend der Eindruck war, welchen die Art seines Empfanges in Karlsruhe auf Schmerling hervorbrachte, um so tiefer war seine Bestürzung, als wenige Wochen später jener Aufstand ausbrach, welcher den Großherzog, „diese verkörperte Milde und Güte", wie ihn Schmerling nennt, und dessen Familie aus seiner Residenzstadt und seinem Lande vertrieb. Nur durch preußische Waffen konnte schließlich die frühere Ordnung wieder hergestellt werden.

Nach Frankfurt zurückgekehrt, hatte Schmerling vor seiner definitiven Abreise von dort noch von zwei Personen, die sich in hervorragendster öffentlicher Stellung befanden, von dem Reichsverweser und von Heinrich Gagern Abschied zu nehmen. Unendlich schwer ließ der Erzherzog Schmerling ziehen, an den er sich aufs Innigste angeschlossen, dessen seltenen Werth er richtig erkannt hatte und dessen Beistand er von nun an schmerzlichst entbehren mußte. Gagern aber sagte beim Abschiede in tiefer Bewegung zu

Schmerling, er habe in gutem Glauben die Kaiserkrone für Preußen erstrebt. Er sehe aber jetzt ein, daß diejenigen Recht gehabt hätten, welche vorhersagten, es werde Deutschland zum Unglücke gereichen. Er habe sich geirrt und erkenne es zu spät.

Am 1. Mai verließ Schmerling mit seinen Töchtern Frankfurt in recht unauffälliger Weise, indem fast Niemand im Bahnhofe erschien, von ihm Abschied zu nehmen. Mit der Taunusbahn fuhr er nach Bieberich, von da zu Schiff nach Köln und hierauf wieder mit der Bahn nach Hannover, wo ihn sein alter Freund, der ehemalige Bundestagsgesandte Freiherr von Wangenheim aufs Liebenswürdigste empfing. Er veranlaßte eine Zusammenkunft Schmerling's mit dem damaligen Minister Stüve, in welchem Schmerling, wie er sagt, die Bekanntschaft eines geistreichen Mannes von vieler Umsicht und klaren Anschauungen machte.

In grellem Gegensatze zu den friedfertigen Erlebnissen Schmerling's in Hannover standen die, welche seiner in Hamburg harrten. Zwar boten die Familien Godefroy und Merck, von welchen sich Angehörige in der Frankfurter Nationalversammlung befanden, Alles auf, um Schmerling den Aufenthalt in Hamburg angenehm zu gestalten, aber ihre wohlgemeinte Absicht wurde durch ein ganz unerwartetes Ereigniß recht empfindlich gestört. Als ihn Herr Godefroy, um ihm eine der Hauptmerkwürdigkeiten Hamburgs zu zeigen, nach dem Börsensaale führte, wurde Schmerling dort, nachdem seine Anwesenheit bekannt geworden war, von einer zahlreichen Menge von Menschen umrungen, welche aus Leibeskräften pfiffen und zischten und ihn sogar mit ihren Stöcken bedrohten. Natürlich ließ Schmerling sich hiedurch nicht einschüchtern, und nachdem er in aller

Ruhe die Reihen der Tumultuirenden durchschritten hatte, verließ er, ohne die mindeste Aufregung zu zeigen, die Börse. Den Nachmittag brachte er mit seinen Töchtern in völliger Gemüthsruhe bei Godefroy in dessen reizend gelegenem Landhause in Blankenese zu, und des Abends kehrte er bei wundervollem Mondschein nach Hamburg zurück.

„Keines Ueberfalls gewärtig," wie der Dichter sagt, befand sich Schmerling ahnungslos in seinem Zimmer, als plötzlich Schlag neun Uhr eine regelmäßige Katzenmusik vor seinen Fenstern losging. Allsogleich ließ der Besitzer des Hotels, in welchem Schmerling wohnte, das nach dem Alsterbassin hinausgehende Thor schließen, weil er das Eindringen der Menge befürchtete. In hohem Grade zeigte sich auch der österreichische Generalconsul de Pretis, der Vater des nachmaligen Finanzministers, für Schmerling's persönliche Sicherheit besorgt, und er rieth ihm dringend, durch eine Hinterthür das Haus zu verlassen und sich nach einem entfernten Stadttheile zu begeben. Aber Schmerling befolgte nur den ersten Theil des ihm ertheilten Rathes und stellte sich dann mitten unter die Katzenmusikanten, bei welcher Gelegenheit er auch die verschiedenen Instrumente kennen lernte, deren man sich bei derlei Concerten bediente. Auf seine an mehrere der eifrigsten Mitwirkenden gerichtete Frage, wem denn die Demonstration gelte, wußten sie ihm keine Auskunft zu geben, bis er endlich auf Einen stieß, der ihm sagte, es sei dies der Frankfurter Schmerling. Mit dem Glockenschlage zehn Uhr hörte die Katzenmusik ebenso plötzlich wieder auf, wie sie eine Stunde früher begonnen hatte, denn gerade nur für diese Zeit schienen die Tumultuanten bezahlt worden zu sein. Ob die Anstifter der Katzenmusik dies als Anhänger der revolutionären oder der preußischen Erbkaiser=

partei gethan, welche ja Beide Schmerling gleich feindselig gesinnt waren, vermochte er nicht zu ergründen.

Der durch einige Tage andauernde Aufenthalt Schmerling's in Berlin wurde ihm durch die Aufmerksamkeiten, mit denen ihn der österreichische Gesandte Freiherr von Prokesch überhäufte, zu einem ganz erfreulichen gemacht. Prokesch war seinerzeit ein fleißiger Besucher des Hauses Koudelka und ein eifriger Bewunderer der in jeder Beziehung so ausgezeichneten Gemahlin Schmerling's gewesen. Jetzt trafen die beiden Männer in ganz veränderter Lebensstellung wieder zusammen. Prokesch, der die beste Zeit seines Lebens im Oriente zugebracht, wurde plötzlich mitten in die ihm bis dahin völlig fremd gebliebenen, in unglaublicher Verwirrung befindlichen deutschen Verhältnisse hineingeworfen, Schmerling aber hatte sich binnen Jahresfrist einen zwar vielfach angefeindeten, aber doch hochangesehenen Namen erworben. Nun fand er Prokesch in unveränderter Lebensfrische und ebenso anregend in seinen Gesprächen wieder, als er dies früher gewesen war. Ueberall hin begleitete er Schmerling, und er überredete ihn auch, dem preußischen Ministerpräsidenten Grafen Brandenburg, und zwar des Abends, wo er täglich empfing, einen Besuch zu machen.

Ueber die anfänglich recht frostige Aufnahme, welche Schmerling bei der Gräfin Brandenburg fand, konnte er nicht gerade erfreut sein, und er gab einen ziemlich schweigsamen Zuhörer bei dem Gespräche ab, welches Prokesch, lebhaft und redselig wie immer, mit der Gräfin unterhielt. Auch das Erscheinen des Grafen, eines hochgewachsenen und sehr hageren Mannes von gutmüthigem Aussehen und einfachem Wesen, das seine Abstammung in gar keiner Weise verrieth, brachte nicht viel Abwechslung in die kleine Gesell-

schaft. Dies geschah erst, als General Radowitz, ein Freund des Hauses eintrat, welcher ja in der Nationalversammlung zu Frankfurt eine so hervorragende Rolle gespielt hatte und mit dem natürlich Schmerling dort so unendlich oft in nahe Berührung getreten war.

Nun waren in diesem ganz kleinen Kreise zwei von jenen drei Männern anwesend, von denen man in Berlin spottend behauptete — Alexander von Humboldt war der dritte — daß sie Einer dem Andern das Wort nicht gönnten, und daß, wer sich desselben einmal bemächtigte, es um keinen Preis zu Gunsten des Andern wieder fahren lassen wolle. Diesmal war Radowitz so glücklich, durch seine freundschaftliche Begrüßung mit Schmerling zum Worte zu gelangen, und er benützte es in verbindlichster Weise, indem er das Gespräch auf die Septembertage brachte und die umsichtsvolle Thatkraft pries, welche Schmerling damals bewiesen. In Folge dessen trat auch ein sichtlicher Umschwung in der Stimmung des Grafen und der Gräfin Brandenburg gegen Schmerling ein, und als er sich endlich verabschiedete, entließen sie ihn mit der Versicherung ihres lebhaften Bedauerns, daß ihm seine baldige Abreise die Wiederholung seines Besuches nicht gestatte.

An seiner ursprünglichen Absicht, sich von Berlin nach Dresden zu begeben, hielt Schmerling auch dann noch fest, als er erfuhr, daß soeben erst ein blutiger Aufstand dort losgebrochen und gleichfalls nur mit Hilfe preußischer Truppen niedergeschlagen worden war. Die Stadt bot nach diesen traurigen Ereignissen einen ebenso betrübten Anblick dar wie Frankfurt am 19. September. Von ungestörter Besichtigung der Merkwürdigkeiten Dresdens konnte unter diesen Umständen nicht wohl die Rede sein; Schmerling

schiffte sich also auf der Elbe zur Fahrt nach Böhmen ein, und es war ihm ein erfreulicher Gruß des Willkommens auf österreichischem Gebiete, als er von böhmischen Musikanten auf dem Dampfer zum ersten Male den Radetzkymarsch spielen hörte, der wohl seither wie kaum eine zweite Schöpfung des Kapellmeisters Strauß wenigstens in Oesterreich populär geworden ist.

In Prag war, als Schmerling dort eintraf, aus Besorgniß vor revolutionären Bewegungen der Czechen soeben der Belagerungszustand erklärt worden, welcher, und zwar schon vor längerer Zeit, auch über Berlin und erst in den jüngsten Tagen über Dresden verhängt worden war. Da er in Wien, wo Schmerling an einem wunderschönen Maimorgen eintraf, ebenfalls noch bestand, so wird die Anführung dieser Thatsache genügen, um ein Bild von dem zerrütteten Zustande zu gewähren, in welchem damals in Folge der Revolution Deutschland und Oesterreich sich befanden.

Mit Ausnahme der vier Tage, welche Schmerling zur letzten Weihnachtszeit in Wien zugebracht hatte, war er dreizehn Monate fern von hier gewesen, und nun kehrte er, nachdem er in der Zwischenzeit hohe Aemter bekleidet und vielfache Ehren geerntet, auch seinen Namen weit über die Grenzen Oesterreichs und Deutschlands hinaus bekannt gemacht hatte, wieder in derselben bescheidenen Stellung, in der er sie verlassen, als einfacher landständischer Verordneter nach seiner Vaterstadt zurück. Dennoch, ja zum Theile vielleicht gerade deshalb wendeten sich die politischen Sympathien der patriotisch gesinnten Bevölkerung Oesterreichs, insofern sie ihrem Vaterlande das wünschten, was demselben am meisten gefrommt hätte, Freiheit, mit Gesetzlichkeit gepaart, ihm und

von allen Staatsmännern eigentlich nur ihm allein zu. So ging denn wenigstens in seinem zweiten Theile das Wort in Erfüllung, das er vor mehr als Jahresfrist, am 12. April 1848 aus Frankfurt nach Wien geschrieben hatte: „Trete ich auch hier," so lauteten sie, „vielleicht ruhmlos ab, so werde ich doch in Oesterreich kaum verloren sein."

Nicht ruhmlos kehrte er zurück, denn wenn auch seine letzte Mission, wie es in Folge der obwaltenden äußeren Verhältnisse unausbleiblich geschehen mußte, gescheitert war, so fiel es doch Niemandem bei, ihm ein Verschulden hieran zuschreiben zu wollen. Man sah in ihm nur den unerschrockenen, zugleich kaltblütigen und standhaften Bekämpfer und Besieger der Revolution, aber auch gleichzeitig den Mann, der nach Vollbringung dieser That ebenso tapfer dafür eintrat, daß der Bevölkerung jenes Maß der Freiheit ungeschmälert bleibe, welches für sie durch die Rücksicht auf ihr Wohl und das des Staates dringend gefordert wurde. Deshalb lenkten sich, nachdem ihr dasselbe für lange Zeit entzogen worden war, ihre Blicke wieder auf Schmerling, als es galt, sie neuerdings in den Genuß verfassungsmäßiger Zustände treten zu lassen. Und da zeigte er denn, weithin erkennbar für alle Welt, daß er wirklich für Oesterreich nicht verloren war.

Was er damals und in den darauf folgenden Jahrzehnten für sein Vaterland geleistet, das möge zu geeigneterer Zeit und von einer gewandteren Feder zu Nutz und Frommen der Nachwelt dargestellt werden. Vielleicht wird sie sich dankbarer für Schmerling erweisen, als dies bis jetzt wenigstens von Seite der Mitlebenden geschah.

Personen-Register.

